

Berichterstatter Dr. David: Die Frage, ob wir recht daran latem, am 4. August 1914 uns für die Sache unseres Volkes einzusetzen und die Kriegskredite zu bewilligen, ist in der Partei schon reichlich diskutiert worden, und man könnte im Zweifel sein, ob es überhaupt notwendig ist, noch einmal in die Erörterung dieser Frage einzutreten. Sowohl in unseren Parteizeitungen wie in Zeitschriften, Broschüren und Büchern ist die Frage eingehend nach allen Richtungen hin behandelt worden. Auch die gestrige und heutige Debatte haben sie zum Teil wieder in die Erörterung gezogen. Wenn es sich nur darum handelte, die Zustimmung des Parteitagcs zu unserer Haltung zu den Kriegskrediten zu erreichen, dann wäre, glaube ich, ein Referat über die Frage nicht mehr notwendig. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag mit großer Mehrheit die Bewilligung der Kredite durch die Reichstagsfraktion billigt. Jedenfalls ist kein Zweifel, daß, wenn es möglich gewesen wäre, am 4. August 1914 die Partei zu einem Parteitag zusammenzuberufen, die Bewilligung der Kredite mit überwältigender Mehrheit beschloßen worden wäre. (Sehr richtig!) Und wenn es möglich gewesen wäre, am 4. August 1914 eine Volksabstimmung darüber zu veranstalten, ob, nachdem der Krieg einmal unabänderliche Tatsache geworden war, das deutsche Volk nun zusammenzufassen und sich mit vereinten Kräften wehren solle, so bin ich überzeugt, die Volksabstimmung hätte mit überwältigender Mehrheit gelautet: Ja. Damit ist eigentlich die Frage selbst beantwortet. (Sehr richtig!) Jeder, der sich jener Zeit erinnert, weiß, daß ich berechtigt bin, diese Auffassung auszusprechen. Wenn ich es trotzdem für gut halte, noch einmal die Frage, wenigstens nach den Hauptgesichtspunkten, aufzurollen, so geschieht es nicht zur nochmaligen Rechtfertigung vor unserem Volke, sondern aus einem anderen Grunde.

Unsere Stellungnahme am 4. August ist eine Tat von geschichtlicher, ich darf sagen, weltgeschichtlicher Bedeutung. Das heißt, es ist kein Ereignis wie viele andere im parlamentarischen und politischen Leben, kein Ereignis, das isoliert und ohne Nachwirkungen vorüberginge. Am 4. August 1914 haben wir eine Entscheidung gefällt, die bestimmend ist für die ganze weitere Politik der deutschen Arbeiterbewegung. Hier war ein Kreuzungspunkt, von dem aus sich zwei verschiedene Wege, die die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gehen konnte, gabelten. Indem wir diese Entscheidung trafen, schlugen wir den einen Weg ein, von dem es ein Rückwärts nicht mehr geben kann. Wir machten am 4. August 1914 ein Stück Geschichte. Nach der Lehre von Marx und Engels erhebt sich die Geschichte der Menschheit mehr und mehr aus einem unbenutzten von den einzelnen ungewollten Werden zu einem im Lichte des Bewußtseins gewollten ziesbaren Prozeß. Die deutsche Arbeiterbewegung ist keine blinde Volksbewegung, sondern eine Bewegung, die sich klare Ziele setzt und mit Bewußtsein Geschichte macht. Darum entspricht es unserem Wesen, daß wir das Stück Geschichte, das wir damals gemacht haben, in seinen Ursachen und Folgewirkungen zu durchdringen suchen. Lassen Sie mich darum die Gesichtspunkte, die für uns am 4. August 1914 maßgebend waren, zusammenfassen.

Die Abstimmung für die Kriegskredite war keine Abstimmung über Krieg oder Frieden. Die Würfel waren gefallen; der Krieg war unabänderliche Tatsache; er nahm seinen Anfang und war, wie wir auch stimmten, durch uns nicht mehr zu verhindern. Die Frage stand für uns nur noch so, was können wir tun, um unser Volk vor dem Unheil einer Niederlage zu bewahren? Die Gefahr war groß. Im Osten setzte sich der zarische Koloss in Bewegung, dieses ungeheuer, das drohend im Osten Europas gelegen, eine freiesittliche Entwicklung Mitteleuropas behindert und jederzeit bedroht hatte. Im Westen setzte sich das Millionenheer Frankreichs als Verbündeter des russischen Jaren in

Bewegung. Da erhob sich für uns die Frage: sollen wir das Unheil gewähren lassen, sollen wir passiv beiseite stehen und abwarten wie die Dinge gehen? Darauf gab es nur die Antwort: nein, das dürfen wir nicht. Wir müssen uns in Reihe und Glied stellen mit unserem Volk, um das Verhängnis abzuwehren. Die einzige Rettung aber ruhte in der Einigkeit des deutschen Volkes, das wird niemand bestreiten können. Die Uneinigkeit, der innere Zwist, bedeutete die Niederlage, und was die Niederlage für uns bedeutet hätte, das hat Eduard Bernstein treffend beantwortet, der am 25. August 1914 schrieb: „Für Deutschland wäre, wenn es der Koalition der Westmächte mit dem zaristischen Rußland unterläge, seine ökonomische, soziale wie kulturelle Entwicklung auf Jahrzehnte hin, wenn nicht auf Menschenalter unterbunden.“ (Hört! hört!) Und er setzte hinzu: „Unbeschadet unseres eigenen Urteils über die Einleitung des Krieges sind wir mit Parteien, die uns sonst aufs schärfste bekämpften, darin einig, den siegreichen Ausgang des Krieges für Deutschland als eine Notwendigkeit zu empfinden und danach zu handeln.“ (Hört! hört!) Schärfer kann es nicht ausgedrückt werden, was in der Tat den Verhältnissen entsprach. Siegte der russische Zarismus, so bedeutete das die schwerste Bedrohung für die politische und kulturelle Weiterentwicklung in Deutschland, ja in ganz Europa. Es handelte sich also für uns um die Frage, ob wir unser Land gegen diese Gefahr verteidigen wollten oder nicht.

Nun gibt es einen prinzipiellen Standpunkt, der verneint die Pflicht der Landesverteidigung grundsätzlich. Seine Befenner sagen: Landesverteidigung ist eine kapitalistische Verwirrungssprache; das internationale Proletariat hat kein Vaterland; es kann dem Arbeiter ganz gleich sein, ob er unter dem Pter Rußlands, Frankreichs, Deutschlands oder Englands sein mühseliges Tagewerk verrichtet. Am schärfsten, am präzisesten hat Gustav Herbe in seinem Buch „Leur Patrie“ („Das Vaterland der anderen“) diesen Standpunkt herausgearbeitet. Darin sagt er, die Arbeiter seien Kindvieher, wenn sie sich für das Vaterland der Kapitalisten schlügen. Wir wissen, wie heute Herbe zu der Sache steht. Er ist eine der lomißtesten Erscheinungen der Weltgeschichte geworden. Heute ist er einer der schlimmsten Kriegsschreier, der sich nicht genug daran tun kann, Haß zwischen Deutschland und Frankreich zu sähen und die Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten zu predigen. Aber der Standpunkt des Verteidigungsnihilismus war nie der Standpunkt der sozialistischen Internationale und nie der Standpunkt der deutschen Partei. Dafür brauche ich Ihnen nicht viel Belege anzuführen. Ich verweise nur darauf, daß der Versuch Herbes, seine Auffassung auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 zur Anerkennung zu bringen, kläglich scheiterte. Die berufensten Vertreter der internationalen Sozialdemokratie traten gegen ihn auf und erklärten, nein, auch der Arbeiter hat ein Vaterland. Und Jaures sagte, es stünde uns schlecht an, die Nationen, diese Gefäße der Kultur, zu zerstören. Marx, Engels, Lassalle haben ihre auswärtige Politik bekantlich orientiert nach der Frage, ob der Krieg, zu dem sie Stellung nehmen, der deutschen Einheit förderlich sei oder nicht. Sie hatten erkannt, daß die Bildung eines großen deutschen Nationalstaates eine notwendige Voraussetzung sei für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und damit auch für die machtvolle Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland. Sie hätten nicht gleichgültig dabei gestanden, wenn die Gefahr herausgezogen wäre, daß die deutsche Einheit wieder zertrümmert würde, durch die Dampfwalze von Osten zermahlen, durch die Aniprüche Frankreichs im Westen verstückelt. Die Ansprüche von Babel, Wilhelm Liebknecht und vielen anderen will ich hier nicht zitieren. Ich will Ihnen das beweiskräftigste Stück noch herbeheben, das ist das Ersurter Programm selbst. Dort fordern wir die Bildung eines Volksheeres auf der Grund-

Tage der Erziehung der gesamten männlichen Jugend zur Wehrhaftigkeit. Diese Forderung wäre ein Unsinn, wenn der Satz gelten sollte, daß der deutsche Arbeiter kein Vaterland habe, und daß nicht der Fall eintreten könnte, daß er sein Vaterland verteidigen müsse. Die Spartakusleute und die „Internationalisten“ können also für sich nicht beanspruchen, daß sie auf dem Boden der alten Internationale und auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie stünden. Das, was sie vertreten, ist ein neuer Standpunkt, von der Internationale nie erkannt, und die neue Internationale, die sie schaffen wollen, würde sich ganz wesentlich von der Internationale unterscheiden, der wir angehören.

Die Vorstellung, daß es eine Internationale geben könnte, die nicht das Selbstbestimmungsrecht und Verteidigungsrecht der einzelnen Nationen anerkenne, ist eine utopische. Von dieser Vorstellung aus leiten ihre Vertreter ihre praktische Taktik im Kriege ab. Sie wollen den Krieg beenden durch eine internationale proletarische Revolution gegen die kapitalistischen Bourgeoisien der einzelnen Länder. Wenn man sich die Haltung der einzelnen sozialistischen Parteien in diesem Kriege vergegenwärtigt, so sieht man sofort das Utopische dieser Taktik. Angesichts der bedauerlichen Tatsache, daß es nicht einmal gelingt, die französischen und die englischen Arbeiter in ihrer Mehrheit zu einer Verständigungsverhandlung zu bringen, ist es geradezu Wahnsinn zu glauben, daß es möglich sei, die internationalen Massen in Bewegung zu setzen, um dem Weltkrieg ein Ende zu machen. Dieser Weg, der also den Verständigungsfrieden auf dem Wege eines internationalen Bürgerkriegs erreichen will, würde die europäische Menschheit in ein noch viel fürchterlicheres Elend hineinführen, als es der Weltkrieg schon getan hat. Ein Grundirrtum, der all diesen Vorstellungen zugrunde liegt, ist der Glaube, daß die nationalen Gebilde Dinge seien, die in der Auflösung begriffen seien, für die es in Zukunft keine Stätte mehr gäbe; der Glaube, daß die Entwicklung der Völker hinträbe zu einem allgemeinen nationslosen Weltstaat. Diese Vorstellung widerspricht den historischen und den biologischen Tatsachen schnurstracks. Wie in der pflanzlichen und animalischen Natur, so ist auch in der menschlichen Geschichte nicht die Vereinheitlichung die Tendenz der Entwicklung, sondern eine Differenzierung, ein Herausbilden charakteristischer Typen und Gebilde. Die heutigen Völker sind einmal durch biologische Ursachen zusammengehalten: Blutverwandtschaft spielte bei ihrer Bildung eine große Rolle. Und zweitens sind sie zusammengehalten durch historisches, staatliches, gemeinsames Erleben. Diese Schicksals-einheiten haben im neunzehnten Jahrhundert kein absterbendes Gesicht gezeigt, im Gegenteil die Herausbildung starker nationaler Gebilde, Kämpfe um nationale Unabhängigkeit erfüllen es. Auch in diesem Kriege sehen wir überall neben wirtschaftlichen und sonstigen Gegensätzen auch nationale Gegensätze und Ziele auf der Weltbühne erscheinen. Was sich bei Kriegsbeginn in Deutschland offenbarte, diese elementare mächtige Volksaufwallung, war das Bewußtwerden der Zusammengehörigkeit unserer Volkseinheit angesichts ihrer Bedrohung von außen. In der deutschen Arbeiterschaft war dies Gemeinschaftsgefühl, dies deutsche Staatsgefühl sehr erschüttert aus Gründen, die uns allen klar sind. Die deutsche Arbeiterbewegung hatte sich gegen die Herrschenden im deutschen Staat emporkämpfen müssen. Die Herrschenden hatten alles daran gesetzt, die Bewegung mit Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken. Ein Satz war großgezogen worden gegen die Herrschenden, der nicht so rasch vergessen werden konnte. Der ganze Kampf der deutschen Sozialdemokratie war gegen diese inneren Widersacher gerichtet gewesen. Darum war es nicht leicht, die taktische Umstellung am 4. August zu gewinnen. In uns lebte die alte Oppositionsstellung, diese Kampftradition stark weiter, und auch die Vorgänge vor dem

Kriege, die Versuche, die deutsche Arbeiterschaft wieder mit Ausnahmerechten zu inebeln, die Bedrohung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit, hatten sehr dazu beigetragen, dieses Gegenstandsgefühl gegen die Leiter des eigenen Staates zu verschärfen. Und trotzdem sehen wir, daß das Gemeinheitsgefühl, das in den tiefsten Tiefen jedes einzelnen lag, sich mit elementarem Gewalt geltend machte in der Stunde, wo der Gemeinschaft klar wurde: Es geht um deine Existenz, andere Völkerguppen sind im Begriff, mit überwältigender Mehrheit dich zu erdrücken, deinen Existenzraum zu beschneiden. Wer an dieser Tatsache vorbeiging, der sieht die Hauptursache nicht. Daraus ergab sich für uns das starke Gefühl: Die deutsche Arbeiterpartei wäre verloren, wenn sie sich in einer solchen Stunde gegen dieses elementare Massengefühl stellen würde, wenn sie Partei ergreifen würde für die Feinde des eigenen Landes. Darum können wir die ganze Frage nicht etwa bloß als eine parlamentarische betrachten, sondern müssen sie als eine Frage der Volkseinstellung in ihren Gruppen ansehen. Man kann nicht die Gegensätze, die zwischen den Völkerguppen bestehen, zum Teil historisch geworden, zum Teil wirtschaftlich bedingt, einfach wegleugnen wollen. Sie beruhen nicht nur auf Interessengegensätzen kapitalistischer kleiner Schichten. Das ist zwar ein sehr wichtiger Faktor, der durchaus nicht unterschätzt werden darf. Aber sie beruhen keineswegs darauf allein. Wenn man eine Internationale darauf begründen will, daß man die Eigenart der nationalen Körper, der Volks- und Staatsgemeinschaften leugnet und Interessengegensätze, die in der Natur der Sache liegen, nicht sieht, so kann das natürlich zu keiner Realpolitik führen. Jedes Volk ist aber berufen, sein Recht selbst zu vertreten, sich selbst zu behaupten. Ein Volk, das etwa nur Menscheninteressen verfolgt und nicht seine eigenen Rechte und Interessen im Zusammenleben mit den anderen Völkern wahrnähme, das müßte vorkommend unter die Räder kommen. Es ist genau so wie im Leben der einzelnen innerhalb des Staates. Es ist blutleere Ideologie, dem einzelnen zu predigen, du sollst immer nur an die Rechte anderer denken und dich bemühen, daß den anderen nichts verfürzt wird an dem, was ihnen zukommt. Nein, ein gesunder Mensch behauptet auch seine eigenen Rechte, seine eigene Daseinsmöglichkeit. Zu diesem Egoismus ist er berufen und verpflichtet. Die Internationale, wie wir sie denken und wollen, leugnet nicht diese Gegensätze und bestreitet nicht die Pflicht jedes Volkes, sein Recht, wenn es in Frage gezogen ist, zu behaupten. Wir sagen nur, der Ausitrag dieser Gegensätze soll nicht mit Gewalt, nicht mit den Mitteln der Vernichtung erfolgen. Die Wahrung des jedem Volke zustehenden Rechtes auf Rechtsorganisation erfolgen, sowie der auf dem Wege der internationalen Rechtsorganisation erfolgen. Die Wahrung der einzelnen innerhalb des Staates durch die Rechtsinstitutionen gesichert ist. Darum ist die prinzipielle Ablehnung der Vaterlandsverteidigung nichts anderes als eine blutleere Utopie, die nirgends in den Massen der Völker anderer als eine blutleere Utopie, die nirgends in den Massen der Völker Boden gewinnen kann und auf die sich keine Politik aufbauen läßt. Aber das muß zugegeben werden — diese Auffassung ist konsequent, so verkehrt sie ist. Wer die Auffassung hat, der Arbeiter braucht nicht das Land, dem er angehört, zu verteidigen, er hat kein Vaterland, der durfte und mußte die Kredite am 4. August ablehnen.

Es gibt nun eine zweite Gruppe von Leuten, die damals die Kredite ablehnten, die verfährt anders. Sie sagt: Wir erkennen zwar grundsätzlich die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung an. In der Praxis aber lehnen wir sie ab, d. h. wir lehnen die Mittel ab, die zur Durchführung der Landesverteidigung notwendig sind. Den Feldgrauen sagen sie: geht hinaus, tut eure Pflicht, kämpft, schützt das Land, aber wir lehnen es ab, euch die dazu nötige Ausrüstung zu geben an Waffen, Munition, Kleidung usw., wir lehnen es

deutsch, aber keineswegs politisch gehandelt gewesen. Diese Frage ist von unseren Gegnern im feindlichen Ausland und von den Sozialisten der Entente-Staaten als eine hochaktuelle politische Frage behandelt worden, eine Zentralfrage, von der aus sie ihre ganze Stellung zu uns und zum Frieden begründeten. Die Anklage gegen uns, daß wir die Mitschuldigen einer verbrecherischen Regierung seien, die die friedlichen Nachbarn überfallen habe, ist uns in der Presse der feindlichen Länder von Anfang an schroff entgegengetreten. Man hat uns mit Ausdrücken belegt, die ich hier nicht wiederholen will. Gestützt auf diese Auffassung haben die Sozialisten der Entente-Staaten es abgelehnt, mit uns in internationale Beziehungen zu treten und sich mit uns an den Tisch der Verständigung zu setzen. Gestützt auf diese Frage haben sie erklärt und erklären heute noch, der Frieden müsse ein Frieden der Sühne sein für das begangene Verbrechen. Und gestützt auf diese Frage stellen sie als Kriegsziel auf: Deutschland muß so geschwächt werden, daß es nicht wieder ein ähnliches Verbrechen begehen kann.

Diese Frage steht also im Mittelpunkt der Auffassung der Entente-Sozialisten. Und deshalb konnten wir nicht daran vorbeigehen, sondern mußten antworten, als sie auch in Stockholm als schwere Anklage an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie gerichtet wurde, wenn man unser Schweigen nicht als Eingeständnis der Schuld ansehen sollte. So kam es, daß wir in Stockholm, obgleich wir diese Frage nicht auf einer allgemeinen Konferenz erörtern wollten, gezwungen wurden, auf der Vorkonferenz uns gegen diese Anklage zu verteidigen. Damit haben wir unseren Standpunkt nicht aufgegeben, wie es in einem Parteiblatt hingestellt wurde; wir halten es auch heute noch für richtig, daß eine allgemeine Konferenz, wenn sie zustande kommt, sich nicht mehr mit dieser Frage beschäftigen soll. Um das aber zu erreichen, mußten wir von unserer Seite einmal eine klare Antwort geben, damit die andern drüben genötigt sind, die Dinge zu überprüfen und einzusehen, daß ihr Standpunkt nicht haltbar ist. Ich gehe auf die Erörterung der Schuldfrage hier nicht ein, sondern verweise auf den Vortrag, den ich in Stockholm gehalten habe. Wenn die Beweisführung in diesem Vortrag noch irgendeiner Bekräftigung bedurft hätte, so ist sie erbracht worden in dem Prozeß gegen Sukhomlinow. Neuerdings hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch Dokumente veröffentlicht, die ebenfalls in dieses Gebiet einschlagen und die beweisen, daß in der Tat von Berlin aus auf Oesterreich außerordentlich stark gewirkt worden ist, einmal, daß es in die direkte Verständigung mit Petersburg eintrete und daß es den zweiten Gresham'schen Verständigungsvorschlag akzeptiere. Warum die Regierung mit diesen wie mit anderen Dokumenten so spät erst herausgetreten ist, möchte ich auch hier fragen. Auch das ist ein schweres Versäumnis, daß man die Entente mit diesen und anderen Fragen eine so ungeheure Stimmung gegen Deutschland einschleudern ließ, die deutschen Arbeiter hat erzeugen lassen. Auch die Schuldfrage ist also kein Einwand für die, die damit die Ablehnung der Kriegskredite begründen wollten. Und wenn heute noch jemand trotz der veröffentlichten Dokumente auf dem Standpunkt steht, die Schuld habe auf deutscher Seite gelegen oder wenigstens hauptsächlich, dann verweise ich ihn auf das oben gegebene Zitat von Bernstein, der erklärte: „unbeschadet unserer Auffassung über die Einleitung des Krieges“ hatten wir die Kredite zu bewilligen.

Die Rechtfertigung unseres Verhaltens hat noch ein anderes starkes Argument. Eine Politik wird beurteilt am besten nach ihren Erfolgen. Welchen Erfolg hat sie gehabt? Die eine gewaltige Frucht dieses Krieges, die wir alle mit Jubel begrüßt haben, ist der Zusammenbruch des zarischen Systems, ist die russische Revolution, die russische Demokratie und damit das Ende der Bedrohungen, die das zarische System für Europa bedeutete. Dieses Ereignis

wäre aber nicht eingetreten, wenn wir so gehandelt hätten wie Haase und seine Freunde am 4. August 1914 wollten. Dann wäre wahrscheinlich nicht das zarische System zusammengebrochen, sondern die siegreichen Heere des Zaren wären in Berlin eingezogen. Wenn also die Richtigkeit unserer Politik nach ihren Folgen geprüft wird, so glaube ich, können wir auch da vor der Geschichte bestehen. Der Stort der Reaktion im Osten ist nicht mehr, die ganze europäische Zukunft ist infolgedessen in ein anderes Licht gerückt worden. Die Demokratie ist in Marsch gekommen von Osteuropa aus, die Nachwehen müssen sich geltend machen, auch in Deutschland, und machen sich geltend. Wenn die Mehrheitspartei ihre Politik rechtfertigt, so kann sie ruhig sagen: Neben den anderen, die das Verdienst haben, an diesem Ereignis, neben den russischen Arbeitern in allererster Linie, hat auch die soviel geschmähte deutsche Mehrheitspartei ein Recht, ein Verdienst am Zusammenbruch des Zarismus für sich zu beanspruchen.

Nun haben uns die Russen gesagt und sagen uns die Franzosen, wir hätten die Pflicht, das Beispiel der Russen nachzuahmen und auch Revolution zu machen; vorher könne man mit Deutschland nicht Frieden schließen. Sie versprechen uns in diesem Falle Wegnadigung von unserer Schuld und eine glimpfliche Behandlung beim Frieden. Diese Aufforderung ist, wenn die Berichte über den Kongreß der französischen Sozialisten in Bordeaux richtig sind, auch dort wieder sehr stark unterstrichen worden. Während die französischen Sozialisten dort mit großer Mehrheit beschlossen haben, daß eine noch energischer Kriegsführung im eigenen Lande angestrebt werden muß, haben sie an die Adresse der deutschen Arbeiter folgende Mahnung gerichtet: Die Russen wenden sich an die Unabhängigen Sozialisten und an das deutsche Volk im besonderen mit der Aufforderung, die bisherigen Machthaber in Deutschland zu stürzen, für ihre Verbrechen zu bestrafen und die deutsche Demokratie zu errichten; die französische Partei verbürgt sich dafür, daß die Alliierten die im Entstehen begriffene deutsche Demokratie nicht vernichten würde und verweisen auf die Zusagen von Wilson, Lloyd George und Ribot. (Heiterkeit. — Scheidemann: Schöne Bürger!) — Es wird, glaube ich, die Pflicht der Unabhängigen sein, die nötige Antwort auf diese Aufforderung zu geben, um drüben Hoffnungen zu zerstören, die, wenn sie nicht zerstört würden, den Krieg verlängern müßten. Unsere Antwort darauf ist diese: Es zeugt von außerordentlicher Unkenntnis der Verhältnisse, wenn man Rußland und sein System mit Deutschland verwechselt.

Wenn uns Wegnadigung für die Mitschuld am Verbrechen des Weltkrieges zugesichert wird, so bedürfen wir ihrer nicht, denn wir haben kein Verbrechen begangen. Wir haben unserem Lande gegenüber unsere Pflicht erfüllt, so wie es die Franzosen ihrem Lande gegenüber getan haben. Was weiter das Versprechen anlangt, uns dann glimpflich zu behandeln, so machen wir ein großes Fragezeichen dahinter. Wir wissen wirklich nicht, ob die französischen Sozialisten die Macht haben, ihren Staatsmännern in den Arm zu fallen, wenn diese imperialistische Kriegsziele verwirklichen wollen. Wir bezweifeln, daß sie das können, haben sie doch nicht einmal erreicht, Pässe nach Stockholm zu erhalten. (Sehr richtig!)

Darauf wir uns gefaßt machen können, wenn Deutschland unterliegt, darüber haben die feindlichen Staatsmänner keinen Zweifel gelassen: die Verkümmelung Deutschlands, die Zertrümmerung der Donaumonarchie, die Aufteilung der Türkei sind offen als Kriegsziele verkündet worden und man hat hinzugefügt, daß die wirtschaftliche Anebelung Deutschlands die Fortsetzung dieses Krieges sein werde. Also es besteht kein Zweifel darüber, daß der Wille, Deutschland zu verkleinern und ohnmächtig zu machen, ungetroffen besteht.

ja, der Wille ist nicht schwächer, sondern stärker geworden. Die Koalition gegen uns ist auch nicht schwächer, sondern stärker geworden. (Sehr richtig!) Wir können daher sagen, daß, wenn am 4. August 1914 eine ungeheure Gefahr sich um Deutschland zusammenschloß, die Weiterentwicklung des Krieges keineswegs eine Abchwächung dieser Gefahr gebracht hat. (Sehr richtig!) Die Bedrohung ist heute noch viel fürchtbarer als am 4. August 1914, darüber wollen wir uns gar keiner Täuschung hingeben. Heute steht fast die gesamte Welt in einem mächtigen Ring zusammen, um alles daran zu setzen, uns niederzudrücken. (Sehr richtig!) Die Verteidigung unseres Landes ist also im weiteren Verlaufe des Krieges immer notwendiger geworden und die Frage, ob dieser Krieg für uns ein Eroberungs- oder ein Verteidigungskrieg ist, kann angesichts dieser Entwicklung ernsthaft gar nicht gestellt werden.

Das führt zur Behandlung einer dritten Gruppe von Kriegskreditbewerbern, die am 4. August 1914 mit uns für die Kredite gestimmt haben, die aber dann im Laufe der Entwicklung — der eine früher, der andere später — ihre Auffassung änderten und sich zur Ablehnung der Kredite durchmauserten. Wenn man den Verlauf des Krieges betrachtet, der in keinem Stadium für uns seinen bedrohlichen Charakter verloren hat, ja wenn man sieht, wie die feindliche Koalition sich verstärkte und damit die Bedrohung vergrößerte, dann ist es unbegreiflich, daß im Verlaufe des Krieges sich Parteigenossen finden konnten, die zu Beginn die Kredite bewilligten, sie späterhin aber verweigerten. (Sehr richtig!) Sie sagen, der Krieg sei im Verlaufe der Zeit zu einem deutschen Eroberungskrieg geworden. In keinem Stadium des Krieges aber war Deutschland in der Lage, über seine Verteidigung hinaus irgendwieviele Eroberungen verwirklichen zu können. Es sind allerdings in Deutschland von einflußreichen Kreisen Eroberungsziele aufgestellt worden. Zuerst von den sechs Wirtschaftswerkstätten, dann von den Alldeutschen im verschiedensten Gewande. Auch im Reichstag war es zunächst nur eine Minorität, die sich mit uns auf den Boden stellte, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg bleiben müsse. Die Parteien gaben Erklärungen ab, die gewisse Eroberungsziele enthüllten. Die Regierung suchte in der Mitte durchzukommen, um die Einheit des Volkes zu wahren. Bethmann Hollweg lavierte. Wenn in der vorigen Debatte gesagt worden ist, er habe eigentlich zu den Eroberungspolitikern gehört, so ist das eine Verkennung der Tatsachen. Einflußreiche Schichten unseres Volkes haben allerdings einen ungeheuren Druck auf ihn ausgeübt. Aber er hat dem Druck keineswegs nachgegeben. Wer den Beweis dafür haben will, findet ihn ganz einfach durch die Stellung der Annexionisten zu Bethmann Hollweg erbracht. Er war der von ihnen bestgehaßte Mann. Wäre er ein Annexionist gewesen, sie hätten ihn nicht bekämpft. (Sehr richtig!) Historische Wahrheit ist, daß Bethmann Hollweg die mittlere Linie suchte und daß er auf Grund des Druckes, den die Sozialdemokratie auf ihn ausübte, sich mehr und mehr nach links orientierte.

Der erste große Erfolg in diesem Kampfe war das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916. Es war der erste offensichtliche große Erfolg des Einflusses der deutschen Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Dieser Erfolg löste einen erbitterten Kampf gegen die Regierung aus. Wir haben dann weiter geistlicher und mit allen Mitteln dahin gewirkt, daß die Regierung den Annexionisten eine immer klarere Abgabe erteilen solle. Wir haben bei jeder Gelegenheit im Parlament den annexionsistischen Meinungen Widerstand geleistet und erreicht, daß die Regierung sich mehr und mehr unserem Standpunkt angepaßt hat. (Sehr richtig!)

Der zweite große Erfolg auf dieser Bahn war die Gewinnung einer Mehrheit im Reichstag für unsere Friedenspolitik, war die Annahme der

Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 durch Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittler. Ihre Annahme bedeutete einen gewaltigen Erfolg unserer Bemühungen. Zum ersten Male entstand im Reichstage, woran wir gar nicht gemöhnt waren, ein Mehrheitsblock mit uns, der durch eine große gemeinsame politische Forderung zusammengehalten war. Dieser Mehrheitsblock war zunächst ein Gelegenheitsblock und viele haben ihn keine große innere Widerstandskraft zugetraut. Aber er hat sich in dem weiteren Kampfe um die Friedensentschließung als fest erwiesen. Er hat zunächst verbündet, daß die Regierung durch zweideutige Wendungen von dem Boden der Entschließung abrückte und hat sich durchgesetzt beim nächsten großen Erfolg in der Friedenspolitik, bei der Beantragung der Papstnote. Die Antwort auf die Papstnote nimmt auf die Reichstagsentschließung Bezug, sie gibt ihr damit eine noch größere innerpolitische und außenpolitische Bedeutung. (Sehr richtig!) Die Antwort auf die Papstnote ist das erste hochwichtige internationale Dokument, das unter Mitwirkung des Parlamentes zustande gekommen ist.

Die Antwort auf die Papstnote löste einen erneuten erbitterten Insturm der Alldeutschen auf der ganzen Linie gegen den Reichstag aus. So sahen wir uns genötigt, mit dem Gegenstoß einzusetzen, der in den letzten Wochen im Reichstag stattfand gegen die Treibereien der sogenannten Vaterlandspartei, die alle annexionsistischen Kräfte zusammenfassen will, um das Volk aufzuwühlen und so einen wachsenden Druck auf die Regierung auszuüben. Die Vaterlandspartei ist gedacht als eine Heringspartei für die bürgerlichen Parteien, die sich zur Reichstagsentschließung bekannt haben. Sie will innerhalb dieser Parteien Ringengänge treiben, den Boden dieser Parteien im Volke unterhöhlen, um so die Mehrheit des Reichstages zusammenbrechen zu machen. Ihre äußeren Ziele sind Eroberungen im Westen und Osten, ihre innerpolitischen Ziele die Verhinderung jeder Neuordnung, jedes freiheitlichen Fortschrittes in Deutschland während des Krieges. Sie wollen die Neuordnung während des Krieges nicht, weil sie die auch nach dem Kriege nicht wollen. (Sehr richtig!)

Die sogenannte Vaterlandspartei behauptet eine Volksbewegung zu sein. (Lachen.) An der Spitze dieser Volksbewegung marschiert ein Herzog, ihm folgen ein Großadmiral und ein Generallandschaftsdirektor. Die Aufrufe der Partei sind unterschrieben von Generalen und Admiralen a. D., von Staatsministern a. D., Großindustriellen, Generaldirektoren, Generalsuperintendanten, Professoren, Großgrundbesitzern und Leuten von der hohen Finanz. Diese Herren behaupten also, sie seien eine Bewegung aus der Tiefe des Volkes. Eine wirkliche Volksbewegung kann man nur darin erkennen, gegen wen sie sich richtet. Diese Tirpik-Rappische Volksbewegung richtet sich gegen das Volk selbst. (Sehr richtig!) Man kann eine Volksbewegung auch daran erkennen, von wem sie unterstützt wird und wessen Unterstützung sie verlangt. Die Tirpik-Rappische Volksbewegung hat als Unterstützung die Millionäre der Kriegsindustrie und als Gönner amtliche Stellen in der Heimat und dem Heer. Diesen Nachweis haben wir im Reichstage mit einer erbeidendenden Fülle an Material erbracht. Wollen die Herren wissen, wie eine Volksbewegung aussieht und wie sie entsteht, sie brauchen nur auf die deutsche Sozialdemokratie zu blicken. Eine Volksbewegung kommt von unten herauf und kämpft gegen die Herren oben, gegen die Träger der Macht; sie erfreut sich nicht der Günst von oben. (Sehr richtig!)

In dem neuen Aufruf sagen die Herren, sie wollten jetzt zeigen, wo die wahre Mehrheit des Volkes steht. Das wollen und müssen wir ihnen jetzt auch zeigen, Parteigenossen! Jetzt gilt es, die Abwehrbewegung mit aller Energie einzuleiten, und wenn es sich darum handelt, Volksbewegungen zu entwickeln,

dann glaube ich, sind wir doch die besseren Fachleute und die anderen sind die Dilettanten. (Sehr gut!) Aber das muß auf der ganzen Linie geschehen. Den alldeutschen Versammlungen müssen Versammlungen entgegengesetzt werden, und wenn es möglich ist, auch vereinte Versammlungen derjenigen Parteien, die sich zur Mehrheitsresolution bekennen. (Sehr richtig!) In dem neuesten Aufzuge steht auch der Satz: „Gegen englische Friedensföhler müssen wir hart sein. In absehbarer Zeit werden wir England ganz anders gegenübersehen.“ Also vor englischen Friedensföhler wird gewarnt! Die Herren von der Tirpitz-Sappischen Partei haben Angst, die Gegner könnten zur Friedensbereitschaft kommen, und sie warnen von vornherein schon vor solchen Verständigungsaneignungen, die von der anderen Seite kommen könnten. Kann man sich ein frevelhafteres Spiel denken? Im vierten Jahre des Weltkrieges treten Männer auf und sagen dem Volke: Habt acht, hütet euch vor den Engländern, wenn sie kommen und zum Frieden bereit sind. Daß die Herren keinen baldigen Frieden wollen, das erklärt sich zum Teil aus ihrer Interessiertheit am Kriege. (Sehr richtig!) Sie machen glänzende Geschäfte im Kriege, häufen Millionen auf Millionen, die Schwerindustriellen auf der einen, die Großagrarier auf der anderen Seite. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube schon, daß die nicht das Gefühl der Masse haben, die unter dem Kriege leidet. Es gilt auch in der Presse auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Alldeutschen aufzunehmen. Es wäre auch gut, wenn in den sozialistischen Zeitchriften andere Fragen mal zurücktreten und alles sich konzentrierte auf das Thema: Nieder mit den Alldeutschen! (Sehr gut!) Denn die — das wollen wir ruhig sagen — verstehen es, in der Presse zu arbeiten; die alldeutschen Blätter gehen konzentrisch vor, sie hauen in dieselbe Kerbe unablässig und unablässig. Dem gegenüber heißt es, die Kräfte konzentrieren auf das eine Ziel, das jetzt das wichtigste ist.

Die Herren spielen ja auch mit dem Gedanken der Reichstagsauflösung. Die Forderung: Los vom Reichstag, hinter dem angeblich nicht mehr das Volk steht, ist ja in der alldeutschen Presse aufgetaucht. Sie ist verkommen, als die Leute die Gefahr sahen, daß dann die Mehrheitsparteien vereinzelt die Kriegstreiber in die Pfanne hauen würden. Nun tauchte ein anderer Gedanke auf. In den neuesten Neußerungen Berliner alldeutscher Blätter wird mit dem Gedanken eines Staatsstreiches gespielt. Der erste, der das tat, war der Landtagsabgeordnete Baumeister, der in einer alldeutschen Konferenz zu Berlin eine Resolution annehmen ließ, die den Kanzler auffordert, einen eisernen Griff zu tun und der starke Führer zu sein im Kampf gegen den „inneren Feind“. Man spielt also mit dem Gedanken der Diktatur, einer Diktatur gegen das Volk. Es hat Fälle gegeben, wo Völker in der höchsten Not Diktatoren ernannt. Das kann vorkommen, das kann berechtigt sein, aber eine Bedingung ist dabei, daß dieser Diktator von der Mehrheit des Volkes bestellt wird, um deren Willen durchzuführen. (Sehr richtig!) Hier aber spielt man mit der Idee eines Diktators aus der Minderheit, der den Willen der Minderheit auf Kriegerverlängerung und Niederhaltung des Volkes im Innern gegen die große Mehrheit des Volkes durchsetzen soll. Das wäre denn doch ein Spiel, über dessen Ausgang niemand im Zweifel sein kann. (Sehr richtig!) Es ist schwer, zu denken, daß in einem normalen Gehirn eine solche Idee mitten im Weltkrieg Platz greifen kann. Wir sehen der Entwicklung mit Ruhe entgegen. Galt es aber für unsere Pflicht, alle die es angeht, vor solchen Experimenten zu warnen.

Es laufen hinter den Alldeutschen natürlich auch eine Menge Leute hinterher, die nicht materiell am Kriege interessiert sind. Briefe von solchen Leuten bekomme ich jetzt öfters, nachdem ich im Reichstage gesagt habe, die Vaterlands-

partei sei eine Bewegung der oberen Zehntausend. Gewiß, es gibt auch Ideologen, die da hinterherlaufen, gelehrte und ungelehrte Hindsköpfe (Geiterleit), die sich der Situation nicht bewußt sind und nur die Fassade sehen. (Sehr richtig!) Das Fundament der Kriegspolitik der Alldeutschen beruht auf einer Illusion. Sie glauben, daß es möglich sei, den Krieg mit rein militärischen Mitteln zugunsten Deutschlands zu beenden. Das ist eine Illusion. So wenig die Prüben uns mit ihren militärischen Mitteln niederwerfen können, so wenig sind wir imstande, diese Weltkoalition mit militärischen Mitteln zu Wasser oder zu Lande so niederzuzwingen, daß sie sich einen Frieden von uns diktiert lassen muß. (Sehr richtig!) Das ist eine Illusion, die auch in den Köpfen von Ideologen spukt, deren Beruf als Professoren sie eigentlich davor schützen sollte, so oberflächlich die Dinge zu beurteilen. Die stärksten Hoffnungen setzen sie auf die U-Boote. Im Januar dieses Jahres sagte man, sie bringen uns sicher in eirigen Monaten so weit, daß die Engländer um Frieden bitten müssen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Vertreter der alldeutschen Richtung den rücksichtslosen U-Bootkrieg mit der Behauptung gefordert haben, daß in drei, jedenfalls aber in sechs Monaten man mit diesem Mittel die Gegner soweit habe, daß sie nachgeben müssen. Diese Frist ist längst abgelaufen. Dann sagte man, vor der neuen Ernte liegen die Engländer sicher am Boden. Auch diese Frist ist abgelaufen. Man sagte weiter: Die U-Boote schützen uns jedenfalls vor einem vierten Kriegswinter. Auch die Frist ist abgelaufen. Trotzdem haben die Leute den Mut, auch weiterhin mit solchen Monatsterminen das deutsche Volk zu täuschen. Auch in der neuesten Rede von Tirpitz bei Gründung der Vaterlands-
partei in Berlin ist gesagt, daß der Sieg bolsicher sei, und daß es sich höchstens noch um einen Monat mehr oder weniger handeln könnte. Diese gefährlichen Illusionen müssen, wenn man die Politik darauf einstellen wollte, zu schwersten Enttäuschungen führen. (Sehr richtig!) Um einen Frieden, wie die Alldeutschen ihn wollen, von England zu erlangen, müßten sie nicht mit Monatsterminen, sondern mit Jahresterminen rechnen. (Sehr richtig!) Nicht in einem Jahre, nicht in zwei und nicht in drei Jahren würden sie das Ziel erreichen, daß die Engländer den Frieden freffen, den die Alldeutschen ihnen vorsetzen wollen. Es ist geradezu wahnsinnig, mit solchen Versprechungen zu operieren. (Sehr wahr!)

Wir haben die Reichsleitung gewarnt, den rücksichtslosen U-Bootkrieg anzuknüpfen. Wir haben auf die Gefahren hingewiesen, die sich im Hintergrund erheben. Wir haben hingewiesen namentlich auf die große Gefahr, die mit dem Eintritt Amerikas in die feindliche Koalition sofort aktuell wird. Wir lehnen also die Verantwortung dafür ab, daß es zu dieser Stärkung der Koalition unserer Gegner gekommen ist mit all den es Schänden, die sie für Deutschland bis jetzt schon gebracht hat. Jetzt freilich, nachdem der rücksichtslose U-Bootkrieg einmal in Anwendung gebracht war, kann er nicht mehr rückgängig gemacht werden, denn die politischen Wirkungen sind nicht mehr rückgängig zu machen. Er wird selbstverständlich jetzt seinen Weg gehen. Darüber haben wir keinen Zweifel gelassen. Auch die Mehrheit im Reichstage ist darüber einer Meinung, daß jetzt dieses Kriegsmittel mit aller Schärfe weiter angewendet werden muß. Aber wir sagen, die militärischen Mittel allein genügen nicht, uns zu einem baldigen Frieden zu führen. Selbstverständlich sind sie nötig als Druck auf die Gegner, solange diese nicht zum Frieden bereit sind. Die Feinde hoffen, daß es doch noch gelingen könnte, Deutschland militärisch niederzuwerfen, und das ist doch noch das schwerste Geminnis der Friedensbewegung. Solange die feindlichen Staatsmänner die Rechnung noch so stellen, solange sie noch an dieser Hoffnung festhalten, wenden sie sich natürlich gegen jeden Versuch eines vorzeitigen Friedens, der, wie sie sagen, ein Hindernis ist. Die Hoffnung,

daß Deutschlands Kraft mit militärischen Mitteln gebrochen werden könne, findet ihren stärksten Rückhalt in der Hoffnung auf Amerika. Wir sind überzeugt, auch diese Hoffnung unserer Gegner wird zusammenbrechen, es wird ihnen nicht gelingen, Deutschland militärisch niederzuerwerfen. Darum muß natürlich die militärische Gegengewehr fortgesetzt werden, bis die anderen eingesehen haben, daß so wenig wie wir sie sie uns militärisch niederringen können. Dann werden sie zeit für den Frieden.

Das ist die eine Seite des Druckes. Dazu aber muß die andere kommen und die ist auch von der größten Bedeutung. Wir müssen in den Köpfen der feindlichen Länder die Ueberzeugung schaffen, daß Deutschland nicht der Raubstaat ist, als den man ihn hinstellt, daß es nicht der Werwolf ist, der über die anderen hergefallen ist, und daß es nicht beabsichtigt, eine Welt hegemonie auf Kosten der Lebensrechte der anderen aufzurichten. Diese Ueberzeugung müssen wir in die Massen der Feinde hineintragen. Diese Ueberzeugung müssen wir in die widerstrebenden Staatsmänner an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Staatsmänner der feindlichen Staaten, die jetzt noch das Steuer in der Hand haben, zeigen die Psychologie des unglücklichen Spielers; sie haben ein großes Eroberungsprogramm aufgestellt, haben damit eine gewaltige Koalition zustande gebracht, haben ungeheure Opfer an Gut und Blut ihrer Völker in das Geschick hineingeworfen, und sie wollen natürlich nun nicht das Spiel mit einem Frieden beenden, der nichts anderes heißt, als Verzicht auf ihr gesamtes Eroberungsprogramm. Denn der Verständigungsfrieden ist ein Verzichtfrieden für unsere Gegner. (Sehr richtig!) Auch das muß den Alldeutschen klargemacht werden. Es heißt die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man es so hinstellt, als ob Deutschland bei einem solchen Frieden sich selbst knebele und ohnmächtig mache. Im Gegenteil, Deutschland wird auch ohne Annektionen, auch ohne Kontributionen, wenn es seine territoriale Unverletzlichkeit behauptet und für sich freie weltwirtschaftliche Betätigung erreicht, so schwer es auch ist, die Wunden des Krieges aus eigener Kraft heilen können und seine politische und wirtschaftliche Nachstellung sichern.

Es gilt also, die Friedensströmung drüben dadurch machtvoll zur Entwicklung zu bringen, daß von Deutschland ein klares Friedensprogramm aufgestellt wird. Unsere Verbündeten, die sich durch die Erklärungen ihrer leitenden Minister, zuletzt noch des Grafen Czernin, vor aller Welt auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt haben, sind einer Meinung mit uns. Es hieße die Festigkeit des Bündnisses der Centralmächte gefährden, wenn man den Verdacht aufkommen ließe, daß Deutschland um weitergehender Kriegsziele willen von sich aus den Krieg verlängern möchte. Das ist auch von größter Bedeutung für die Stimmung unter den Neutralen. Die Stellung der europäischen Neutralen war von Anfang an eine schwierige; sie ist noch viel schwieriger geworden durch den Eintritt Amerikas in die Koalition unserer Gegner, und wenn uns nicht seitens der europäischen Neutralen noch unliebame Ueberlassungen besichert werden sollten, dann müssen wir dafür sorgen, daß die öffentliche Meinung in den neutralen Ländern weiß, Deutschland ist nicht schuld, wenn der Krieg verlängert wird, Deutschland ist bereit zu einem Frieden, der die Lebensrechte der anderen achtet. (Sehr wahr!)

Des weiteren kommt die Einwirkung einer solchen klaren Friedenspolitik auf die russische Demokratie in Betracht. Die Vorgänge dort gerade der letzten Tage verdienen die höchste Beachtung. Es läßt sich ja sehr schwer beurteilen, wie die Entscheidungen in Rußland schließlich fallen werden. Aber das ist doch zweifellos: Die Umbildungen, die sich vollzogen haben, die Verschiebungen des Einflusses in der russischen Regierung gehen zweifellos in der Richtung auf Stärkung derjenigen Kreise, die einen baldigen Frieden ohne Annektionen und

ohne Kontributionen erstlich wollen. Es wird jetzt erneut schon von der russischen Demokratie ein Druck auf die Ententemächte im Westen zur Revision ihrer Kriegsziele angekündigt. Soll diese Politik gefördert werden, so ist die Voraussetzung dafür, daß die russische Demokratie den Westmächten sagen kann, Voraussetzung dafür, daß die russische Demokratie den Westmächten sagen kann, ihr könnt den Frieden haben, der den Friedenszielen der Demokratie, wie sie in Rußland zuerst aufgestellt wurden, entspricht; ihr könnt von Deutschland den Frieden haben, der eure eigenen Lebensrechte unangetastet läßt. (Zustimmung.) Erst dann hat diese Politik die feste Unterlage, die Erfolg verspricht. (Sehr richtig!) Wird dieser Erfolg nicht erreicht — es ist möglich —, dann werden wir sehen, ob dann die russische Demokratie Ernst macht und den Frieden gegen die Entente durchsetzt.

Und schließlich ist diese klare Friedenspolitik notwendig, um unser eigenes Volk zusammenzuhalten. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes ist bereit, solange uns die Verteidigung aufgezwungen wird, ihre Pflicht zu tun. Das ist die Basis für die Einheit unseres Volkes, wie sie am 4. August 1914 geschaffen wurde und wie sie bis heute besteht. Solange wir uns sagen dürfen, die Schuld an der Verlängerung des Krieges liegt nicht auf seiten der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, sondern einzig und allein auf seiten unserer Gegner, solange das Volk sich das sagen kann, wird es die Kraft und Entschlossenheit haben, in der Verteidigung zu beharren. Aber darüber hinaus für Eroberungsziele zu kämpfen, dafür ist im deutschen Volk keine Einheit zu geminnen. (Sehr richtig!) Auf das Programm der Alldeutschen gibt es keine Einheit im deutschen Volk. Deshalb bedeutet das Programm der Alldeutschen die Zerreißung des deutschen Volkes bis in die Wurzeln hinein. (Ergebnis Zustimmung.) Sie tut das auch schon mit ihrem Namen. Die Vaterlandspartei reklamiert die Vaterlandsliebe für sich und sagt damit: Wer nicht für uns ist, ist kein Vaterlandsfreund, sondern ein Förderer der Pläne des Auslandes. Wäre das wirklich so, so hieße das, die Hoffnung des Auslandes auf das Auseinanderfallen des deutschen Volkes vor aller Welt bekräftigen und bestärken. Was muß das Ausland davon denken, wenn die Vaterlandspartei erklärt: die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstags sind keine rechten Vaterlandsfreunde. Das heißt ja geradezu, die Einheit unseres Volkes vor dem Ausland in Stücke zerreißen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Politik muß gewissermaßen eine moralische Friedenskoalition zustande bringen, eine moralische Koalition aller derer in allen Ländern, die ehrlich die baldige Beendigung des Krieges durch einen Frieden der Verständigung und Versöhnung wollen. Alle, die den Frieden wollen, müssen zusammengeführt werden auf den Boden eines klaren Friedensprogramms. Das ist der moralische Druck, der auf die widerstrebenden Staatsmänner in allen feindlichen Ländern ausgeübt werden muß. Auf der einen Seite der militärische Druck, auf der anderen Seite der moralische Druck, der alle die in das schwerste Unrecht setzt, die den Krieg weiterführen wollen. Das ist die Fange, zwischen die die Widerstrebenden genommen werden müssen.

Aus dieser großen Richtlinie unserer Politik ergibt sich für uns jetzt die klare Forderung an die deutsche Regierung, jeden Schein zu zerstoren, als ob sie nicht voll auf dem Boden der Friedensklärung des Reichstages stehe. (Sehr richtig!) Die österreichische Regierung hat das in ungewisser Weise getan. Es ist ferner in der Antwort an den Papst Bezug genommen auf die Resolution des Reichstages. In dieser Resolution heißt es: keine gewalttätigen Eroberungen, keine politischen, wirtschaftlichen, finanziellen Vergewaltigungen. Das ist eine einwandfreie Formulierung des Friedens der Verständigung. Wie kommt es nun, daß trotzdem immer noch die deutsche Regierung nicht von dem Verdacht

befreit ist, daß sie darüber hinausgehende Ziele verfolgt? Das ist das Problem, und unsere ganze Politik muß darauf ausgehen, dies Problem endlich zu lösen und es durch eine ganz einwandfreie Tatsache zu beseitigen. Das erste und wichtigste ist eine klare Erklärung in bezug auf Belgien. (Sehr wahr!) Durch die Reichstagsresolution ist zwar die belgische Frage indirekt beantwortet worden: Keine Eroberungen, keine politische, wirtschaftliche, finanzielle Vergewaltigung. Das deut vollkommen klar unsere Forderung der Wiederherstellung eines nach allen Seiten politisch und wirtschaftlich unabhängigen Belgiens. Keine Auslegungskunst kann das beseitigen. Trotzdem versucht man es. Darum müssen wir noch eine positive und direkte Erklärung über Belgien verlangen. Und wenn auch Kühnmann neuerlich gesagt hat, Belgien ist ja gar nicht die entscheidende Frage, daran hängt es ja gar nicht — das hat Asquith ja in seiner letzten Rede auch gesagt, dahinter steht noch Elsaß-Lothringen und andere Dinge —, so kann uns das nicht abhalten, zunächst diese noch immer als Hindernis wichtig! Die „Daily News“ übrigens hat Asquith desabouiert, sie hat geschrieben, daß doch Belgien die Hauptfrage sei und daß alles andere territoriale Fragen seien, über die man sich verständigen könnte.

Es kommt darauf an, in Deutschland alle Unklarheit aus dem Wege zu räumen, damit das englische Volk weiß, Belgien ist kein Hindernisgrund, das Blut, das vergossen wird auf den flandrischen Schlachtfeldern, die Helatomben junger Männer, die dort geopfert werden, sind unnötig, Deutschland ist bereit, Belgien zu räumen. Die belgische Frage war zwar für England nicht der eigentliche Kriegsgrund, aber doch der Anlaß, durch den die englische Regierung die Stimmung des Volkes für den Krieg gewonnen hat. (Sehr richtig!) Und während des ganzen Krieges war die belgische Frage in England ein Agitationsmoment für alle die, die den Krieg bis zum äußersten fortsetzen wollten. In dem Moment aber, wo klar gesagt wird, Belgien wird unabhängig wie es war, wird Belgien eine Waffe für die Friedensbewegung in England, eine Waffe gegen die, die den Krieg weitertreiben wollen.

Wenn man sagt, eine solche Erklärung werde drüben nur als Schwächezeugnis aufgefaßt, so antworten wir: Da feindlichen Militärs und Staatsmännern wissen, daß Deutschland nicht schwach ist, daß es militärisch keineswegs gebrochen ist und daß es Waffen hat, die außerordentlich empfindlich wirken. Wir haben auch sehr gute Zeugnisse dafür, daß unsere Friedensresolution in dem Sinne auf die Völker gewirkt hat, wie wir es wünschen. Ein sehr wichtiges Zeugnis will ich hier noch vorführen, das ist ein Artikel des „Mietich“, des Organs der russischen Arbeiterpartei, man vermutet sogar, daß Wiljufow der Verfasser ist. Er wendet sich gegen die Ausführungen des Ministers Tereftschensow. Es heißt darin:

„Seit dem Sommer dieses Jahres, vom Augenblicke der Annahme der Friedensresolution durch den Reichstag an, vollzieht sich in Deutschland ein enorm wichtiger Prozeß der allmählichen Liquidierung des kriegerischen Annexionsismus der ersten Jahre des Weltkrieges. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Antwortnote an den Papst eine Etappe auf diesem Wege ist. Es ist unverständlich, welchen Zweck für England eine offenkundige Fälschung des Sinnes des deutschen Dokuments gegenwärtig haben kann.“

Man sieht also durch das Treiben der Entente hindurch bricht sich die Wahrheit Bahn, und wenn die Alldeutschen glauben, hämisch darauf hinweisen zu können, daß die Friedenserklärung keine Wirkung gehabt hat, so ist das nicht wahr. Wenn sie nicht eine noch bessere Wirkung gehabt hat, so fällt

das auf das Schuldkonto der Alldeutschen, die die Resolution nach allen Richtungen hin diskreditiert haben. Es fällt aber auch ein Teil der Schuld auf die Unabhängigen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch die haben dazu beigetragen, die Wirkung der Friedensarbeit zu durchkreuzen, indem sie damals gegen die Friedensresolution mit der Begründung stimmten, sie sei nicht endlich gemeint, sie sei bedeutungsfähig und so weiter. Es ist ja charakteristisch, daß im englischen Unterhaus bei Besprechung der Interpellation von Macdonald seitens der Regierung geantwortet werden konnte: Was bedeutet denn die Resolution? Sie ist ja ein ganz bedeutungsfähiges Ding. Beweis dafür die Ausführungen von Haase. (Hört! hört!) Jetzt nennt Asquith die Resolution ein Meisterwerk. Das gründet sich alles auf das Material, das die Unabhängigen in Hand mit den Alldeutschen den Kriegstreibern drüben geliefert haben. Wir können freilich nicht sagen, daß der Weg unserer Friedenspolitik mit mathematischer Sicherheit in wenigen Monaten zum Frieden führt. Aber das können wir mit mathematischer Bestimmtheit sagen: es ist der einzige Weg, der zum nahen Frieden führen kann, es gibt keinen anderen. Der Weg der Alldeutschen aber ist der Weg der sicheren Kriegsverlängerung. (Sehr richtig!) Und deshalb, weil unser Weg der einzige ist, der unser Volk mit den übrigen Völkern vor der weiteren Dauer dieses furchtbaren Unheils bewahren kann, deshalb müssen wir ihn gehen und müssen verlangen, daß die Regierung ihn restlos mit uns geht. (Sehr wahr!)

Wir stehen vor der harten Tatsache, daß drüben noch keine Friedensbereitschaft ist. Das kann niemand leugnen, und wir würden uns selbst Illusionen vormachen und eine Politik treiben, die wir nicht beantworten könnten, wenn wir unererseits an dieser Tatsache vorbeigehen wollten. Die Staatsmänner der Entente sind bis zu dieser Stunde entschlossen, den Krieg in das Jahr 1918 hineinzutragen, nicht nur den vierten Kriegswinter, sondern das vierte Kriegsjahr vollzumachen; sie sind entschlossen, es noch einmal auf eine ungeheure Kraftprobe ankommen zu lassen im nächsten Frühjahr und Sommer, wobei sie die Machtmittel Amerikas mit ins Feuer führen zu können hoffen. Angesichts dieser Tatsache widerlegt sich auch die Auffassung, die der dritten Gruppe von Kreditverweigerern noch eine Unterlage gegeben hat. Sie sind immer der Meinung gewesen, es genüge von deutscher Seite aus, sich zu einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen zu bestimmen, um den Frieden zu haben. Das ist ein Trugschluß, und mit diesem Trugschluß fällt auch das letzte Argument, was sie für die Kreditverweigerung anführen könnten. Diesen Trugschluß begehen auch die Unabhängigen, sie meinen immer noch, wenn jetzt die deutsche Regierung ganz einwandfrei Belgien freigäbe und erklärte: wir wollen keine Kriegsentwädigung, daß wir dann den Frieden Landes, wir wollen auch keine Kriegsentwädigung, daß wir dann den Frieden hätten. Das ist eine Täuschung. Wir werden damit noch nicht die Bereitschaft zum Frieden erzielen bei den Staatsmännern, die jetzt das Steuer in England und Frankreich führen. Das ist ja ganz klar gutage getreten dadurch, daß sie jetzt, als es den Anschein nahm, Belgien werde von Deutschland freigegeben, die Elsaß-Lothringische Frage in den Vordergrund hoben. Auch die französischen Sozialisten sind noch nicht so weit, daß sie sich auf den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen einlassen wollen. Die englische Arbeiterpartei in ihrer großen Mehrheit ist auch noch nicht so weit, diesen Frieden zu akzeptieren. Vandervelde, der ja immer noch formell der Vorsitzende der Internationale ist, hat in sein Memorandum an die Konferenz in Stockholm hineingeschrieben: die größte Gefahr im Augenblick sei, „daß die Völker aus Ermüdung auch zu einem brüchigen Frieden bereit sein könnten“.

(Hört! hört!)

So stehen die Dinge. Wir erklären, daß wir auf dem Boden der russischen Plattform stehen, aber wir müssen verlangen, daß auch die andere Seite sich auf diesen Boden stellt. Diese Formulierung ist nicht nur ein Verzicht unsererseits auf Eroberungen, auf Einbringen in fremde Lebensrechte, sie ist auch eine Schutzformel für uns. Das ist der klare, feste Boden, auf dem die Mehrheit der Partei steht und stehen muß. Von diesem Standpunkt aus beantwortet sich auch das, was in der Debatte über den Geschäftsbericht in bezug auf Eschaf-Rothbringen gesagt wurde. Unversehrtheit unseres Territoriums, die Möglichkeit der freien Entwicklung unserer Kräfte — darauf müssen wir bestehen. Der Krieg wird wahrscheinlich fortgehen, leider! Dann wollen wir aber ein gutes Gewissen haben, und wir hoffen, das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit wird mit uns der gleichen Meinung sein, daß wir uns das gute Gewissen erhalten müssen, daß jeder Verdacht, als ob von Deutschland aus der Krieg verlängert werde, von ihm abfällt. — Die französischen und die englischen Sozialisten wollen noch kein Ende. Soll man an sie appellieren? Man kann ihnen nur sagen: die Hoffnung, mit der sie die Kriegsverlängerung rechtfertigen, wird eitel sein. Wenn sie auf den Zusammenbruch der deutschen Einheit rechnen, die gegründet ist auf der Basis der Verteidigung unserer Unversehrtheit, so rechnen sie falsch.

Das sind im großen die Gesichtspunkte, die für unsere auswärtige Politik maßgebend waren und sind. Mit der äußeren Politik hängt die innere eng zusammen. Soll das deutsche Volk nicht zusammenbrechen, soll es, wenn es gar nicht anders ist, auch noch den vierten Kriegswinter durchhalten, dann kann das nur geschehen, wenn unsere Widerstandskraft mit allen Mitteln gestärkt wird, die dazu geeignet sind.

Da ist in erster Linie die Ernährungspolitik zu nennen. Ich will das Kapitel nicht im einzelnen durchsprechen, nur das will ich sagen: die englische Ausungerungstaktik brauchte die Wirkung in Deutschland nicht zu haben, die sie hat, diesen Grad der Entbehrungen brauchte das deutsche Volk nicht zu tragen. (Sehr richtig!) Daß unsere Ernährungsverhältnisse so elend sind, daran haben neben den Engländern die agrarischen Interessenten und die auf Wuchergewinn bedachten Händler ein vollgemeinnes Maß schuld. (Sehr richtig!) Diese Leute, die ja auch reichlich in den Kreisen der deutschen Vaterlandspartei zu finden sind, leisten Lloyd George und seinen Freunden Hilfsdienste.

Auch in der Sozialpolitik muß fortgesetzt dafür gesorgt werden, daß unsere Bevölkerung aufrecht bleibt. Es ist das ein Kapitel, wo vor allem die deutschen Gewerkschaften sich unvergängliche Verdienste um das deutsche Volk erworben haben. Wo wäre das deutsche Volk hingekommen ohne seine starken gewerkschaftlichen Organisationen? (Lebhaftes Sehr gut!) Man stelle sich vor, Deutschland hätte diesen Krieg bestehen müssen mit einer nichtorganisierten Volksmehrheit; die Arbeiter hätten nicht den Schutz und die Rückendeckung ihrer Organisationen gehabt! Wir haben gesehen, wie die Profitgier der Kapitalisten im Kriege keine Grenzen findet; wie sie sich nicht abhalten lassen, Gewinne auf Gewinne zu häufen, wie sie nicht einmal davor zurückzudenken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wo es ihnen möglich ist. Was auf diesem Gebiete geschehen ist, das wissen ja die Arbeiter, die sich um ihre eigenen Interessen kümmern, selbst.

Noch in der letzten Tagung des Hauptausschusses sind eine Reihe von Forderungen durchgesetzt worden, die in der nächsten Tagung im Plenum erledigt werden sollen: Herabsetzung der Nahrungsmittelpreise, speziell für Kinderbewittelte und große Familien, Erhöhung der Hinterbliebenen- und Invalidenrenten, höhere Berechnung bei den Unfallversicherungsrenten durch

Einsetzung höherer ortsüblicher Löhne, dafür soll der 31. Dezember 1916 genommen werden, Zuschläge zu den Unfallrenten von 20 Proz., zu den Hinterbliebenenrenten von 33½ Proz., Erhöhung der Familienunterstützung der Heeresangehörigen für die Frau von 20 auf 30 Mk., für die Kinder von 10 auf 15 Mk., außerdem sollen die Gemeinden verpflichtet werden, angemessene Zuschläge zu geben. Wir sind fest überzeugt, daß die wichtigsten Aufgaben der inneren Politik auf sozialem Gebiet sein wird der Schutz der Menschenkraft, die der Krieg übrig gelassen hat, Menschendekonomie in jeder Hinsicht, Erhaltung und Wiederaufbau des physischen Körpers unseres Volkes. Hier sind es die Gewerkschaften und ist es die Sozialdemokratie, die als Vorkämpfer der Interessen des Volkes unablässig wirken. Und auch hier sehen wir hervorragende Förderer der deutschen Vaterlandspartei als die Gemütsruhe, die Herren Schwerindustriellen, die Scharfmacher, die beim Hilfsdienstgesetz verjuchst haben, die Erzeugnisse der Organisationen zu zerstören und die jetzt schreien, daß die Sozialpolitik ein zu schnelles Tempo annehme.

Weiter das große Gebiet der Heeresangelegenheiten. Tagtäglich kommen soziale Beschwerden und Klagebriefe an unsere Fraktion, daß die einzelnen es nebenbei gar nicht mehr bewältigen konnten und daß wir einem Kollegen, dem Kollegen Stücklen, das besondere Amt übertragen haben, sie zu erlebigen. Die Erzeugnisse, die wir für die Heeresangehörigen durchgesetzt haben, sind bekannt. Doch ganz neuerdings hat der Hauptausschuß beschlossen, daß die Jahrgänge 1869/70 „tunlichst“ — dieses Wort ist von den anderen Parteien in unseren Antrag hineingesetzt worden — aus dem Heeresdienste entlassen werden. Zweitens, wenn Vater und Sohn gleichzeitig in der Front stehen, soll der Vater auf Verlangen aus der Feuerlinie zurückgenommen werden. Drittens: das Recht auf Urlaub soll in regelmäßigen Zeitabschnitten gewährt werden. Viertens: Erhöhung der Löhne der Unteroffiziere mit über 18-monatiger Dienstzeit um 20 Proz., Lohnerhöhung für Freireite und Gemeine nach einem Jahr um 20 Proz., nach zwei Jahren um 40 Proz. und nach drei Jahren um 50 Proz. Ferner: Milderung der Bestrafungen. Die Herabsetzung der Mindeststrafe ist ja schon Gesetz geworden. Weiter haben wir im Ausschuss das Verlangen durchgesetzt, daß der strenge Arrest durch Gesetz beseitigt werden soll und solange das nicht der Fall ist, die Möglichkeit erweitert wird, mildere Strafen zu verhängen. Von kleineren Sachen wurde im Ausschuss die nochmalige Zahlung des Bußgeldes und eine Erhöhung der Löhne in den Instandsetzungswerkstätten beschlossen. Auf allen diesen Gebieten hat die Sozialdemokratie rastlose Arbeit geleistet. Auch in anderen Ausschüssen ist wichtige und erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Dazu gehören insbesondere der Ausschuss für Handel und Gewerbe und der Ausschuss für Bevölkerungspolitik.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses sind oft vertraulich gewesen. Altsächsische Blätter haben sich nicht entblödet, das uns und den übrigen Mehrheitsparteien zur Schuld zu geben. Demgegenüber sei festgestellt: Wir haben sehr häufig verlangt, daß diese Verhandlungen nicht vertraulich sein sollen, weil wir es für richtig hielten, die Dinge öffentlich auszusprechen, um den nötigen Druck auf die Regierungsinstanzen auszuüben. Natürlich gibt es auch Dinge, die nicht öffentlich verhandelt werden können im Kriege, das liegt auf der Hand. Aber soweit es gerechtfertigt war, sind wir stets für die Offenheit der Hauptausschussitzungen eingetreten.

Ein paar Worte über unser Verhältnis zu den Unabhängigen in bezug auf die praktische Arbeit im Reichstag. Diese praktische Arbeit hat uns in vielen Fällen in einen Gegensatz zur Unabhängigen Sozialdemokratie ge-

bracht. Es ist sehr nützlich, sich das zu vergegenwärtigen. Es ist nicht so, daß uns von den Unabhängigen nur die Stellungnahme zu den Kriegserebniten getrennt hätte. O nein! Es hat sich bei allen großen praktischen Fragen gezeigt, daß unsere Wege auseinandergingen und daß unsere Bestimmungen gegeneinander ausfielen. Erwähnt wurde bereits das Votum der Unabhängigen gegen die Friedensfundgebung und die Ablehnung des Antrags auf Beseitigung der politischen Zensur, obwohl wir ihrem weitergehenden Antrag zugestimmt hatten und als der gefallen war, man doch für das stimmen mußte, was dann noch zu erlangen war. Die Unabhängigen haben verschuldet, daß dieser Antrag nicht angenommen wurde. Zu erinnern ist weiter an ihre Haltung zur Vereinsgesetznovelle. Sie entsprach dem Verlangen der Gewerkschaften, vor der Gefahr geschützt zu werden, als politische Vereine angesehen und behandelt zu werden. Die Novelle brachte auch den Jugendlichen das Recht der Teilnahme an gewerkschaftlichen Versammlungen. Die Unabhängigen haben gegen dieses Gesetz gestimmt. (Hört! hört!) Ihr Motto war: Alles oder nichts; wobei natürlich nichts herausgekommen wäre, denn daß alles erreicht wurde, auch die Beseitigung des Sprachenparagrafen und der Einschränkung der Beteiligung Jugendlicher an politischen Vereinen, war nicht zu verlangen. So haben sie denn Arm in Arm mit den konservativen Reaktionsären gegen das freiere Vereinsrecht gestimmt. (Hört! hört!) Ferner das Kapitalabfindungsgesetz. Es bestimmt, daß Militärrentner- oder Witwen den Anspruch erheben können, einen Teil der Rente kapitalisiert ausgezahlt zu bekommen, um sich ein kleines Anwesen damit zu kaufen. Davon werden Hunderttausende von Kriegsrentnern, namentlich Landarbeitern Gebrauch machen. Die Unabhängigen haben gegen dieses Gesetz gestimmt (Hört! hört!, Pfui!), weil sie sagten, damit werde der Arbeiter an die Scholle gefesselt — eine lächerliche Behauptung angesichts der Bestimmungen des Gesetzes, daß es sich um ein freiwilliges Recht handelt, von dem niemand Gebrauch zu machen gezwungen ist, und angesichts der weiteren Bestimmung, daß die Sache rückgängig gemacht werden kann und der Rentner dann wieder in den Genuß der vollen Rente tritt. Wenn man mit solchen Gründen arbeitet wie die Unabhängigen, dann müßte man auch gegen alle Vaugenossenschaften sein, denn auch sie fesseln doch die Arbeiter an die Scholle! Wir haben weiter das Kriegsteuergesetz verabschiedet, das den Kriegsgewinn und Vermögenszuwachs heranzieht mit Sähen, die für großen Zuwachs scharf sind, nicht so scharf, wie wir es wünschten, aber immerhin doch einen tiefen Eingriff in die Taschen der Kriegsgewinnler bedeuten. Die Unabhängigen haben dagegen gestimmt. (Hört! hört!) Sie sagten, diese Kriegsgewinnsteuer werde doch auch zu Zwecken verwendet, die sie nicht billigen könnten. Sie haben also das abgedroffene Prinzip des Verwendungszwecks hier mal wieder vorgehoben, um gegen dieses Gesetz zu stimmen. Wenn sie eine Mehrheit gehabt hätten, wäre also das Gesetz nicht zustande gekommen. (Landsberg: Dabei hatten sie vorher für die Besteuerung der Reichsbank gestimmt!) Wir haben weiter einen Beschluß des Verfassungsausschusses verabschiedet, der die Regierung erjudt, ein Gesetz vorzulegen, das die Ungleichheit des Reichstagswahlrechts durch Vermehrung der städtisch-industriellen Wahlkreise ausgleicht, und zwar noch vor der nächsten Reichstagswahl. Was ein solches Gesetz zu bedeuten hat, liegt für jeden Denkenden auf der Hand. Wir müßten ein solches Gesetz im Interesse der städtisch-industriellen Bevölkerung forbern, und wenn die Regierung es vorlegt, werden wir es prüfen und dann soweit herauszuschlagen haben als herauszuschlagen ist. Die Unabhängigen lehnten es ab, die Regierung zur Vorlage eines solchen Gesetzes aufzufordern. (Hört! hört!) Ganz neuerdings haben die Unabhängigen im Verfassungsausschuß gegen die

Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung gestimmt, der es verhindert, daß Abgeordnete, die in die Regierung eintreten und Bundesratsmitglieder werden, zugleich Abgeordnete bleiben, was doch eine der Voraussetzungen ist, die uns zum parlamentarischen Regierungssystem führen.

Wenn wir überblicken, was die Unabhängigen in der kurzen Zeit, die sie „unabhängig“ sind, schon an negativer Betätigung geleistet haben, so tut sich hier ein Gegenatz auf, dessen letzte Begründung in die Tiefe der verschiedenen politischen Taktik führt. Die Unabhängigen lassen sich leiten von der Taktik der Katastrophe. Auf sie stellen sie ihre Politik ein. Was im Reichstag vorgeht, ist vor allem agitatorisch auszunutzen, um die Stimmung zu verschärfen. Reformen, kleine Fortschritte in der Richtung auf sozialistische Ziele haben keinen Wert, können nach ihrer Auffassung sogar hemmen! — Ich will nicht gegen diese Auffassung hier polemisieren; ich konstatiere nur, daß das ihr taktische Prinzip ist. Auf der anderen Seite steht das unsere, daß das Prinzip der organischen Entwicklung. Wir wollen die Entwicklung auf das Prinzip der organischen Entwicklung. Schritt für Schritt und Stück für Stück parlamentarischen Wege vorwärts treiben. Schritt für Schritt auf volle Erakzeptieren und keinen Augenblick deshalb unseren Anspruch auf volle Erfüllung für die Zukunft aufgeben. Das ist der Gegenatz, und er wird auf Schritt und Tritt, darüber täusche ich mich nicht, uns bei Abstimmungen über praktische Gesetzesvorlagen sozialer und sonstiger Natur im Gegensatz zu den Unabhängigen bringen.

Landsberg hat heute früh gesagt, die Unabhängigen seien unsuchbar in ihrer Taktik und Politik. Das ist auch meine volle Ueberzeugung. Dann setzte er hinzu, daß die Unabhängigen aber sehr gefährlich für die deutsche Arbeiterschaft seien, denn sie gerstörten die Macht der deutschen Arbeiterschaft und diskreditierten die Bewegung. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hielt Landsberg es für richtig, sie wieder mit uns zu vereinen, um sie dadurch gewissermaßen unschädlich zu machen. Wir wollen sie, um ihre gerstörnde Taktik gewissermaßen aus dem politischen Leben Deutschlands auszuschalten, wieder in die Mehrheitspartei hineinnehmen und sie da abspiegeln. Das war sein Gedanke. Ich glaube, das ist doch ein Trugschluß. Leute wie Ledebour, Haase, Dittmann lassen sich nicht durch Abspiegelung unschädlich machen. Ich glaube, das Rumoren, das in seinem Bauche spürte, war ein Kinderpiel gegen das verschlungen hatte, in seinem Bauche spürte, war ein Kinderpiel gegen das Rumoren, das wir spüren würden. (Seitertzeit.) (Landsberg: Wir haben es doch solange gefühlt und es ging!) Allerdings haben wir es gefühlt, und ich muß feststellen, daß die Fraktion, solange sie noch zusammen war, sich bei jedem neuen Gesetzeswurf sozialpolitischer, wirtschaftlicher und ähnlicher Art in inneren Krämpfen gewunden hat, oft tagelang, weil diese beiden diametral entgegengesetzten Taktiken ihr im Leibe rumorten. Einmal siegte die, einmal die, aber es war ein Kampf, nach dem sich niemand zurückziehen wird, der ihn mitgemacht hat. Eine schwere Lähmung der Arbeitskraft und Zerstörung der Kampffreudigkeit war die Folge, an der wir jahrelang litten, und wir können nicht wünschen, daß das erneuert wird. Es gibt da nur einen Weg: die Unabhängigen müssen einsehen, daß ihre Taktik verfehrt ist und daß die unsrige richtig. Kommen sie dann zu uns, so wollen wir sie je eher desto lieber aufnehmen. Aber diametral entgegengesetzte taktische Prinzipien in einer Partei — das ist eine Unmöglichkeit. Denken Sie daran, vor welcher großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben die deutsche Arbeiterschaft nach dem Kriege gestellt sein wird. Wie sollen wir die in irgendeinem klaren Sinne betätigen, wenn wir bei jeder einzelnen Frage diese

furchtbaren Kämpfe haben. Es gibt jetzt nur eine Möglichkeit: mögen beide Teile ihren Weg marschieren, wir den unsrigen und sie den ihrigen. Dann wird sich zeigen, welches der richtige Weg war. An ihren Früchten wird man sie erkennen. Nach ihren Erfolgen wird die deutsche Arbeiterkammer und das deutsche Volk sie beurteilen. Das letzte Urteil — darüber wollen wir uns nicht täuschen — wird bei den nächsten Wahlen gefällt werden. In diesen Wahlkampf werden wir zerrissen eintreten, das ist eine bittere Tatsache, die nicht zu ändern ist; so sehr wir auch wünschen mögen, wir könnten mit einer geschlossenen Phalanx wie früher gegen unsere Gegner vorgehen. Auch in der großen Frage der Kreditbewilligung, der Stellungnahme zum Lande bei Ausbruch des Krieges, wird beim nächsten Wahlkampf das deutsche Volk sein Votum abgeben. Und wenn es uns unlieb sein kann, daß uns sozialdemokratische Gegenkandidaten gegenüberstehen — angenehm würde es uns auch nicht sein, wenn wir einen Kandidaten mit verteidigen müßten, der dem Lande in schwerster Not die Mittel der Verteidigung verweigert hat. (Sehr richtig!) Das würde uns Wahlsituationen schaffen, die schlimmer sein würden, als alles was je dagewesen ist. (Sehr richtig!)

Nun zur Demokratisierung. Das ist das große Thema der inneren Politik, das bei jeder Tagung des Reichstages neue Krisen hervorgerufen hat. Da ein besonderes Referat von Landsberg über diese Frage gegeben worden ist, kann ich mich kurz fassen. Das gegenwärtige System hat sich im Kriege nicht bewährt; es wurde gewogen und zu leicht gefunden. Der Krieg, dieser Prüfer des Tüchtigen, hat entschieden, daß das alte System nicht den Aufgaben gewachsen ist, die während und nach dem Kriege zu lösen sind. Das alte System ist auch nicht geeignet, die Einheit unseres Volkes zusammenzuhalten, die große Kraftquelle des gemeinsamen Staatsgefühls entspringt nur aus dem Boden der Demokratie. Wenn dies Gefühl in Deutschland noch schwach ist, wenn in England und Frankreich das Solidaritätsgefühl viel stärker ist, so liegt das daran, daß wir den Obrigkeitsstaat haben, in dem der einzelne sich als der Bevormundete von oben herunter regierte fühlt und die da drüben das System der Volksregierung haben. Bei allen Schäden, die auch drüben sind, darf dieser wesentliche Unterschied in der Volkspolizei nicht verkannt werden. (Sehr richtig!) Diese gewaltige Kraftquelle muß auch für Deutschland erschlossen werden. Es muß auch in Deutschland das Zusammengehörigkeitsgefühl begründet werden durch das Bewußtsein, einer freien Gemeinschaft anzugehören, einer Gemeinschaft, die sich selbst lenkt und leitet, die sich selbst die Regierung gibt. Dazu ist der Krieg gerade die beste Zeit. Das das Obrigkeitsystem möglichst rasch beseitigt und das System der Volksregierung an seine Stelle gesetzt werden, damit noch während des Krieges alle Kräfte erschlossen werden, die im Volke liegen. Das ganze Reich ist ja ein Kriegskind, ein Rohbau, der jetzt ausgebaut werden muß. Wir verlangen jetzt die Demokratisierung Schritt für Schritt, schnell und gründlich. Die preussische Wahlreform selbstverständlich so bald wie möglich! Auch da bremsen die Herren von der Vaterlandspartei. Herr Rapp hat sich in seiner Schrift zur preussischen Wahlreform bekannt, aber im Sinne des öffentlichen und des Pluralwahlrechts. (Hört! hört!) Und da leugnen die Herren noch, daß sie innerpolitische Reaktionen seien. Die gerechte Vermehrung der städtischen Wahlkreise ist längst fällig. Und vor allem die Schaffung des parlamentarischen Systems, das heißt die organische Verbindung zwischen Volksvertretung und Regierung, das sind unsere Forderungen. Ganz vereinzelte Stimmen in der sozialdemokratischen Presse haben ein Fragezeichen hinter die Forderung des parlamentarischen Systems gesetzt. Was

bedeutet denn das parlamentarische System? Es bedeutet, daß das Volk seine Regierung selber wählt. Das ist der springende Punkt. Die Parlamentswahl in einem parlamentarisch regierten Lande ist zugleich die Regierungswahl. Bei der Parlamentswahl treten die Männer, die seither an der Spitze des Staates standen, vor das Volk hin, um das, was sie getan und unterlassen haben, zu rechtfertigen und um das Urteil des Volkes darüber zu empfangen. Der Ausfall der Wahl bestimmt, ob die Regierung bleibt, oder eine andere an ihre Stelle tritt. Das gibt natürlich den Wählern eine ganz andere Verantwortung, es bedeutet eine ganz andere Politisierung der Massen selbst. Das Volk hat dann kein Recht mehr, seine Regierung anzuklagen; die Regierung ist ja hervorgegangen aus dem Willen, aus dem Votum der Mehrheit des Volkes. Damit ist auch das Verhältnis zur Krone, da wo es noch eine monarchistische Spitze gibt, gegeben. Die Krone ist dabei nur der Vollstrecker des Willens der Volksmehrheit. Hat die Parlamentswahl eine andere Zusammenensetzung des Parlaments ergeben, ist dort eine neue Mehrheit erschienen, so treten diese neuen Männer zusammen, und das Recht des Fürsten ist nur, daß er die ihm vorge schlagenen Männer mit der Regierung betraut. (Sehr richtig!) Da kann also gar kein Konflikt entstehen zwischen dem Volk und der obersten Spitze. Das ist unmöglich; es sei denn, daß der Fürst es unternehme, sich gegen die Mehrheit des Volkes zu stellen. Dann ist das aber klar, dann ist das die große Krisis.

Die Alldutschen haben besonders die Äußerungen Wilsons ausbeutet, um uns zu veranlassen, doch nun unser Streben nach Demokratie einzustellen. Wir haben lange vor Wilson diese Forderung erhoben; daß Wilson auch dafür eintritt, ist kein Grund für uns, sie nun aufzugeben. Daß hieße in der Tat sich von Wilson in unsere Politik hineinreden lassen. (Sehr wahr!) Das lehnen wir ab. Wenn die Alldutschen auf Grund der Wilsonschen Äußerungen sagen: jetzt erst recht nicht! dann sagen wir: jetzt erst recht! Dadurch können wir uns nicht irre machen lassen auf dem Wege, den wir für richtig halten.

Nun ist der Reichstag wieder in einer aktuellen Regierungskrisis auseinandergegangen. Er hat Kanzler und Staatssekretäre auf ihren Platz gelassen, die nicht das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments haben. (Sehr richtig!) Das System der Beamtenregierung hat wieder einmal seine völlige Unzulänglichkeit offenbart. Man hat einen guten Verwaltungsbeamten genommen — das kann man Herrn Michaelis nicht abstreiten —, aber dieser gute Verwaltungsbeamte hat sich bis jetzt keineswegs als ein guter Politiker, ein den Aufgaben dieser schweren Zeit gewachsener Staatsmann gezeigt. Auf wen fällt nun die Verantwortung für die gegenwärtige Krise? Doch auf den Träger der Krone, der den Kanzler auf seinen Platz gehoben hat. Der Träger der Krone sollte sich selbst fragen, ob es denn ein beneidenswertes Vorrecht ist; daß er haftbar gemacht wird für jede Unfähigkeit der Regierung, und daß die ganze Kritik des Volkes, wenn sie sich gegen die Regierung richtet, sich zugleich gegen den Träger der Krone richtet. Die Reaktionen suchen die Entwicklung zu hemmen, indem sie von einem Kampf der Demokratie gegen die Krone sprechen. Nein, es ist ein Kampf der Demokratie gegen die kleine Clique von Bureaukraten, von bevorrechteten Herren, die es als ihr Monopol ansehen, die leitenden Posten zu besetzen. Auch auf diesem Gebiet ist unser Kurs klar und gut; der Ausgang der gegenwärtigen Krisis kann uns nur befriedigen, wenn er zur raschen Durchführung des parlamentarischen Systems führt. Bei einer Volksabstimmung würde sicher die große Mehrheit des Volkes unserer Auffassung, daß wir kein Vertrauen haben zu den Männern, die an der Spitze stehen, teilen. Das ist ein Kurs des Schwankens und der Unklarheit, ein Kurs,

der versucht, auf eine mittlere Linie durchzukommen, die nicht mehr möglich ist. Bethmann Hollweg konnte diesen Weg eine Zeitlang gehen als die Gegensätze noch nicht so weit waren. Heute ist er unmöglich. Heute muß die Regierung sich entscheiden. Sie muß Front machen gegen die Rektionäre und die Kriegstreiber und muß sich mit voller Ueberzeugung auf die Seite der großen Mehrheit des Volkes stellen.

Wir verlangen einen festen und klaren Kurs, der uns möglichst bald aus dem Kriegselend herausführt. Wir verlangen, daß in Deutschland Zustände geschaffen werden, auf die wir stolz sein können, die jedem die freudige Mitarbeit im Gesamtinteresse ermöglichen, die auch jeden anfeuern, alle Kräfte anzuspannen, damit wir vor äußerer Vertnechtung geschützt werden. Die UnDeutschchen beanspruchen für sich, die allein echten Deutschen zu sein. Alle, die nicht in ihr Horn stoßen, sind nach ihrer Ansicht schlechte Deutsche. Wir setzen diesem Pseudoideal ein anderes entgegen. Wir können es nicht als das Wesen des deutschen Mannes ansehen, sich untertänigst allem zu fügen, was von oben kommt. Diese Demut des beschränkten Untertanenverstandes, die oft genug in Bedientenhaftigkeit ausartet, entspricht nicht unserem Ideal von deutschem Wesen und deutscher Mannesehre. Wir sehen ihm das Ideal des freien Mannes entgegen, der mündig ist wie für die Angelegenheiten seines eigenen Schicksals und so für das Schicksal seines Volkes.

Wir sind darüber erkreut, daß unser altes sozialdemokratisches Ideal eines durch internationale Rechtsordnung gesicherten Weltfriedens Anerkennung gefunden hat nicht nur durch den Papst, sondern auch durch den Staatssekretär v. Kühlmann, den Grafen Czernin und andere. Wir sind die Führer gewesen, wir haben den Anstoß gegeben. Wir haben in unseren Thesen schon vom 4. August 1915 gesagt:

„Die furchtbaren Leiden und Zerstörungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechts-einrichtungen dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Zieles muß als höchstes sittliches Pflichtgebot für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mitzuarbeiten berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind.“

Wir können mit hoher Genugtuung sagen, daß wir vom ersten bis zum letzten Tage eine klare eindeutige Politik getrieben haben, und daß unsere Ideale weit hinausgegriffen haben über die Kreise unserer Partei. Wir erleben, daß in diesem Weltkriege Fragen, die wir bisher selbst noch fast für utopisch hielten, aktuelle brennende Tagesforderungen geworden sind. Gewiß, der Krieg ist ein Zerstörer, er schafft eine ungeheure Menge Leiden furchtbarster Art und es ist begreiflich, daß viele nur dieses eine Gesicht sehen und eine gedrückte Stimmung nicht loswerden können. Wir als Politiker aber müssen auch die andere Seite betrachten. Wir konnten das Verhängnis nicht abwenden. Nun aber haben wir die Pflicht, die Mahnen, die der Krieg freigelegt hat, zu beschreiten, um die Gestaltung der Dinge in unserem Sinne zu erreichen. Der Krieg ist auch ein Revolutionär. Das Alte und Morische bricht zusammen. Neues Großes will werden. Seien wir uns dieser großen Aufgaben bewußt, gehen wir mit einem gesunden Optimismus an sie heran. Gewiß, wir werden noch schwere Kämpfe zu führen haben. Aber wir sind doch eine gewaltig gewachsene Macht in diesem Kriege geworden und wir sind Manns genug, auch die schwersten Aufgaben zu lösen. Deshalb fort mit allem Bestimmtheit, mit dem wir nichts in Bewegung setzen, und heran an die Arbeit mit einem tat-

kräftigen und tatensreudigen Optimismus. Das Ziel ist ein freies deutsches Volk mit höchster politischer und sozialer Kultur im Innern, geachtet im Kreise der anderen freien Völker, ein reicher-fruchttragender Zweig am Kulturbaum der Menschheit. Das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal. Dieses Ziel zu verwirklichen, ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung. Werden wir ihr gerecht! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Auf Einladung des Lokalkomitees findet am Donnerstagnachmittag ein Ausflug in die Umgebung Würzburgs statt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vormittag 9 Uhr verlagert.

Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. Oktober 1917. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß einige Begrüßungstelegramme von der Front eingegangen sind und auch von einer von 600 Genossinnen besuchten Frauenversammlung in Breslau.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion erhält das Wort für die Minderheit der Fraktion:

Goch: Genosse Dr. David hat gestern seine Rede mit dem Hinweis darauf begonnen, daß die Mehrheit ihr Verhalten während des Krieges bereits wiederholt gerechtfertigt habe. Trotzdem hat er es für notwendig gehalten, gestern noch einmal die Gründe der Mehrheit hier anzuführen. Ich will ihm darin nicht folgen. Die Partei wird zu den Vorgängen des Krieges entscheidend dann Stellung nehmen, wenn wieder alle Parteigenossen in das Parteileben zurückgekehrt sein werden, wenn der Belagerungszustand gefallen und ein unbeschränktes politisches Leben möglich sein wird. Der diesjährige Parteitag hat eine andere Aufgabe. Er hat festzustellen, wie die Lage der Dinge im Augenblick ist, was gegenüber dieser Lage zu tun ist; was die Sozialdemokratie zu tun hat, um möglichst bald den von uns erstrebten Frieden zu erringen.

Freilich hat David insoweit recht: für die Würdigung der jetzigen Lage ist unerlässliche Voraussetzung die Erinnerung an das, was sich seit dem 4. August abgespielt hat. Das Entscheidende, das zu meiner Ueberraschung David gestern gar nicht berührt hat, ist nach meiner Ueberzeugung, daß der Krieg, in dem wir uns befinden, von der herrschenden Klasse in allen Ländern planmäßig als Eroberungskrieg vorbereitet worden ist, und daß er, wenn es nach der Absicht der herrschenden Klasse gegangen wäre, auch als Eroberungskrieg durchgeführt worden wäre. (Sehr richtig!) Das war die Lage der Dinge, in der wir uns am 4. August 1914 befanden. Wir wußten, daß alle Staaten die Absicht hatten, andere Völker zu vergewaltigen, daß also auch bei den Staaten, die uns gegenüberstanden, fraglos der Plan bestand, unser Volk zu vergewaltigen. Daraus ergaben sich für die Sozialdemokratie zwei Forderungen. Die eine, auf der unsere ganze Auffassung sich aufbaut, war: daß wir alles zu tun haben, um die Vergewaltigung der Völker zu verhindern. Das konnte nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn jedes Volk sich selbst verteidigte. Kein Volk kann von anderen geschützt werden in seiner Freiheit, es muß selbst seine Freiheit wahren. Deshalb ist es für einen Sozialdemokraten selbstverständlich, daß jedes Volk die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes, des Vaterlandes hat. Das ist in unseren Parteitagebeschlüssen ausgesprochen, ergibt sich überdies aus der sozialdemo-

bratijchen Weltauffassung. Die, die diese Pflicht verneinen, scheiden für unsere Betrachtung aus, sie sind keine Sozialdemokraten. (Sehr richtig!)

Ich möchte aber feststellen, daß wir die Auffassung, als wenn wir grundsätzlich nicht die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung hätten, in der Fraktion gar nicht gehabt haben. (Widerpruch.) Es hat wohl Genossen gegeben, die unter gewissen Umständen diese Pflicht verneinten, aber grundsätzlich verneint ist sie nicht worden. (Zuruf: Henke, Herzfeld, Liebnecht!)

Wir wollen uns darüber nicht streiten, was dieser oder jener gesagt hat, darauf kommt es nicht an. Wir haben uns jedenfalls gegen die Verneinung der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung zu wenden, wo sie auftaucht. Aber ein Mann wie Haase hat sich nie auf den Boden dieser Verneinung gestellt. Und in offiziellen Parteischriften der Unabhängigen — ich denke an die Schrift über die Begründung der Unabhängigen — ist ausdrücklich die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung anerkannt und nur gesagt worden, es kommt auf die Umstände an, welche Folgerungen die Partei aus jener Pflicht zu ziehen hat.

Die zweite Forderung, die wir Sozialdemokraten im Auge haben mußten, war, daß wir alles zu tun haben, um zu verhindern, daß unsere eigene Regierung nicht andere Völker vergewaltigt. Am 4. August sahen wir noch nicht den Lauf der Dinge voraus; da hatten wir mit beiden Gefahren zu rechnen: Sowohl mit der Möglichkeit, daß unser Volk von den feindlichen Staaten vergewaltigt wurde — daraus ergab sich die Pflicht der Landesverteidigung —, als auch mit der Möglichkeit, daß unser Staat andere Völker vergewaltigte; und daraus ergab sich die Pflicht für uns, auf die Reichsleitung von Anfang an den Einfluß auszuüben, daß sie nicht in die Lage kam, andere Völker zu vergewaltigen. Was wir zu tun hatten, um diesen beiden Forderungen gerecht zu werden, diese Frage allein war der Anlaß zu den Meinungsverschiedenheiten.

Wir haben auf der einen Seite die Extremen gehabt, die erklärten: Unser Volk wird sich unter allen Umständen verteidigen, wir haben ja die allgemeine Wehrpflicht, durch sie wird jeder in den Krieg hineingetrieben, mag er wollen oder nicht, dadurch ist die Vaterlandsverteidigung genügend gesichert. Daher haben wir unsere ganze Aufmerksamkeit nur darauf zu lenken, daß nicht durch unsere Regierung andere Völker vergewaltigt werden. Aus diesen Gründen waren die Genossen gegen die Kreditbewilligung. Sie sagten uns: der Grund, die Bewilligung der Kriegsforderungen sei notwendig für unsere Vaterlandsverteidigung, sei hinfällig; wenn Ihr die Kredite trotzdem bewilligt, werdet Ihr nur die Regierung aufpeitschen, andere Völker zu vergewaltigen, und Ihr stellt der Regierung zugleich ein Vertrauensvotum aus.

Die Auffassung der entgegengesetzten Seite haben wir gestern von David gehört. Er meint, daß die Rücksicht auf Eroberungen nicht in Betracht komme; solange aber der Krieg dauere, sei unser Vaterland in Gefahr, solange haben wir die Kriegsforderungen zu bewilligen, haben wir alles mitzumachen, um nur immer wieder die Widerstandskraft unseres Volkes zu erhalten.

Zwischen diesen beiden Auffassungen stand die Auffassung, die am 4. August in der Fraktion gesagt hat. In der Erklärung vom 4. August erkannten wir nur für jenen Augenblick die Notwendigkeit an, die Kriegsforderungen zu bewilligen, um unser Vaterland zu verteidigen. Dr. David hat — ich bin ihm sehr dankbar dafür — aus einem Aufsatz von mir in der „Dachdecker-Zeitung“ die Gründe angeführt, die es uns nach meiner Ueberzeugung als unerläßliche Pflicht auferlegten, am 4. August für die Kriegsforderungen zu stimmen. (Zuruf: Auch im Dezember! Dr. David: Der Artikel ist im Mai geschrieben!) Na, ich bin der Ansicht, daß die Verhältnisse im Dezember genau so waren und bin auch heute noch der Meinung, daß unter den damaligen Verhältnissen, wo wir befürchten mußten, daß unser Volk erdrückt wurde von dem Ansturm der Feinde,

mit alles tun mußten, um uns zu wehren. Aber in unseren Fraktionserklärungen von 1914 steht nicht, daß wir das während der ganzen Dauer des Krieges tun, daß wir uns dabei mit gebundenen Händen den Regierungen ausliefern müssen, daß die Regierungen eine Politik während des Krieges ausüben dürfen, wie sie wollen und wir trotzdem immer Gefolgschaft leisten müssen, sondern wir haben uns ausdrücklich das Recht gewahrt, bei jeder neuen Kriegsforderung von neuem zu prüfen, wie die Dinge liegen und danach unsere Entscheidung zu treffen. Das haben wir auch getan. Bei jeder neuen Kriegsforderung kamen in der Fraktion die Auseinandersetzungen: Liegen wichtige Gründe vor, unsere bisherige Haltung fortzusetzen, oder liegen Gründe vor, die uns zwingen, eine andere Stellung einzunehmen. Wir haben uns durchaus die Freiheit unserer Entscheidung gewahrt. (Sehr richtig!) Immer mit Rücksicht auf das, was wir in der Erklärung vom 4. August gesagt hatten, ob das Ziel der Sicherung erreicht ist, ob ein Frieden möglich ist, ob die Gegner zum Frieden bereit sind. Wenn das eingetreten wäre, wären wir schon nach der Erklärung des 4. August verpflichtet gewesen, eine andere Stellung zu den Kriegsforderungen einzunehmen. Wenn mehrere Parteigenossen, darunter auch ich, im Laufe der Zeit zu der Ueberzeugung gelangt sind, jetzt haben sich die Verhältnisse geändert, jetzt liegen die Voraussetzungen vom 4. August nicht vor, und wir sind demgemäß zu den Kriegsforderungen eine andere Stellung als am 4. August eingenommen haben, dann haben wir uns nicht in Widerspruch gegen zu der Politik vom 4. August. Wir können darüber streiten, ob die Gründe, die für uns maßgebend waren, zutraten oder nicht, ob der Augenblick richtig gewählt war, eine andere Stellung einzunehmen, aber die veränderte Stellung selbst war kein Widerspruch zum 4. August, sondern nur die notwendige Folge dieser Politik.

Nun sagt freilich Dr. David: eine Abshwenkung von der Bewilligung der Kriegsforderungen sei unberechtigt, weil der Krieg andauert und davon keine Rede sein könne, daß in irgendeinem Augenblick des Krieges Eroberungen gemacht werden könnten. Es ist richtig: Der Krieg hat einen Verlauf genommen, der Eroberungen ausschließt. Ich habe schon in einem Aufsatz in der „Neuen Zeit“ vom Januar 1915 nachgewiesen, daß nach dem Verlauf des Krieges darüber gar kein Zweifel bestehen könne. Dieser Krieg werde nicht zu einer Vergewaltigung der einen Seite durch die andere führen. Er könne nur den Erfolg haben, daß sich alle beteiligten Völker mehr und mehr verbluten, und zwar nicht aus irgendwelchen nebensächlichen Gründen, sondern als unermessliche Folge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, die wir erreicht haben. Durch die wirtschaftliche Entwicklung haben die kapitalistischen Staaten ungeheure Machtmittel erlangt; sie haben Kunstfertigkeit und Wissenschaft so in ihren Dienst gestellt, daß es ihnen möglich ist, ihre Verteidigungsmittel auch während des Krieges immer weiter auszubauen. Dazu kommt, daß auch die politische Entwicklung eine ganz andere geworden ist. Den Massen des Volkes ist die Möglichkeit gegeben, sich bessere Lebensmöglichkeiten zu erringen; die große Masse hat die Hoffnung weiter vordrängesukommen. Sie fühlt sich als einen wichtigen Teil des Staates. Sie hat die Möglichkeit, für Freiheit im eigenen Hause zu kämpfen und weiß, daß das nur möglich ist, wenn das Volk frei bleibt von Vergewaltigung durch andere Völker. Das ermöglicht den kapitalistischen Staaten, allen Angriffen Trotz zu bieten.

Das ist der Grund, weshalb in diesem Weltkrieg keine Entscheidung durch die Vergewaltigungen der feindlichen Staaten herbeigeführt werden kann. Je stärker sich die wirtschaftliche und politische Entwicklung vollzieht, desto weniger Ausichten bestehen für eine militärische Entscheidung eines Krieges im Sinne der Eroberungspolitik. Darin liegt die große kulturgeschichtliche Bedeutung

des Krieges. (Sehr richtig!) Wir erleben jetzt einen Wendepunkt in der Geschichte, dessen Tragweite wir noch gar nicht übersehen können. Die Tatsache, daß keine militärische Entscheidung erzwungen werden kann, muß umwälzend wirken, und die Folgen dieser Revolution werden erst unsere Kinder und Kindeskinder erleben.

Für uns hat diese Entwicklung einen entscheidenden Umschwung in unserer Stellung zum Kriege gebracht. Sie gibt eine ganz andere Grundlage für die Friedensverhandlungen und für die Friedensziele. Wer da glaubt, daß der Krieg doch noch zu einer weltpolitischen Entscheidung nach den Eroberungsplänen einer übermächtigen Gruppe führen kann, für den kann nur der Sieg der einen Gruppe das Kriegsende bringen. Für den aber, der erkannt hat, daß der Sieg der einen Seite über die andere nicht möglich ist, lautet die Frage: wie kommen wir jetzt zu einem Nebeneinander der Staaten, da ein Uebereinander unmöglich geworden ist? Ein solcher Friede wird geschlossen nicht mehr auf dem Boden der Gewalt, sondern auf dem Boden internationaler Rechtsgrundsätze. Jedes Volk hat das Recht, sich in seinem Lande nach seinen eigenen Wünschen zu entwickeln, und im Weltverkehr mit denselben Rechten wie die anderen Völker den friedlichen Wettbewerb aufzunehmen. Wo die Macht entscheidet, da glaubt der Mächtigere möglichst rücksichtslos seine Macht auszunützen zu müssen, den größten Vorteil für den eigenen Staat herauszuholen; der unterlegene Teil muß dem Gegner noch möglichst kräftig zu erscheinen suchen. Bei einem solchen Friedensschluß wird dann auch die Hintertreppenspolitik zu Hilfe genommen, um dem Gegner möglichst viel Vorteile zu erlangen. So haben bisher die Friedensverhandlungen ausgesehen. Die Art, wie bei den zukünftigen Friedensverhandlungen verfahren werden wird, ist ganz anders. Da wird versucht werden müssen, die zwischenstaatlichen Rechtsgrundsätze trotz der verwickelten Verhältnisse überall durchzuführen. Scheidemann hat einmal gesagt: kein Mensch glaube, daß nach diesem Kriege alles beim alten bleiben werde, es würden selbstverständlich Grenzsteine verrückt werden. Das halte auch ich für selbstverständlich. (Hört, hört!) Aber es fragt sich, unter welchen Gesichtspunkten und nach welchen Zielen es geschieht. Bei einem Gewaltfrieden ist allein die größere Gewalt maßgebend. Bei einem Rechtsfrieden aber ist das Ziel des Friedensschlusses: kein Volk darf vergewaltigt werden, weder in politischer, noch in wirtschaftlicher oder finanzieller Beziehung; keine Annexion und keine Kriegsschädigung. Bei einem Rechtsfrieden wird, soweit Veränderungen notwendig sind, eine Veränderung nur vorgenommen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, das jedes Volk hat.

Unsere Hauptforderung ist, daß der Krieg beendet werden muß. (Sehr richtig!) Die Angst, daß Eroberungen gemacht werden, brauchen wir nicht mehr zu haben. (Hört, hört!) Sowie es ist meine feste Ueberzeugung, daß Eroberungen nicht gemacht, aber nicht wegen des guten Willens der herrschenden Klassen, sondern weil sie es nicht können. Wir aber müssen verhindern, daß der Krieg wegen irgendwelcher Eroberungen verlängert wird. (Richard Fischer: Von wem verlängert?) Ich komme sofort darauf. Man sagt, daß es bei uns nur Friedensfreunde gebe. Gewiß, ich habe noch keinen Menschen gesehen, der sich grundsätzlich gegen den Frieden erklärt hätte, niemand will den Krieg verlängern um des Krieges wegen. Aber es gibt Bestrebungen, die den Krieg verlängern wollen aus sehr gewichtigen Gründen. Genosse Dr. David hat gestern auf die „Illusionen“ der Alldeutschen hingewiesen. Aber nicht Illusionen sind entscheidend, sondern der herrschende Klassengegensatz. Er zeigt die Welt zerissen in zwei Klassen, deren Auffassungen, Ziele und Empfindungen unversöhnlich gegeneinander stehen. Wenn der Krieg so durchgeführt wird, wie er sich uns Sozialdemokraten als unvermeidlich darstellt, dann hat er eine ungeheure

Umwälzung für das innere Leben aller Staaten zur Folge. Der Militarismus baut sich auf der Notwendigkeit auf, mit Waffengewalt das eigene Volk zu verteidigen, mit Waffengewalt andere Völker zu vergewaltigen. Durch diese Voraussetzung hat der Militarismus die Uebermacht in den kapitalistischen Staaten gewonnen, also durch die Voraussetzung, daß der Krieg das Mittel ist, in der Welt den Ausschlag zu geben, die Verhältnisse der Völker auf die Dauer zu regeln und zu ordnen. In dem Augenblick, wo das weggefallen ist, und wo der Krieg aufgehört hat, ein taugliches Mittel für diese Zwecke zu sein, in dem Augenblick, ist der Militarismus, wie er bisher bestanden hat, unmöglich. Er hat dann nicht mehr die entscheidende Bedeutung für das Staatswesen, er tritt zurück zu einem Verteidigungsmittel, und wo kein Angreifer ist, da ist schließlich auch kein Verteidigungsmittel mehr nötig. Dann ist es nicht mehr möglich, die bisherige Militärwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Nun beruht aber doch die kapitalistische Wirtschaft auf der wirtschaftlichen Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die Großkapitalisten und diese wurde bisher gestützt durch die militärische Ausbeutung, durch den militärischen Druck. Die schlimmsten Ausbeuter sind auch die begeistertsten Militaristen, und zwar deshalb, weil sie in der Kanone und in dem Gewehr die ultima ratio nicht nur gegen den äußeren Feind sehen, sondern auch gegen den inneren Feind. Das war die letzte Stütze der rücksichtslosesten Ausbeutungswirtschaft, war die Voraussetzung für die Klassenjustiz, für alle volksfeindlichen und volkschädigenden Einrichtungen. Aber für diesen Kampf gegen den inneren Feind allein wird kein Volk die Opfer für den Militarismus bringen wie früher; diese Opfer waren nur möglich, weil die herrschende Klasse den äußeren Feind vorgeführt hat, weil das Volk angeblich einen immer stärkeren Militarismus brauche, um sich gegen äußere Feinde zu schützen. In dem Augenblick, wo der Krieg diese Bedeutung verloren hat, ist die Notwendigkeit gegeben für schiedsgerichtliche Einrichtungen im zwischenstaatlichen Verkehr, ist die Voraussetzung geschaffen, daß die Abrüstung durchgeführt wird. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, in der sich alle Staaten befinden, zwingen sie nach dem Kriege, diesen Weg zu beschreiten. Und so wird auch der herrschenden Ausbeutungsklasse die Möglichkeit genommen, mit Hilfe von militärischen Gewaltmitteln das arbeitende Volk zu unterdrücken. Und das tritt ein, nachdem durch den Weltkrieg das Großkapital in seiner Uebermacht gestärkt ist in einem Maße, wie wir es uns vor dem nicht vorstellen konnten. Schon vor dem Kriege war die Macht des Großkapitals bei uns und in den andern Staaten sehr groß; während des Krieges zieht das Großkapital um so mehr Vorteile aus dem Wirtschaftsleben, je größer es ist. Gerade die größten großkapitalistischen Ringe werden im Kriege am stärksten und am gewaltigsten; der Mittelstand wird in einer Weise aufgerieben, für die wir im Frieden keinen Vergleich finden. Jetzt schon ist ein großer Teil des Mittelstandes zugrunde gerichtet; aber warten Sie mal ab, bis der Krieg beendet ist, wenn die sogenannte Uebergangswirtschaft beginnt, wenn es gilt, die zerstörten Betriebe wieder einzurichten und die leer gewordenen Lagerräume wieder zu füllen. Dann wird sich erst herausstellen, wie weite Kreise des Mittelstandes nicht mehr lebensfähig sind und vollständig zugrunde gehen werden. Nun hat man ja erklärt, nach dem Kriege wird der Mittelstand wieder planmäßig aufgebaut. Die so reden, sind entweder bewußte Betrüger oder betrogene Betrüger. Wir sind ein armes Volk geworden, wie auch andere Völker, wir sind nicht mehr in der Lage, uns sozialpolitische Spielereien zu erlauben. Gewiß, jeder von uns hat das größte Mitgefühl mit den zugrunde gehenden Geschäftsleuten. Aber wir sehen doch die Tatsachen, vor die wir gestellt sind. In der Uebergangswirtschaft wird es sich darum handeln, alle Kräfte zu vereinen, um das Wirtschaftsleben

möglichst schnell wieder in Fluß zu bringen. Dann wird sich auch die große Bedeutung dieses Krieges auf dem Weltmarkt zeigen. Dann sind nicht mehr auf dem Weltmarkt die militärischen Machtverhältnisse in dem Maße entscheidend wie bisher. Eine der notwendigen Folgen des Krieges muß der freie Wettbewerb auf dem Weltmarkt sein; die Vorrechte, die sich einige Staaten bisher, gestützt auf ihre Waffenmacht und die darauf beruhenden Verträge, errungen haben, werden über den Haufen geworfen werden. Nur der hat Aussicht vorwärts zu kommen, der die größte wirtschaftliche Macht entfalten kann. Wir werden auf dem Weltmarkt auf große Schwierigkeiten stoßen. Wollen wir uns den Weltmarkt in der Weise wieder öffnen wie es nötig ist, dann heißt es, alle Kräfte planmäßig zu vereinigen. Das geht nicht durch Aufbau des Mittelstandes, sondern nur dadurch, daß wir uns auf die großen Betriebe stützen. So bekommen wir eine gewaltige Machtstellung des Großkapitals.

Auf der anderen Seite kehrt auch ein arbeitendes Volk zurück, das nicht mehr zu vergleichen ist mit dem vor dem Kriege. Der Krieg hat die weitesten Kreise der Arbeiter und des Mittelstandes zu der Erkenntnis gebracht, welch ein wichtiges Glied unseres Volkes sie sind, welche fürchtbaren Opfer sie für die Gesamtheit bringen, und daß sie verpflichtet sind, den Opfern entsprechende Rechte zu verlangen. So hoffe ich, daß das arbeitende Volk nach dem Kriege selbstbewußt und mit unerschütterlicher Kraft in den politischen Kampf eintreten wird, ja, es wird in den Kampf geradezu hineingeweicht werden. Die feure Lebenshaltung wird nach dem Kriege nicht verschwinden, die Steuern werden die Lage des arbeitenden Volkes erschweren (Zuruf: Das wissen wir ja alles!), und wehe dem Arbeiter, wehe dem kleinen Mann, wenn er das wehrlos über sich ergehen läßt. Dann bekämen wir eine geradezu unerhörte Ausbeutung und deshalb müssen sich die Völker zusammenschließen, um den Kampf gegen den Kapitalismus mit um so größerer Kraft aufzunehmen.

Nun ist im Kriege gesagt worden, wir Sozialdemokraten müssen grundsätzlich umlernen. Wir haben den Kapitalismus weit unterschätzt. Wir haben geglaubt, der Kapitalismus werde in einem Weltkrieg zusammenbrechen; aber er hat eine große Kraft gezeigt. Es ist nicht daran zu denken, daß der Kapitalismus überwunden sei. Das waren sehr oberflächliche, sehr voreilige Urteile. Der Kapitalismus hat im Kriege eine Erschütterung erlitten, die er nicht mehr überwinden kann. Der Kapitalismus ist doch nicht allein Großbetrieb, sondern der Großbetrieb, der sich in den Händen eines kleinen Teiles des Volkes befindet, der seinen Besitz zur Ausbeutung der großen Masse ausnützt. Im Kriege hat es sich gezeigt, daß unser Wirtschaftsleben unmöglich den Großkapitalisten überlassen bleiben kann, sondern daß die Gesamtheit sich einmischen muß. Freilich hat die heutige Staatswirtschaft gar keine Nehnlichkeit mit dem Sozialismus, weil sie durchgeführt wird im Sinne des kapitalistischen Staates. Gegen den Kleinen geht man vor, die Großen können wuchern und ausbeuten in unerhörter Weise. Wir wenden uns also dagegen, wie man in das Wirtschaftsleben eingreift, aber daß ein Eingriff nötig ist, kann nicht bestritten werden. Deshalb wird dieser Gedanke nach dem Kriege nicht mehr aus den Köpfen der weitesten Kreise des arbeitenden Volkes herausgehen, und die Forderung, daß das Großkapital unter den maßgebenden Einfluß der Gesamtheit kommen muß, wird immer stärker aufstreben.

Und so Hug sind auch die Nutznießer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, um sich zu sagen, wenn der Krieg ausgeht ohne Eroberungen, dann ist der Welt abgesetzt, auf dem wir sitzen, dann ist die Ausbeutungswirtschaft, in der wir unsere Reichtümer aufhäufen, unmöglich geworden. Das erscheint ihnen als das Ende der Welt, in der sie leben. Deshalb können diese Kreise sich nicht mit dem Gedanken abfinden, der Krieg soll ausgehen ohne Eroberungen.

In der ehrlichen Ueberzeugung, daß sie der Gesamtheit die besten Dienste leisten, sind sie der Meinung, den Krieg weiter und weiter fortführen zu müssen in der Hoffnung: es muß doch der Augenblick kommen, wo sie Eroberungen machen können.

Aus diesen Gründen ist die sogenannte äußerliche Bewegung herausgewachsen, nicht aus Mustonen, sondern aus der unerläßlichen Notwendigkeit für die Großkapitalisten, daß der Krieg Eroberungen bringe, wenn nicht ihre ganze Wirtschaft zugrunde gehen soll. Deshalb steht für sie alles auf dem Spiel, es geht jetzt um's Ganze. So wie wir überzeugt sind, daß trotz des fürchtbaren Blutbergießens das arbeitende Volk weiter in seinem Freiheitskampf fortschreiten wird, genau leben die Großkapitalisten in dem Gedanken: es muß möglich sein, Eroberungen zu machen, denn die Welt kann doch nicht zugrunde gehen. Das ist der schroffste Klassen Gegensatz, und der Kampf, den wir jetzt führen um den Frieden, ist der schärfste Klassenkampf, den wir uns denken können.

Es ist uns gestern von Dabid gesagt worden, am 4. August wäre eine Wendung in unserer Taktik eingetreten; wir hätten einen Weg beschritten, der es uns unmöglich macht, wieder umzukehren. Seine Worte waren reichlich unklar. Welcher Weg das ist, hat er mit keinem Worte angedeutet. Freilich haben wir bei anderer Gelegenheit betrieblige Andeutungen oft genug gehört. Kolb hat gestern gemeint, daß am 4. August die Partei in die Bahn eingeschwenkt sei, in die er sie hinführen schon lange bestrebt war. Er hat niemals Zweifel gelassen, was er darunter versteht. Er ist der Meinung, wir können nicht zur Nacht kommen dadurch, daß wir unsere Gegner überwinden, sondern dadurch, daß wir ihnen Zugeständnisse machen, mit anderen Worten, daß wir uns vor den Wagen der bürgerlichen Parteien spannen lassen (Lachen), bürgerliche Politik treiben unter dem Namen sozialdemokratische Politik. (Erneutes Lachen.) Das hat bisher noch jeder Parteitag abgelehnt, und auch jetzt wieder hat Ebert in seiner Begrüßungsrede ausdrücklich gesagt, wir sind eine Klassenkampfpartei und bleiben eine Klassenkampfpartei. Diese Worte sind mit lebhafter Zustimmung begrüßt worden. Daraus ersehen Sie, daß wir mit der Erklärung vom 4. August in keiner Weise abgeschwenkt sind von dem Boden der Klassenpartei. Wir sind die Klassenpartei. Wir führen den Klassenkampf weiter. Das muß festgestellt werden, und dann ist die Möglichkeit gegeben, daß sich die ganze Partei wieder zusammensindet.

Was ist denn der Unterschied, wenn es nicht der ist, den Kolb im Auge hat? In dem Artikel des „Vorwärts“ vom Sonntag schreibt Stampfer:

„Im alten Exerzierreglement kann man lesen, der Soldat verschmähe jede Dedung und biete seine Brust männlich dem Feinde dar. Auch im politischen Kampf ändern sich die Verhältnisse und müssen alte Reglements zur Makulatur wandern.“

Das ist selbstverständlich. Nun aber weiter:

„Unser altes politisches Exerzierreglement schreibt uns für die meisten Fälle vor, Vorlagen abzulehnen und Protestresolutionen anzunehmen. Und es gibt in der großen Armee der Arbeiterbewegung noch immer Offiziere und Unteroffiziere, die in diesem Reglement das einzige Heil sehen und von seiner gewissenhaften Anwendung allein den Sieg erwarten.“

Ich kenne Stampfer schon seit Jahren, ich zweifle nicht, daß, als er das niederschrieb, er ehrlich und fest von der Wichtigkeit überzeugt war. Aber es ist mir einfach unbegreiflich, wie ein Mann wie Stampfer das in dem guten Glauben schreiben konnte. Stampfer steht seit Jahren in engster Fühlung mit

der Reichstagsfraktion. Er kennt ihre Stellung ganz genau. Wie kann ein Mensch, der der Wahrheit die Ehre geben will — und das will Stampper — behaupten, daß das in unserem alten politischen Exzerptreglement geschriebene steht? Solches Verfahren schlagen wir doch nur dann an, wenn gar kein Zweifel an der Arbeiterfeindschaft einer Vorlage bestehen kann. Nehmen Sie an, es handle sich um einen Befehl zum Abschaffung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts! Selbstverständlich werden wir den ablehnen. (Geisterzeit.) Selbstverständlich werden wir ein Gesetz zur Einschränkung des Koalitionsrechts ablehnen. Sobald es sich aber um Gesetze handelt, die nur den mindesten Fortschritt für die Arbeiter bringen können, überlegen wir uns sehr genau unsere Stellung. Wir haben darüber die größten und langwierigsten, oft sehr heftigen Kämpfe gehabt und uns immer gefragt: dient das Gesetz als Ganzes dem politischen Fortschritt oder nicht? Selbstverständlich kann man sich auch einmal irren in der Beurteilung. Aber unser altes politisches Parteireglement sagt: was der Arbeiterschaft insgesamt zum Nutzen dient, nimm an, und was ihr zum Nachteil dient, das lehne ab. Wie soll das anders werden? Welche Taktik will uns Stampper in Zukunft vorschlagen? (Stampper: Dieselbe, die Sie jetzt ausgeführt haben!) Aber Genosse Stampper, Sie wissen doch, daß das schon immer so gewesen ist. Wenn ich den Genossen Stampper nicht so genau kennen würde, so wären mir Zweifel aufgetrieben, ob es nicht unehrlich ist, hinauszurufen, daß wir nicht mehr nach dem von ihm ganz unberechtigtweise angenommenen unvernünftigen Verfahren handeln und deshalb neue Wege einschlagen sollen. Nein, Genosse Stampper, was ich Ihnen auseinandergesetzt habe, ist Gemeingut der Partei. Und wenn trotzdem der Chefredakteur unseres Hauptblattes, jetzt, wo es sich um das Ende des Krieges handelt und Menschenleben und Menschenglück auf dem Spiele stehen, nichts Besseres zu tun weiß, als uns solches Zeug vorzusetzen, so fragt man sich: was ist das für ein Spiel mit der Partei? Für gute Lehren sind wir zugänglich, aber Stampper wird mir zugehen: wer als Lehrer auftritt, soll erst mal genau zusehen und uns nicht belästigen mit Sachen, die überhaupt keinen Sinn und Verstand haben, weil sie auf ganz falschen Voraussetzungen beruhen. Deshalb müssen wir uns beratigen Bestrebungen entgegensetzen und klipp und klar fragen: was ist das Neue, das der 4. August 1914 gebracht hat?

Unsere Grundsätze sind festgelegt in unserem Parteiprogramm, in den Beschlüssen der Parteitag und internationalen Kongresse. Kein Mensch hat bis jetzt auch nur den Antrag gestellt, unsere Grundsätze zu ändern. Selbstverständlich wären wir dazu auch gar nicht berechtigt in der Kriegsnotslage, in einer Zeit, wo die meisten Parteigenossen nicht mitarbeiten können. Aber diese Grundsätze sind allein maßgebend und gegenüber denjenigen, die sagen, die Sozialdemokratie habe sich gemausert, sie sei eine andere geworden — diese Behauptung kommt ja nicht nur von einer Seite, sondern von verschiedenen — müssen wir erklären: keiner hat die Berechtigung, so zu sagen, daß wir unsere Grundsätze geändert hätten. Das kann nur durch Parteitagsbeschlüsse geschehen. Solange der Parteitag das nicht tut, hat jeder Parteigenosse die Grundsätze anzuerkennen; werden sie geändert, dann hat jeder sich selbst zu fragen, ob er noch zur Partei steht. Solange aber die Grundsätze aufrecht sind, um bereitzuwillen wir uns der Partei angeschlossen haben, solange haben wir das Recht und die Pflicht, in der Partei mitzuarbeiten, und kein Genosse hat das Recht, andere Grundsätze zu vertreten. Tut er es doch, ja, ist es eine Frage seines Gewissens, ob er in der Partei bleibt, aber ihre Grundsätze hängen davon nicht ab. (Sehr richtig!) Wenn Sie uns aber eine andere Taktik vorschlagen wollen — bitte, sagen Sie es. Dann gibt es nur zweierteil: entweder wir führen den Klassenkampf so, daß wir unsere Gegner zu überwinden suchen, oder wir lassen uns

vor den Karren der bürgerlichen Parteien spannen. Bisher ist das Gerübe von einer neuen Taktik nicht wahr. Wir sind noch in der alten Taktik.

Die gegenwärtigen Verhältnisse können wir daher nur beurteilen von den alten Grundsätzen der Partei aus und von der Taktik, die wir immer eingeschlagen haben und wobei wir niemals gesagt haben: alles oder nichts, sondern alles ergreifen, was den Arbeitern zum Nutzen und zum Fortschritt dient, und alles bekämpfen, was dem entgegengesetzt ist. Die Hauptfrage in diesem Augenblick ist, daß der Krieg weiter verlängert wird. Wir sind uns klar, welches Ziel der Krieg haben muß, und klar auch darüber, daß, solange der Krieg auch hinausgezogen wird, der einzige Erfolg nur sein wird, daß die Völker sich weiter verbluten, daß noch mehr Weh und Unglück in die Familien des arbeitenden Volkes hineingetragen werden, daß die Völker noch mehr verarmen, und die Schwierigkeiten des Renaissances um so größere werden. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß der Krieg nicht verlängert wird. Ein Streit hierüber kann in der Partei nicht möglich sein; die Frage ist nur, welches Verfahren wir einzuschlagen haben. Dieses Verfahren ist uns gegeben durch den Widerstand, den wir finden. Wir müssen den Widerstand der großkapitalistischen Klasse, der Kriegsverlängerer brechen, koste es, was es wolle. (Zuruf: Selbstverständlich!) Und um ihn zu brechen, müssen wir den Kampf mit denjenigen Parteien und Regierungen aufnehmen, die im Dienste dieses Widerstandes gegen den von uns erstrebten Frieden stehen.

Wir sind darüber einig, daß die Kerntruppe der Alldeutschen, der Kriegsverlängerer — denen ich den guten Glauben ebenso zubillige wie dem ersten und letzten unserer Genossen — bei uns in Deutschland wie bei allen Völkern eine ganz kleine Minderheit ist, die ganz unbedeutend wäre, wenn sie nicht den Regierungsapparat in ihrer Hand hätten. Mit Hilfe der Zivil- und Militärregierung haben sie eine große Bedeutung bekommen, und der Kampf, der sich jetzt vollzieht, ist ein Kampf gegen die Regierung; freilich nicht um die Personen der Regierung. Ob der Mann Bethmann Hollweg heißt oder Michaelis, ob Kühlmann oder Tirpitz, das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, in welcher Weise jetzt die Aufgaben des Deutschen Reiches gelöst werden. Auf der einen Seite steht die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 und auf der anderen Seite die vereinigten großkapitalistischen Kriegsverlängerer. Die Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß wir mit zwei bürgerlichen Parteien in der Friedensfrage Schulter an Schulter marschieren. Es ist uns jetzt empfohlen worden, mit jenen bürgerlichen Parteien in dieser Sache geschlossen zusammenzugehen. Wir müßten ja ja Wägen sein, wenn wir die Hilfe bürgerlicher Parteien zur Durchsetzung unserer Forderungen ablehnen würden. Es handelt sich aber bei einem Zusammengehen mit anderen Parteien darum, wer dabei auf seine Rechnung kommt, ob dieses Zusammengehen wirklich unseren Zielen dient, oder ob es geeignet ist, uns unseren Zielen abwendig zu machen. Wir haben als Sozialdemokraten die selbstverständliche Pflicht, bei diesem Zusammenarbeiten die Führung zu übernehmen und es so zu leiten, daß es uns auf der Bahn vorwärts bringt, die wir für notwendig halten. Jedes Abweichen von dieser Bahn und jede Verzögerung des Fortschreitens darauf muß verhindert werden. Selbstverständlich nehmen wir die Unterstützung der bürgerlichen Parteien, wo wir sie bekommen, mit Freuden an, aber das kann kein Grund sein, in den Fahler der Liberalen zur Zeit des konservativ-liberalen Blocks unter Willow zu verfallen und uns vor den Wagen der bürgerlichen Politik spannen zu lassen.

In Bezug auf die Friedensfrage habe ich keine Sorge, daß wir von den bürgerlichen Parteien im Stich gelassen werden könnten. Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei müssen und werden in der Friedensfrage neben uns aus-

halten. Weshalb ist denn der plötzliche Umchwung beim Zentrum und bei den Liberalen in der Friedensfrage gekommen? Wenige Wochen vor dem 19. Juli haben noch beide Parteien den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. In der Presse ist viel darüber geschrieben worden, daß im Ausschuß unsere Genossen so entschieden für unsere Forderungen eingetreten sind und daß sie haben durchblicken lassen, wir würden nicht mehr so wie früher die Kredite glatt bewilligen; um aber die Einigkeit aller Parteien in dieser Frage herzustellen, sei Erzberger auf die Idee gekommen, mit den Sozialdemokraten zusammen die Rundgebung vom 19. Juli herbeizuführen. Das sind bloß Feuertüchleiten. So ist nicht Erzberger und so sind auch nicht die Verhältnisse im Reichstage, daß die Parteien unter dem Eindruck von Reden dieser oder jener Abgeordneten ihre Taktik ändern. Nein, auch in der fortschrittlichen Volkspartei, besonders jedoch im Zentrum, sind noch breite Schichten von Arbeitern, Kleinbauern und Kleinhandwerkern vertreten. Da in diesen Kreisen die Sehnsucht nach dem Frieden immer stärker wurde, mußten die beiden Parteien erkennen, daß sie nicht weiter dieselbe Stellung wie bisher einnehmen konnten, sondern einen Vorstoß für den Frieden machen mußten. Deshalb werden trotz aller Schwierigkeiten, die noch aufstehen können, und trotz aller Schwankungen die drei Parteien in der Friedensfrage nebeneinander marschieren, gemeinsam das selbe Ziel verfolgen. Die Friedenssehnsucht des Volkes wird aber um so größer werden, je länger der Krieg dauert.

Aber wir müssen uns klar sein, daß die Revolution, von der so viel gesprochen wird, nicht mehr zu kommen braucht, sondern auf allen Gebieten bereits da ist. Auch auf parlamentarischem Gebiet. Wer soll die Regierungen in der Hand haben: die große Masse des Volkes, die hinter der Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli steht, oder die kleine Schwarzaderliquo, die hinter der Vaterlandspartei steht? Die Kreise, die hinter der Vaterlandspartei stehen, sind sich klar darüber, daß, wenn es nicht anders geht, ein Staatsstreich gewagt werden muß. Im Widerspruch mit der Reichsverfassung, mit dem Rechtsempfinden der ganzen Menschheit soll eine Gewaltwirtschaft des Militärs aufgerichtet werden. Auf der anderen Seite muß es das Bestreben nach den Forderungen des arbeitenden Volkes zu führen, ihre Geschäfte nach den bestehenden Verhältnissen. (Sehr richtig!) Heute hat der Kaiser allein die Entscheidung über Krieg und Frieden, allein das Recht, Minister zu ernennen. Diese Bestimmungen der Verfassung sind unhaltbar geworden. (Sehr wahr!) Wir müssen Zustände durchsetzen, in denen nicht eine Person oder ein kleiner Kreis, sondern die große Masse des Volkes die Entscheidung hat. Deshalb sind alle Verfassungsfragen aufs engste verknüpft mit der Friedensfrage. Ohne diese Verfassungsfragen können wir die Friedensfrage nicht lösen und ohne die Friedensfrage hätten wir jetzt keine Verfassungsfrage. Dieser Kampf muß ausgekämpft werden, in diesem Kampfe aber ist noch alles zu leisten. (Sehr richtig!) Wir haben keine Veranlassung, uns unserer Erfolge zu rühmen, stolz zu sein auf das, was erreicht ist. Gewiß, die Reichstagsentschließung vom 19. Juli ist ein Erfolg. (Zurufe: Na also!) Sie kann aber ein großer und ausschlaggebender Erfolg werden, wenn hinter ihr der Kampf um ihre Durchführung steht. (Sehr wahr!) In diesem Kampfe hat der Reichstag vollständig versagt. Nicht durch unsere Schuld, wie überhaupt meine Rede keine Vorwürfe gegen die Mehrheit in der Partei enthalten soll. Ich will mich nicht als Richter aufwerfen, sondern nur zeigen, was sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergibt.

David hat mit Recht gesagt, wir hätten es nicht in der Hand, zu erreichen, daß morgen oder übermorgen der Friede da ist, daß dies auch von den andern

Völkern abhängt. Wichtig. Aber was wir tun können ist, daß alles geschieht, um auch auf der deutschen Seite die Friedensfrage zu klären. (Dr. David: Das freisetzt ja niemand.) Die Uebereinstimmung erweut mich, hoffentlich kommen wir dann auch zu demselben Schluß. Solange wir von Deutschland nicht alles getan haben, um die Friedensfrage zu klären, haben wir nicht das Recht, anderen Völkern Vorwürfe zu machen. Erst wenn bei uns alles getan ist, wenn von Deutschland nichts zu tun mehr übrig bleibt, dürfen wir uns an die anderen Völker wenden. (Sehr richtig!) Bei uns bestand der unwürdige Zustand, daß ebenso wie im Ausland — vielleicht nicht so schlimm wie im Ausland — unser Reichskanzler in einer Weise zum Frieden Stellung nahm, bei der man niemals wußte, woran man war. Jede Partei konnte in die Kanzlerrede hineinlegen, was sie wollte. (Sehr richtig!) Es war für mich ein schmerzlicher Zustand, daß Genossen von uns im Lande umherreifen mußten, um sich mit Vermutungen abzuquälen über das, was die Äußerungen des Kanzlers bedeuten können. Es bleibt nur die Annahme übrig, daß diese Äußerungen absichtlich so unklar gehalten waren, damit jeder hineinlegen konnte, was er wollte. (Sehr richtig!) Das alte Wort, daß die Sprache der Diplomaten nur dazu da ist, um die Gedanken zu verbergen, gilt bei unseren Diplomaten nach wie vor. In der Nacht vor Bethmann Hollwegs Entlassung war ich mit anderen Abgeordneten bei ihm und er hat uns damals im engeren Kreise noch einmal gesagt, was uns ja gar nicht neu war, nämlich, daß er sich nicht binden könne, vielmehr freie Hand haben müsse; er sei Reichskanzler des Deutschen Reiches und müsse beim Friedensschluß für das Deutsche Reich herausstrahlen können, was irgend möglich ist. Was bedeutet das? Das bedeutet eine Hinterhältigkeit, das bedeutet, daß man Worte macht, die scheinbar etwas sagen sollen, aber auch zulassen, daß man das Gegenteil herausliest. (Sehr richtig!) Deshalb sind wir nicht weitergekommen. Gewiß, wir haben einen Kanzlersturz gehabt. Aber seine Folge war nichts weiter, als daß die Mittelchen, mit denen Bethmann Hollweg den Reichstag an der Nase herumzuführen gewußt hat, jetzt von Michaelis weiter angewandt werden, nur vielleicht nicht ganz so geschickt. Wir werden nach wie vor mit Nodensarten abgepeißt. Gewiß, Michaelis hat auf die Reichstagsentschließung vom 19. Juli „wie er sie versteht“, Bezug genommen. Aber auch er hat gesagt, er könne sich nicht binden, er müsse freie Hand haben, um beim Frieden Geschäfte zu machen. Also der Frieden soll ein Schachergeschäft sein. Ich gebe gewiß auf die Moral Wilsons und der englischen und französischen Staatsmänner nichts. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. (Sehr richtig!) Aber wenn man Deutschland Unehrlichkeit vorwirft, so ist das begreiflich, es wird bei uns nichts offen und unzweideutig gesagt. (Zurufe: Was sagen denn die andern?) Sie sagen das selbe. (Landsberg: Dann sind sie zu diesem Vorwurf nicht berechtigt!) Wir haben in unserem Lande dafür zu sorgen, daß hier der Weg zum Frieden geebnet wird, Hinterhältigkeit und Unaufrichtigkeit müssen aufhören. Nirgends haben wir ein unbedingt klares Bekenntnis zu dem von uns erstrebten Frieden. Michaelis hat sich in seiner letzten großen Rede auf den positiven Inhalt der Entschließung vom 19. Juli berufen, der die berechtigten Lebensforderungen des deutschen Volkes wahre. Aber er hat nicht klipp und klar die Forderung anerkannt: keine Annektionen und keine Kriegsentfädigung. Er sieht nur die eine Hälfte der Entschließung. Wesentlich war es bei der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann. Was er über Esch-Böhringen gesagt hat, daß wir es nicht herausgeben, war für uns ganz selbstverständlich; aber weshalb hat er nicht hinzugefügt, daß Esch-Böhringen ein freier und unabhängiger Bundesstaat werden soll? Was Herling hat sich dieser Tage gegen dieses Ziel ausgesprochen. Wir müssen also auch in dieser Frage ein zweideutiges Verhalten der Reichsleitung feststellen.

Auch in bezug auf Belgien ist noch immer nicht eine klare Erklärung erfolgt. Man hat gesagt, in der Papstnote sei sie angedeutet. Das ist aber gerade das Unglück, daß wir mit Andeutungen abgefunden werden. Ausdrücken klar und bestimmt, das gilt es, und das geschieht nicht. (Sehr richtig!) So geht es auch in allen Verfassungsfragen. Wo sind da die Fortschritte? In der letzten Reichstagsitzung hat Seine sehr eindrucksvoll auf die Mißstände der Zensur hingewiesen und gesagt: man muß sich geradezu schämen, daß immer wieder der Deutsche Reichstag mit denselben Beschwerden kommen muß, ohne daß etwas erreicht wird. Ich erinnere auch an das Auftreten des Kriegsministers, des Admirals Capelle. All das zeigt uns, daß wir in der Sicherung unserer Friedens- und Verfassungsforderungen noch so gut wie gar nichts erreicht haben. Auch in den Lebensmittelfragen, wo ja vieles einzelne erreicht ist, wird doch nicht so durchgegriffen, wie es das Volksempfinden mit Recht fordert. Deshalb kann und darf es nicht so weitergehen. David hat uns dargelegt, daß wir jetzt in den vierten Kriegswinter eintreten und noch mit einem ganzen Jahre Krieg rechnen müßten. Ich kann mir nicht denken, wie diese Zeit noch von unserm Volke und von den anderen Völkern durchlebt werden wird. Ich bin überzeugt, daß es nicht so gehen wird, wie es sich die Herren von den Regierungen vorstellen. Die Völker können das nicht mehr ertragen. Die Kraft der Völker ist am Ende, nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern. Wenn nicht von oben in diesen Wochen der Frieden gemacht wird, dann wird er erzwungen werden von unten. Die revolutionären Zustände, die wir in allen Ländern spüren, in dem Lande und an der Front — wir haben ja einen Auschnitt davon in den Reichstagsverhandlungen vor aller Öffentlichkeit zu hören bekommen — sie werden immer gewaltiger, immer furchtbarer werden, bis die heutige Gewaltwirtschaft zusammenbrechen wird. Dagegen gibt es kein Mittel. Die Regierungen sind gerüstet darauf. Sie haben alle Gewaltmittel auch gegen uns vorbereitet. Ein Vorpiel, um was es sich bei diesem Kampfe handelt, haben wir in dem Vorgehen gegen die Unabhängigen erlebt. Da haben wir gehört, wie dieser fromme Reichstanzler es ruhig aussprach — als wenn es eine Selbstverständlichkeit wäre —, daß die Unabhängigen ausgeschlossen werden sollen gleichsam aus der menschlichen Gemeinschaft. Wir haben gesehen, wie Todesstrafen, Zuchthausstrafen verhängt worden sind. Täuschen wir uns nicht; in dem Augenblick, wo sich die revolutionäre Bewegung weiter Bahn bricht und auch wir uns an die Spitze unserer kämpfenden Brüder stellen — und wir werden es nicht gezwungen tun, sondern, wenigstens für mich kann ich das sagen, mit freudigem Herzen —, dann wird man gegen uns genau so mit Gewaltmitteln vorgehen wie jetzt gegen die Unabhängigen. Wie dem auch immer sei, wir dürfen nicht länger warten, dies Unglück müssen wir von unserem Vaterlande abhalten. Das halten wir aber nicht ab mit schönen Mahnungen, die Geschlossenheit und Einigkeit des Volkes hochzuhalten. Es ist ja gar nicht wahr, was David sagte, daß wir ein geschlossenes und einig Volk haben. Das Volk ist zerrissen in zwei einander auf das erbitterteste und schonungslos bekämpfende Teile. Hier muß eine Entscheidung fallen.

Deshalb ist es ein sehr ernster Augenblick, in dem wir stehen. Die letzten Verhandlungen im Reichstag haben fraglos eine ungeheure Erbitterung in allen Kreisen des Volkes hervorgerufen, aber nicht nur eine Erbitterung gegen die Regierung, sondern auch gegen den Reichstag, der sich das gefallen ließ, und gegen die Parteien, die sich das gefallen ließen. Deshalb muß der Kampf mit allen Kräften durchgeführt werden. Ich weiß, die Mehrheit des Reichstags will sich die Behandlung nicht gefallen lassen. Ich weiß, es gilt jetzt die Vereinbarungen der Parteien zu treffen, daß wir beim nächsten Zusammenkommen des Reichstags mit der Reichsleitung abreden, die nötigen Schlüsse aus dem

Verhalten der Regierungen ziehen und dann vorgehen, wie es notwendig ist. Deshalb müssen wir uns darüber klar sein, was veranlaßt uns, jetzt noch dieser Regierung zu bewilligen? Nach meiner Ueberzeugung gar nichts. Von irgend-einer Eintheillichkeit durch die Kreditbewilligung kann gar keine Rede mehr sein. Deshalb hat diese Frage jetzt eine ganz andere Bedeutung als am 4. August. (Sehr richtig!) Wir müssen dieser Reichsleitung jetzt erklären, daß wir mit ihr nichts zu tun haben wollen, daß wir mit ihr nicht zusammenarbeiten, daß wir die Kriegsforderungen solange nicht bewilligen, bis eine Reichsleitung kommt, die unseren Anforderungen entspricht. (Sehr richtig!) Über die Namen allein tun es nicht, es kommt vor allem auf das wirkliche Verhalten der Reichsleitung an. Auch einer anderen Regierung, die in derselben Weise arbeitet, wie die bisherige, können wir die Kriegsforderungen nicht bewilligen. Wir können sie keiner Regierung bewilligen, die sich nicht klar und unzweideutig für den von uns erstrebten Frieden erklärt, die nicht im allgemeinen und in allen wichtigeren Einzelfragen ausdrücklich erklärt: wir wollen unter diesen Bedingungen Frieden schließen, wir wollen die Verfassung in diesen Punkten ändern. Wir können die Kriegsforderungen auch keiner Regierung bewilligen, die zwar Versprechungen abgibt, aber dagegen handelt. Deshalb muß der heutige Parteitag klipp und klar Stellung zu dieser Frage nehmen, er muß hinaus-rufen in alle Welt, daß wir gearbeitet haben vom ersten bis zum letzten Tage, um den Frieden so schnell wie möglich herbeizuführen, und daß jetzt die Frucht mehr als reif ist. Wir sind bereit, den Kampf bis zum äußersten aufzunehmen. Unser Volk wärdet in einer Weise, wie wir es uns nie haben vorstellen können. Man vertritt das Volk, das sei notwendig, um das Vaterland gegen den äußeren Feind zu verteidigen. Wir an dieser Stelle sind berufen, den Kampf zu führen gegen den inneren Feind. Wir müssen den Leuten, die draußen die Opfer tragen, mit ruhigem Gewissen entgegentreten können. Das können wir nur, wenn wir den Kampf gegen den inneren Feind aufnehmen, wenn wir ihnen sagen können: Was Ihr leidet, soll Ihr nicht zweifels leiden. Wir werden rücksichtslos alles tun, den Krieg abzukürzen. Das ist die Aufgabe dieses Parteitags. Wird der Parteitag dieser Aufgabe gerecht, so wird er leuchtend dastehen in der Geschichte unserer Partei und in der Menschheitsgeschichte.

Bei den Voraussetzungen zu diesen Sätzen wurde mir zugerufen: Das sind Selbstverständlichkeiten. Dann sind auch die Schlüsse daraus selbstverständlich. Ich hoffe, daß die von mir vorgelegte Resolution, die fordert, daß wir jetzt auch den Kampf gegen den inneren Feind mit aller Entschiedenheit durchführen, einstimmig vom Parteitag angenommen werden wird. (Teilweiser lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ebert teilt mit, daß zu diesem Punkt gehören die Anträge 20 bis 33 und 44, 48, 49, 51, 53, 54.

Unterstützt werden die Anträge 21, 22, 24, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 46, 49, 51, 53 und 54.

Nicht unterstützt werden die Anträge: 20, 23, 25, 26, 27, 44.

Zum Antrag 54 ist namentliche Abstimmung beantragt.

Es wird nun in die Debatte über die Referate mit den Anträgen eingetreten.

Rede: Die Rede des Genossen Hoch beweist, wie außerordentlich schwer es ist, eine Politik der Galttheit klar begründen zu wollen. Hoch gehört zu denen, die die Pflicht der Landesverteidigung rückhaltlos anerkennen. Trotzdem schlägt er uns eine Resolution vor, deren entscheidender Satz lautet: Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegskredite bewilligen. — Aus Hochs langer Rede akzeptiere ich einen Satz reflexlos: Für uns als sozialdemokratische Abgeordnete gibt es nur eine Pflicht: der deutschen

Arbeiterklasse zu nützen und nach Kräften Schaden von ihr abzuwehren. Danach haben wir auch die Hochsige Resolution zu bewerten. In diesen Tagen rennen wie seit Monaten, in Flandern Millionen von Franzosen und Engländern gegen die deutsche Front an, um den Rhein zu gewinnen; in den letzten Monaten ist eine Kriegserklärung nach der andern gegen Deutschland erfolgt. Die ernsteste davon war die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika. Von keiner der Regierungen, die gegen Deutschland Truppen ins Feld schickten, ist bisher die Neigung zur Beendigung des Krieges zum Ausdruck gebracht worden. Hoch erkennt selbst an, daß der Reichstagsbeschluß vom 19. Juli für den Verständigungsfrieden durchaus ehrlich gemeint ist, weil die bürgerlichen Parteien gar nicht eine andere Politik betreiben können. Hoch dient der Sache des Friedens nicht, wenn er die Erklärung der deutschen Regierung und der Papstnote so abfällig beurteilt. Das ist die Politik der Unabhängigen. Die Papstnote, die Erklärung Michaels' laufen darauf hinaus, daß die deutsche Regierung eine Friedenspolitik betreiben will, die im Rahmen der Entscheidung des Reichstags vom 19. Juli sich bewegt. Die Erklärung Michaels' hätte gemäß klarer lauten können, aber an der Ehrlichkeit der deutschen Friedensbemühungen kann ein ernsthafter Zweifel nicht gehegt werden. Hoch fordert auf, der Regierung keine Kredite mehr zu bewilligen. Demgegenüber stelle ich fest, daß bei jeder Kreditbewilligung durch uns zum Ausdruck gebracht worden ist, daß wir selbstverständlich nicht dieser Regierung die Kredite bewilligen. (Sehr richtig!) Wir haben die Kredite nicht bewilligt, wir haben an unsere Feldgrauen draußen nicht die Aufforderung gerichtet, standzuhalten und an unsere Bevölkerung daheim, nicht zusammenzubrechen, aus Liebe zu den Kapitalisten, zu den Junkern, und ich setze hinzu, weil aus Anlaß der Wilsonnote damit große Stimmungsmache getrieben ist; auch nicht für die Hohenzollern haben die Arbeiter und die deutschen Soldaten sich geschlagen, darüber wollen wir gar keinen Zweifel bestehen lassen. (Sehr gut!) Sondern als der Krieg entbrannte, handelte es sich, so wie heute, noch darum, die Schreden einer feindlichen Invasion von den deutschen Grenzen und damit von dem deutschen Volk fernzuhalten. Wo der Krieg ausgefochten wird, leidet niemand so schwer darunter wie das Proletariat. Das wissen alle, die die Möglichkeit gehabt haben, im Osten oder Westen Kriegsgebiete zu sehen. Mit der Medensart kommt man uns glücklicherweise jetzt nur noch selten, daß die Arbeiter nichts zu verlieren haben, sondern wir wissen, daß dank unserer Arbeit in den letzten 20, 30 Jahren glücklicherweise die Arbeiter etwas zu verlieren, etwas zu schützen haben. Daß bei langer Dauer des Krieges allmählich ein Abflauen der Stimmung eintreten würde, war zu erwarten; aber was ich außerordentlich beklage, ist, daß eine ganze Anzahl auch von den Kollegen aus der Reichstagsfraktion, die, so wie Hoch, die Pflicht der Landesverteidigung soweit Rechnung tragen zu müssen (Sehr richtig!), daß sie zur Kreditverweigerung kamen. Alle, die diese Politik eingeschlagen haben, haben die Erfahrung machen müssen, daß das die Politik der Halbheit war, die sie zwischen zwei Stühle führte. In dieser Frage gibt es nur eine klare Stellungnahme für oder gegen die Landesverteidigung. Wir dürfen keine Schaukelpolitik treiben unter Berücksichtigung der wechselnden Stimmungen, sondern müssen das tun, was nach unserer Ueberzeugung im Interesse der Arbeiterklasse geboten ist, auch dann, wenn es gelegentlich Späne gibt, wenn man Vorwürfe gegen uns richtet. Die Anerkennung und Durchführung der Pflicht der Vaterlandsverteidigung durch die Kreditbewilligung gehört zu den Aufgaben, die von uns reiflos erfüllt werden müssen, nicht zuletzt auch um der Stellung der Sozialdemokratie nach dem Kriege willen. Denn die Frage der

Landesverteidigung wird, je nach dem Ausgang des Krieges, eine außerordentlich entscheidende Rolle bei allen politischen Auseinandersetzungen nach dem Kriege spielen. Es war geradezu eine Tragikomödie, daß eine ganze Anzahl der Kollegen aus der Reichstagsfraktion ausgerechnet in dem Augenblick zu der Erkenntnis kamen, daß Deutschland einen Eroberungskrieg führe, als die italienische Kriegserklärung gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erfolgte. (Göhl hört!) Natürlich haben wir alles zu tun zur Herbeiführung des Friedens. Ich akzeptiere jedes Mittel, von dem ich die Gewißheit habe, daß es zur raschen Beendigung des Krieges beiträgt. Aber dazu gehört, wenn die Kreditverweigerung und andere Dinge in Frage kommen, die Anerkennung des Grundgesetzes: Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Die Internationale, wie ich sie verstehe, muß dazu führen, daß in allen Ländern mit gleichen Mitteln und mit annähernd gleicher Aussicht auf Erfolg diese Politik betrieben wird. (Sehr wahr!) Es ist ein großes Verbrechen, das an der Arbeiterklasse, an der Sozialdemokratie begangen ist, daß in Stockholm nicht schon vor Monaten Beschlüsse herbeigeführt werden konnten, die darauf hinausliefen, daß das Proletariat in allen Ländern zu der gleichen Zeit in dieser Weise vorgeht. Davon ist leider bis heute keine Rede. Die Franzosen bewilligen die Kredite, die englische Arbeiterklasse steht mit ihren parlamentarischen Vertretern hinter ihrer Regierung. Unsere Kreditverweigerung hätte zu Beginn des Krieges nicht den Erfolg gehabt, daß die russische Dampfwalze zum Stehen kam, und sie würde heute nicht bewirken, daß die französischen und englischen Massenkürme in Flandern unterlassen würden. Hoch mutet unseren Leuten zu, draußen die Schredenstage weiter zu erdulden im Trommelfeuer der zehntausende feindlicher Geschütze, sie sollen nach wie vor all diese Höllequalen der modernen Schlacht erdulden, aber wir zu Hause sollen sagen: Ihr liegt im Dreck und Feuer, aber wir verweigern die Kredite. Das ist eine Politik, die man nicht treiben kann. (Sehr richtig!) Draußen die Leute können ihre furchtbar harte Pflicht im Interesse ihres Landes und unserer Familien nur dann erfüllen, wenn sie die Gewißheit haben, daß sie Leben und Gesundheit tagtäglich für eine Sache einsetzen, die gut und rechtlich ist und die auch von ihren parlamentarischen Vertretern daheim reiflos vertreten wird. Verweigerung der Kredite im Augenblick solcher Höllequalen wie im Westen bedeutet, die Kampfesfähigkeit unserer Truppen erschüttern, bedeutet die Gefahr der Invasion herbeizurufen. Das ist eine Politik, die wir gerade im Interesse der deutschen Arbeiterklasse unmöglich mitmachen dürfen. Deshalb erlaube ich Sie, den Antrag Hoch mit großer Mehrheit abzulehnen. (Beifall.)

Brücker-Berlin: Mit der Politik des 4. August kann man sich durchaus einverstanden erklären. Führt sie uns doch dazu, mehr als bisher praktische Arbeit zu leisten, löst sie uns doch los von der Phrase, die leider nur allzu oft die Politik beherrscht hat. (Zuruf: Und noch beherrscht!) Es ist aber notwendig, die praktische Tätigkeit unserer Fraktion auch der Arbeiterklasse mehr und mehr zum Bewußtsein zu bringen. Man darf sich nicht damit begnügen, daß man den Reichstagsbericht abdruckt oder spaltenlange Leitartikel schreibt, sondern es muß möglichst von einer Zentralfstelle aus planmäßig in kurzen Abständen allwöchentlich, alltäglich über die Tätigkeit der Parlamentsvertretungen Bericht erstattet werden. Das hämmert sich in das Gedächtnis der Arbeiter, nicht aber die ellenlangen Leitartikel. (Sehr richtig!) Wenn wir das planmäßig machen, dann werden wir in den Arbeiten mehr Verständnis für die praktische Arbeit, die zu leisten ist, erwecken, als es bisher der Fall ist. Durch die praktische Tätigkeit werden natürlich unsere Vertretungen in den Parlamenten und in den Gemeinden vor große Aufgaben gestellt. Wir wissen, daß in Deutschland von Preußen aus Politik gemacht wird, und wir müssen

das Ersuchen an den Parteivorstand und an die Preußenkommission richten, den Vorgängen in Preußen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. (Zustimmung.) Damit will ich nicht gesagt haben, daß die Preußenfrage ganz und gar vernachlässigt worden ist. Ich bin aber der Meinung, daß durch die praktische Tätigkeit unseres Parteivorstandes und unserer Reichstagsfraktion die Preußenfrage leiber mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt und nicht so beachtet ist, wie es notwendig wäre. (Sehr richtig!) Unbegreiflich ist es mir, wie Genosse Heilmann seinerzeit, wo es notwendig war den Ruf der Parteigenossen nach Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen zu erheben und diese Forderung zu verstärken, schreiben konnte, diese Frage ist erledigt, diese hat ja Zeit bis nach dem Kriege. Nein, Genossen, man soll das Eisen schmieden, solange es warm ist, und zwar jetzt während des Krieges, wo wir die Macht haben, der Regierung unseren Willen, der getragen ist von dem Willen der breiten Massen der Bevölkerung, aufzudrücken. Keine Vertagung der Wahlrechtsfrage, aber auch nicht Gelegenheiten geben der Regierung, sich auf Stimmen aus unseren eigenen Reihen berufen zu können. (Sehr wahr!) Es soll mich nicht wundern, wenn der Artikel von Heilmann bei den Wahlrechtsdebatten im preußischen Abgeordnetenhaus von den Konservern und den anderen Wahlrechtsgegnern gehörig ausgenutzt wird.

Der Krieg hat uns ja nun nicht bloß die russische Revolution gebracht, er hat uns leiber auch die Zerspaltung der deutschen Sozialdemokratie gebracht, eine Zerspaltung, die jeder, der mit allen Fasern seines Herzens an der Partei hängt, schmerzlich empfindet. Bedauerlicherweise richtet ein Teil derer, die aus der Partei ausgetreten sind, nunmehr anscheinend ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Bekämpfung der bürgerlichen Parteien, sondern sie erkliden ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der eigenen, früheren Partei, ein Zustand, der dazu geführt hat, daß bei wichtigen Vorlagen ein Gegeneinanderstimmen vorgekommen ist, wie Davids das gezeigt hat. An den Fraktionen sollt ihr sie erkennen. Wenn etwas zutrifft, so ist es dieser Satz, denn es ist bei den Abstimmungen zum Ausdruck gebracht, das jene Anhängigen lieber mit den Hehdebrand und Westarp als mit den eigenen Klassen-genossen gehen. (Sehr wahr!) Allgemein war nach Kriegsausbruch in der Bevölkerung die Meinung verbreitet, die Fraktion habe mit der Stellungnahme zu den Kriegskrediten recht gehabt. Als ich bei Ausbruch des Krieges von Birmingham zurückkam und durch Deutschland fuhr, von Stadt zu Stadt, da fragte ich mich, was ist denn vorgekommen? Diese Begeisterung auf allen Bahnhöfen, wenn Truppen durchzuführen. Was ist denn geschehen, daß innerhalb vierzehn Tagen die Stimmung in Deutschland so umschlagen konnte. In dem Jubel bei jeder Siegesnachricht kam zum Ausdruck, das, was weite Arbeiterkreise befehle, denn es war nicht nur die Bourgeoisie, die bei Siegesnachrichten die Fahnen hinaussteckte, sondern es waren auch Arbeiter. Gälte da die Fraktion eine andere Stellung eingenommen, wer weiß, welcher Eindruck dann erweckt worden wäre. Daß es jetzt anders geworden ist, hängt zusammen mit den Lebensmittelschwierigkeiten und mit anderen Verhältnissen, die den Unabhängigen den Boden für ihre Tätigkeit bereitet haben. Wir müssen, wie wir das stets getan haben, unsere Meinungsverschiedenheiten austragen, aber das soll kameradschaftlich geschehen, die Geschlossenheit der Partei, die Geschlossenheit ihrer Vertretungen muß erhalten werden. Auf diesem Standpunkte hat ja die Reichstagsfraktion auch vorher schon gestanden. Das galt als selbstverständlich, aber leider ist diese Selbstverständlichkeit in neuester Zeit nicht gehalten worden, und deshalb unterbreiten wir dem Parteitag den Antrag 51, um dessen Annahme wir Sie bitten. Gewiß ist das, was wir

fordern, eine Selbstverständlichkeit, aber wir müssen diese Selbstverständlichkeit zu einem Parteitagbeschlusse erheben, damit nicht mehr Gelegenheit gegeben ist, daß Genossen außer der Reihe tanzen können. Es sei denn, daß sie mit vollem Willen gegen Parteitagbeschlüsse verstoßen wollen. Die Entschließung Hoch ist sehr vorsichtig abgefaßt, wohl, damit eine möglichst große Zahl von Stimmen auf sie vereinigt wird. Aber der Parteitag kann sie nicht annehmen, denn damit würde er erklären, daß die Kriegskredite der Regierung bewilligt werden, was wir bisher stets bestritten haben. Wenn unsere parlamentarische Vertretung weiter wie bisher für die Interessen der Arbeiter eintritt, dann wird die Entwicklung weitergehen zum Heile der Partei und damit der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Emmel-Mülhausen i. E.!: Nozze und der Vorredner haben sich darauf berufen, daß bei Kriegsausbruch die Volksstimmung für die Bewilligung der Kredite war. Das wird niemand bestritten. Aber man muß doch daran erinnern, daß 1870/71 Webel und Liebknecht die Fenster eingeworfen wurden, während man später die Tat, wegen deren das Volk ihnen die Fenster eingeschoben hat, als eine Großtat angerechnet hat. (Sehr richtig!) Also man darf sich nicht immer von der Volksstimmung tragen lassen. (Sehr richtig!) Man darf die anderen die Kredite ablehnen würden, Nozze hat weiter gesagt, wenn die Entwicklung kann sich doch nun aber nicht so würden wir es auch tun. Die Entwicklung kann sich doch nun aber nicht so vollziehen, daß an einem bestimmten Tage zu gleicher Zeit in allen Ländern die Parlamente zusammentreten und daß überall in demselben Augenblick die Kredite abgelehnt werden. An einem Ende muß doch angefangen werden. (Sehr richtig!) Was wir verlangen, ist, daß in Deutschland der Anfang gemacht wird, weil (Zuruf: Weil Deutschland am gefährdetsten ist!), nein, weil Deutschland uns am nächsten liegt. Aus meiner Erfahrung im Verkehr mit Belgauern kann ich mitteilen, daß die Belgauern die Ablehnung durchaus verstehen würden. Man hat bestritten, daß die Kriegskredite der Regierung bewilligt werden. Wer kann bestritten, daß tatsächlich die Regierung die Verfügung über die Mittel hat, die Regierung des Belagerungszustandes, die Regierung, die hinten herum noch immer die Abenteurer unterstützt, die Werbetätigkeit für den Verständigungsfrieden aber zu hintertreiben sucht. (Sehr richtig!) Daher ist es falsch, wenn man sagt, die Mittel würden dem Volke bewilligt. Die Entschließung Hoch spricht klipp und klar aus, worauf es ankommt. Ebert hat unter der Zustimmung der ganzen Fraktion im Reichstage der jetzigen Regierung den schärfsten Kampf angesagt. Wie kann man uns zumuten, einer Regierung, der man vor der ganzen Welt den schärfsten Kampf angejagt hat, weiter die Mittel für die Kriegführung zu bewilligen. — Wenn der Antrag 51 das will, was bisher Praxis in der Fraktion war, so ist er selbstverständlich. Das einheitliche und geschlossene Vorgehen der Fraktion ist ein Ziel, das aufs innigste zu wünschen ist. Aber es müssen die Kanteln bestehen bleiben, die nach langer Erfahrung sich in der Fraktion herausgebildet haben und die es den Abgeordneten, die gegen ihre Ueberzeugung stimmen müßten, gestattet, der Abstimmung fernzubleiben.

Nun zur elsäß-lothringischen Frage. Auch ich bin für das Selbstbestimmungsrecht der Elsäß-Lothringer, soweit es sich um das Selbstbestimmungsrecht im Rahmen des Deutschen Reiches handelt. Diese Einschränkung liegt nicht zuletzt im Interesse der Elsäß-Lothringer selbst. Sobald man sich auf einen anderen Standpunkt stellt, ergeben sich Fragen, mit denen das Gesamtinteresse eines Volkes nicht in Einklang gebracht werden kann. Wenn wir den Elsäß-Lothringern das Recht geben würden, auch über ihre nationale Zugehörigkeit selbständig zu entscheiden, dann müßten wir den Hessen, Oldenburgern und Mecklenburgern daselbe Recht geben. (Sehr richtig!) Jugend-

ein thüringischer Kleinstaat hätte dann gleichfalls das Recht, darüber zu entscheiden, ob er zu Rußland, Frankreich oder England gehören will. Das ist ein Unding (sehr richtig!); die ganze Entwicklung seit der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich ist dahin gegangen, daß Elsaß-Lothringen mit dem Reiche wirtschaftlich eng verwachsen ist. Das allein ist ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zu irgendeiner Nation, nicht etwa die Sprachenfrage allein. Elsaß-Lothringen hat sich in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingegliedert, jede Losreißung Elsaß-Lothringens von Deutschland würde die Zerrüttung des Wirtschaftssystems Elsaß-Lothringens bedeuten und eine schädliche Rückwirkung auf die deutsche Gesamtwirtschaft haben. (Sehr richtig!) Ich erinnere an die Bedeutung Elsaß-Lothringens für die Versorgung mit Eisen und an seine Eisen- und Stahlerzeugung, die für Deutschlands Gesamtwirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. (Sehr richtig!) Wenn Sie die elsass-lothringische Frage unter diesem Gesichtspunkt betrachten, so müssen Sie mit mir Stellung nehmen gegen eine Richtung, die Heinen Teilen unseres Reiches das Recht geben will, über die Frage ihrer nationalen Zugehörigkeit selbständig zu entscheiden. Dann könnte die Folge irgendwelcher Bestimmungen, die sich notwendigerweise während eines Krieges und zumal bei dem Schredensregiment in einem Operationsgebiet ergeben müssen, eine Entscheidung gefällt werden, die verhängnisvoll für Elsaß-Lothringen und ganz Deutschland sein würde. Wenn über die nationale Zugehörigkeit des Teiles eines Landes entschieden werden soll, dann kann nicht dieser Teil allein entscheiden, sondern die Gesamtheit des Volkes, in diesem Fall hätte die Gesamtheit des deutschen Volkes mitzusprechen. (Sehr richtig!) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nicht so aufzufassen, daß irgendein z-belleibiger kleiner Teil eines Volkes das Recht der Entscheidung hat. Der Standpunkt Rakentzeins würde dahin führen, daß der eine Teil sich nach diesem, der andere sich nach einem anderen Lande hingezogen fühlt. So kann es nicht gehen. (Sehr richtig!) Die industriellen und landwirtschaftlichen Verhältnisse Elsaß-Lothringens sind mit dem Deutschen Reiche so eng verwachsen, daß beide Teile schwer geschädigt würden, wenn eine Losreißung Elsaß-Lothringens stattfinden würde. Was wir aber von unserer Reichstagsfraktion verlangen müssen, ist, daß sie auf dem bisherigen Wege weitergeht und auf die Befreiung des unheilvollen Belagerungszustandes in Elsaß-Lothringen hinwirkt. Noch jetzt im vierten Kriegsjahr ist die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen rechtlos und von den verschiedensten Militärkommandanten abhängig. Grausamkeiten und Brutalitäten werden damit entschuldigt, daß man sich im Operationsgebiet befinde. Die Sozialdemokratie muß mit aller Entschiedenheit verlangen, daß mit der bisherigen Praxis gebrochen und auch im Operationsgebiet der Belagerungszustand beseitigt wird. Dann wird auch die Verstimmlung in der elsass-lothringischen Bevölkerung verschwinden. Auch in Elsaß-Lothringen muß noch während des Krieges das Volk größere Freiheiten erhalten. Gerechtigkeit und Gesetz müssen an die Stelle der Willkür treten. (Beifall.)

Wagand-Bremen: Kein vernünftiger Mensch kann glauben, daß die Reichstagsfraktion mit einer Ablehnung der Kriegskredite die Herbeiführung des Friedens gefördert hätte. (Sehr richtig!) Wenn wir heute die Kredite ablehnen würden, unsere ganze Stellung in Deutschland würde damit unmöglich werden. (Sehr richtig!) Würden wir nach der Entschliegung Hoch verfahren, die Verhältnisse in unserem Lande wären noch schlimmer. Die kapitalistischen Regierungen werden ihr System erst recht nicht ändern und den Belagerungszustand nicht mildern, wenn die Sozialdemokratie die Kredite ablehnt. Die Bremer Genossen waren zuerst mit der Reichstagsfraktion

einstanden, waren also anderer Meinung als ihr Abgeordneter. Wir hatten uns dahin verständigt, daß jeder seine eigene Meinung in der Partei behalten und gemeinsam arbeiten wollten. So konnte Scheidemann in Bremen im Februar 1915 in einer großen Versammlung seinen Standpunkt darlegen. Aus Rücksicht auf unsere Abgeordneten haben wir lange Zeit davon Abstand genommen, Beschlüsse zu fassen. Wir wollten ihn nicht in eine unangenehme Lage bringen. Wir glaubten auch, daß mit der Zeit die Gegensätze in der Partei sich nicht verschärfen, sondern mildern würden. Die Opposition in Bremen kam nicht aus den Reihen der Reichstagsfraktion, sondern die Verwirrung wurde durch Flugchriften von Rosa Luxemburg und Franz Mehring in die Reihen der Genossen getragen, in denen in gemeinster Weise Parteivorstand und Reichstagsfraktion angegriffen wurden. So kam es, daß in Bremen mit der Zeit die Stimmung der Genossen anders wurde, bis es dann schließlich zur Spaltung kam. Wäre die Reichstagsfraktion nach dem Rezept der Unabhängigen verfahren, die bürgerlichen Parteien und die Regierung wären von der Reichstagsfraktion sicher nicht gezwungen worden, mit uns gemeinsam für den Frieden zu wirken. Glauben Hoch und Emmel, daß, wenn nach ihrer Methode verfahren wäre, uns die bürgerlichen Parteien und die Regierung soweit entgegengekommen wären? Gewiß, unsere Regierung ist eine kapitalistische Regierung, und wenn sie Eroberungen hätte machen können, sie hätte wohl Eroberungen gemacht, denn kapitalistische Politik ist Raubpolitik. Unsere Kapitalisten sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die des Auslandes. Die Politik der Fraktion aber hat die Regierung gezwungen, sich zum Verständigungsfrieden zu bekennen, und ich habe die feste Ueberzeugung, daß unsere Fraktion die Regierung zwingen wird, noch weiterzugehen, wenn die Verhältnisse es erfordern. Eine andere Politik ist gar nicht möglich. Die Reichstagsfraktion muß natürlich die jeweiligen Verhältnisse überschauen und denkbar wäre es ja, daß, wenn einmal ein Reichskanzler Graf Westarp käme, wir einer solchen Regierung die Kredite nicht bewilligen würden. Aber da das nicht der Fall ist, können wir uns mit der Entschliegung Löbe einverstanden erklären. Erfreulich ist, daß es der Fraktion durch ihre zielbewusste Arbeit auch gelungen ist, Erfolge in der preussischen Politik zu erreichen. Ganz zweifellos ist die Osterbotschaft mit dem Wahlrechtsversprechen ein Erfolg unserer Politik im Reiche. (Sehr richtig!) Der Antrag 25 des 6. hannoverschen Wahlkreises, der ja genügend unterstützt worden ist, entspringt der Stimmung einzelner Genossen im Lande, die da glauben, Erfolge in der inneren Politik wären leichter möglich, wenn die Fraktion die Kredite ablehnen würde. Ich glaube das nicht. Wenn die Umstände es erfordern, wird die Fraktion auch härter vorgehen. Ich habe dann noch einen Antrag Bremen zu begründen, der verlangt, daß bei der gesetzlichen Neuregelung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge und der Fürsorge für Kriegerhinterbliebene diese Fürsorge der Reichsversicherungsordnung und ihrem Rechtsverfahren unterstellt wird. Unsere Fraktion muß und wird weiterhin politisch tätig sein, dann werden die Kreise, die heute mit den Unabhängigen gehen, bald zu der Ueberzeugung kommen, daß sie nur in unserer Reichstagsfraktion eine Vertretung ihrer Interessen finden können, und sie werden dann den Weg zur sozialdemokratischen Partei zurückfinden. (Bravo!)

Leusch: David charakterisierte die Entscheidung vom 4. August als eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Das ist vollständig richtig. In einem gewissen Gegensatz zu dieser Kennzeichnung steht aber die Behauptung in der Erklärung unserer Fraktion am 4. August, die zum gestügeltsten Wort gemoren ist, nämlich, daß wir mit der Bewilligung wahr machten, was wir immer gesagt hätten. Wenn für die Sozialdemokratie die Entscheidung

vom 4. August wirklich eine Selbstverhändlerlichkeit war, wenn wir mit ihr wahr machten, was wir immer gesagt haben, so wäre ja das ungeheure Aufsehen und diese weltgeschichtliche Bedeutung dieser Abstimmung nicht zu erklären. Man muß es aussprechen, daß die weitüberwiegende Mehrheit des In- und Auslandes eine entgegengesetzte Entscheidung der Reichstagsfraktion am 4. August erwartet hat. Die Zitate aus den Heiligen Schriften von Marx und Engels (Heiterkeit), mit denen man die Entscheidung vom 4. August zu begründen versucht hat, sind nicht durchschlagend. Ich erkläre mich bereit, jedem Zitat, das man für die Entscheidung vom 4. August angeführt hat, drei Zitate gegenüberzustellen, die das Gegenteil beweisen. (Heiterkeit.) Mit Zitaten kann man diese Abstimmung überhaupt nicht rechtfertigen, eine so weltgeschichtliche Entscheidung wie die des 4. August muß aus der geschichtlichen Situation des Augenblicks selbst erklärt werden. (Sehr richtig!) Wir standen am 4. August vor einer völlig neuen weltgeschichtlichen Situation. Da können wir uns nicht auf die verbliebenen Altvorurteile verlassen. In der Davidschen Rede habe ich die große weltgeschichtliche Waise, auf die man den 4. August stellen muß, vermählt, wenn man diese Abstimmung wirklich als einen Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung kennzeichnen will. Auf Grund dieser Abstimmung ist die Internationale zusammengebrochen. Als wir am 8. August die Kredite bereiten und ich dagegen sprach, habe ich gesagt, wenn wir die Kredite bewilligen würden, so legen wir die Eingeweide der Internationale auf den Tisch. Mehr oder weniger gelährte Personen gehen heute noch mit diesem Wort haufieren. Tatsächlich ist ja eingetreten, was ich sagte, eine Internationale, wir wir sie vor dem Kriege hatten, ist nicht mehr, sie ist durch den Krieg und am Kriege in die Brüche gegangen, wir werden zu arbeiten haben, damit sich nach dem Kriege eine neue Internationale erhebt. Aber die geschichtlichen Ursachen, aus denen diese Internationale zusammenbrechen mußte, liegen in der weltgeschichtlichen Stellung Englands. Der allergrößte Teil der Anwesenden wie auch des gesamten deutschen Volkes hat erst in diesem Kriege die wirkliche Bedeutung der englischen Welt Herrschaft und ihrer Wirkungen begriffen. Auch das habe ich in dem Referat von David vermählt. Erst in diesem Kriege haben wir erfahren, daß die englische Welt Herrschaft mehr ist als eine Hyase, daß sie eine brutale Realität bedeutet. Da die englische Arbeiterklasse an der englischen Welt Herrschaft in ihrem eigenen Klasseninteresse nicht rütteln lassen wollte und konnte, kam es zum Zusammenbruch der Internationale. Wir wissen alle, von wie ungeheurer Bedeutung gerade für uns deutsche Sozialdemokraten der Zusammenbruch der Internationale gewesen ist. Ich kann mich darauf berufen, daß ich schon auf dem Parteitag in Chemnitz angedeutet habe, daß die Ausnahmestellung, die England in der Welt einnimmt, uns in einem zukünftigen Kriege noch ganz besonders harte Nüsse zu knaden gibt, und mancher, der mich damals nicht richtig verstanden hat, ist inzwischen zu mir gekommen und hat gesagt, jetzt haben wir eigentlich erst begriffen, wie Du Deine damaligen Ausführungen gemeint hast. Die Solidarität der Arbeiter aller Länder, von der wir vor dem Kriege so viel gesprochen haben, war noch keine Tatsache, sondern sie war erst in statu ascendi, im Werden, sie ist heute noch in der Entwicklung, aber sie wird einmal eine Tatsache werden. Am 4. August war die Solidarität der Arbeiter noch keine Tatsache, und daran ist die Internationale gescheitert. Daraus rechtfertigt sich im geschichtlichen Sinne die Politik der Fraktion.

Aber eine vollkommen glatte und klare Lösung in diesen Kriege gab es für die deutsche Sozialdemokratie überhaupt nicht. Das wollen wir uns doch nicht vormachen. Weder durch glatte Annahme noch durch glatte Ablehnung der Kredite gab es eine solche Lösung. David mußte ja selbst anerkennen, daß es

ohne innere Widersprüche nicht geht; denn es ist ein Widerspruch, wenn wir rechtfertigen wollen, in den ganzen 44 oder 45 Jahren die Militärkredite abzulehnen und wenn es erst wird, im Kriege, die Kredite zu bewilligen. (Sehr richtig!) Dieser Widerspruch besteht, und ich glaube, David hätte klüger getan, sich die Rechtfertigung dieser Situation nicht so leicht zu machen. David fragte gestern, wer hoffte und wer erwartete denn, daß wir die Kredite ablehnen? Die Franzosen, die Russen und die Engländer. Ganz richtig. Aber auf Grund welcher Tatsachen hofften sie das? Auf Grund unseres Verhaltens in den Friedensjahren. (Sehr richtig!) Wenn es eine Gefährdung der nationalen Interessen war, am 4. August die Kredite abzulehnen, dann war es retrospektiv auch eine Gefährdung der nationalen Interessen, im Frieden so vorzugehen, wie wir vorgegangen sind; so daß also gesagt werden muß, die Situation, in der wir uns befinden, zwingt die Partei, die Bedeutung des 4. August nicht zu vertuschen dadurch, daß man sagt, wir haben ja nur wahrgemacht, was wir immer gesagt haben. Ich erinnere an ein Wort von Friedrich Engels aus den sechziger Jahren, wo er rückblickend auf das Verhalten von Marx und sich selber in den Jahren 1848/49 sagte: „Die geschichtliche Entwicklung hat uns allen, die ähnlich so dachten, unrecht gegeben.“ Ich möchte, daß es auch einmal innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nicht als eine Schande gilt, ein solches Geständnis abzugeben, wie es ein Engels für sich und zugleich auch im Namen von Marx ablegen konnte. (Sehr gut.) Die geschichtliche Entwicklung hat uns unrecht gegeben. Aber freilich: für eine Partei, die so stark auf dem Boden des agitatorischen Bedürfnisses steht, ist eine solche Erklärung sehr schwer. Wir müssen ausprechen, was ist, wir müssen gegen uns selbst, gegen die Partei und gegen die geschichtliche Entwicklung aufrichtig sein. (Sehr wahr!) Das heißt keineswegs, daß wir dadurch Regierungspartei werden. Das ist meine geringste Sorge. Der Krieg ist eine Revolution, und wer den Krieg noch nicht als Revolution empfunden und erkannt hat, der hat ihn noch nicht begriffen, mag er noch so viel sentimentale Redensarten machen, mag er den Krieg noch so sehr vom Standpunkt der Krankenschwester aus betrachten. Die gesamte bürgerliche Gesellschaft befindet sich in einem Zustande völliger Umwälzung, es entstehen neue Massen, wir erhalten eine ganz neue Kapitalistenklasse, der gesamte Mittelstand zerbröckelt und wird hineingeschwenmt in die Arbeiterklassen, die Arbeiterklasse selbst verändert sich in ihren Elementen, und daraus ergibt sich für uns die Zwangsforderung, aus diesen veränderten Verhältnissen die Konsequenzen zu ziehen. (Sehr richtig!) Die Neuorientierung, die wir von der Regierung und den bürgerlichen Parteien verlangen, dürfen wir selbst am eigenen Leibe nicht außer acht lassen. Diese Neuorientierung wird und muß kommen, wir befinden uns teilweise sogar schon drin in diesem Entwicklungsprozeß der Neuorientierung. Da ist es die geschichtliche Aufgabe der Theorie, den Prozeß, in dem wir uns unbewußt befinden, zu einer bewußten Aktion zu machen, damit wir mit um so weniger Schwierigkeiten die großen Aufgaben lösen können, denen wir entgegengehen. In diesem Sinne können wir die Bedeutung des 4. August überhaupt nicht überschätzen. (Bravo!)

Wetterfeld-Rödn: Emmel hat geglaubt, sich berufen zu müssen auf die Volks- oder Massenstimmung. Das ist zweifellos in gewissen Sinne berechtigt. Aber es ist nicht immer tapfer und auch nicht immer gerechtfertigt, denn wer ist die Masse? Sind es die Parteifunktionäre, sind es unsere Wähler oder ist es die große Masse des Volkes da draußen, die zum großen Teil unserer Partei noch fernsteht? Es gibt manchen — ich meine damit nicht Emmel —, der sich auf Massenstimmungen beruft, die er zunächst selbst hat schaffen helfen und hinter denen er sich nachher gern verkriecht, um keine Verantwortung zu haben. (Sehr richtig!) Es ist auch nicht die Kreditfrage, die bei den Massen die nieder-

drückende Stimmung geschaffen hat, sondern es sind andere Ursachen, vor allem die Feiierung und die großen Fehler der Regierung. Wir brauchen doch nur festzustellen, daß, je nachdem die Führer denken und die Presse schreibt, auch die Masse unserer Anhänger ihre Stellung zur Kreditfrage orientiert. (Sehr richtig!) In Rheinland-Westfalen stehen Kreise von der gleichen wirtschaftlichen Struktur teils auf dem Boden der Mehrheit, teils auf dem der Minderheit, doch nur deshalb, weil die Führer hier auf dem Boden der Mehrheit, dort auf dem der Minderheit stehen. Wenn die Führer sich immer ihrer Verantwortung bewußt sind, werden sie auch die Massen hinter sich bringen können. Aber es gibt ja leider sogenannte Führer, die sich in dem seichten Wasser der sogenannten Massenstimmung willenlos treiben lassen. (Sehr gut!) Wir haben aus dem stärksten Verantwortlichkeitsgefühl heraus und aus Liebe zu unserer Volke die Taten vom 4. August 1914 getan, wo wir wahr machten, trotz Lensch, was wir immer gesagt hatten. Aus diesem Gefühl heraus war auch die Tat vom 19. Juli geboren. Hoch nennt offene Türen ein, wenn er sich dagegen bewahrt, daß diese Tat eine Folge der Reden unserer Genossen im Hauptauschuß gewesen hätten, uns Gefolgschaft zu leisten und ihre Kriegsziele abzuschwören. Die große Masse der Mehrheitsgenossen hat immer gesagt, daß Zentrum und Fortschrittler neben uns die beiden einzigen Parteien sind, die noch Fühlung mit breiten Volksschichten haben, die die Stimmung dieser Massen kennen gelernt haben, und daß das vor allem maßgebend war für das Zusammengehen mit uns. Dazu sind dann die Reden unserer Genossen und die Andeutungen gekommen, daß man eventuell dieser Regierung keine Kredite mehr bewilligen könne. Der Beschluß vom 19. Juli braucht nicht erst ein Erfolg zu werden, er ist bereits ein Erfolg, und die Regierung, die sich lange gesträubt hat, hat sich ihm doch unterwerfen müssen. (Sehr richtig!) Das geht mit voller Klarheit hervor aus der Antwortnote an den Papst, die Bezug nimmt auf die Kriegszieleklärung des Deutschen Reichstages, das geht aber auch hervor aus der ungemein heißen Sprache, die die alldeutsche Presse gegen diese Kriegszieleklärung und gegen die Rede Kühlmanns führt. (Sehr richtig!) So wenig ich Hoch beistimme, möchte ich auf der anderen Seite die Faktion doch auch nicht auf die Entschliebung von Winnig festlegen. Unser Taktik muß beweglich sein. (Sehr richtig!) Ich möchte Winnig bitten, darauf zu verzichten, die Faktion auf etwas festzulegen, was sich aus der jeweiligen Situation ergeben muß. Die Faktion hat die Kunst des Möglichen geübt bei der entscheidenden Mitwirkung an der Kriegszieleklärung vom 19. Juli, die sich mehr und mehr als politische Großtat herausstellen muß. Die Agitation der Alldeutschen richtet sich doch nicht gegen die Unabhängigen, sie sagen kein Wort gegen die Ledebour, Stabthagen und Haase, aber um so mehr verleumden sie Wert und Scheidemann und die gesamte Fraktionsmehrheit. Hier sitzen die wirklichen Feinde der Alldeutschen, und darum gilt ihr ganzer Haß der sozialdemokratischen Mehrheit. Immer noch redet die „Deutsche Tageszeitung“ von dem Hungerfrieden der Mehrheit, während sie die Unabhängigen ungeschoren läßt, denn sie weiß, daß dort wohl Meister des Wortes sitzen, aber nicht die Männer der Tat. (Sehr gut!) Sie wissen, daß, wenn es darauf ankommt, diese Leute immer den Heubrand und Westarp gerührt in die Arme sinken. Die Unabhängigen und die Alldeutschen genießen ja auch in gleichem Maße die Zuneigung des feindlichen Auslandes. Es ist nichts kindlicher und nichts ärmlischer, als das Schimpfwort Regierungssozialist von seiten dieser Herren von links, ein Schimpfwort, das ja schon durch Taten mehr als hinreichend widerlegt ist. Die ganzen Reichstagsdebatten seit Beginn des Krieges, erst recht aber die Debatten der letzten Wochen fallen ja wieder von einem Kampf der Mehrheit gegen die Regierung.

Die Politik der Mehrheit ist noch niemals ein Verzicht auf die Freiheit des Handelns, auf selbständige Politik gewesen. Das beweisen wir erst jetzt wieder. Wir haben jetzt der Regierung Michaelis schärfsten Kampf angefangt, wir betrachten diese Regierung als schädlich für das Volk, als fast- und kraftlos, da sie nicht weiß, was sie will. Die Regierung, deren Haupt einmal gesagt hat, die Führung werde ich mir nicht aus der Hand nehmen lassen, ist völlig steuerlos. Diese Regierung zu unterstützen wäre für uns der denkbar folgenschwerste Fehler, und die Faktion wird es sich ja zu überlegen haben, ob sie die Mittel zur weiteren Verteidigung in die Hand dieser Regierung zu bewilligen hat. Wir verlangen eine starke Regierung mit scharf uttriffenen Friedenszielen. Wir verlangen aber auch von den anderen in Betracht kommenden Organen der Regierung wie vom Militär den Verzicht auf die gefährliche Zweideutigkeit, wir verlangen Garantien gegen die Wiederkehr von Skandalen, wie sie sich im Reichstage ereignet haben durch die Schuld dieser Regierung. Wir verlangen eine Sprache, die im Auslande endgültig jedes Mißtrauen gegen Deutschland fortiräumen muß. Wir verlangen Klarheit über die Kriegsziele und vor allem Klarheit über Belgien. Sehen wir uns vor und machen wir uns keine falschen Begriffe davon, was Belgien für die Frage des Kriegszwanges bedeutet. Mit Recht hat Erzberger Belgien als Liebling der Welt bezeichnet. Aber abgesehen davon, Belgien ist für England der Angelpunkt, aus dem heraus der Krieg beendet werden muß und allein zu beendigen ist. Die Reden von Asquith weisen darauf hin, daß England sein ganzes Schwergewicht auf Belgien gelegt hat, und sie weisen auch darauf hin, daß wir unsere ganze politische Kunst darauf richten müssen, die belgische Frage in dem Sinne zu lösen, daß sie kein Hindernis mehr bilden kann. Der Verständigungsfriede ist das einzig Mögliche und das einzig Annehmbare. Deutschland würde arm, es würde ausgehungert werden, wenn ein Friede im Sinne der alldeutschen Zustände käme. (Sehr richtig!) Ich habe schon gesagt, daß wir der Regierung nicht kritiklos gegenüberstehen. Ich erinnere an das Wort von Prof. Goller, daß der Weltkrieg eine Folge der Einfreisungspolitik Englands gewesen sei, daß aber die Einfreisungspolitik eine Folge der Politik des Fürsten Willow gewesen ist. Wir wünschen die Regierung nicht von Schuld frei, aber darauf kommt es jetzt nicht an. Wir sind in den Wahlstrom hineingerissen und da heißt es unser Volk vor dem Schlimmsten bewahren. (Sehr richtig!) Da rühren uns nicht die Angriffe von rechts und nicht von links, wir haben uns zu verantworten vor dem Richterstuhl der Geschichte, und ich bin überzeugt, daß wir da glänzend gerechtfertigt dastehen. Es beginnt eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte, und wir wollen und müssen dabei gewesen sein. (Bravo!)

Stamper: Ich freue mich, daß Freund Hoch hier nach dem alten Erzberger-Meglement vorgegangen ist. Er hat im Kampfe jede Deckung verschmäht und hat die Brust männlich dem Feinde dargeboten. So ist es auf unseren Parteitagen immer gewesen und so muß es auch bleiben. Wir müssen unsere Meinungsverschiedenheiten hier austragen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, der gelegentlich in der Debatte durchgeklungen ist: „Am Gottes willen nur keine inneren Kämpfe. Würden wir uns mit den Unabhängigen bereinigen, dann hätten wir innere Kämpfe, die wir nicht vertragen würden!“ Wir dürfen den Kampf im Innern ebenso wenig scheuen wie den Kampf nach außen hin. (Sehr richtig!) Als ich hierher kam, hatte ich eine gewisse Sorge, ich könnte hier auf einen Katholikentag geraten. Wir würden in einer Weise einer Meinung sein, daß es gar nicht mehr auszuhalten wäre. (Weiterkeit.) Das ist glücklicherweise nicht der Fall. Es ist Kritik geübt worden, auch Kritik an der Tätigkeit des Zentralorgans. Ich bin dafür dankbar. Wir brauchen diese Kritik. Damit ist

aber natürlich nicht gesagt, daß alles, was kritisch geäußert wird, nun auch unbedingt gutreffen müßte, und am wenigsten gilt das von den Ausführungen Hochs. Hoch hat sich sehr darüber ereifert, daß ich in einem Begrüßungsartikel für den Parteitag im „Vorwärts“ geschrieben habe: Es sei ein altes politisches Exerzierreglement, das uns vorschreibt, in den meisten Fällen Vorlagen abzulehnen und Protestresolutionen anzunehmen. Er bestreitet ganz entschieden, daß niemals ein derartiges Exerzierreglement existiert hat, und er hat mir gewissermaßen den Vorwurf gemacht, erstens, eines unserer Kriegsgeheimnisse an die Gegner verraten zu haben (Heiterkeit), und zweitens, das Exerzierreglement nicht richtig zitiert zu haben. Nun, wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Ich möchte den Genossen Hoch als in sozialpolitischen Dingen doch interessierten und kundigen Mann nur an die klassische Frage der Sozialversicherungsgesetze erinnern. Alle diese Gesetze wurden von der Fraktion in den 80er Jahren glatt abgelehnt. Es hat sich darüber, ob diese Ablehnung richtig war oder nicht, ein historischer Streit in der Partei entsponnen, und da habe ich immer auf dem Standpunkt gestanden, diese Ablehnung war unter den damaligen Verhältnissen vollständig angebracht.

Die Partei lag damals in den Fesseln des Sozialistengesetzes, und da war es vollständig begreiflich, daß sie die Gesetze nicht annehmen konnte, die zum Zwecke des Kampfes gegen die Befreiung der Arbeiterklasse gedacht waren, daß sie unter den damaligen Verhältnissen sagte: Wir wollen nicht die Bettelsuppen des sozialen Königtums, wir pfeifen darauf, wir wollen die Befreiung der Arbeiterklasse aus eigener Kraft. Das war also damals vollkommen verständlich, aber wir werden doch alle der Meinung sein: Wenn heute derartige Vorlagen an uns herantreten, so werden wir sie mit ganz anderen Augen ansehen und im ganz anderen Sinne prüfen als damals. Wenn sich die Verhältnisse ändern, ändert sich auch unser Verhalten. Und noch auf ein zweites wollte ich hinweisen, das war für mich das Entscheidende, und das hat Hoch vollständig übersehen. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß wir nun von der Ablehnungstaktik in das entgegengesetzte Extrem verfallen und nun alle Vorlagen annehmen sollten, sondern ich wollte nur sagen, daß wir uns auf diese Politik der Ablehnung, des Protestes, nicht mehr beschränken dürften, weil wir dazu zu groß und zu stark geworden sind und daß wir jetzt eine Politik der positiven Forderungen des unmittelbaren wirklichen Kampfes für diese Forderungen führen müssen. Wenn ein kleiner Junge nach Hause kommt und weint und erzählt, er sei geschlagen worden, es sei ihm unrecht geschehen, dann tröstet man ihn. Aber wenn der Junge immer größer und stärker wird und er macht es immer noch so und hat nie etwas anderes zu tun, als über das Unrecht zu klagen, das ihm geschehen ist, und er ist immer der gewesen, der die Schläge bekommen hat, dann ärgert sich die Auffassung über das Verhalten dieses Menschen. (Sehr gut!) Ähnlich liegt es auch mit der Partei. Solange die Partei klein und schwach war, konnte sie das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf den Protest legen, konnte sie ins Land hinausgehen und sagen: wir haben im Reichstag gekämpft, wir haben dies und jenes abgelehnt, es hat uns nichts geholfen, die Gesetze sind doch angenommen. Aber wenn nun die Wähler fragen, was habt ihr denn geschaffen, was habt ihr durchgeführt, dann darf eine Partei von der Stärke der unsrigen nicht sagen: nichts! Dazu sind wir zu groß geworden. Positive Arbeit aber, Durchsetzung unserer Forderungen ist nicht möglich durch jenes starre System, von dem ich übrigens in dem Artikel gesagt habe, daß es heute noch von den Unabhängigen befolgt werde und daß es auch seine Vorzüge hat, wie ich da näher ausführe. Allerdings in der Weise, wie es die Unabhängigen anwenden, ist es ein ungeheurer Fehler und hat zu einem vollständigen Ablehnungskoller geführt, wie er in diesen Debatten ja oft zur Er-

weiterung oder zur Empörung des Parteitags gekennzeichnet worden ist. Also wenn wir unsere Forderungen durchsetzen wollen, so müssen wir eine geschmeidige Taktik haben, die sich den Verhältnissen anpaßt. In der Weise, wie die Fraktion gehandelt hat, indem sie den Friedensabluß vom 19. Juli durchsetzte und das Wahlrechtsversprechen des Königs erkämpfte, in einer solchen Weise, meinte ich — das war der ganze Sinn des Artikels —, muß weitergekämpft werden: volle Geradlinigkeit in der Verfolgung unserer Ziele, volle Freiheit in der Wahl unserer Waffen, so werden wir zu unserem Sieg gelangen. (Bravo!)

Abbe-Breslau: Was ist es, Genossen, was die Aufmerksamkeit des Landes auf den Kriegsparteitag der deutschen Sozialdemokratie lenkt, was ist es, was die Freunde draußen von uns wünschen und was auch die Gegner erwarten? Es ist eine klare Stellungnahme der Partei zu dem gegenwärtigen Stande der Friedensverhandlungen, eine klare Stellungnahme zu der Regierung Michailis, wie sie sich in den letzten Vorkommnissen enthielt hat, es ist die Beantwortung der Frage, ob der Parteitag hinter der Fraktion und ihren bisherigen Handlungen steht und ob er ein Antrieb sein soll zur schärferen Zurückweisung jener alldeutschen Kreise, in denen wir die Kriegsverlängerer bei uns erblicken. Um diese Fragen zu beantworten, ist die Resolution eingebracht, die nicht mit 80, sondern 118 Unterschriften gedeckt ist, wobei, da es sich um ein Urteil über die Handlungen der Fraktion handelt, die Namen der Abgeordneten, die ihr zustimmen, weggelassen sind im Gegensatz zu einer anderen Resolution, in der immerhin 16 Abgeordnete sich selbst eine Marschroute geben. (Sehr richtig!) Der Text unserer Resolution ist etwas lang, aber sie soll ja auch eine wichtige Etappe im Fortschritt der Sozialdemokratie bezeichnen, sie soll zu verschiedenen Gegenständen der Tagespolitik Stellung nehmen. Innerhalb sind wir dabei eine Kürzung auszuarbeiten, die Jönen vorgelegt werden wird und die auch einige Stellen in sachlich schärferer Fassung der darin aufgestellten Forderungen bringt. Wir haben der Resolution einen Rahmen gegeben, der die Lage unseres Volkes im Augenblick der Beschlußfassung kennzeichnet. Dann sprechen wir aus, daß der Parteitag die Gesamttätigkeit und Gesamtaufassung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion billigt, daß er im allgemeinen der Meinung ist, daß sie den rechten Weg ging, als sie sich auf Seiten des Volkes und des Landes stellte. Das will nicht besagen, daß jeder einzelne von uns, auch nicht jeder einzelne der Unterzeichner dieser Resolution nun jeden Akt der Reichstagsfraktion ohne weiteres billigt oder für fehlerlos hält. (Sehr richtig!) Es gibt gewiß viele unter uns, die gewünscht hätten, daß schon im August 1914, als Bethmann die Neutralitätsverletzung Belgiens verkündete, sofort ein protestierendes Wort aus der Fraktion gegen diesen Neutralitätsbruch gefallen wäre. Als ich in der ersten Sitzung des Parteiaususses im August 1914 diesen Gedanken zum Ausdruck brachte, war es gerade Haase, der mir antwortete, daß nach der gemeinschaftlichen Vereinbarung, die über die Erklärung getroffen war, eine solche Bemerkung über die Neutralitätsverletzung Belgiens nicht möglich gewesen wäre. (Hört, hört!) Und auf die weitere Frage, ob er nicht auch eigenem eine solche Bemerkung gegenüber der Reichstagsrede hätte tun können, hat er mir erwidert, daß auch das geschäftsordnungsmäßig nicht mehr möglich gewesen wäre. (Hört! hört!) Sie können die Bestätigung davon im ersten Parteiaussschußprotokoll nachlesen. Haase selbst ist mir in dieser Weise entgegengetreten, vielleicht im Einverständnis mit den Genossen des heutigen Parteivorstandes. Jedenfalls war auch er damals dieser Meinung. Ich bin aber noch heute überzeugt, daß die Situation unserer Partei in den späteren Jahren besonders der Internationale gegenüber manchmal günstiger gewesen wäre, wenn ein Protest damals ergangen wäre. Es wird auch manche geben,

die bei der Erklärung des U-Bootkrieges gewünscht hätten, daß die Fraktion, die bis dahin in anerkannter Weise vor diesem Kampfmittel gewarnt hatte, etwas schärfer von der Regierung, die den U-Bootkrieg beschloß, abgerückt wäre. Meine persönliche Überzeugung ist weiter, daß der Reichstag im Juli und September 1917 etwas zu rasch auseinandergegangen ist. In dem Augenblick, als die Neugestaltung der Regierung Platz greift, bevor wichtige soziale Forderungen der Soldatenbewegung usw. endgültig erledigt war. Aber solche einzelne Differenzen dürfen uns nicht den Blick dafür trüben, daß die sozialdemokratische Fraktion und ihre Redner im allgemeinen seit dem 4. August 1914 sich in den Mittelpunkt der deutschen Politik gestellt haben und in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes weit über den Rahmen unserer eigenen Parteimitglieder und Wähler hinaus Zustimmung gefunden haben. Sowohl in den Fragen der Herbeiführung des Friedens wie in den Einzelfragen der Versorgung der Soldaten und deren Familien. Indem unsere Fraktion dem Lande diente, hat sie zugleich unsere eigene Partei in eine günstige Situation gebracht und hat immer, wenn sie sprach, die Aufmerksamkeit des Landes auf sich gezogen. Das ist gewissermaßen dasselbe, was ich am ersten Tage in Würzburg von einem alten Landsturmwachmeister hörte: Was wollen wir denn anders tun, wir müssen doch zu Scheidemann halten — er hatte eben die Entwidlung unserer Prinzipien in der Scheidemannversammlung gehört.

Das Charakteristische nun, worauf schon verschiedentlich hingewiesen wurde, ist, daß dieser Resonanzboden uns nicht entzogen worden ist durch das Auftreten der Unabhängigen. Im Gegenteil, die Unabhängigen haben nur einmal aus eigenem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenken können, als sie das erstmalig schieben in ihrer Abstimmung von der Gesamtkraktion und eine besondere Erklärung abgaben. Damals erregte das Aufmerksamkeits. Als es sich wiederholte, hat niemand mehr sonderlich Notiz davon genommen, besonders nicht bei den Gegnern, die damit getroffen werden sollten. Ebenso haben sich die Unabhängigen bei ihren Reden sicher nicht die Achtung und Beachtung zu verschaffen gewußt, die sie erwarteten — nicht etwa weil sie klein und schwach sind. Unsere Partei ist sehr lange klein und schwach gewesen und wurde bereits gesagt: die ganze Wucht und der infernalische Haß der Alldeutschen entläßt sich nicht auf die Gruppe der Unabhängigen, sondern auf die Gesamtpartei. Wie wird in den Mänteln der Alldeutschen gegen diejenigen gekämpft, die von sich behaupten, daß sie die größten Feinde des bürgerlichen Staates sind, sondern der ganze Kampf der Alldeutschen richtet sich gegen uns. Man könnte im Sinne eines viel mißbrauchten Wortes von Nebel daraus die Überzeugung gewinnen, daß dies auch eins der Symptome dafür ist, wie wir auf dem richtigen Wege sind. Deshalb geht unsere Resolution von dem Standpunkt aus, daß wir diesen Haß der Alldeutschen weiter ruhig auf uns ziehen wollen. Wir sagen, daß wir das gewissenlose Treiben derer zurückweisen, die die ihnen zufließenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen und den Namen Vaterland zu ihren Parteizwecken mißbrauchen. Wir sagen ihnen, daß sie den Kriegsverlängerern in den anderen Ländern in die Hände arbeiten und bringen damit deutlich zum Ausdruck das, was Hoch gewünscht hat, den Kampf gegen die imperialistische kapitalistische Gruppe, die in unserem Lande für die Kriegsverlängerung eintritt. Die Resolution bekennt sich dann zu der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, sie billigt den Beschluß des Reichstags vom 19. Juli, den auch Hoch als Erfolg anerkannte, wenn er auch bebauerlicher Weise diesen Erfolg nachträglich verkleinerte. Die Resolution nimmt auch mit Genehmigung von der Pappnote Kenntnis. Nachträglich wollen wir noch einfügen, daß der Partei-

sag die Tätigkeit unserer deutschen Delegation in Stockholm ausbrüchlich gut heißt, denn das gehört auch zu den Friedensbemühungen der Partei. Die rückhaltlose Offenheit, die Hoch von der Regierung verlangt hat, in Sachen der belgischen und elsaß-lothringischen Frage, ist ebenfalls in der Resolution verbelegert. In dem Neubruck der Resolution wird, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, noch ausdrücklich gesagt werden, daß die Fraktion in keiner Weise etwas gebunden werden soll, in Zukunft jeder Kreditbewilligung zuzustimmen. Es ist ein großer Fehler der Resolution doch, daß sie die Fraktion nach der Richtung binden will, die Kredite unter allen Umständen abzugeben. Wir wollen die Fraktion ebenso wenig verpflichten, unter allen Umständen zuzustimmen, sondern wir wollen sie verpflichten, so wie bisher ihre Stellungnahme, sondern wir wollen sie verpflichten, so wie bisher ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten ist. In dem Augenblick, wo das nicht mehr der Fall ist, muß natürlich auch die Stellung der Fraktion eine andere werden. Dann haben wir noch die Absicht, die beiden Absätze der Resolution, die sich mit inneren Reformen beschäftigen, kürzer zu fassen und noch schärfer zum Ausdruck zu bringen, daß der Parteitag jede Verantwortung dafür ablehnen muß, wenn die Regierung weiterhin die demokratische Neugestaltung des Reichs und der Bundesstaaten verweigert oder verzögert. (Sehr gut!) Wir glauben, daß damit dann auch gegenüber den Genossen der Minderheit soviel sachliche Klarheit geschaffen ist, daß wir mit einer erdrückenden Mehrheit, vielleicht einstimmig, der so veränderten und verkürzten Resolution zustimmen können. Sie wird dann hinausgehen als ein wichtiges Dokument des sozialdemokratischen Parteitages. Als David von den zerstückelten Hoffnungen des U-Bootkrieges sprach, als er darlegte, daß die erste Frist, die man ihm gesetzt hatte, vorüber ist, fügte er hinzu, daß auch die zweite Frist, daß der U-Bootkrieg den vierten Kriegswinter vermeiden würde vorüber sei. Genossen, uns schaudert, wenn wir daran denken, daß noch einen vierten Winter die sieben und gebrochenen Menschen draußen all das ungeheure Elend ertragen sollen, und es graut einem, wenn man denkt, daß diesem Winter ein Frühling folgen soll, wieder mit sogenannten Großkampftagen, wo die von Nervenfieber erschütterten Krieger im Tommelfeuer sich aufeinander stürzen, in Schmutz und Schlamm versinken. So wollen wir wenigstens an dieser Stelle zum Ausdruck bringen: Keinen Tag soll dieses entsetzliche Gemetzel durch unsere Schuld, durch die Schuld Deutschlands fortbauern, kein Tag soll vergehen, ohne unsere lebhafteste Gegenarbeit, ohne unseren entschiedensten Widerstand: kein Tag mehr, der nicht der Verteidigung, sondern der Eroberung gewidmet wäre! Mit dieser Parole wollen wir ins Land hinausgehen, mit dieser Parole werden wir nicht nur unsere eigenen Wähler, sondern das ganze Volk auf unsere Seite bringen. (Lebhafter Beifall.)

Davidsohn: Es ist ein Glück für die Arbeiterschaft, für die Partei und die Internationale, die ich im Gegensatz zu gewissen pessimistischen höchstens für scheintot halten kann, daß wir mitten in all den Tagesforderungen hüben wie drüben immer noch eine große Reihe Genossen haben, die sich in erster Linie über das Psychologische und Aetiologische des Krieges auseinandersetzen. Es wäre gar nicht auszudenken, wenn all die Ventile, die dadurch geöffnet worden sind, erst nach dem Kriege mit einem Male hätten geöffnet werden können. Wie weit dabei, um mit Lenin zu reden, heilige Schriften benutzt sind oder Apokryphen eine Rolle gespielt haben, das allerdings wird nach dem Kriege zu untersuchen sein. Diese Dinge symbolisieren übrigens auch die ungeheure Kraft der Partei, die diese Belastungsprobe außer all den übrigen ertragen kann. Stampfer hat vorherin — man weiß ja bei ihm nie, wo die Ironie anfängt — von Hoch als einem unserer ersten Sozialpolitiker gesprochen. Ich

daß ihre Haltung von einem großen Teil der Partei bekräftigt, herangezogen oder nicht verstanden werde.

Wir hatten heute immer das Gefühl, daß das alles nur Aufschub und nicht erlaubt sei, und wir haben es auch immer nur mit scheuem Seitenblick getan. Was wir erreichen müssen, ist, daß wir es in Zukunft mit gutem Gewissen tun können. (Sehr richtig!) Nun wird die Frage aufgeworfen, ob eine solche Mehrheit im Reichstage überhaupt möglich sei. Ich glaube fest, daß eine Mehrheitsbildung mit der Plattform der Demokratisierung im Reichstage möglich ist. Der Gedanke der Demokratisierung ist in Deutschland heute so volkstümlich, daß sich keine Partei, die sich auf Massen stützt, wie das Zentrum und teilweise auch die Liberalen, gegen diesen Gedanken wenden kann. Die Bildung einer arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit ist also nicht mehr Utopie, sie ist im Reichstage möglich. (Sehr richtig!) Selbstverständlich gehen wir damit einen Teil unserer Bewegungsfreiheit auf. Ein Arbeiter, der sich der Organisation anschließt, gibt ja auch einen Teil seiner Freiheiten auf. Er kann nicht mehr arbeiten, solange er will, wo er will und für welchen Lohn er will, er muß sich der Mehrheit fügen. Aber dafür gewährt ihm der Anschluß andere Vorteile, und bei nüchterner Betrachtung ergibt sich eine einfache Gewinn- und Verlustrechnung, deren Ergebnisse sicher zu unseren Gunsten lauten werden. Auch in einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft gehen wir diese oder jene Freiheit auf, aber wir gewinnen auf anderen Gebieten. Wir können noch so schöne Reden halten, solange wir im Reichstage nicht die Mehrheit für uns haben, ist unsere Arbeit vergeblich. Auch wir sollten uns endlich zu dem Satz bekennen, daß die Politik mit der Bildung einer arbeitsfähigen Parlamentsmehrheit beginnen muß. (Sehr richtig!) Nur dann können wir aus den Verhältnissen herausholen, was in ihnen drinsteckt. Für die Kriegszeit und für die nächste Zeit nach dem Kriege ist das gegebene Kampffeld für uns das Parlament. Es war unser geschichtlicher Irrtum, daß wir vor dem Kriege glaubten, eine Zeit ruhiger organisatorischer Arbeit und aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur, in der sich die unteren Klassen durch zähe organisatorische Arbeit emporzukämpfen, mit einer revolutionären Ideologie etwas erreichen zu können. Eine Arbeiterklasse, deren Fortschritte durch organisatorische und parlamentarische Arbeit gesichert sind, wird nie zu dem Wagnis einer Revolution zu bewegen sein. (Sehr richtig!) Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, aber sicher wird sie uns vor ein Chaos stellen. Das Gefüge unserer Wirtschaft ist auseinandergefallen und muß neu errichtet werden. Dieses Chaos wird auch den politischen Ueberbau in Bewegung setzen. Dann gilt der Satz, daß bereit sein, alles heißt. Wir müssen bereit sein, im Sturm und Drang das zu stürzen, was gestürzt werden muß. Unsere Entschliebung will die Bereitschaft zur parlamentarischen Arbeit sichern, sie will offen aussprechen, was wir bisher zwar schon tun konnten, aber was doch im Widerspruch mit allen Parteiüberlieferungen stand. Scheidemann hat einige Zitate von Bernstein vorgetragen. Bernstein hat nicht nur lauter Unsinn geschrieben. (Weiterkeit.) Mancher Satz von ihm beweist reifes geschichtliches Verständnis. Scheidemann trug nach reich hat in der Zeit der revolutionären Phrasen, sondern als sie mit dem radikalen Teil des englischen Bürgertums zusammenarbeitete. Dieses Zitat bietet eine geschichtliche Perspektive von hohem Reiz und gibt Parallelen auch für unser Verhalten. (Sehr richtig!) Es gibt eine Politik der Stärke und eine Politik der Schwäche. Es ist nicht richtig, daß das Starke am mächtigsten allein sei. Als Schiller dies schrieb, hatte er wohl keine Zeit, der vielen Aber zu gedenken. Solange wir schwach waren, hatten wir Furcht, ob wir uns in einer Parteigruppierung durchsetzen könnten, ob wir kräftig genug sein würden,

in solcher Gruppierung nicht an die Wand gedrückt zu werden. Gewiß, solange man schwach ist, soll man sich vor Kompromissen hüten. Eine Partei aber, die stark ist und das Bewußtsein ihrer Stärke hat, braucht Kompromisse nicht zu fürchten. Ich bitte, unter diesen Gesichtspunkten unsere Entschliebung mit etwas anderen Augen anzusehen. Man hat uns nahegelegt, die Entschliebung ab zurückzuziehen. Wir können das tun, wenn der Parteitag auspricht, daß er diese Taktik billigt, die die Fraktion in der letzten Zeit eingeschlagen hat. Für diese Taktik muß der Parteitag die Bahn frei machen. (Beifall.)

Mittagspause.

Nachmittagsfikung.

Ebert eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß über den Antrag 53 namentliche Abstimmung beantragt ist.

In der fortgesetzten Debatte erhält das Wort:

Schred-Bielefeld: Im Kampfe um die deutsche Selbstbehauptung mußte die Sozialdemokratie als größte politische Partei sich entschlossen zum Volksganzen bekennen. Sie muß gerade deshalb aber auch sich bemühen, nicht nur die militärische, sondern auch die wirtschaftliche Gefahr bannen zu helfen. Die Ernährung von Heer und Volk gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Landesverteidigung. Die Regierung hat darin ihre Pflicht aufs schwerste vernachlässigt. Hier kommen wichtige Lebensinteressen des Volkes in Frage und daher konnte die Bewilligung der Kriegskredite sehr wohl benutzt werden, um die Regierung zur Pflächterfüllung zu zwingen.

Der Vorwurf der Erpreßerpolitik kann keinen Eindruck machen, wenn man bedenkt, wie solche nicht zuletzt von den Agrariern geübt worden ist. Als der Kampf um die deutsche Selbstbehauptung durch die trostlose Lebensmittelversorgung eine Erschöpfung erfuhr und den Ausdehnungsplänen der Entente Vorschub geleistet wurde, da mußte die Bewilligung der Kredite benutzt werden, um den größten Nachdruck auszuüben, die bestmögliche Regelung zu erlangen. Zu der traurigen Versorgung, die die Verteidigungskraft schwächt, ist noch der Skandal der Prämienwirtschaft gekommen. Die Droschprämie beim Korn und bei der Kartoffel neben den unerschämten hohen Preisen, die Schnelligkeitsprämie vermehren die Erbitterung, die zu einer Gefahr für die Verteidigungspolitik wird. Welch stumpfsinniger Schematismus bei uns Triumphe feiert, zeigt auch die jetzt in Kraft tretende Belastung im Eisenbahnverkehr. (Sehr richtig!) Der Minderbemittelte bekommt neuen Druck, der Reiche erhält seinen Platz gesichert. Die Erbitterung wächst auch wegen der Einengung der politischen und wirtschaftlichen Betätigung unter dem Belagerungszustand und der Zensur. Es ist ein trauriges Kapitel, wie ein Volk, das um seine äußere Freiheit ringt, im Innern als unmündig behandelt wird. Vor nichts darf zurückgeschreckt werden, um hier freie Bahn zu schaffen und der Demokratisierung schnellstens die Wege zu ebnen. Wenn es Leute gibt, die die Regierung zur Anwendung von Gewalt hiergegen aufreizen, so sollen diese daran denken, daß man Menschen wohl niederknuppeln, sie aber nicht zu nützlicher Tätigkeit zwingen kann. Maschinengewehre vernichten, sie bauen nicht auf. Die Revolution von oben wird ihre Begegnung finden.

In der Kriegszielfrage muß die Regierung gezwungen werden, sich nicht nur eindeutig auf den Boden der Entschliebung des Reichstags vom 10. Juli zu stellen, sondern auch danach zu handeln. Da der Verlauf des Krieges ein neues internationales Recht zur Macht verhilft, können die Grenzlinien nicht mehr die Rolle spielen wie bisher und deshalb braucht auch hinsichtlich Etwa zwingens kein starres Prinzip bestehen bleiben. Jeder Ausweg, der da zu

einem besseren Nebeneinander führen kann, sollte beschritten werden. Voraussetzung für eine kluge Friedenspolitik wird allerdings mit sein, daß Michaelis, Seiffertich und Capelle ausgeschiedt werden. Sie haben sich durch ihr Verhalten in der Reutereliasäre völlig selbst erledigt.

Gegen die alldeutschen Vaterlandsparteiler ist die energichste Abwehr nicht nur, sondern eine entschiedene Offenstube nötig. Darin müssen unsere Kräfte noch mehr zusammengefaßt werden, die Massen werden ein noch aktiveres Vorgehen begrüßen, geht es doch hier zugleich um Friede und Freiheit. (Bravo!)

Franz-Waldburg: Die Genossen des Waldburgers Kreises billigen in ihrer überwiegenden Mehrheit die Stellungnahme der Fraktion zur Kreditfrage. Es ist wohl unbestritten, daß niemals die Tätigkeit der Reichstagsfraktion einen so hohen Grad der Aufmerksamkeit bei den breiten Massen erreicht hat wie im Kriege. Das ist verständlich, ist doch unter der Herrschaft der Zensur und des Belagerungszustandes das Parlament der einzige Ort, wo ungeschminkt die Wahrheit gesagt werden kann. Die Enttäuschung über die Ergebnisse der Verhandlungen der Fraktion waren aber auch niemals größer als in der Gegenwart. Nach den zweifellosen Erfolgen, die durch die kluge Taktik der Fraktion erzielt sind, mögen diese Ausführungen vielleicht unverständlich sein, aber wer mit der breiten Masse in Verbindung kommt, wird mir zugeben, daß es sich so verhält. Die Ursache liegt einmal darin, daß weite Kreise der Arbeiterschaft die Macht der Reichstagsfraktion überschätzen, und zweitens an dem gegenwärtig herrschenden Geist, der jede freie Regung der Arbeiterschaft unterdrückt. (Sehr richtig!) Die Versprechungen, die uns feinerzeit bei dem Hilfsdienstgesetz gemacht worden sind, sind nicht gehalten. Den Ausschüssen und Erlässen, die zu den klaren Bestimmungen des Gesetzes in Widerspruch stehen. Hier wird es Aufgabe der Fraktion sein, einmal nach dem Rechten zu sehen. Auch die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Familienunterstützung ist noch immer nicht in Kraft getreten, auch ist noch nichts darüber verlautet, in welcher Höhe sie gezahlt werden soll. Das vom Parteivorstand eingerichtete militärische Bureau sollte auch nach dem Kriege bestehen bleiben, wir brauchen auch später noch eine Sammelstelle, denn von dem Material, das uns zugeht, können wir vieles im Augenblick nicht verwerten. Das Material wird für spätere Zeiten eine Fundgrube von unschätzbarem Werte sein. Dann ein paar Worte zum Versammlungsrecht. Obwohl mir Oberst Wriessberg schriftlich versprochen hat, dasselbe Versprechen wurde einem Genossen aus Waldburg und dem Abg. Sachse mündlich im Kriegsministerium gegeben, daß in Zukunft eine andere Praxis Platz greifen soll, ist uns am vorigen Sonntag wiederum eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes mit der Tagesordnung „Der deutsche Bergarbeiterverband vor, während und nach dem Kriege“ verboten worden. Ferner wurde uns verboten, eine Frauenkonferenz, die mit den Behörden gemeinsam über Kriegsmohlsfahrtspflege beraten sollte. (Hört, hört!) Die Behörden waren eingeladen, sie hatten auch ihr Erscheinen zugesagt und trotzdem wurde die Konferenz verboten. Ebenso eine Kartellierung von 25 Mitgliedern. (Zuruf; Ungehört!) Ich stelle fest, daß das Vertrauen zu den militärischen Stellen durch solche ungerechten Maßnahmen schwinden muß und daß gerade diese Stellen die größten Mißmacher und Stimmungsverderber sind. Von ihnen wird die Stimmung verdorben, nicht aber von der sozialdemokratischen Fraktion und den Zeitungen, wie es oft von den behördlichen Stellen behauptet wird. Wenn die Arbeiterschaft kein Vertrauen zu den Behörden hat, so hat das eine gewisse Berechtigung. Uns wurde z. B. verboten, Kritik daran zu üben, daß von den großen Besitzungen des Fürsten Pleß im Waldburger Kreise über 2000 Morgen

brach liegen, ein gleiches Verbot erging an die bürgerlichen Zeitungen und auf eine Beschwerde des Gewerkschaftskartells bei dem Ernährungsausfluß des Reichstags wurde uns der Bescheid, daß unsere Behauptungen unwahr seien. (Hört, hört!) Hätte man gesagt, es ist nicht möglich, jetzt das Land zu bebauen aus Mangel an Saatgut oder Arbeitskräften, so hätte man das verstehen können. Daß man aber eine Lachade, von deren Befolgen sich jeder Einwohner im Kreise durch Augenblicke überzeugen kann, einfach ableugnet und die Schwärzeführer der Unwahrheit zeigt, das ist nur in Preußen möglich. Schließlich noch ein Wort zugunsten der Opfer der mangelhaften Ernährungsfürsorge, die wegen dieser mangelnden Fürsorge mit dem Staatsanwalt in Konflikt geraten sind. Striegau war über eine Woche ohne Brot, weil der Konsumverein einen Teil seines Mehlbestandes an einige Landorte abgeben mußte. Die Frauen, meist Kriegerfrauen und Parteigenossinnen, zogen vor das Landratsamt. Hierbei kam es zu Erzeßen. Die Vorkommnisse sind zu verurteilen, aber es ist niemand ernstlich verletzt worden und die ungeliebten hohen Strafen, mit denen arme Kriegerfrauen bis zu einem Jahre belegt wurden, ein Arbeiter wurde sogar zu mehr als zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, waren jedenfalls nicht gerechtfertigt. Das geht schon daraus hervor, daß von 23 dieser Sünden und Sündenrinnen, die vor das Schwurgericht gestellt wurden, weil nach Ansicht des Militärgerichts Landfriedensbruch vorlag, 17 freigesprochen und die übrigen 6 zu viel geringeren Strafen verurteilt wurden als die, die vor das Militärgericht kamen. Wenn ich den Richtern des außerordentlichen Kriegsgerichts auch nicht Parteilichkeit vorwerfen will, so zeigt sich doch, daß bei Fällung des Urteils nicht die erforderliche soziale Einsicht abgewaltet hat. Wir sind es diesen armen Kriegerfrauen, Mütter armer unschuldiger Kinder, schuldig, daß sich die Fraktion bzw. der Parteivorstand für sie einsetzt, damit sie ihre Strafe nicht voll verbüßen brauchen. Leider ist ein Wegnadigungs-gesuch abgelehnt worden, und zwar auf Veranlassung desselben Staatsanwalts, der die Anklage vertreten hat. Bei einer späteren Justizreform muß verhindert werden, daß der Ankläger gleichzeitig diejenige Stelle ist, die über ein Wegnadigungs-gesuch zu entscheiden hat. (Zustimmung.)

Sollmann-Rhin: Die beiden Kölner Wahlkreise haben beantragt, daß alle Parteiorgane sich mehr mit der Lage der Staats- und Gemeindebeamten beschäftigen. Meines Wissens ist es das erstmal, daß auf einem Parteitage aus der Masse der Genossen heraus ein derartiger Wunsch laut geworden ist. Ich glaube, die beste Begründung zu unserem Antrage hat Karl Kautsky in seinem „Erfurter Programm“ gegeben. Er schreibt darin: „Die Sozialdemokratie ist von vornherein ihrem ganzen Wesen nach eine internationale Partei, sie hat aber gleichzeitig auch die Tendenz, immer mehr eine nationale Partei zu werden, das heißt eine Volkspartei in dem Sinne, daß sie die Vertreterin nicht bloß der industriellen Arbeiterschaft, sondern sämtlicher Arbeitenden und ausgebeuteten Schichten, also der großen Mehrheit der Gesamtbevölkerung wird, dessen, was man gewöhnlich „Volk“ nennt. In Konsequenz dieser Auffassung haben wir im Laufe der Jahrzehnte immer mehr Anhänger auch über die Kreise der industriellen Arbeiterschaft hinaus zu werben gesucht. Ich brauche die Gründe nicht darzulegen, die es den Staats- und Gemeindebeamten bisher die Gründe nicht darzulegen, die es den Staats- und Gemeindebeamten bisher unmöglich gemacht haben, sich organisatorisch öffentlich bei uns zu beteiligen. Aber diese Gründe fallen mehr und mehr weg, nachdem ein eingeschriebenes Parteimitglied, Dr. August Müller, Unterstaatssekretär geworden ist. Wenn auch Müller soweit rechts stand, daß er von links aus mit bloßem Auge kaum noch zu erkennen war (Heiterkeit), so steht es doch fest, daß er als eingeschriebenes Parteimitglied ein hohes Staatsamt übertragen bekommen hat. Was dem Herrn Unterstaatssekretär Müller recht ist, muß dem Brief-

träger Meier und dem Schulmann Schulze billig sein. Nach dem Kriege wird das Heer der Beamten wahrscheinlich stark anwachsen. Es wird also diese Schicht wirtschaftlich, politisch und sozial von größerer Bedeutung sein als vor dem Kriege. Wir wissen, daß die Beamenschaft bisher immer politisch außerordentlich unzuverlässig und schwankend gewesen ist, es ist möglich, daß sie es auch in Zukunft in ihrer Ueberzeugung ist, aber sicher ist das eine, daß sich eine starke Radikalisierung bei den Beamten bemerkbar gemacht hat. Die Gehaltsbegühe der Beamten bis weit in die Reihen der mittleren, ja der höheren hinein, bleiben weit hinter dem Bedürfnis zurück, ein erheblicher Teil der Beamenschaft ist in eine wahre wirtschaftliche Katastrophe hineingeraten. Es machen sich Bestrebungen geltend, die Beamten zusammenzuschließen, um ihren Forderungen einen größeren Rückhalt zu gewähren. Diesen Bestrebungen muß die Partei die größte Aufmerksamkeit schenken. Außerordentlichen Unwillen hat unter den Beamten auch die Art und Weise, wie in Preußen die letzte Kriegszulage gegeben ist, hervorgerufen. Es wäre notwendig gewesen, daß unsere Presse diese Angelegenheit nicht nur in Notizen, sondern eingehender behandelt hätte.

Der Vortrag von Hoch hat auf mich sehr wenig überzeugend gewirkt, ich glaube auch nicht, daß er draußen im Lande sehr viele Anhänger dadurch gewonnen hat. Aber wir sind Hoch, Emmel und der ganzen Minderheitsgruppe zu Dank verpflichtet, daß sie ihre Gegenätze innerhalb der Partei kameradschaftlich mit uns austragen. Ein Teil von Genossen im Lande gehören wahrscheinlich nur deshalb noch zu uns, weil sie sehen, daß auch Abgeordnete, die nicht für die Kreditbewilligung sind, ihre Ansichten innerhalb der Partei zum Ausdruck bringen können. Ich kann mich aber unter keinen Umständen für die Entschliessung Hoch erklären. Die Annahme dieser Entschliessung würde für die Partei zu einer politischen und moralischen Katastrophe führen und noch mehr Verwirrung in die Köpfe der Genossen hineintragen. Wir würden nur dann für die Resolution Hoch stimmen können, wenn ähnliche Entschliessungen auch in der französischen und englischen Partei eine Mehrheit gewinnen würden. Wenn Emmel meint, einer muß doch in der Internationale den Anfang machen, so weise ich darauf hin, daß ja die Unabhängigen diesen Anfang unternehmen haben. Wenn die unabhängige Partei ein geschichtliches Verdienst hat, so ist es das, nachgewiesen zu haben, daß ihre Bestrebungen beim Auslande kein Echo gefunden haben. (Sehr richtig!) Die Ausführungen von Winnig haben, wenn man ehrlich sein will, viel Konsequentes für sich. Wer ehrlich sein will, muß zugeben, daß die Politik vom 19. Juli früher oder später zu dem führen muß, was Winnig anstrebt, aber ich halte die Situation nicht für so reif, um der Reichstagsfraktion eine Marschroute in der Richtung vorzuschreiben. Wahrscheinlich überschätzt Winnig auch die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft. Wir hatten in Köln die Absicht, am nächsten Sonntag gemeinsam mit Fortschrittlerern und Zentrum eine Friedenskundgebung im Sinne des Beschlusses vom 19. Juli zu veranstalten. Die Fortschrittler haben sofort zugestimmt, aber das Zentrum hat es glatt abgelehnt, mit uns gemeinsam zu demonstrieren. (Hört, hört!) Wer allerdings der Ansicht ist, daß die Massen des Zentrums die Politik der „Köln. Volkszeitung“ billigen, der ist im schwerem Irrtum. Auch die Massen, die hinter dem Zentrum stehen, sind durchaus für einen Verständigungsfrieden. Uns sind von christlichen Arbeitern zahlreiche Proteste gegen die Haltung der „Köln. Volkszeitung“ zugegangen, und ich kann verraten, daß man im Felde die Abföhrung R. V. allgemein mit „Kriegsverlängerer“ überseht. Es herrscht eine große Erbitterung über die Politik dieses Blattes. Notwendig ist eine starke Agitation gegen die Vaterlandspartei. Wir sollten draußen auch auf

den Dörfern und nicht nur in den Großstädten unsere Friedensziele propagieren. Wir müssen, wenn wir die Kriegskredite bewilligen, doch andererseits dem Volke klarmachen, daß die Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun hat mit der unfähigen Regierung, die nun seit Wochen und Monaten in Deutschland am Ruder ist. (Stavol)

Landes-Magdeburg: Es würde des Appells, ins Land hinauszugehen, und unsere Stellungnahme in der Friedensfrage zu propagieren, gar nicht bedürfen, wenn die Möglichkeit solcher Propaganda für alle vorhanden wäre. Eine ganze Anzahl von Parteigenossen und von Mitgliedern der Fraktion hat nicht die Möglichkeit, über die Friedensfrage in öffentlichen oder Mitglieder-versammlungen sprechen zu können. Es ist die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Fraktion, dafür zu sorgen, daß jedes Hindernis beseitigt wird und daß allen, auch denen, die noch weiter links stehen, diese Möglichkeit gegeben wird, ihre Ansichten mit aller Deutlichkeit auszusprechen, soweit dabei wichtige militärische Verhältnisse nicht berührt werden. Es kennzeichnet die ganze Stellung der Regierung zur Neuorientierung am besten, wie heute die Opposition behandelt wird. Nach dem Kriege würde zweifellos die alte Praxis gegen jede Opposition wieder eingeschlagen werden, wenn wir nicht unverzüglich die nötigen Sicherungen erkämpfen. Die Stellung der Fraktion hat sich in einigen wichtigen Fragen während des Krieges geändert. Sie ist nicht mehr bedingungslos für Kreditbewilligung. Damit fällt der Standpunkt, daß die Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung die Pflicht der Kreditbewilligung erfordert. Ich freue mich über diesen Fortschritt. Die Kreditverweigerung ist das hervorstechendste Mittel, um die Regierung für die Durchführung unserer Forderungen in der Kriegszielfrage und der Neuorientierung gestüg zu machen. Das die Regierung Eroberungen plant, dafür spricht ihre ganze Haltung seit 1915. Nichts ist dafür der beste Beweis. Er hat die Eroberungspläne nach seinem Ausscheiden offen ausgesprochen. Da Bestmann Hollweg dauernd mit diesem Manne zusammengearbeitet hat, ist seine zweideutige Haltung in der Kriegszielfrage durchaus erklärlich. Man hat der Regierung ihre Stellung, uns mit den inneren Reformen auf die Zeit nach dem Kriege zu verträufen, sehr leicht gemacht. Haben doch zahlreiche Fraktionskollegen sehr lange den Standpunkt vertreten: nur keine Presse ausüben, nur keine „Welthaltung“ verlangen. (Zuruf: Haase, Rautsch!) Reformen erst nach dem Kriege. Diese Stellung war falsch. Die Herrschenden haben sich nie danach gerichtet. Sie haben ihre Macht stets rücksichtslos ausgenutzt zugunsten einer kleinen Schicht, während unser Verlangen der Gesamtheit des Volkes zugute kommt. Zur Anregung Winnig, der Fraktion das Recht zu geben, mit anderen Parteien eine leistungsfähige Mehrheit zu bilden, bemerke ich, daß nie jemand in der Fraktion ängstlich gegen den Versuch gewesen ist, sich mit anderen Parteien zu verständigen, um gewisse Dinge zu erreichen. (Landsberg: Sehr richtig!) Dieser Mahnung bedarf es also nicht. Wenn Winnig aber will, daß die Fraktion die Beschlüsse solcher Mehrheit auch dann mit durchführt, wenn sie gegen den Willen der Fraktion gefaßt werden, so gehe ich diesen Weg nicht mit. Das würde zur Folge haben, daß die große sozialdemokratische Bewegung nur ein Anhängel der bürgerlichen Parteien würde. So würde sie nicht die Bedeutung erlangen, die wir für die Zeit nach dem Kriege brauchen und erwarten. Gerade der Krieg mit seinen riesigen Lehren und Erfahrungen, die er der ganzen Menschheit und insbesondere den denkenden Arbeitern bringt, muß die Arbeiterbewegung zu stolzer Höhe führen als vor dem Kriege. Dazu ist notwendig, daß der Parteitag seinen Zweifel läßt, daß die alten Gesetze, die für die Partei vor dem Kriege galten, auch nach dem Kriege gelten. Ebert hat darauf hingewiesen, daß der Klassenkampfcharakter der Partei be-

stehen bleiben wird und muß. Auch an dem Grundsatz der Internationalität darf nicht gerüttelt werden. Stimmen Sie der Resolution 54 zu. Sie läßt der Fraktion die nötige Bewegungsfreiheit, verpflichtet sie aber auch zu den Schritten gegen die Regierung, die heute von großen Massen der Parteianhänger mit Recht verlangt werden.

Freiburg-Freiburg i. Br.: Ich möchte die theoretische Seite der Kriegskredite-Bewilligung durch einen Fall aus der Praxis ergänzen. Ich komme aus Freiburg, aus dem bombengefegneten Freiburg, aus der Stadt, die bisher unter allen deutschen Städten am meisten Fliegerangriffe erlitten hat. Wenn man in Berlin oder Leipzig im Tagesbericht liest, daß in Freiburg oder sonstwo in Baden oder Württemberg Bomben gefallen sind, dann liest man darüber hinweg, wie über viele andere Teile des Heeresberichts. Wir aber, die wir die Praxis kennen, beurteilen diese Dinge doch etwas anders. Ich kann hier nicht deutlicher werden, aber das kann ich sagen, daß wir in unserem Grenzgebiet hängen, wenn schönes Wetter ist und wenn wir helle Nächte haben. Wir wissen ganz genau, daß wir zu jeder Stunde dieser schönen Tage und der hellen Nächte mit Fliegerangriffen zu rechnen haben, und daß in manchen Wochen keine drei Nächte sind, wo wir nicht zwei- bis dreimal in die Keller flüchten, unsere Kinder nachts aus dem Schlafe reißen müssen, wo oft auch die Frauen ohnmächtig werden, und was die sonstigen furchtbaren Begleiterscheinungen dieser furchtbaren Fliegerangriffe sind. Wenn wir dann zwei bis drei Stunden, vielleicht im Winter, im Keller sitzen und die feindlichen Flieger über uns surren hören — die vielleicht, wie in Freiburg am 14. April nachmittags, in einer Anzahl von 46 kommen —, dann sagen wir nicht, Gott sei Dank, daß die Reichstagsfraktion die Kriegskredite abgelehnt hat, jetzt haben wir keine Kanonen und keine Flieger, die die feindlichen Flieger vertreiben können, dann sagen wir da unten: Hoffentlich sind unsere Kanonen recht gut und hoffentlich haben wir recht gute deutsche Flieger, damit die feindliche Fliegergefahr abgewehrt werden kann. Und nicht nur etwa Bürgerliche warten da auf die Abwehr und auf den Aufstieg unserer Flieger, sondern auch recht viele Sozialdemokraten und Parteigenossen. Würde die heimische Bevölkerung nicht geschützt, so hätten in der Hauptsache die Arbeiter die Kosten zu tragen, denn nicht die Arbeiter sind aus Freiburg, aus Karlsruhe und aus den anderen Fliegerbezirken weggewandert, sondern die Rentiers, die Privatiers und die Millionäre. In Freiburg hatten wir vor dem Kriege etwa hundert Millionäre, 1918 aber hat der Oberbürgermeister in einer Bürgerausschußsitzung festgestellt müssen, daß in dem einzigen Jahre 600 000 Mark Steuern weniger bezahlt wurden, weil so und so viel reiche Leute von Freiburg weggezogen sind. (Hört, hört!) Sehr viele der heute gegen die Kreditbewilligung angeführten Argumente werden durch derartige Tatsachen ad absurdum geführt. Nach Brandes sollen wir einen Eroberungskrieg führen. Bei uns in Freiburg und in den Grenzbezirken ist es eben ein Verteidigungskrieg und wird es bleiben, solange Krieg ist. Darum hoffen und wünschen wir dringend, daß die Fraktion auch ferner die Kriegskredite bewilligt, damit wir nicht schußlos gegen die furchtbaren feindlichen Angriffe sind, die im nächsten Frühjahr sich wahrscheinlich noch mehreren werden.

Pauscholdt-Cassel: Brandes glaubte wohl etwas ganz Neues vorzutragen, wenn er verlangte, daß die Kriegskredite nun nicht mehr bedingungslos bewilligt werden dürften. Gaben wir das jemals getan? Wir haben bereits am 4. August 1914 mit aller Deutlichkeit erklärt, unter welchen Voraussetzungen wir die Kriegskredite bewilligen. (Sehr richtig!) Auch David hat ausdrücklich gesagt, daß die Bewilligung nicht bedingungslos erfolgen dürfe. Mit aller Schärfe hat ja selbst Hoch den wesentlichen Punkt, bei dem auch er Kriegskredite betwillingen würde, herausgearbeitet, nämlich, wenn unser Volk, unser

Land in Gefahr ist, erdrückt zu werden. Diese von Hoch ins Auge gefaßte Gefahr ist im gegenwärtigen Zeitpunkt für unser Land aber in so großer Stärke vorhanden wie nie zuvor. (Sehr richtig!) Deshalb sind wir verpflichtet, die Entschließung Hochs abzulehnen, das verlangt das Lebensinteresse der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. (Sehr richtig!) Hoch hat weiter ausgeführt, daß die Politik der Mehrheit die Freigabe des Klassenkampfes bedeute. Das ist falsch. David hat ausdrücklich hervorgehoben, daß mit der Politik vom 4. August nur der Taktik der Katastrophe der Laupfah gegeben wurde und er hat dieser Taktik der Katastrophe das Prinzip der organischen Entwicklung, die parlamentarische Taktik, entgegen gesetzt und hat gezeigt, wie wir den Klassenkampf durch praktische Arbeit, den Aufstieg der Arbeiterklasse Schritt für Schritt durchsetzen müssen. Damit sprach er den Massen aus dem Herzen, die nichts dringender wünschen, als daß wir uns endlich von der überholten Taktik der Katastrophe abwenden und ihr ein für allemal ein Ende machen. Deshalb erwarten die Massen auch, daß, falls der preussische Landtag bei der Wahlrechtsvorlage verjagen sollte, die Reichstagsfraktion das Versprechen des Königs unverzüglich durchsetzen wird. Sie muß der Reichsregierung nachdrücklich klarmachen, daß jede weitere Verdröbelung der Gleichberechtigung in Preußen in höchstem Maße aufreißend und damit kriegsverlängernd wirken muß. Die Massen des Volkes haben in der kurzen Vera Michaelis erfahren, von welcher hoher Bedeutung ein weitgehender Einfluß unserer Partei auf Gesetzgebung und Verwaltung ist. Der Ruf nach Staatsherrschaft durch die Volksvertretung ist noch niemals in so kräftiger Weise von den Massen erhoben worden wie in letzter Zeit. (Sehr richtig.) Mehrwürdigerweise haben gerade die Unabhängigen unsern Kampf für den Parlamentarismus den schärfsten Widerstand entgegen gesetzt. Nichts wirkt so lächerlich und so widerwärtig wie der Hohn und Spott, mit dem die Unabhängigen unsern Kampf um den politischen Fortschritt zu verunglimpfen suchen. (Sehr richtig!) Hat doch gerade Ledebour seit Jahren sich hervorragend betätigt im Kampfe für die Erweiterung des Parlamentarismus zur parlamentarischen Regierungsform. Wir müssen endlich zur parlamentarischen Regierungsform auch in Deutschland kommen. Man sucht sie bei den Massen dadurch herabzusetzen, daß man sagt, parlamentarische Regierung bedeute die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung. Seien wir uns darüber klar, daß wir allerdings letzten Endes auch davor nicht zurückschrecken dürfen. (Hört, hört!) Wollen wir die parlamentarische Regierungsform, dann müssen wir auch an der Regierung selbst teilnehmen. (Hört, hört! und Zustimmung.) Auf dem Internationalen Kongreß in Paris vor 17 Jahren hat unser prächtiger Genosse Auer, als der Fall Millerand zur Verhandlung stand, im Namen der deutschen Vertretung gesagt, einen Fall Millerand habe es in Deutschland noch nicht gegeben, soweit seien wir noch nicht, aber er hoffe, daß wir möglichst bald so weit sein werden. (Hört, hört!) Also Auer äußerte schon damals eine Sehnsucht nach dem Augenblick, wo es heißen würde: deutsche Sozialisten zur Mitregierung an die Front! Derselben Auffassung wie Auer sind heute Millionen im deutschen Volk, die es satt sind, sich weiter so wie gegenwärtig regieren zu lassen. (Sehr richtig!) Wir denken dabei natürlich nicht an ein paar sozialdemokratische Konzeptionschulzen in einer Obrigkeitregierung. Vorläufig ermarken wir, daß praktische Arbeit im Rahmen der parlamentarischen Regierungsform geleistet wird. Was Winnig gesagt hat, sind Selbstverständlichkeiten für jeden überzeugten Anhänger des Parlamentarismus. (Sehr richtig!) Wir werden dadurch kein Anhängel einer bürgerlichen Partei, das müßte Brandes in seiner parlamentarischen Erfahrung schon erkannt haben. Keine Partei hat in Deutschland Aussicht, in absehbarer Zeit allein eine Mehrheit

zu bilden. Deshalb ist ein Zusammengehen mit anderen Parteien erforderlich. Natürlich müssen wir an den bürgerlichen Parteien noch ein gutes Stück Erziehungsarbeit leisten. Die Fraktion wird damit fertig werden. Im übrigen soll man nicht immer nur die Schattenseiten dieses Krieges sehen, sondern dem Volke zeigen, welch hohes Maß von praktischer Arbeit in der Rüstung zur Demokratie von uns seit Kriegsbeginn geleistet worden ist. Möge die Fraktion den Weg, den sie endlich zu beschreiten begonnen hat, erfolgreich fortsetzen. Sie leistet damit für unsere Partei eine wichtige Werbearbeit. Immer neue Scharen strömen unserer Partei zu, aber weite Volksmassen stehen noch abseits. Bei aller unser Arbeit müssen wir uns vor Augen halten, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht stark und groß wird gegen diese Volksmassen, sondern nur mit allen breiten Schichten des Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Stolten-Hamburg: Wir können Brandes dafür dankbar sein, daß er den Standpunkt der Minderheit, die sich dort oben so sichtbar gruppiert hat (Weiterkeit), so klar herausgearbeitet hat, viel klarer, als es in der langen und umschweifigen Rede Hochs geschehen ist. Brandes hat verlangt, daß wir die Kreditbewilligung nur noch als Druckmittel gegen die Regierung benutzen sollen. Wir dürfen eine solche PreSSIONSPOLITIK, die ich an sich nicht ablehnen möchte, im Augenblick auf keinen Fall über eine gewisse Grenze hinaus befolgen. Die Grenze ist dadurch gezogen, daß die PreSSIONSPOLITIK aufhören muß, wenn aus ihrer Anwendung eine Gefahr für die Allgemeinheit entsteht. Und diese Gefahr entsteht, wenn wir durch die Kreditverweigerung unserem eigenen Volk während des Krieges in den Rücken fallen. (Sehr richtig!) Niemand in der Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß wir die Kriegskredite bedingungslos, unter allen Umständen, wie lange der Krieg auch dauern und aus welchen Ursachen er verlängert werden möge, bewilligen müssen. Aber wir dürfen den gewachsenen Einfluß unserer Fraktion nicht so weit ausnützen, daß allgemeine Interessen dadurch geschädigt werden können. Hoch hat von der Hinterhältigkeit und Zweideutigkeit unserer Regierung gesprochen. Ich bezweifle, ob man unserer Regierung gegenüber wirklich von Hinterhältigkeit reden kann. Man muß sich doch die ungeheuren Schwierigkeiten vor Augen halten, die der Friedenstaktik unserer Regierung gegenüberstehen. Wir haben es ja am eigenen Leibe erfahren. Wie schwer ist es geworden, die internationale Konferenz in Stockholm soweit zu bringen, daß es schien, als könnte sie stattfinden. (Weiterkeit.) Heute sind wir wieder weit zurückgeworfen und wahrscheinlich wird die Stockholmer Konferenz überhaupt nicht stattfinden. Aber wir sind doch wahrhaftig nicht daran schuld, sondern die Gegenseite. (Sehr richtig!) Genau so liegt es bei den Friedensverhandlungen unserer Regierung. Die Schwierigkeiten liegen viel weniger auf deutscher Seite als auf der Seite der Entente. (Sehr richtig!) Wenn Dr. Michaelis oder wenn schon vor Monaten Bethmann Hollweg Erklärungen abgegeben haben würde, die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschrieben worden wären, wir würden wahrscheinlich dem Frieden auch noch nicht näher sein (Sehr richtig!), denn die Gegenseite will den Frieden noch nicht. Deshalb sollte man mit solchen Vorwürfen recht vorsichtig sein. Die Kredite wurden niemals der Regierung bewilligt, sondern immer unserem Volke. Lensch hat einen Gegenatz behauptet zwischen unserer Taktik seit dem 4. August und der früheren Taktik, unter der wir jeden Mann und jeden Groschen verweigert haben. Wir haben früher jeden Mann und jeden Groschen für das bestehende militärische System allerdings abgelehnt. Gätten wir aber die Verteidigung unseres Landes nicht gewollt, dann hätten wir in unser Programm nicht hineinzu schreiben dürfen die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Am 4. August handelte es sich tatsächlich um eine neue Taktik, aber wir standen auch vor einer ganz neuen Situation, der man nur gerecht werden

konnte durch die Politik, die die Fraktion einschlug. Mit dem alten Schema kamen wir nicht aus. Lensch hat auch hingewiesen auf die Hoffnungen, die die Franzosen und Engländer bei Kriegsausbruch auf die deutsche Sozialdemokratie gesetzt hatten. Diese Hoffnungen haben bestanden und konnten sich in gewissem Grade auf unser früheres Verhalten stützen, das darin bestand, daß wir gegen uns selbst, gegen unser Land und gegen unsere staatlichen Einrichtungen immer die strengsten Kritiker gewesen sind. Wir haben uns selbst viel strenger beurteilt, als die staatlichen Einrichtungen und die sozialdemokratische Praxis in anderen Ländern. Weil wir immer streng gegen uns gewesen sind und milde gegen die anderen, hat man geglaubt, diese Strenge müßte soweit gehen, daß wir im Falle des Krieges gegen das Interesse des eigenen Landes tätig werden würden. Davon konnte natürlich keine Rede sein. Aber wir können nur wünschen, daß, wenn dieser Krieg zu Ende sein wird und wieder ein internationales Zusammenarbeiten zwischen den Sozialisten der verschiedenen Länder stattfindet, dann die Sozialisten der anderen Länder gegen sich selbst in der Kritik genau so streng sein werden, wie wir es immer gegen uns gewesen sind. (Sehr gut!) Dann wird das Verhältnis innerhalb der Internationale ein sehr viel besseres werden.

Hoch meinte, was er als politische Taktik empfehle, sei eigentlich immer die alle Praxis der Partei gewesen; die Minderheit habe keineswegs auf dem Standpunkt: „alles oder nichts“ gestanden. Ganz so liegen die Dinge aber doch nicht. Hoch hat in der Fraktion, wenigstens in den vier Jahren, in denen ich an den Arbeiten der Fraktion teilgenommen habe, meist zu denen gehört, die für Ablehnung einer Vorlage waren, wenn man nicht im großen und ganzen wenigstens seinen eigenen Willen dabei durchsetzen konnte. Das ist aber eben keine politische Taktik. Wenn man nicht alles erreichen kann, und das können wir im Deutschen Reichstag nicht, weil wir eine Minderheit sind, dann wird man sich eben fragen müssen, ob das, was zu erreichen ist, uns vorwärts bringt. Die Taktik der Ablehnung, weil man nicht alles haben kann, muß zur Folge haben, daß man überhaupt unfruchtbar in der politischen Arbeit wird. Denn dann werden sich die anderen Parteien sagen: wenn Ihr doch hinterher alles ablehnt, auch dann, wenn wir Euch viele Zugeständnisse machen, so haben wir gar keinen Grund, erst solche Zugeständnisse zu machen, sondern können die Vorlage ganz so gestatten, wie es uns gefällt, und es Euch überlassen, sie abzulehnen. Wenn man etwas erreichen will, so muß man sich eben auch dazu verstehen, wenn man Zugeständnisse durchgesetzt hat, schließlich auch für das Verstehen, wenn man Zugeständnisse durchgesetzt hat, schließlich auch für das Ganze zu stimmen und so die Verantwortung dafür mit zu übernehmen. Die von Hoch vertretene Politik führt zu dem Zustand, den wir jahrelang gehabt haben, daß die Sozialdemokratie in der parlamentarischen, der politischen Arbeit vollständig isoliert ist. Diese Isolierung muß aufhören. Wir dürfen uns nicht scheuen, auch die Verantwortung, die uns aus der politischen Arbeit erwächst, voll zu übernehmen. Eine große Partei, die Einfluß auf die Dinge ausüben kann, infolge ihrer Größe und der wirtschaftlich bedeutenden Kräfte, die hinter ihr stehen, hat die Pflicht, sich nicht selbst auszuschalten, sondern jede Gelegenheit zu benutzen, um für die Arbeiterklasse herauszuschlagen, was irgend möglich ist. Alles können wir nicht haben, weil wir allein keine Mehrheit sind. Alle unsere Politik wird daher mehr oder weniger Kompromißpolitik sein müssen, und die Partei muß bereit sein, verlässliche Kompromisse zu machen, damit für die Arbeiter wirklich etwas erreicht wird. Das ist das Wesen der Politik. Diese Politik ist schon lange Jahre gewiß, aber immer wieder zurückgedrängt worden durch die revolutionäre Demonstrationspolitik. Diese muß in Zukunft aufhören, wir müssen vielmehr wirklich praktische Politik treiben, die auch für die Arbeiterklasse greifbare Erfolge zeitigt. (Beifall.)

Schmidt-Meisen: Der Vorwurf Stolten gegenüber Hoch, er habe meist für Ablehnung von Gesetzen gestimmt, wenn nicht alles zu erreichen war, ist ganz abgesehen davon, daß er nicht zutrifft, so allgemein, daß man damit gar nichts anfangen kann. Da müßte Stolten schon deutlicher reden.

Es blieb gestern bei einem Teil der Parteigenossen nicht ohne Eindruck, als Genosse David mit lauter Stimme in den Saal hineinrief: „Deutschland ist heute härter bedroht als früher, die ganze Welt steht gegen uns. Es ist mir deshalb unbegreiflich, wie es Leute geben kann, die für eine Ablehnung der Kredite eintreten.“ Den Genossen der Fraktion, die schon öfter Neben von David für die Kreditbewilligung gehört haben, war das nichts Neues. Wir haben die gleiche Begründung von ihm gehört seinerzeit, wo Deutschland verhältnismäßig viel günstiger dastand und wo die Zahl der Feinde nicht so groß war als heute. Da war es einmal die drohende Kriegserklärung eines neuen Staates, das andere Mal ein bevorstehender Angriff im Osten oder Westen, der zur Begründung herhalten mußte, daß gerade diesmal die Kredite bewilligt werden müßten. Wer diesen Standpunkt einnimmt, der darf den französischen Genossen wegen ihrer Kreditbewilligung keinen Vorwurf machen (Zuruf: Das tun wir auch nicht!), denn Frankreich ist militärisch viel stärker bedroht als Deutschland. Eine solche Argumentation ist ganz unhaltbar. Sie ist allerdings bequem; sie erhebt zugleich gegen die Genossen, die die Kriegskredite ablehnen, den Vorwurf, daß ihnen der Ausgang des Krieges und damit die Niederlage Deutschlands gleichgültig sei. (Zuruf: Zum Teil trifft das auch zu!)

David sagte: so gut wie heute Eroberungsabsichten der Regierung ausgeschlossen wären, sei das bereits unter Bethmann Hollweg der Fall gewesen. Beweis: Bethmann hat sich nie dem Druck der Eroberungspolitik gefügt. Beweis, Bethmann hat sich nie den Alldeutschen verschrieben, davon ist nichts bekannt geworden. Dazu war er einmal zu klug, denn er wußte, daß deren Ziele zu überspannt sind, und zum anderen ließ er sich bei seiner Stellungnahme in der Öffentlichkeit sicher mit davon leiten, wie sich die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie stellte. Wir wissen, daß er einer Deputation unserer Fraktion, die zu ihm ging, um Klarheit bezüglich der Kriegsziele und der Demokratisierung zu verlangen, erklärt hat, daß sein Bestreben ja immer gewesen sei, die Sozialdemokratie bei der Stange zu halten. Darin liegt ja auch die Ursache der Zweideutigkeit seiner Neben. Er wollte es weder mit den Annerionisten, noch mit den Sozialisten verderben (Sehr richtig!), daß er aber alles andere tat, als sich zu unseren Kriegszielen zu bekennen, das hat er doch wiederholt ganz offen erklärt. So auch in einer seiner Reichstagsreden vom 5. April 1916, wo er ausführte: „Zu unserer Verteidigung sind wir ausgegangen, aber das, was war, ist nicht mehr.“ Nach Bethmann versuchte man dann, das gleiche Spiel Zweideutigkeiten fortzusetzen, um die Sozialdemokratie weiter bei der Stange zu halten. Es wäre vielleicht gelungen, wenn Michaelis nicht gar zu ungeschickt gewesen wäre. Er wurde wenige Tage nach seinem Amtsantritt gleich bei der ersten Fragelei, die er versuchte, erwirkt. Alle Deutungen, auch die, die von sozialdemokratischer Seite versucht wurden, konnten ihm nicht mehr aus der Schlinge helfen. Nun fordert auch David, die Regierung solle klar aussprechen, was sie will. Wenn nun aber diese Forderung nicht erfüllt wird, wenn Michaelis trotz der Friedensresolution immer wieder erklärt, daß die Regierung bezüglich Belgiens, Rußlands, Polens freie Hand habe, was will dann David tun? David hat recht, wenn er sagt, das vertritt sich gar nicht mit unserer Friedensresolution, sie schließt solche Deutung aus. Aber wir wissen ja, daß Michaelis die Friedensresolution ganz anders auffaßt als die Mehrheit des Reichstags. Was will David tun, wenn die Regierung auch fernerhin ausweicht, will er dann die Kredite ablehnen? Ach nein, das

wird er nicht tun. Man hat auch hier schon wieder eine Formel gefunden, die man in jeder Situation anwenden kann. Man sagt: wir bewilligen die Kredite doch nicht der Regierung, wir bewilligen sie dem Lande, dem Volke. Also dem Volke bewilligt Genosse David und seine Freunde die Kredite, einem Volke, das gar nichts zu bestimmen hatte über den Anfang und auch nichts zu bestimmen haben wird über das Ende des Krieges, dem Volke, das gar nicht hineinzureden hat in die Kriegsführung. Emmel hat das schon sehr richtig gekennzeichnet. In Konsequenz dieser Gedanken müßte man der Regierung auch dann die Kriegskredite bewilligen, wenn sie morgen mit einem Sozialistengesetz kommt. (Lachen.) Wir müssen die Regierung zwingen, sich zu unseren Kriegszieleforderungen zu bekennen, indem wir die schärfste Waffe gegen sie ausspielen, die Ablehnung der Kriegskredite, sonst machen wir uns indirekt an der Verlängerung des Krieges mitschuldig. Die Forderung Davids, daß die Regierung Klarheit schaffen soll, können Sie am besten unterstützen, wenn Sie der Resolution Hoch zustimmen.

Ein offenes Bekenntnis der Regierung ist auch notwendig in den Fragen der Demokratisierung. Seit drei Jahren speist man das Volk mit leeren Versprechungen ab. Die Arbeit des Verfassungsausschusses ist gleich Null. Es ist eine Illusion, wenn Genosse Hug glaubt, durch eine Wochpolitik auf diesem Gebiete weiterzukommen. Dazu fehlt es uns an einer wahrhaft demokratischen Partei. Keine der bürgerlichen Parteien will ernsthaft den Parlamentarismus, zum mindesten versteht jede etwas anderes darunter. Das hat sehr treffend das „Berliner Tageblatt“ vom Montag glossiert, indem es u. a. schreibt:

„Was macht jener Verfassungsausschuß, den sie eingesetzt haben, und der uns die Neugesaltung des Reiches verschaffen soll? Er hat sich nicht überanstrengt, und immer hören wir nur, wie jeder zur eigenen Entschuldigung auf den anderen deutet: „Die Nationalliberalen sind nicht dafür zu haben.“ — „das Zentrum will nicht mitmachen“ — „die Fortschrittler sind zu schlapp.“ Die wahre Wahrheit ist, daß der eine dem anderen nicht sehr viel vorzuwerfen hat.“

Wenn wir auf dem Gebiet der Demokratisierung vorwärts kommen wollen, so ist das nur dadurch möglich, daß wir der Regierung drohen, wenn sie nicht endlich Farbe bekant und zu Taten übergeht, daß dann die Fraktion die Kriegskredite nicht weiter bewilligen wird. Dazu führt die Annahme unserer Resolution.

Schlich-Dreslau: Stücklen hat sich ein ganz außerordentliches Verdienst erworben dadurch, daß er mit anderen Genossen in der Fraktion und im Reichstage in so hervorragender Weise für die eingetreten ist, deren Vertretung eine ganz besondere Pflicht der Fraktion ist. Die Fraktion und der Parteivorstand hätten schon viel früher an diese Frage herangehen und das Bureau für Militärangelegenheiten errichten sollen. Wir bekommen ganze Stöße von Feldpostbriefen täglich, deren Beantwortung uns gar nicht möglich ist. Stücklen müssen die nötigen Hilfskräfte beigegeben werden, damit alle Eingänge gesammelt und registriert werden, denn zur Begründung unserer Forderung auf sammlung der Dienstzeit, allgemeine Wehrhaftmachung, Reform der Besoldungsordnung und des Militärstrafgesetzbuchs u. a. ist hier reiches Material zu finden. Von diesem neuen Bureau können sich die Feldgrauen auch nicht zu uns gehört, wird durch diese Arbeit zu uns kommen. Das Bureau muß auch nach dem Kriege erhalten bleiben, es wird eine wahre Fundgrube für die Fraktion darstellen. Es ist recht erfreulich, daß zunächst im Haupt-

ausschluß die höhere Unterstützung für Kriegerfrauen und Familien durchgeführt worden ist, ebenso die Erhöhung der Löhne für Mannschaften und Unteroffiziere. Wie stellt sich aber die Regierung dazu? Unterstaatssekretär Wallraff hat wenig Geneigtheit dazu gezeigt, diese Forderungen zu bewilligen. Urkaufverweigerung wegen kurzfristigen Auftretens kommt immer noch vor, das Recht auf Urlaub ist eine Notwendigkeit, ebenso die Gewährung eines zweiten Pukgeldes. Was den Offizieren recht ist, ist auch der Mannschaft billig.

Weider ist der Fraktion die Aufhebung des Belagerungszustandes noch nicht gelungen. So wie bisher kann es aber nicht weitergehen. Bei uns in Breslau stehen nur die sozialdemokratischen Blätter unter Zensur, und manches wird ihnen verboten, was bei den andern ohne weiteres gestattet ist. Gerabezu unbegreiflich ist es, daß eine „Arbeiterpartei“, wie sich die „Unabhängigen“ doch nennen, im Reichstage gegen die Aufhebung der politischen Zensur stimmen konnte, und zwar mit unseren ärgsten Volkseindern, den Konserwativen zusammen. Die Presse der Unabhängigen schreibt, es werde unabhängige Politik getrieben, wahre Arbeiterpolitik, nicht wie bei den Regierungssozialisten, und hier stimmt man in einem so arbeiterfeindlichen Sinne! Das auszuspochen ist die Pflicht des Parteitagcs, damit die unabhängige Arbeiterchaft drauhen ihre Führer und Abgeordneten zur Verantwortung zieht.

Uns im Bezirk Breslau wird keine öffentliche Versammlung genehmigt. Als ich nach dreijähriger Abwesenheit vom Militär zurückkam, wollte ich die daniiederliegenden Organisationen wieder aufrichten. Das verbotene das stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps. Alle öffentlichen politischen Versammlungen sind verboten, wie mir das Generalkommando und auch das Kriegsministerium auf eine fruchtlose Beschwerde mitgeteilt haben. Während aber das Kriegsministerium schrieb, daß Mitglieder- und nichtöffentliche Versammlungen seit August wieder zugelassen seien, werden auch diese in der letzten Zeit bei uns verboten. Weil ich in einer Mitgliederversammlung gesagt habe, daß wir wieder mehr Mitgliederversammlungen abhalten werden, um mehr Mitglieder zu gewinnen, wurde gegen mich eine Unterjuchung eingeleitet. (Hört, hört!) Ich bitte die Fraktion, energischer als bisher für dieses unser Vereins- und Versammlungsrecht einzutreten, denn was man in Schlesien tut, bedeutet im Endziele nichts anderes, als die völlige Vernichtung der sozialdemokratischen Organisationen zugunsten der Konserwativen und der Vaterlandspartei, die ihre Versammlungen abhalten und täglich neue Vereine gründen dürfen. Keine Kreditbewilligung, wenn das nicht anders wird! So stehen und fordern es die schlesischen Arbeiter, die sonst mit der Haltung der Fraktion vollständig einverstanden sind.

Stülken: Es kann nichts schaden, wenn hier einmal auf dem Parteitag auch der Arbeit gedacht wird, die die Reichstagsfraktion im Interesse unserer Feldgrauen geleistet hat. Lobe bedauerlich heute, daß im Reichstag die Anträge nicht verabschiedet worden sind, die im Hausbaltsektat angenommen wurden. Es ist das allerdings etwas auffällig, aber es ist dabei keineswegs etwas verloren, denn die Anträge sind einstimmig beschlossen worden und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie auch vom Plenum angenommen werden. Selbstverständlich haben wir mit der Regierung darüber Rücksprache genommen, welche Stellung sie zu den Anträgen einnehmen wird. Zum weitans größten Teile sollen die Anträge ausgeführt werden. Ueber die Pflichten der Sozialdemokratie gegenüber den Kriegerfamilien und Feldgrauen hat in der Fraktion stets Uebereinstimmung bestanden. Wir haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um immer wieder darauf hinzuweisen, in welcher überaus schlimmer Lage sich heute Kreise der Kriegerfamilien befinden, und daß es die Ehrenpflicht des Reiches ist, dafür zu sorgen, daß die Familien derer, die drauhen

kämpfen und dem schwersten Feuer ausgefetzt sind, vor Not und Elend geschützt werden. Wir haben jetzt wieder Anträge durchgebracht auf Erhöhung der Familienunterstützung. Die Regierung verweist darauf, daß es sich um außerordentlich große Summen handelt. Allein, so sehr wir für Sparsamkeit sind, bei den Kriegerfamilien soll jedenfalls nicht gespart werden (Zustimmung), genau so wenig wie an den Soldaten. Wir haben im Laufe der Jahre der Heeresverwaltung eine ganze Menge von Dingen angegeben, bei denen sehr große Ersparnisse gemacht werden können, aber nicht die Soldaten dürfen die Objekte der Sparsamkeit sein. (Sehr richtig!) Die Regierung spricht bei der Erhöhung der Familienunterstützung und Erfüllung unserer Anträge allerdings von 2 Milliarden Mark, was wir nicht nachprüfen können. Aber selbst wenn es stimmt, so hat doch der Krieg so viele Milliarden verschlungen, daß wahrlich nicht gespart werden soll, wenn die Familien der Soldaten in Frage kommen. Wir bezweifeln aber auch die Höhe der Summe. Und dann ist doch zu bedenken, daß diese Summe sich auf viele Millionen Köpfe verteilt, und was dann auf jeden kommt! (Sehr richtig!) Die Fraktion wird jedenfalls in ihrem Bemühen nicht erlahmen.

Im Frieden war ein erheblicher Teil unseres Kampfes gerichtet gegen den Militarismus und seine Begleiterscheinungen. Im Moment des Ausbruchs des Krieges traten nun allerdings zunächst einmal andere Fragen in den Vordergrund. An Stelle des Feldheeres war das Millionenangebot des deutschen Volkes getreten. Die Mehrheit derjenigen, die heute drauhen kämpfen, hat niemals aktiv gedient und wir haben gesehen, in welcher erstaunlich kurzer Zeit es möglich war, Leute, die niemals gedient haben und die in vorgeklärten Jahren eingezogen wurden, zu brauchbaren Feldsoldaten auszubilden. Daraus ziehe ich den Schluß, daß nach dem Kriege nie mehr wird gesagt werden können, es seien zwei bis drei Jahre nötig, junge, kräftige Leute auszubilden. Unser Kampf gegen das militaristische System wird weiter gehen, und zwar so lange, bis an die Stelle des stehenden Heeres das Volkshoer auf weitgehend demokratischen Grundlagcn aufgebaut ist. (Sehr richtig!)

Als der Reichstag zum ersten Male nach Kriegsausbruch wieder zusammentrat, setzte sofort unsere Kritik ein. Wir haben es aber dabei nicht bewenden lassen, wir haben auch positive Vorschläge gemacht und praktisch gearbeitet. Wir Sozialdemokraten haben zunächst im Reichstage Anträge im Interesse der Soldaten gestellt, dann griffen auch die bürgerlichen Parteien ein, ihre Arbeit war aber wesentlich darauf berechnet, die sozialdemokratischen Anträge abzuschwächen oder sie derart umzugestalten, daß praktische Erfolge nicht mehr zu erwarten waren. Das konnte uns nicht entnügen. Wir haben unsere Anträge immer und immer wieder gestellt und das letztmal die Genugtuung gehabt, daß sämtliche sozialdemokratischen Anträge einstimmig im Hauptausschuß angenommen worden sind. In einer der Tagungen des Parteiausschusses ist kritisiert worden, daß wir nicht scharf genug gegen die Soldatenmishandlungen usw. aufgetreten seien. Dieser Einwand trifft durchaus nicht zu. Wir haben es an scharfer Kritik in keiner Weise fehlen lassen. Wir waren in der Lage, eine Fülle von Anklagematerial vorzubringen, und der damalige Kriegsminister v. Wandel gab im Ausschuß eine Erklärung über das Kapitel der Soldatenmishandlungen ab, wie sie in der Schärfe von einem preußischen Kriegsminister niemals geäußert worden war. Es ist die Legende aufgetaucht, die Fraktion hätte absichtlich unterlassen, im Plenum des Reichstages über diese Frage zu reden. Drauhen ist erklärt worden, die Fraktion habe mit Mehrheit beschlossen, zu schweigen, obwohl es notwendig gewesen wäre, zu reden. Der Kriegsminister hatte eine Erklärung abgegeben, die er in dieser Form und Schärfe ganz unmöglich im Plenum des Reichstages vor

aller Öffentlichkeit wiederholen konnte. Wir hatten erreicht, was wir zunächst einmal erreichen wollten, und einzig und allein deshalb hat die Mehrheit dann gesagt, es sei entschieden besser, wenn nicht geredet würde; Diese Erklärung könne ja doch nicht wiederholt werden, und man müsse zunächst abwarten, inwiefern die Erklärungen des Kriegsministers in die Tat umgesetzt werden. Tatsächlich können wir bezeichnen, daß das Kapitel der Soldatenmißhandlungen kleiner, die Fälle seltener geworden sind, so daß endlich auf diesem Gebiet nach langen Jahren eine Verbesserung eingetreten ist. Selbstverständlich haben wir vor allen Dingen auf die Kriegsbesoldung hingewiesen. Wir waren in der Lage, als einzige Partei des Reichstages, einmal zu zeigen, wie enorm die Gehälter sind, die oben gezahlt werden im Gegensatz zu den jämmerlich geringen Löhnen, mit der die Soldaten seit Jahren abgefunden werden. Wir erreichten, daß die Krankenlohnung von 10 auf 33 Pf. täglich erhöht wurde; wir haben nach mehrmaligen Versuchen erreicht, daß jetzt einstimmig der Antrag angenommen wurde, den Soldaten, die bis zu zwei Jahren dienen, eine Erhöhung um 20 Proz. zu geben, denen, die bis drei Jahre dienen, um 40 Proz. und denen, die über drei Jahre im Waffendienst sind, um 50 Proz. Der Schatzsekretär erklärte, daß er jetzt der Frage näbertreten wolle. Es wird die Aufgabe der Fraktion sein, wenn der Reichstag wieder zusammentritt, diese Löhnungserhöhung durchzusetzen und zu verhindern, daß die Ermäßigungen hinausgezogen werden, bis der Krieg vorbei und die Soldaten am Ende die Geprrellten sind. (Sehr gut!) Wir haben weiter schärfste Kritik geübt an der Verpflegung und haben das Verbot der Unteroffizierlücken erreicht. Das Ideal wäre, wenn da draußen alle aus einem Topf essen und aus einer Küche genährt würden; dann würden eine ganze Menge Klagen beseitigt sein. (Sehr richtig!)

Unser Antrag, den Soldaten ein Recht auf Urlaub einzuräumen, ist angenommen. Die Heeresverwaltung war entsetzt darüber, heute ist aber der Urlaub eine Begünstigung, auf die manche ein Jahr und einhalb Jahre warten müssen. (Sehr richtig!) Der Urlaub soll nicht eine Belohnung für Wohlverhalten sein, sondern ein wohlverdientes Recht des Soldaten. Was die Heeresverwaltung tun wird, ist abzuwarten. Namentlich im Kriege darf der Urlaub auf keinen Fall als bloße Begünstigung hingestellt werden. (Sehr richtig!) Die Gewährung der freien Eisenbahnfahrt in die Heimat war ebenfalls ein nicht geringer Erfolg. Wir haben Soldaten geschrieben, daß sie seit einem Jahr draußen sind und sich das Geld zusammengespart haben, um die Reise bezahlen zu können, es aber lieber den nolleidenden Familien schicken und darauf verzichten, wieder einmal Frau und Kinder wiedersehen zu können. Dem ist abgeholfen durch die freie Urlaubsreise und darüber hinaus erhalten sie ein Verpflegungsgeld von 2 Mark täglich. Auch diese Anregung ist von uns ausgegangen.

Selbstverständlich haben wir auch die Behandlung der Soldaten in sehr eingehendem Maße erörtert. Wir sind weiter eingetreten für die Besserstellung der aktiven Unteroffiziere und ihrer Familien, der Offiziers- und Beamtenstellvertreter, der Ärzte, für das ganze große Heer derer, die keineswegs im Verhältnis zu ihren Leistungen bezahlt werden. Wir sind aufgetreten gegen die Ausbeutung durch die Kantinen und haben vor allem verlangt, daß die Kantinenüberschüsse, die von den Soldaten aufgebracht sind, zu dem Zweck verwendet werden, für den sie bestimmt sind, nämlich den Mannschaften ausbezahlt zu werden. Auf unseren Antrag wurde beschlossen, daß die Väter kinderreicher Familien von der Front zurückgezogen werden, aber leider ist das nur sehr mangelhaft ausgeführt worden, man hat diese Väter einfach einige Kilometer hinter die Front zurückgenommen, in Stellungen, in denen sie vielleicht

mehr gefährdet waren als vorn, wo Unterstände und andere Schutzmittel vorhanden sind.

Wir haben jetzt beantragt, daß wenn Väter und Söhne oder Vater und Sohn gleichzeitig im Felde stehen, was heute in zahllosen Fällen zutrifft, dann der Vater auf seinen Wunsch von der Front zurückgenommen werden soll.

Wir meinen damit nicht eine Zurücknahme um einige Kilometer, sondern um eine Zurücknahme in die Heimat. Wir haben weiter beantragt, daß die Jahrgänge 1869 und 1870 aus der Armee entlassen werden. Der Krieg dauert solange, daß endlich einmal eine Grenze für die militärische Dienstzeit gezogen werden muß. (Sehr richtig!) Es geht nicht an, daß die Leute draußen 50 Jahre und noch älter werden. Auch im Kriege muß die Dienstzeit mit einem bestimmten Jahr aufhören. (Sehr richtig!) Gewiß steht in der Wehrordnung, daß während eines Krieges niemand aus seiner Formation ausscheiden kann. Aber niemand hat dabei auch an einen Krieg von so unheimlicher Länge gedacht. Ein Vertreter des Kriegsministeriums hat mir mitgeteilt, daß das Kriegsministerium die Absicht habe, die Jahrgänge 1869 und 1870 in die Heimat zurückzuberufen und die Leute so auszutauschen, daß die alten Landstürmer möglichst in ihre Heimatstadt oder in der Nähe ihrer Heimat beim Truppenteil Dienst tun können. Wenn wir damit auch noch nicht ganz zufrieden sein können, so haben wir doch wenigstens etwas erreicht.

Ich glaube, daß mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion für die Feldgrauen allgemeines Einverständnis herrscht. (Zustimmung.) Manche haben gemeint, wir hätten manchmal schärfer auftreten und Fraktur reden können. Die Öffentlichkeit kennt nur unser Vorgehen in der Vollversammlung des Reichstags, nicht was wir im Ausschuß gesagt haben. Unsere Redner müssen immer darauf sehen, daß sie die Klagen, die sie für die Soldaten vorbringen, in eine Form kleiden, aus der unsere Feinde nicht Material schlagen können zum Schaden unseres schwer ringenden Landes. Was sich in der Vollversammlung abgespielt hat, war nie ein Spiegelbild der Ausschußverhandlungen, sondern war auf die Öffentlichkeit zugeschnitten. Im Ausschuß brauchen wir diese Rücksicht nicht zu nehmen und haben keinerlei Rücksicht genommen. Das wagen selbst die Unabhängigen nicht zu behaupten. Wenn sie uns nachweisen könnten, daß wir nicht scharf genug aufgetreten wären, sie hätten es längst unternommen. Unsere Reden sind von Tagung zu Tagung schärfer geworden. Wir haben der Militärverwaltung nichts geschenkt. Die Zuschriften aus dem Felde wurden immer zahlreicher und bewiesen uns, daß die Feldgrauen uns für diese Tätigkeit dankbar sind und anerkennen, was wir in ihrem Interesse geleistet haben. Die Zahl der Zuschriften hat allmählich einen so großen Umfang angenommen, daß wir eine besondere Stelle für die Beantwortung der Briefe schaffen mußten. Das hat sich draußen herumgesprochen und die Folge war, daß die Flut der Zuschriften immer mehr anschwellen will. Die Aufgabe dieses Bureaus wird sein, Auskünfte zu erteilen, insbesondere auf den Gebieten des Besoldungs- und Zulagewesens, auf denen sich niemand mehr zurechtfindet. Außerdem soll das Bureau Material sammeln für die Reichstagsfraktion und es gebrauchsfertig machen, und schließlich soll es auch Material sammeln, das in späterer Zeit zu verwenden sein wird. Ich kann mir sehr wohl denken, daß unsere Partei nach dem Kriege einmal ein Buch herausgibt, das nur Feldpostbriefe enthält. (Sehr richtig!) Wir werden dann die wirkliche Stimmung der Soldaten während des Krieges einmal zeigen. Aber das Bureau kann nicht alle Briefe beantworten, die irgendeinem Genossen oder einer Redaktion, einem Arbeitersekretariat oder irgendeiner sonstigen Körperschaft zugehen. Die Bahnen haben in der Presse öffentlich er-

Hört, daß sie die ihnen zugehenden zahllosen Briefe gar nicht einzeln beantworten könnten, daß sie aber das darin enthaltene Material im Interesse der Soldaten an geeigneter Stelle verwerten würden. Wir machen es anders. Wir halten es für besser, man gibt den Leuten eine Antwort, und zwar nicht eine formulärmäßige Antwort, sondern einen kleinen Brief, aus dem der Soldat sieht, daß seine Beschwerde nicht nach Schema F behandelt wird. (Sehr gut!) Nur die Briefe sollen von dem Bureau beantwortet werden, die der einzelne Genosse nicht beantworten kann, weil ihm das Material dazu fehlt. In besonderen geeigneten Fällen wird das Bureau beantwortet werden, die der Ministerium richten. Ganz unmöglich ist natürlich, in allen Fällen solche Eingaben zu machen. Die Fälle sind ja auch zum großen Teil ganz gleich geartet, 500 bis 600 Fälle laufen auf ganz dasselbe hinaus. Mit den einzelnen Eingaben erreicht man auch gar nicht viel, die Ermittlungen dauern oft Monate, der Beschwerdeführer ist vielleicht dann gar gefallen und die Zeugen auch. Wir wählen vielmehr den Weg allgemeiner Anträge an den Reichstag. Diese neue Einrichtung wird uns in den Stand setzen, den Kampf für unsere Feldgrauen noch energischer zu führen, und zwar gestützt auf Material, das nicht erschüttert werden kann. Wenn die Feldgrauen dann einst wieder heimkehren, dann werden sie sehen, wie die Sozialdemokratie unablässig für sie und ihre Familien gewirkt hat. Sie werden sich unserer Reihen anschließen zum Kampf für das allgemeine Ziel. (Lebhafte Weisung.)

Vorsitzender Oberst teilt mit, daß eine neue Entschließung Löbe eingegangen ist, die die Ziffer 58 erhält. Im dritten Absatz derselben soll der Satz: „Der Parteitag heißt die Tätigkeit der deutschen Arbeiterdelegierten gut“ . . . auf Wunsch der Antragsteller folgende Fassung erhalten: „Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Deutschlands in Stockholm . . .“

Cohen-Neuf: Die meisten Redner haben die Frage der Kreditbewilligung in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt. Es dürfte niemand im Saale sein, der der Ansicht wäre, daß die Kredite unter allen Umständen und in jeder Lage bewilligt werden müßten. Dagegen haben sich schon Meerfeld und Löbe ausdrücklich gewendet und ich schreibe mich ihnen an. Ich kann mir allerdings in der jetzigen Zeit keine Lage denken, in denen wir die Kredite ablehnen müßten. Wenn Schmidt-Meißner David vorgeworfen hat, daß jedesmal die Fraktion die Bewilligung der Kredite damit begründet hätte, daß Deutschland in höchster Gefahr sei, so möchte ich ihn doch fragen: war das nicht jedesmal richtig? Hat es in diesem Kriege auch nur eine einzige Stunde gegeben, in der Deutschland nicht in der größten Gefahr war? Auch ich bringe dem jetzigen Kanzler und seiner Regierung das schärfste Mißtrauen entgegen. Aber man darf das Kind auch nicht mit dem Bade ausschütten. Und etwas eindeutiger ist bei allem Mißtrauen gegen die Person des jetzigen Kanzlers seine sachliche Stellungnahme in der Friedenspolitik nach der Antwort auf die Papstnote doch geworden, so eindeutig, daß die „Kreuzzeitung“ schrieb: die Möglichkeit, daß die Reichsleitung für die Friedensverhandlungen freie Hand habe, gelte nur mit der Einschränkung, die die Antwort an den Papst und die Friedensentschließung des Reichstages ziehen. Das spricht Wände. Wer ehrlich sein will, muß zugeben, daß über die Bereitwilligkeit der deutschen Zivilregierung, Belgien wieder herauszugeben, es keinen Zweifel gibt. Nur will die Regierung es nicht tun — und darin hat sie recht — ohne jede Bedingung. Sie will darüber am Verhandlungstisch reden, sie will auch die geraubten Kolonien und ähnliche Dinge wieder herausgeben, aber sie will Belgien wieder herausgeben. Die „Westminster Gazette“, das maßgebende

Blatt des englischen Imperialismus, schrieb zu dieser Frage am 29. September wörtlich folgendes:

„Keine Friedensbedingungen können von der Entente auch nur überlegt werden, wenn sie nicht mit der Einwilligung von Seiten Deutschlands beginnen, Belgien wieder herauszugeben und Genugtuung zu leisten. Das muß bedingungslos erfolgen und darf in keiner Weise die Gegenwehr für Zugehörnisse sein, die Deutschland in anderen Gegenden der Welt erzielte.“

Das ist doch deutlich, und die belgische Frage könnte für uns auscheiden. Aber wegen der feindlichen Völker selbst würde es gar nichts schaden, wenn man noch etwas deutlicher spräche. Die deutsche Regierung muß insofern freie Hand behalten, als sie ihre Friedensbereitschaft nur in großen Grundlinien zeigen kann. Angabe von Einzelheiten würden den Krieg nur verlängern. Hoch hat die mich merkwürdig berührende Frage gestellt, warum Staatssekretär v. Kühlmann seinen trefflichen Ausführungen über Elsaß-Lothringen nicht die Versicherung angehängt hat, Elsaß-Lothringen würde ein freier Bundesstaat werden. Glaubt denn Hoch, daß das auf die Franzosen irgendwelchen Eindruck machen würde? Den Franzosen ist es gleichgültig, ob Elsaß-Lothringen ein freier Bundesstaat wird oder nicht. Sie wollen es für sich selbst haben. Für uns ergibt sich im Augenblick folgende Lage: die ungeheuren Leistungen unserer Feldgrauen draußen sind vorläufig nur solange denkbar, solange wir hinter ihnen stehen. In dem Augenblick, wo wir die Kredite verweigern, wird dies das Signal sein, was es auch am 4. August gewesen wäre, daß wir Sozialdemokraten mit dem Kriege nichts mehr zu tun haben, daß es uns gleichgültig ist, wie er endet, daß wir einen Frieden um jeden Preis wollen.

Lenz hat bereits auf das charakteristische Merkmal dieses Krieges, die Teilnahme Englands und seine eigenartige Stellung in der Welt hingewiesen. Ein so guter Kenner von England wie Lenz hätte diese Stellung Englands auch schon am 4. August erkennen können, und nicht erst vier Monate später. (Sehr richtig!) Damit erledigt sich seine Kritik an unserer Abtimmung vom 4. August. England steht tatsächlich im Mittelpunkt dieses Krieges. Deshalb genügt es nicht, wenn wir einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen schließen. Die Lage nach Friedensschluß wird für uns fürchterlich sein, wenn es uns nicht gelingt, aus der gegenwärtigen Isolierung herauszukommen. Möge sich das Kriegsschicksal für uns gestalten wie es will, wenn es uns nicht gelingt, die feindliche Mächtegruppe zu sprengen, sind wir schlimm daran. (Sehr richtig!) Wir müssen daher mit unserer Politik das Ziel verfolgen, dem ungeheuer starken England, hinter dem jetzt auch Amerika steht, eine andere Mächtegruppe, die des europäischen Festlandes, entgegenzustellen. Das können wir nicht erreichen durch das billige Mittel der Erweiterung unserer Grenzen nach beiden Seiten, das ein ganz unpolitisches Mittel wäre. Wir müssen die Gesamtlage Deutschlands nach dem Frieden in Betracht ziehen. Die beiden angelsächsischen Imperien werden nach dem Kriege nicht unsere Freunde sein. Wenn zu dieser angelsächsischen Feindschaft noch die Feindschaft Rußlands käme, wäre unsere Zukunft so düster wie möglich. Wir müssen daher unsere Politik so einrichten, daß wir zu einem guten Verhältnis mit Rußland kommen. Das scheint mir möglich zu sein, wenn wir alle ökonomischen Fragen nicht gegen Rußland, sondern im Einverständnis mit Rußland entscheiden. Der „Vorwärts“ hat sich dieser Lage erst in der gleichen Richtung ausgesprochen. Mit dem neuen demokratischen Rußland läßt sich über alle wesentlichen Fragen verhandeln. Die Idee der Pufferstaaten Orientierung, es-

füllten Blatt wie der „Frankfurter Zeitung“ als unglücklich empfunden, weil es Rußland möglich wäre, dann in diesen Pufferstaaten gegen uns zu wählen. Für die vielen aber, die immer die Freundschaft mit England für notwendig und möglich halten, sei gesagt, daß, wer die Freundschaft zu Rußland erstrebt, gar nicht daran denkt, es in bemutem Gegensatz zu England zu tun. Wir wollen in keiner Weise aggressiv gegen England Stellung nehmen, wohl aber in defensiver Weise die uns in einer vom Angelfachentum beherrschten Welt gebührende politische und wirtschaftliche Stellung finden. Wir können das aber nur tun, wenn wir die russische Rückendeckung haben. Wenn wir in dieser Weise Politik treiben, leisten wir dem deutschen Volk den größten Dienst und sorgen dafür, daß es sobald nicht wieder die Waffen zu ziehen braucht. (Beifall.)

Landesberg-Magdeburg: David ist gestern noch einmal auf die am Vormittag abgeschlossene Einigungsdebatte eingegangen. Ich will auf seine Ausführungen zu diesem Punkt nicht zurückkommen, aber die Feststellung muß ich doch treffen, daß sie in Widerspruch gestanden haben zu dem gestrigen Beschluß. In einer Beziehung sind wir, soweit unsere Ansichten auch auseinandergehen mögen, einig, wir bekennen uns samt und sonders zum Prinzip der Landesverteidigung. Hoch hat das Bekenntnis zu diesem Grundsatz auch für die Unabhängigen in Anspruch genommen. Wenn die Frage, ob sie Anhänger des Gedankens der Landesverteidigung sind, zweifelhaft geworden ist, so haben sie sich das selbst zuschreiben (Sehr richtig!), denn sie haben mitten im Kriege mit den Spartakusleuten sich politisch verbündet, für die das Bekenntnis zur Landesverteidigung eine „Verwirrungssphäre“ ist, und sie konnten zur Einigung mit ihnen nur dadurch gelangen, daß sie in den Richtlinien des Gotzbar Einigungskongresses zur Frage der Landesverteidigung überhaupt keine Stellung nahmen. (Sehr richtig!) Das wurde damit begründet, daß diese Frage nicht aktuell sei. (Lachen.) Das Bekenntnis zur Landesverteidigung zwingt uns selbstverständlich nicht, unter allen Umständen Kriegskredite zu bewilligen, und ich weiß nicht, wen Brandes im Auge hat, wenn er meint, daß unter Verufung auf den Grundsatz der Landesverteidigung die Notwendigkeit betont worden sei, Kredite unter allen Umständen zu bewilligen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß keiner von uns Kredite bewilligt hätte, wenn Deutschland unter denselben Umständen wie Italien oder Rumänien in den Weltkrieg hineingegangen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) So liegt die Sache aber nicht. Die Auffassung, daß Deutschland sich wie ein Wolf auf die friedlichen Länder der Entente gejagt hat, ist geradezu unjännig. Ich billige es durchaus nicht, daß man die völlige Schuldllosigkeit der deutschen Diplomatie an diesem Weltkrieg zu beweisen sucht. (Sehr richtig!) Ich billige das schon deshalb nicht, weil die Noten der Diplomaten für den Ausbruch des Weltkrieges ziemlich gleichgültig gewesen sind. Der Krieg ist hervorgegangen aus den Ausbreitungstendenzen aller an ihm beteiligten Länder. Aber der Sache nach ist dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg. (Sehr wahr!)

Brandes spricht von Eroberungsabsichten. Gewiß, er hat recht, es gibt einflußreiche Kreise in Deutschland, die diesen Krieg mit Eroberungen ausgeben lassen wollen. Aber Hoch hat ihm schon vorweg widerlegt, indem er ausgeführt hat, daß dieser Krieg mit deutschen Eroberungen gar nicht endigen kann, und Pläne, die nicht verwirklicht werden können, sollten uns in unserer Haltung zu beeinflussen geeignet sein? In einer anderen Beziehung stimme ich mit Hoch nicht überein. Er gibt der Zuvorsticht Ausdruck, daß Deutschland in diesem Kriege nicht niedergeworfen werden kann. Soviel Vertrauen habe ich zum deutschen Generalstab nicht. (Hoch: Aber zum deutschen Volke!) Ich

habe zum deutschen Volk sehr viel Vertrauen, aber so weit geht mein Vertrauen doch nicht. Die Tätigkeit der deutschen Vaterlandspartei müssen wir nicht zuletzt deshalb mit dem größten Eifer bekämpfen, weil sie imstande ist, eine Niederlage Deutschlands herbeizuführen (Sehr richtig!), denn sie züchtet im Geere und in der Heimat den Zweifel, ob dieser Krieg zur Verteidigung geführt wird, und dieser Zweifel schwächt den Willen zur Verteidigung. (Sehr richtig!) Weil der Sache nach dieser Krieg ein Verteidigungskrieg ist, deshalb haben wir die bisher geforderten Kredite bewilligt. Keiner von uns hat damit die Verpflichtung übernommen, für alle Zeiten Kredite zu bewilligen. Es sind sehr wohl Situationen denkbar, in denen wir sie ablehnen müssen. Die Kreditbewilligung stellt also keine Verletzung unserer Grundsätze dar. Es ist charakteristisch, daß man mehr als sechs Monate gebraucht hat, um sich darauf zu besinnen, daß sie einen Verstoß gegen die Grundsätze bedeute. Wäre der Krieg in sechs oder sieben Monaten beendet gewesen, mit dieser Behauptung hätte sich dann kaum jemand hervorgewagt. (Sehr gut!) Wir haben keine Veranlassung, irgendeinen unserer Grundsätze über Bord zu werfen. Welchen Grundsatz sollten wir denn preisgeben? Etwa den, daß der Weg zur Erreichung unseres Ziels der Klassenkampf ist? Die Preisgabe dieses Grundsatzes wäre nicht angebracht in dem Augenblick, wo wir sehen, wie verschiedene Schichten der bestehenden Klasse wetteifern, sich auf Kosten der breiten Massen zu bereichern, und wie die Regierung mit verchränkten Armen dabeisteht. (Sehr gut!) Oder sollten wir den Gedanken der Demokratie aufgeben? Der Gedanke der Demokratie ist jetzt kein Parteigedanke mehr, Demokratie ist eine Volksnotwendigkeit geworden, jeder Verständige weiß, daß, wie Gierke gesagt hat, der Staat in das Volk zurückverlegt werden muß, wenn er sich erhalten soll. Oder sollen wir den Gedanken des Sozialismus preisgeben? Nach dem Kriege werden die Massen sich unter den Laßen dieses Völkergesamtenstohes, den sie nicht verschuldet haben. Sollen wir in dieser Zeit des Massenjammers die Besitzenden nicht daran hindern, ihren Profit einzustreichen? Die Zeit weitgehender Monopole wird nach dem Kriege gekommen sein, und das Monopol ist doch die Form des Sozialismus. Oder sollen wir den Gedanken der Internationalität aufgeben in einer Zeit, wo selbst die kapitalistischen Regierungen nach internationalen Verträgen zur Sicherung der Völker verlangen? Nein, wir halten an dem Gedanken der Internationalität fest. Freilich stellen wir uns die Internationale nicht so vor, daß wir Deutschen die Proletarier sind und die anderen die Bourgeois. (Lebhafte Zustimmung.) Also unsere Grundsätze sind durch den Krieg nicht erschüttert, sondern vertieft. Nun will man uns aber auf eine bestimmte Taktik festlegen. Demgegenüber erinnere ich an das Wort des alten Liebnecht, daß die Taktik vorher nicht zu bestimmen ist. Er hat bekanntlich gesagt: ändern sich die Verhältnisse den Tag 24mal, so ändere ich meine Taktik 24mal am Tage. Dies Wort gilt heute noch. Wir werden stets das uns geeignet erscheinende Mittel anwenden, um unsere Grundsätze zu verwirklichen, und werden vor keiner Koalition zurückschrecken, die uns auf dem Wege zu unserem Ziele vorwärts bringt. Die Resolution Winnig ist eigentlich ein Mißtrauensvotum gegen uns, es bedarf einer solchen Resolution wirklich nicht. Ebenso wenig, wie hervorgehoben zu werden braucht, daß der Abschluß von Bündnissen uns niemals zur Preisgabe von Grundsätzen Veranlassung geben kann. Der Antrag 54 ist meiner Meinung nach unannehmbar. Er bindet uns in seinem Schlußsatz die Hände in einer völlig unerträglichen Weise. Dieser Satz lautet: Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kreditleistung bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und ungewichtig im allgemeinen und in wichtigeren Einzel-

fragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennend oder deren Handlungen den Zusicherungen widersprechend. Nun stellen Sie sich folgenden Fall vor, der absolut nicht willkürlich konstruiert ist, sondern wohl eintreten kann: Wir haben eine Regierung, die zu feige und zu schwach ist, während des Krieges schon an die Verwirklichung freierwilliger Reformen heranzugehen; sie ist aber ehrlich bestrebt, den Frieden herbeizuführen und wird deshalb von den Alldeutschen leidenschaftlich bekämpft; sie kann diesen Kampf nur durchführen, wenn sie von uns gegen die Annexionisten unterstützt wird. Nach dem Wortlaut der Resolution Hoch wären wir verpflichtet, einer solchen Regierung die Kriegskredite zu verweigern, weil sie in der Frage der Neuorientierung völlig passiv ist. Was würden wir durch die Verweigerung der Kriegskredite zuwege bringen? Wir würden die Regierung stürzen und würden es dadurch ermöglichen, daß sie abgelöst wird durch eine dem Abschluß eines ehrenvollen Verständigungsfriedens abgeneigte Regierung. Das können wir doch unmöglich wollen. (Sehr wahr!) Es kann eben die Taktik nicht für alle Zeiten und für alle Fälle festgelegt werden. Ihr Schlußsatz macht die Resolution Hoch völlig unbrauchbar. Ich denke, wir können uns alle auf die Resolution 56, die beiden Richtungen Rechnung trägt, einigen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Davie (Schlußwort): Ich glaube, ich kann mich in meinem Schlußwort noch kürzer fassen als in meinem Referat. (Große Heiterkeit.) Der Gang der Debatte hat als Resultat zutage gefördert, daß die Haltung der Reichstagsfraktion und ihr Wirken im Reichstag sich der Zustimmung der großen Mehrheit des Parlements erfreut. — An meinen Ausführungen ist einige Kritik geübt worden. Ich will mich auf das Wesentliche beschränken.

Lenz meinte, ich habe die weltgeschichtliche Bedeutung unserer Tat vom 4. August 1914 doch nicht ganz richtig eingeschätzt. Er sieht die weltgeschichtliche Bedeutung des ganzen Krieges in dem Zusammenstoß der Zentralmächte mit der englischen Welt Herrschaft. Das ist gewiß ein großer Zug im Wilde. Aber wir sollen doch über den Gegensatz, der sich während des Krieges in wachsendem Maße gezeigt hat zwischen den weltwirtschaftlichen Ansprüchen des angelsächsischen Reichs und des aufstrebenden Deutschen Reichs, doch nicht den alten historischen Gegensatz vergessen, der für den Krieg in seiner Verursachung sowohl wie in seinem Verlauf und in seinen Resultaten von ungeheurer Bedeutung ist. Ich meine den Gegensatz des fortgeschrittenen europäischen Westens gegen das in den Fesseln der Despotie gefesselte europäisch-asiatische Weltreich im Osten. Es ging aus von dem moskowitzischen Großfürstentum, das das ganze osteuropäische Staatensystem, wie es im Mittelalter bestanden hatte, zerstückelte, große, hoch entwickelte Kulturreiche, wie das Polenreich, die Ukraine, die baltischen Staatsbildungen, zertrümmerte und veranrückte an die germanische Volksgruppe Mitteleuropas und auf deren Schicksal durch die Jahrhunderte, bis zum Ausbruch des Weltkrieges, einen bestimmenden Einfluß ausübte im Sinne der Zurückdämmung einer gesunden politischen und kulturellen Entwicklung. Diesen großen Faktor dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Diese ganze Konstellation ist nun zusammengebrochen; das ist ein ungeheures Resultat dieses Krieges. Eine durchgreifende Neuorientierung des ganzen europäischen Staatensystems im Osten ist damit eingeleitet. Gewiß, wir wollen uns mit dem neuen Rußland gut stellen, wie wir mit allen Völkern hoffen, in ein vernünftiges und, wenn es nach unseren Wünschen geht, ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen. Aber die Entwicklung im Osten ist noch keineswegs abgeschlossen, noch herrscht dort ein gärendes

Chaos, und wir wissen nicht, wie das neue Rußland sich gestalten wird. Da müssen wir abwarten; ein Programm schon jetzt aufzubauen, ist verfrüht.

Nun zu den Ausführungen Hochs. Ich finde, daß Hoch die Aufgabe, die ihm eigentlich gestellt war, gar nicht erfüllt hat; er ist daran vorbeigegangen. (Sehr richtig!) Die Frage lautete doch: Warum haben Hoch und seine Freunde im Laufe des Krieges ihre Stellung zu den Kriegskrediten geändert, warum hat er zweimal für die Kriegskredite gestimmt und aus welchen zwingenden Gründen dann dagegen? Er ist uns den Beweis schuldig geblieben, daß er solche zwingende Gründe hat. Den Beweis hätte er führen müssen, wenn er uns von der Richtigkeit seiner Taktik überzeugen und die Unrichtigkeit der unsrigen dargetan hätte. Hoch gehört nicht zu der Gruppe 1 in der Fraktion, die prinzipiell die Landesverteidigung ablehnt. Wenn er sagt, es wäre in der Fraktion überhaupt kein Vertreter dieser Richtung gewesen, so ist das falsch. Die Gruppe Liebknecht-Mühle steht auf diesem Standpunkt, sie hat das Wort von der Landesverteidigung als kapitalistische Verwirrungsphrase geprägt. Er zählt auch nicht zur Gruppe 2, Haase und seine Freunde. Die haben am 4. August 1914 bereits die Kredite abgelehnt; deren Stellungnahme ist durch ganz andere Gründe bedingt. Hoch bekennt sich zur Landesverteidigung. Er hat aus denselben Gründen wie wir am 4. August 1914 für die Kredite gestimmt, weil, wie es in unserer Erklärung hieß, wir unser Land in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen durften. Wann trat nun der Zeitpunkt ein, daß unser Land nicht mehr in der Gefahr war? Diese Frage hat Hoch nicht beantwortet. Waren die Gegner einmal bereit, uns einen ehrenvollen Frieden zu geben, war das Ziel der Verteidigung erfüllt? Oder hat ihn zur Ablehnung veranlaßt die Erkenntnis, daß der Krieg inzwischen aus einem deutschen Verteidigungskriege zu einem Eroberungskriege Deutschlands geworden sei? Auch diesen Beweis ist er uns schuldig geblieben. Er hat zwar gesagt, von Brandes und Schmidt-Weiß haben in dieselbe Kerbe gehauen, die deutsche Regierung habe annexionspolitische Reigungen gehabt. Damit ist der Beweis aber nicht erbracht. Wir haben ja nicht „der Regierung“ die Kredite bewilligt, sondern weil das Land sich am 4. August 1914 und später gegen eine Koalition wehren mußte, die in keiner Phase des Krieges noch bereit war, uns den Frieden der eigenen Unbereitschaft zu geben. (Sehr richtig!) Was die Haltung der Regierung anlangt, so habe ich schon gestern diese Frage eindeutig beantwortet. Die Regierung Bethmann suchte einen Mittelweg zu gehen, sie suchte in dieser Frage rechts und links zusammenzuhalten. Das war das Motiv für sie, sich nicht reslos auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zu stellen, denn wir waren doch eine Minderheit in dieser Frage bis zum Juli dieses Jahres. Der Kanzler konnte sich unmöglich reslos auf den Boden der Minderheit stellen; die Folge wäre gewesen, daß er am andern Tage einen Mann an seiner Stelle gesehen hätte, der dem Willen der damals annexionspolitischen Mehrheit entsprach. Dazu kamen weiter taktische Gründe. Man sagte sich wie heute: das Aussprechen bescheidener Friedensziele wirkt draußen als Schwäche und verlängert so den Krieg erst recht. Wir teilen diese Auffassung nicht, aber sie ist in Regierungskreisen stark verbreitet. Also Bethmann versuchte einen Mittelweg zu gehen, aber unter unserem Druck orientierte er sich von Monat zu Monat weiter nach links. Angesichts dieser Entwicklung kann ich nicht verstehen, wie die Genossen, die am 4. August 1914 für die Kreditbewilligung stimmten, nun dagegen stimmen konnten. Es ist bei Hoch noch ein seltsames Moment mit dabei. Die dritte Kreditbewilligung im März 1915 wurde von Hoch noch zur Hälfte bewilligt. Es waren 10 Milliarden angefordert, Hoch war damals bereit, 5 Milliarden zu bewilligen, und als sein Antrag abgelehnt wurde,

stimmte er gegen die 10 Milliarden. Wo liegt da die prinzipielle Begründung? (Sehr richtig!) Wo liegt da der triftige Grund? Hoch hat selbst betont, der Verlauf des Krieges habe ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß auf deutscher Seite an Eroberungen gar nicht gedacht werden könne, oder, wie er sich ausdrückte, daß man „keine Angst zu haben brauche“, daß etwa von deutscher Seite Eroberungen gemacht würden. Gut, wenn diese Befürchtung gar nicht vorlag, so begreifen wir um so weniger, wie er lebendig, weil die Regierung noch nicht ganz auf unseren Boden gebrängt war, dem Lande die Verteidigungsmittel verweigerte in einer Situation, wo gar nicht daran zu denken war, daß die anderen uns einen Frieden ohne Vergewaltigung gegen uns zu gewähren bereit waren. Aber der Ausdruck, daß man keine Angst vor Eroberungen deutscherseits zu haben braucht, ist sehr charakteristisch. Diese „Angst“, daß den mit uns kriegsführenden Staaten beim Friedensschluß irgendein Leid geschehen könne, die Befürchtung, daß irgendein feindlicher Staat einen Abbruch, territorial oder sonst, erleiden könnte, erfüllte immer wieder das Gemüt einiger Genossen. Gewiß, wir treten für die Lebensrechte auch der anderen Völker ein, aber es sollte doch für uns der in erster Linie maßgebende Gesichtspunkt sein, daß wir die Sorge zu heben suchen, daß man keine Eroberungen gegen uns macht, daß wir nicht selbst zu Schaden kommen. (Sehr richtig!) Wenn wir den Vorschlägen des Genossen Hoch gefolgt wären, am 4. August und am 12. Dezember 1914 die Kredite bewilligt hätten, im März 1915 nur noch halb, nachher gar nicht mehr — was wäre das wohl für eine Politik geworden! (Sehr wahr!) Kann man eine große geschichtlich verantwortliche Partei in einer solchen Frage so im Bückzack führen: heute für, morgen dagegen und dann vielleicht mal wieder dafür? Ein solcher Bückzack ist unmöglich. Es ist Hoch nicht gelungen, irgendwie zu erreichende Gründe für eine solche Taktik anzuführen.

Hoch hat mich nicht verstanden, als ich davon sprach, daß die Entscheidung am 4. August 1914 eine für unsere ganze weitere politische Wirksamkeit bestimmende gewesen sei. Ich sprach von dem Kreuzweg, von dem aus sich die beiden möglichen Wege gabelten. Er sagte demgegenüber, wir müßten fest bleiben auf dem Boden der alten Taktik. Wenn wir das näher prüfen, so werden wir finden, daß zwei entgegengesetzte taktische Prinzipien im Schoße der Sozialdemokratie seit Anfang ihres Bestehens bestanden haben. Zunächst überwog das eine: die Einstellung auf die Katastrophe, die sich automatisch vollziehen und nach der wir das Erbe der kapitalistischen Wirtschaft antreten sollten. Allmählich setzte sich unter schweren Kämpfen die zweite Taktik durch, daß wir schon die Gegenwartsarbeit in ganz anderer Weise betreiben und dann auch erkennen, daß die großen und letzten Ziele nur auf dem Wege einer organischen Entwicklung erreicht werden können; daß der Schritt von der Ohnmacht zur Allmacht kein Sprung ist, sondern ein langjames Werden, ein langer Kampf, Schritt für Schritt vorwärts. Diese beiden Taktiken steckten in der Partei und was ich sagen wollte, war: am 4. August 1914 haben wir uns klar für die letztere Taktik entschieden und diejenigen, die bei der alten blieben, sind in der Unabhängigen Partei. (Sehr richtig!) Das ist damals geschehen. Am 4. August 1914 durften diejenigen, die ihre Hoffnungen oder ihre Taktik auf eine sicher zu erwartende Katastrophe einstellten, gegen die Kredite stimmen, denn wer auf diese Katastrophe eingestellt war, der mußte erkennen, daß damals die große Stunde der Katastrophe zu kommen war. Und wenn er nicht positiv etwas tat, um diese Katastrophe zu verhindern, so mußte er wenigstens sich passiv verhalten, abwarten und dem Verhängnis seinen Lauf lassen. Das war die konsequente Logik dieser Richtung. Das aber hat die Fraktion abgelehnt. Mit der Kreditbewilligung hat sie erklärt, daß der

Staat, dem wir angehören, wert ist, verteidigt zu werden. Sie hat sich nicht bekannt zur russischen Taktik. Die konnten damals mit Recht sagen: der Staat, dem wir angehören, verdient nicht erhalten zu werden, sondern er muß zusammenbrechen, deshalb müssen wir die Niederlage wünschen und nichts tun, sie zu hindern. Wir sagten: der deutsche Staat ist nicht mehr der russische Staat, er hat eine mächtige Arbeiterbewegung, ein demokratisch gewähltes Parlament, die Arbeiterschaft kann in Deutschland schon von einer gewissen politischen und sonstigen Kultur sprechen. Darum entschieden wir uns, diesen Staat nicht zerfallen zu lassen. Wir sagten, das Haus ist gut — lange nicht so gut, wie wir es wünschen, aber doch viel zu gut, um es zerfallen zu lassen; darum wollen wir es verteidigen, um es nach unseren Zielen weiter auszubauen. (Lebhafte Zustimmung.) Das war der andere Weg, der eingeschlagen war und den haben wir eingeschlagen.

Hoch hat dann scharf davon gesprochen, daß wir den Klassengegensatz nicht vergessen dürfen. Das wäre allerdings ein schwerer Fehler, wenn man die großen Gegensätze vergessen wollte, die naturgemäß liegen zwischen den Interessen der arbeitenden Massen und denen, die von Kapitalinteressen leben. Aber wenn Hoch das auf die Friedensfrage anwendet, so führt das in die Irre. In dieser Frage bilden die kapitalistischen Klasseninteressen nicht die entscheidende Richtlinie. Der schlagende Beweis dafür ist schon die Verhandlungsmehrheit im Reichstag, wo wir, die ausgesprochenen Vertreter der Lohnarbeitersmassen, neben uns die Fortschrittspartei und die Zentrumspartei sehen. Schon diese Kombination widerlegt die Auffassung, daß der Klassengegensatz hier führende Richtschnur sein kann. Für einen Verständigungsfrieden sind auch große kapitalistische Kreise interessiert; es gibt auch kapitalistische Friedensinteressenten, und vielleicht sogar mehr als kapitalistische Kriegsinteressenten. Die ganze Friedenskultur, die Produktion in weitem Maße, leidet fürchtbar Schaden. Auch in weiten Kreisen des bestehenden Bürgertums wird die Frage eines baldigen Friedens als Existenzfrage empfunden. Auf der anderen Seite gibt es auch proletarische Annerkennung und Kriegstreiber. Es gibt auch kurzfristige Arbeiter, die hinter alldemokratischen Vorstellungen herlaufen. Es gibt vor allem kleine Beamte, kleine Leute, die schwere Menge, die von dieser Ideologie befangen sind, die sagen: Was wir haben, geben wir nicht mehr raus und ähnliche unüberlegte Dinge. Also die Klassenkampforientierung führt hier in die Irre.

Hoch widerspricht sich dann selbst in seinen praktischen Schlussfolgerungen. Er fragt: Worum handelt es sich nun jetzt? Die große aktuelle Frage ist, die Regierung zu zwingen, sich zu entscheiden, entweder restlos auf die Seite der Annerkennung zu treten oder sich für die Mehrheit des Volkes zu entscheiden und ein klares, von eigener Ueberzeugung getragenes Friedensprogramm zu entwickeln. Da bin ich ganz Ihrer Meinung, Genosse Hoch. Ich verstehe Sie wohl nicht falsch, daß Sie dabei an die Mehrheit, die sich jetzt im Reichstag gebildet hat, denken, denn wir allein sind ja doch noch keine Mehrheit, und wenn wir verlangen, daß die Regierung auf den Boden der Mehrheit tritt, so muß eine solche Mehrheitsbildung im Reichstag vorhanden sein. Sie sind also für die Erhaltung dieser Mehrheit, um der Regierung die Möglichkeit zu bieten, sich von der Mehrheit loszureißen. Wenn das gemeint ist, so begrüße ich diese Auffassung Hochs und glaube, daß damit auch das erfüllt ist, was der Antrag Winnig und Genossen meint und daß der Parteitag sich damit einverstanden erklärt, daß wir diese Fühlung mit den in der Friedensfrage mächtigsten Parteien gesucht haben und mit ihnen zusammen versuchen, die Entwicklung Deutschlands vorwärts zu treiben, soweit nur immer

diese Parteien mit uns gehen wollen. Das ist ein außerordentlich erfreuliches Resultat dieses Parteitages.

Nun sagt Schmidt-Meißner, diese Mehrheit hat bis jetzt noch gar nichts erreicht. Aus seinen Worten klang der vollendete Pessimismus. Er begann sich dabei auch auf ein Berliner liberales Blatt. Ich kann es nicht als eine glückliche politische oder agitatorische Methode ansehen, die Arbeit, die geleistet wird, die Erfolge, die erzielt werden, als Nichts hinzustellen. (Sehr wahr!) (Schmidt-Meißner: Wo sind denn die Erfolge?) Es wirkt nichts agitatorischer als die Aufweisung von Erfolgen, Erfolge begeistern, Erfolge machen Mut, erzeugen die Stimmung, weitere Erfolge zu erkämpfen, der Appetit kommt mit dem Essen. Im übrigen ist es vollkommen unrichtig, was Schmidt behauptet. Der Verfassungsausschuß hat in der Tat eine Reihe von Beschlüssen auf Ausgestaltung der Verfassung gefaßt, und zwar innerhalb acht Tagen, ohne viel zu reden. Beschlüsse, die wir jahrelang nicht hatten durchsetzen können. Erstens das Verantwortlichkeitsgesetz für den Reichskanzler, dann die Verantwortlichkeit der Staatssekretäre — das ist der erste entscheidende Schritt auf dem Wege zu verantwortlichen Reichsministern. Dann der volle Schutz der Immunität der Abgeordneten. Weiter die Beseitigung der Mitwirkung des Militärkabinetts bei der Bestallung von Offizieren, die vom Kriegsministerium ausgehen soll. Die Reaktionen auf der ganzen Linie haben über diese Beschlüsse ein furchtbares Geschrei erhoben. Das sei ein Einbruch der Demokratie in die Rechte der Krone.

Aber das war nur der Anfang. Der Verfassungsausschuß hat sich geeinigt auf die Forderung, an die Reichsregierung das Verlangen zu stellen, noch vor der nächsten Reichstagswahl einen Gesetzentwurf einzubringen, der die städtisch-industriellen Wahlkreise mit mehr Mandaten ausstattet. Der Beschluß ist auch im Plenum angenommen worden. Ist das nichts? Wir haben seit Jahren darum gekämpft, wir sind seit Jahren dem entgegengetreten, daß man die städtische Bevölkerung mit einem verächtlichen Pluralwahlrecht zugunsten des Landes abfindet. Wir haben auf das Unrecht hingewiesen, das darin besteht, daß man die städtische Bevölkerung, obwohl ihre Leistungen während des Krieges hinter denen des Landes wahrhaftig nicht zurückbleiben, schlechter stellt. Es ist uns gelungen, das durchzusetzen. War das nichts? — Dann hat die Mehrheit im Ausschuß durchgesetzt, daß die Regierung eine Erklärung abgab, als königlichen Erlaß, daß das preussische Wahlrecht ein gleiches sein soll. Ich betone ausdrücklich, das ist vom Verfassungsausschuß verlangt worden als Bedingung, und das Versprechen ist gekommen. Ich frage wiederum, war das nichts? Das war alles nichts für den Genossen Schmidt. Für ihn muß die Weltgeschichte gleich bis zum letzten, bis zum vollständig fertigen Zukunftsstaat binnen vierzehn Tagen (Geisterzeit) gehen, und wenn das nicht erreicht wird, alles, was vorher kommt, ist nichts. Alles das steht zunächst mal in den Akten, es sind Erklärungen, es sind Beschlüsse, wir haben eine Unterlage. Das ist doch mehr, als wenn nichts da wäre. Zunächst müssen wir die Beschlüsse haben und müssen von der Regierung verlangen, daß sie ihnen Folge leistet. Aber für ihn ist das alles, jetzt noch nicht fertig; für uns auch nicht. Nur sind wir der Ueberzeugung, daß es kommen wird, wenn, wie ich hoffe, die Sozialdemokratie auf dem Plan bleibt. Dann ist der Artikel 9 der Verfassung, der die eigentliche Hemmung für die Einführung des parlamentarischen Systems bildet, vom Verfassungsausschuß aufgehoben worden. Fällt die Bestimmung, daß ein Mitglied der Regierung nicht zugleich Mitglied des Parlaments sein kann, dann haben wir erreicht, daß ein Abgeordneter, der in die Regierung eintritt, Abgeordneter und Vertrauensmann der Gruppe bleiben kann, die er hinter sich hat; dann ist die

organische Brücke geschlossen. Neben solchen Ministern sind die reinen Beamtensminister sehr bald ohnmächtig. Ist das alles nichts? Mit der Schmidt'schen Methode macht man keine Politik; das ist die reine Niesmacherei und Plausmacherei (Sehr richtig!), und das tut sich dann auf als Radikalismus. (Sehr gut!) Mit diesem Wort-Radikalismus, hinter dem nichts steht, lockt man seinen Hund hinter dem Ofen heraus. Eine reformistische Tat ist mehr wert als zehntausend radikale Worte. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieselbe Methode wie Schmidt hat Hoch eingeschlagen in der Friedenspolitik. Er erklärte: Bis jetzt ist in der Friedensfrage „noch nichts erreicht“, und daraus zieht er den Schluß, deshalb ist man auch nicht berechtigt, den feindlichen Staatsmännern wie Lloyd George oder Renaudel einen Vorwurf zu machen. Das können die feindlichen Staatsmänner gerade zur Verteidigung ihrer Haltung gebrauchen; sie können sich auf Hoch berufen und mit ihm sagen: die Deutschen haben gar kein Recht, uns Vorwürfe zu machen, weil wir noch nicht zum Frieden bereit sind, sie selbst meinen es ja auch nicht ehrlich damit. Müht Hoch damit der Sache des Friedens, und entspricht das der Wahrheit? War nicht das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember ein Vorsprung vor den feindlichen Mächten? War nichts erreicht, als die Reichstagsmehrheit sich am 19. Juli auf den Boden der Verständigungsresolution stellte? Ist man im englischen, im französischen oder im italienischen Parlament schon so weit? Heißt es nicht geradezu die geschichtliche Wahrheit, die wir alle miterleben, negieren, wenn man so operiert? (Lebhafte Zustimmung.) War die Erklärung Kühlmanns nichts, ist die Erklärung Czernins nichts? Sind wir wirklich nicht berechtigt, denen da drüben zu sagen: bitte, nun sprecht auch Ihr mal ein Wort der Friedensbereitschaft? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wir sind dazu berechtigt. (Zuruf: Verpflichtet!) Was ist das aber für eine Taktik, die uns diesen Boden unter den Füßen wegzieht und uns ins Unrecht setzt, wenn wir diese Forderung erheben? Damit fördert man den Frieden nicht, sondern man erreicht das Gegenteil. Die Wirkung Ihrer Worte, Genosse Hoch, ist genau dieselbe, wie die Wirkung der Ablehnung der Friedensresolution durch Paasche und Genossen am 19. Juli. (Sehr richtig!) Dagegen müssen wir scharf protestieren, es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob die deutsche Sozialdemokratie der Meinung wäre, daß deutschseits nichts für den Frieden geschehen sei. Nein, wir sind der Meinung, daß viel geschehen ist, und wir verlangen, daß die drüben sich auch einmal äußern. Sie haben jetzt das Wort.

Die Erklärung der Regierung über Belgien hat noch nicht vollständig befriedigt. Indirekt ist ja unsere Forderung beantwortet worden in der Antwort auf die Papstnote, indirekt hat es auch Kühlmann gesagt als er erklärte, nur Elsas-Vohringen sei eine Frage, die den Frieden noch hindere. Wir wollen aber auch, daß die Bereitschaft, Belgien freizugeben, positiv und direkt ausgesprochen wird, so daß es allerwärts in der Welt richtig verstanden wird und weder in Deutschland noch drüben irgendwelche Deutungen gemacht werden können. Wir wünschen das namentlich auch mit Rücksicht auf die Stimmung in den neutralen Ländern, denn für die Neutralen ist die belgische Frage eine Frage, die sie selbst angeht. (Sehr richtig!) Das fühlen sie alle, und nichts hat uns bei den Neutralen eine so feindliche Stimmung gemacht, wie die Sache mit Belgien. Deshalb müssen wir dies ausräumen, auch um die Stimmung in der Welt gegen uns zu sanieren.

Weiter sagte Hoch, wir dürfen keiner Regierung die Kredite bewilligen, die nicht unsere Verfassungsforderungen erfüllt. Wir bewilligen nicht „der Regierung“ die Kredite. Würden wir der Regierung die Kredite bewilligen, dann hätten Hoch, Brandes, Schmidt-Meißner und andere am 4. August 1914

und später wiederholt der Regierung Bethmann die Kredite bewilligt. Wir bewilligen die Kredite aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus, je nach der Situation, wenn wir überzeugt sind, daß sie für die Verteidigung des Landes noch notwendig sind. Wir treiben auch keine PreSSIONSPOLITIK. Dies hat Kautsky uns zugemutet am 4. August 1914; da wurde es einmütig abgelehnt. Daase hat in einer seiner Reden mit Recht erklärt, wir haben die Kreditbewilligung nicht als Handelsgeschäft aufgefaßt, und Ebert hat gesagt, Schachergerichte machen wir damit nicht. Die innerpolitischen Fragen sind wichtige Fragen, kommen für uns bei Beurteilung einer allgemeinen politischen Situation natürlich auch in Betracht, und vor allem haben wir zu fragen, wie weit trifft etwa die Regierung die Schuld an einer Kriegsverlängerung? Diese innerpolitischen Fragen gehören also mit hinein, wenn eine gegebene Situation zu beurteilen ist. Das Entscheidende aber, das wir niemals vergessen dürfen, steht schon in unserer Erklärung vom 4. August: Wir fordern, daß dem Krieg ein Ende gemacht wird, sobald das Ziel mit der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind. Allein können wir den Frieden nicht schließen. Sind die Gegner zum Frieden bereit, dann ist die Lage ganz neu: Wenn dann die Deutsche Regierung darauf nicht einginge, dann sünden wir ganz anderen Verhältnissen gegenüber. Wie die Verhältnisse sein werden, wenn wieder eine Kreditvorlage kommt, wissen wir heute nicht, und deshalb können wir uns auch heute in dieser Frage nicht binden. Der Parteitag muß das Vertrauen zur Reichstagsfraktion haben, daß sie auch die neue Vorlage nach allen Richtungen prüfen wird. Wir können nicht von heute aus eine Bindung für kommende Zeiten aussprechen. (Sehr richtig!) Das will aber die Entschliebung Hoch und deshalb ist sie unannehmbar. Wir müssen Bewegungsfreiheit in dieser Frage haben, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß wir uns beim besten Willen nach einem Parteitagsbeschluss nicht richten können.

Eine Nebenbemerkung an die Adresse Emmels. Emmel gehört zu den Mitunterzeichnern der Entschliebung Hoch. Emmel hat doch neulich erst dem Feldmarschall v. Hindenburg das Gelöbnis abgelegt, durchzuhalten bis zum siegenden Ende. Wie will er es mit diesem Gelöbnis vereinbaren, daß er Kredite unter allen Umständen ablehnt? (Heiterkeit und Sehr gut!)

Sollmann hat den Antrag 30 empfohlen, der uns empfiehlt, die Lage der Staats- und Gemeindegewerkschaften mehr zu behandeln. Im Reichstag, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen haben wir der Lage der Beamten und Angestellten großes Interesse entgegengebracht. Aber ich gebe zu, es besteht leider noch eine gewisse Kluft zwischen diesen Schichten und der breiten Masse der organisierten Arbeiter. Wir sind vollkommen damit einverstanden, daß wir uns mit Feuereifer in diese Arbeit hineinwerfen, denn die Gelegenheit ist günstig, die Stimmung in diesen Kreisen und in den Kreisen der geistigen Berufsarbeiter für uns außerordentlich günstig. (Sehr richtig!) Auch die geistigen Berufsarbeiter gehören mit in die Arbeiterbewegung hinein. Es handelt sich bei der Arbeiterbewegung nicht um einen Kampf der schwierigen Faust gegen die Hirnarbeiter. Davon ist gar keine Rede. Die Arbeiter und Angestellten aller Art gehören auf die eine Seite, die kapitalistischen Interessenten auf die andere Seite. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie ist und will sein eine allgemeine Volkspartei. Erst dann wird sie die Macht und die Kraft haben, ihr Ziel zu erreichen.

Und nun zum Schluss noch ein Wort zur Vorbereitung gegen die Alldeutschen. Die Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes, alle, die an der Fortführung des Krieges nicht materiell interessiert sind, alle, die sich nicht als Interessenten des Kapitals fühlen, müssen mit der großen mächtigen

Friedensbewegung für uns gewonnen werden. Niemals war die Lage, agitational betrachtet, für uns so günstig wie jetzt. Wir müssen Versammlungen abhalten, in denen kurze Entschliebungen gefaßt werden müssen. Die Versammlungen dürfen nicht ausgehen wie das Donberger Schießen. Nehmen Sie sich die Gegner zum Muster, die jedesmal eine Entschliebung fassen. Von jedem Beschluss muß dem „Vorwärts“ Mitteilung gemacht werden und die Parteiblätter sollten alle diese Entschliebungen an besonderer Stelle hervorheben, damit Stimmung in die Sache kommt. Heute ist es in manchen Blättern wie nasses Stroh. Schlagen Sie nur den „Vorwärts“ auf, da wird kaum von den Versammlungen Notiz genommen. Die Presse muß das Abbild dieser Volksbewegung sein und sie dem Volke zum Bewußtsein bringen. Wenn dieser Volkswille fördern und unsere Tätigkeit unterbinden, muß die Behörden die Alldeutschen fördern und unsere Tätigkeit unterbinden, muß das Material sofort nach Berlin geschickt werden. Die Regierung hat sich verpflichtet, die alldeutsche Vorbereitung nicht mehr zu fördern. Wird das Versprechen nicht gehalten, so muß uns sofort Mitteilung gemacht werden, damit wir im Reichstag mit der Regierung abrechnen können. Und wenn wir sechs oder gar zehn Stunden lange Reden halten müssen, wir werden es tun, damit man uns nicht wieder nachfragen kann, wir hätten nur einige Fälle mühsam zusammengefaßt. Und nun ans Werk! Zeigen wir den Alldeutschen, wo die Zusammenkunft des Volkes stehen. Zeigen wir den Volkstrassen, die durch den Krieg aufgerüttelt sind, daß der Krieg nicht nur eine schwere, sondern auch eine große Zeit ist. Ein neues gewaltiges Werden umgibt uns, ein Werden in der Richtung der Ziele, die wir seit Jahrzehnten verkraften. Zeigen wir den Massen, daß das Tempo der Weltentwicklung durch den Krieg in eine ganz andere Schnelligkeit gekommen ist als vorher, zeigen wir ihnen, daß die Sozialdemokratie vorkamarschiert in dieser Vorkamarschierung. Mit Volkswampf voraus! Und: mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Kolb-Karlruhe: Hoch hat mir vorgeworfen, daß ich seit Jahren darauf ausgehe, die Partei an den Wagen der bürgerlichen Parteien zu spannen, sie zu verbürgerlichen, aus der Sozialdemokratie eine bürgerliche Reformpartei mit etwas sozialistischem und demokratischem Anstrich zu machen. Dieser Vorwurf, der seit Jahren gegen mich erhoben wird, ist unberechtigt. Ich lege gegen die Unterstellung, als ob ich jemals eine Verbürgerlichung unserer Partei, eine Preisgabe sozialistischer Grundsätze und Taktik ist im wesentlichen genau dasselbe, was die Reichstagsfraktion seit dem 14. August 1914 getan hat, und es gibt wohl in diesem Saal wenige Genossen, die so aus voller Überzeugung und mit innerer Befriedigung diese Politik und Taktik der Fraktion begrüßen können wie ich, dem es zum Verbreehen angezogen worden ist, weil er sie schon früher vertreten hat. Wenn ich jemals was gesagt hätte, was mir Hoch unterstellt, so hätte ich auch den Mut, mich dazu zu bekennen und daraus alle Schlussfolgerungen zu ziehen. Aber das habe ich nicht nötig. Solange ich politisch denken kann, gehöre ich der sozialdemokratischen Partei an, erkenne ich ihre Grundsätze an und stehe auf dem Boden des Klassenkampfes. Es hat mich starke Überwindung gekostet, diese Selbstverständlichkeit vor dem Parteitag feststellen zu müssen. Nachdem ich aber dazu gezwungen war, nehme ich nunmehr an, daß man dieser Versicherung glaubt, und daß man aufhört, mir derartige dumme und törichte Vorwürfe zu machen. Hoch-Sanau: Ich habe nicht die Absicht gehabt, die Absichten und Ziele des Genossen Kolb irgendwie zu verächtlichen. Was ich ausgeführt habe, habe ich gesagt auf Grund langjähriger Beobachtungen der Bemühungen Kolbs

Kemmel, Kerner, Richter, Rieck, Rochsburg, Röttger, Roth, Eufriede Rymed, Sailer, Salzbrunn, Säckler, Schaal, Schacht, Schadow, Schäfer, Scharr, Schiffor, Minna Schilling, Schimming, Schleicher, Schluchtmann, Schlüter, Eduard Schmidt, Hans Schmidt, Rich. Schmidt, Schönwälder, Scholich, Scholz, Schreck, Heinz Schröder, Schubach, Schuberth, Wilh. Schulz, Seelmann, Seemann, Severing, Siedow, Siebrecht, Siering, Simon, Sollmann, Sommer, Sperfa, Staiber, Stelling, Stendel, Steiß, Stille, Stoeffel, Strabel, Ströhner, Stühmeier, Joh. Tesch, Johanna Tesch, Thielemann, Thien, Thomas, Timm, Töneböhn, Treumann, Uhlig, Vesper, Vettors, Voigt, Vollhals, Helene Wagner, Waigand, Walthier, Wagner, Friedr. Weber, Paul Weber, Wedemeyer, Weifart, Weinheber, Weizmann, Wehlers, Wiesner, Winkelmann, Winnig, Wirtz, Wittich, Wigorowski, Wunderlich, Wuschid, Zeuner, Ziml, Zopf.

Mit **Reinstimmen**: Bielig, Dr. Adolf Braun, Dieß, Glattbach, Gester, Hengsbach, Jochmann, Leber, Scherffig, Schied, Schneider, Schöne, Springer, Stegener.

Der Abstimmung enthalten sich: Heinrich Fischer, Otto.

Zur Abstimmung erklärt Mente (Burgdamm), daß seine Zustimmung zu der Entschliekung Lbbe sich nur auf den allgemeinen Teil beziehe, nicht auf die Kreditbewilligung. (Lachen.)

Zu Protokoll erklärt Adolf Cohen, daß er verhindert sei, an der Abstimmung teilzunehmen; er würde sonst gegen die Entschliekung 54 und für die Entschliekung 56 gestimmt haben.

Der Antrag 22 wird durch die Abstimmungen für erledigt erklärt, Antrag 32 der Reichstagsfraktion überwiesen. Die Anträge 28, 29, 30, 31, 51 und 55 werden angenommen.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion erledigt und der Parteitag vertagt sich auf Donnerstag 9 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 18. Oktober 1917.

9 Uhr, den Vorsitz führt Auer.

Der Parteitag nimmt zunächst entgegen den

Bericht der Beschwerdekommision.

Berichterstatter **Blume-Hamburg**: Die Beschwerdekommision hatte sich mit 14 Fällen zu beschäftigen, die sämtlich weit zurückliegen. Es ist ja mit Rücksicht darauf, daß wir bisher noch keinen Parteitag einberufen konnten, erklärlich, wenn die Beschwerden erst jetzt ihre endgültige Erledigung finden können.

Der erste Fall betrifft den Genossen **Dunker-Hamborn**, der sich im August 1913 an den Parteivorstand wegen Aufhebung einer gegen ihn verhängten Rüge wandte. Er beantragte die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Der Grund zur Rüge war das Verlassen einer Sitzung der Beschwerdekommision, zu der er als Zeuge geladen war. Die Zeugen bestanden auf einer vorherigen gemeinsamen Aussprache, die abgelehnt wurde und verließen daraufhin die Sitzung, wodurch diese resultatlos verlief. Der Parteivorstand konnte dem Antrag Dunkers nicht Rechnung tragen. Er konnte eine Zillaleitersitzung als eine Organisationseinrichtung, welche Rügen zu erteilen habe, nicht anerkennen. Nur einem Schiedsgericht stehe dieses Recht zu. Die Kontrollkommision hat sich dieser Ansicht angeschlossen. Dunker ist zurzeit Soldat und gehört der Partei weiter an. Die Beschwerdekommision empfiehlt dem Parteitag, ebenfalls anzuerkennen, daß eine Zillaleitersitzung keine Instanz im Sinne des Parteistatuts

ist. Der Parteitag erachtet die Parteilehre des Gen. Dunker durch die von einer nichtzuständigen Instanz erteilte Rüge als nicht angegriffen.

Besser-Hagen ist am 20. Juni 1909 von der Parteiorganisation **Dortmund-Hörde** aus der Partei ausgeschlossen, weil er in den Jahren 1906 bis 1909 mit anderen Parteimitgliedern zusammen lebhafte lokalistische und anarchistische Propaganda betrieben hat. Sein Ausschluss wurde perfekt, da er für das Schiedsgericht keine Beisitzer ernannte. Er war dann Mitglied der anarchistischen Föderation Deutschlands und Delegierter zum Anarchistenkongress 1911 in Düsseldorf sowie Agitator der sozialistischen Freien Vereinigung. Am 13. Juli 1913 hat er die Wiederaufnahme beantragt. Wie die „Einigkeit“ am 2. August 1913 schrieb, hat er der Geschäftsleitung der Lokalisten mitgeteilt, daß er glaube, „seine agitatorische Kraft und geistige Regsamkeit im gegnerischen Lager (Partei und Gemertschaften) nützlich für den Syndikalismus an den Mann bringen zu können“. Der Bezirksvorstand hat den Aufnahmeantrag einstimmig abgelehnt. Besser soll inzwischen gefallen sein. Um jedoch die Angelegenheit formell zu erledigen, empfiehlt die Beschwerdekommision einstimmig die Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages.

In dem Ausschlußverfahren gegen **Mallo-Burgsteinfurt** hat die Beschwerdekommision einstimmig beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, es bei dem Urteil des Schiedsgerichts vom 19. April 1914 bewenden zu lassen, wonach dem Genossen Mallo eine Rüge erteilt und er für die Dauer von zwei Jahren für unwürdig erklärt wird, Parteiämter zu bekleiden. Der Wahlkreisverein **Ahaus-Teddenburg-Burgsteinfurt** hatte den Ausschluß beantragt und nachdem das Schiedsgericht ihn abgelehnt hatte, Berufung beim Parteitag eingelegt. Mallo hat sich zweifellos eines disziplinarwidrigen Verhaltens schuldig gemacht, er hat nachgewiesenermaßen Boykottbruch begangen. Aus diesem Grunde wurde ihm eine Rüge erteilt. Eine ehrlose Handlung konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Auf Grund der Akten schießt sich die Beschwerdekommision dem Urteil des Schiedsgerichts an und empfiehlt dem Parteitage die Berufung zurückzuweisen.

In dem Ausschlußverfahren **Kirchle-Berlin V** beschließt die Beschwerdekommision, dem Parteitag zu empfehlen, die Angelegenheit für erledigt zu erklären, nachdem festgestellt ist, daß Kirchle seit etwa drei Jahren keine Parteibeiträge mehr gezahlt und sich damit von selbst außerhalb der Partei gestellt hat. K. hat wegen Veruntreuung von Parteigeldern, die er inzwischen zurückerstattet hat, von der Berliner Schiedskommision eine Rüge erhalten, während die Wahlkreisorganisation Berlin V den Ausschluß forderte. Gegen das Urteil der Schiedskommision hat die Organisation Berufung beim Parteitag eingelegt, die der Parteitag zurückweisen wolle.

Gegen den früheren Genossen **Köhler-Medargemünd** lagen Beschuldigungen vor, die bei den Genossen gegenseitige Schelligkeiten erzeugten und auch den Bezirkssekretär **Maier-Geidelberg** in Mitleidenenschaft zogen. Gegen Köhler wurde das Ausschlußverfahren eingeleitet. Ein solches konnte aber nicht durchgeführt werden, weil Köhler sich diesem durch Austritt entzog, mithin für sich keine Schiedsrichter bestimmte. Die Genossen von Medargemünd beantragten aber beim Vorstand den Ausschluß, indem sie den Austritt nicht für genügend erachteten. Nach dem Parteistatut ist aber für solche Fälle kein Raum und beschloß die Kommission: Der Parteitag beschließt, das Verfahren erst dann gegen Köhler aufzunehmen, wenn er die Mitgliedschaft wieder erworben hat.

Der Genosse **Leves-Burgsteinfurt** war aus der Partei ausgeschlossen, weil er aus Unzufriedenheit mit dem als Kandidaten für die **Stadterordnetenwahlen** aufgestellten Genossen **Ahrig**, um die Kandidatur zu Halle zu bringen,

jorgen, daß jeder sein Dach über dem Kopf hat, jeder sein Bett und sein Essen, jeder seine Kleider und Schuhe, kurz alles, was er zum Leben braucht. Er soll für alle sorgen, wenn nichts da ist, er soll alle betriebligen, wo es nicht hier lang und nicht dort. Wahrlich, eine schwierige Aufgabe, die auch den Mutigsten schreden könnte.

Parteienossen! Der Sozialismus ist nach unserer Ueberzeugung etwas unendlich Großes, aber keine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Sprung, mit einem Schlag in das Paradies hinüberführen.

Nach unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen. Kann die Erholung des verbluteten, erschöpften Volkskörpers nur ganz allmählich vor sich gehen. Da könnte es dem Sozialismus wohl auch ergehen wie dem gewissenhaften Arzt, dem der ungeduldige Patient untreu wird, um sich dem ersten besten Kurpfuscher anzuvertrauen. Kämen wir also nach dem Kriege zur Macht, so würden wir auch mit der Gefahr auf schwere Rückschläge rechnen müssen. Solche Ermüdungen müssen uns sehr vorsichtig machen in unseren Verheißungen. Wir werden dem Volke sicher nicht versprechen, daß wir ihm alsbald den Himmel auf Erden beschenken können, wenn es uns zur Macht verhelfen wollte. Aber das werden wir mit gutem Gewissen und aus voller Ueberzeugung sagen dürfen, daß Aufbau und Erholung nach dem Kriege nicht anders denkbar sind, als durch die wohlüberlegte planvolle Anwendung sozialistischer Grundsätze, die methodische Durchdringung der gesamten Wirtschaftsordnung mit den Ideen des Proletariats, mit den sozialistischen Prinzipien. (Sehr richtig!) Das Problem einer sozialistischen Wirtschaftsordnung steht riesengroß vor uns. Auf unsere Schultern ist die ungeheure Aufgabe gelegt worden, nicht mehr nur Theoretiker und Agitatoren, die wir bisher in der Hauptsache waren, sondern Praktiker des Sozialismus zu sein. (Sehr gut!) Da werden wir nicht vergessen dürfen, daß auch der Sozialismus keine Welt für sich, sondern nur ein Mittel zum Zweck ist. (Sehr gut!) Ein Mittel, die Not zu bekämpfen und den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Wir werden uns vor dem Fehler hüten müssen, Prinzipienreiterei zu treiben, und wir werden uns nicht etwa nur jede Maßregel darauf ansehen müssen, ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist. (Sehr gut!) Durch verkehrte Anwendung unserer Prinzipien und durch verkehrte Anwendung an falscher Stelle würden wir diese Prinzipien nur schädigen. Nutzen werden wir nur, wann und wo wir zu zeigen imstande sind, daß das sozialistische Prinzip den breiten Massen greifbare Vorteile bietet. (Sehr richtig!) Man darf sich also das, was nach dem Kriege kommen wird, nicht als eine rein sozialistische Wirtschaftsordnung vorstellen, in der alle Betriebe bis zum letzten Barbierladen bergesellschaftet sein werden. Sicher aber scheint mir zu sein, daß Reich, Staat, Gemeinde, Gewerkschaften und Genossenschaften im Wirtschaftsleben nach dem Kriege eine ganz andere Rolle spielen werden als vor dem Kriege, daß sich der Prozeß, den Karl Krenner in seinem neuen vorerflichen Buch die „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ nennt, sich in viel schnellerem Tempo vollziehen wird. Ob ein Wirtschaftszweig in die öffentliche Wirtschaft zu übernehmen sein wird oder ob er privater Initiative zu überlassen ist, das ist eine Frage, die von Fall zu Fall entschieden werden muß aus dem Gesichtspunkt der rein wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit heraus. Das Ziel aber ist, die Volkskraft auf die möglichst höchste Stufe der Produktivität zu erheben, die Summe der vorhandenen Arbeitskräfte auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit. (Sehr richtig!)

Es wird, darüber wird man sich keinem Zweifel hingeben dürfen — nach dem Kriege kein Schlaraffenleben gehen; es wird gearbeitet werden müssen an

jeder Stelle mit voller Hingabe an die Sache, aber auch mit vollster Verachtung des Grundgesetzes: ein Volk wird nicht reicher, sondern ärmer, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft, dem Quell seiner Reichtümer. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß mit aller Kraft hervorgehoben werden. Nach dem Kriege darum erst recht Sozialpolitik! Nach dem Kriege erit recht endlich ernsthaftes Zugreifen in allen Fragen, die wir mit dem Wort „Völkerverständnisproblem“ umschreiben. Die Sozialpolitik ist mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik so in Verbindung zu bringen, daß das Ergebnis nicht eine Verminderung, sondern im Gegenteil eine gewaltige Erhöhung der Produktivität ist. Das ist die große Aufgabe, mit der sich die beiden Kataklysmen der Genossen Wißell und Cunow beschäftigen. Man darf diese Kataklysmen nicht als zwei voneinander losgelöste Teile, sondern muß sie als ein zusammenhängendes Ganze betrachten, als Teile eines Systems, in dem ein Rad ins andere greift. Die individualistische Betrachtungsweise der Wirtschaft gestattet es, daß jeder mit einem möglichst geringen Arbeitsaufwand sich einen möglichst großen Anteil an der allgemeinen Gütererzeugung sichert. Die sozialistische Auffassung fordert, daß jeder einen möglichst großen Anteil an dieser Gütererzeugung aus eigener Kraft beizutragen versucht, wofür er den Anspruch erntet, als Kulturmenschen behandelt, entlohnt und möglichst lange der Allgemeinheit erhalten zu werden.

Aus alledem ersehen Sie, daß wir nicht geneigt sind, den Begriff des Arbeiters zu eng zu fassen und ihn etwa nur auf die körperlich arbeitenden zu beschränken. Die wertvollste Arbeit leistet der, der Arbeit sparen hilft. Die Erfindung der arbeitssparenden Methoden, die Erfindung von Methoden, die es ermöglichen, aus der Arbeitskraft unter sorgfältigster Schonung ihrer selbst die größten Leistungen herauszuholen, das wird die größte und beste Arbeit sein, die für die Allgemeinheit zu leisten sein wird. Den Organisationsfaktoren der Arbeit winkt in der Zukunft höchster Ruhm. Hier winkt tatsächlich ein Ziel, wachsbaitia des Schweiges der Eblen wert!

Zur Leistung all dieser unabsehbaren Aufgaben wird — das muß offen ausgesprochen werden — die Kraft unserer Partei nicht ausreichen. Was hier geleistet werden muß, wächst über den Rahmen einer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist, weit hinaus. Es ist nicht Parteiinteressen, sondern allgemeine Volkssache, ist — ich darf das hier aussprechen, ohne mißverstanden zu werden — eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, der wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun Mitglied unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft ist oder nicht. Zu solchen praktischen Sozialismus fordere ich alle auf, die vom Geiste der neuen Zeit einen Hauch verspürt und die begriffen haben, daß die letzte Entscheidung über die Zukunft des deutschen Volkes nicht in den Schützengräben, sondern erst beim wirtschaftlichen Wiederaufbau fällt. (Sehr richtig!)

Eine kleine, aber sehr einflußreiche Schicht, die sich vor dem Kriege und während des Krieges wirtschaftlich sehr wohl befunden hat, schwört freilich noch auf das sogenannte freie Spiel der Kräfte und möchte, wenn erit der letzte Flintenschuß verhallt ist, mit fliegenden Fahnen zu ihm zurückkehren. Sie meinen, nach dem Kriege werde sich schon alles wieder finden, wenn nur der privaten Initiative im Wirtschaftsleben wieder freier Spielraum eröffnet werde, dann gehe alles von selbst. Ich habe schon gesagt, daß es nicht unsere Aufgabe ist, nach einem sozialistischen Schema F jener freien Initiative den Weg zu verbauen. Wo sie sich nützlich betätigen kann, da mag sie weit ausgreifen. Aber ich glaube, kein Einsichtiger zweifelt daran, daß die allgemeine Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte einfach zur Katastrophe werden müßte. (Sehr richtig!) Wie sollen denn die notwendigen Rohstoffe ins Land geschafft

werden, ohne staatliche Regelung? Wie würden sich die Preise der notwendigen Lebensmittel gestalten, wenn durch allgemeine Aufhebung der Höchstpreise einer schrankenlosen Preistreibeerei Tür und Tor geöffnet würde. (Sehr richtig!) Denken Sie weiter an die drohende Arbeitslosigkeit der aus dem Felde heimkehrenden Massen, an den mit ihr verbundenen Lohndruck! Das gäbe dann eine so große Summe von Massenelend und Massenverbitterung, die einen gewaltigen Ausbruch nahezu gewiß machen würde.

So drängt sich der Sozialismus dem Staate ganz von selbst auf. Als eine Notstandsmäßregel staatlicher Selbsterhaltung. Und noch von einer anderen Seite drängt er auf den Staat mit unüberwindlicher Kraft ein. Das ist die Seite, die Genosse Reil in seinem Referat verhandelt hat, die finanzpolitische Seite. Was bedeutet denn die ungeheure Verschuldung des Reichs durch den Krieg? Sie bedeutet, daß ein vielmal größerer Betrag als das Allgemeine Volkseinkommen ist, durch die öffentlichen Kassen seinen Weg nehmen muß. Da ist einer, der seine Ersparnisse in Kriegsanleihe angelegt hat. Er erhält seine Zinsen aus den öffentlichen Kassen. Da sind andere, die im Kriege ihre Arbeitskraft ganz oder teilweise eingebüßt haben. Sie erhalten ihre Rente aus öffentlichen Kassen. Renten aus den öffentlichen Kassen werden erhalten Frauen und Kinder, die ihren Ernährer im Felde verloren haben. Der Arbeitslose muß Unterstützung erhalten aus öffentlichen Mitteln, und ein wachsendes Heer von Beamten und Arbeitern erhält Gehälter und Löhne aus öffentlichen Kassen. Es läßt sich keine Lösung des staatlichen Finanzproblems denken, ohne gründliche Vermögensabgabe und ohne Monopole. (Sehr richtig!) Stellen wir uns einmal vor, es hätte nie eine sozialistische Theorie gegeben und nie eine sozialistische Propaganda —, wir würden nach dem Kriege doch in die sozialistische Praxis hineingeraten durch die Notwendigkeit der Entwicklung selbst. (Sehr richtig!) Da haben Sie den besten Prüffstein für unsere Theorie, die ja ihrem eigenen Wesen nach der Entwicklung nicht ihren Lauf willkürlich vorzuschreiben, sondern ihn nur voraussehen und erleichtern will. Gäbe es keinen Sozialismus dem Namen nach, so würde er doch in der Sache. Gäbe es keinen Sozialismus, so müßte er erfunden werden.

Weil wir aber zum Sozialismus gezwungen sind, darum sind wir auch zur Demokratie gezwungen, denn die Machtfülle, die die wirtschaftliche Entwicklung, ob wir wollen oder nicht, dem Staate gegenüber allen einzelnen in die Hand gibt, sie müßte zur unerträglichen Tyrannei ausarten, wenn sie von einer unbeschränkt waltenden Bureaucratie ausgeübt würde. (Sehr richtig!) Gegenüber dem zunehmenden Druck einer wirtschaftlichen Zentralgewalt muß jeder durch den festen Panzer einer staatsbürgerlichen Freiheit geschützt sein. Keiner soll einem Gebot gehorchen müssen, das nicht unter seiner gleichberechtigten Mitwirkung zustande gekommen ist. Behörden, Beamte — auch der Reichsangler! —, die bei der Lösung der ihnen übertragenen Aufgaben verzuagen, müssen rasch entfernt werden können. (Sehr gut!) Wir brauchen Demokratie im Staate, wir brauchen Demokratie in der Selbstverwaltung, wenn nicht die fruchtbarsten Schaffensfreude des einzelnen durch Reglement beengt werden soll. Auf alle die Einzelorderungen, die in der vorausgegangenen Debatte namentlich von David erörtert worden sind, brauche ich nicht mehr einzugehen, namentlich deshalb nicht, weil Ihnen ja die vier gedruckten Referate vorliegen. Das Wort des Genossen Landsberg: „Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können“ gilt nicht nur für den Krieg, es gilt nicht weniger für die kommende Friedenszeit. (Sehr richtig!) Den Frieden der Welt zu sichern nach diesen maßlosen Greueln, das wird unsere vornehmste Aufgabe sein. Wir haben es in den furchtbaren Schicksalstagen des August

1914 nicht gekannt, wir sind damals noch zu schwach gewesen. Möge uns das Volk, mögen uns alle Völker die Kraft verleihen, daß wir das in Zukunft können. Das Volk selbst muß der Garant der kommenden Völkerverträge, muß der nimmermüde Wächter des Friedens sein. Nach dem Kriege wird untersucht werden müssen, inwieweit Fehler unserer heimischen Einrichtungen, inwieweit ein bei uns herrschender Geist zu den Ursachen dieser Menschheitskatastrophe zu zählen sind. Wo solche Fehler erkannt werden, da müssen ihre Wurzeln ausgerottet werden mit Stumpf und Stiel, und wo solcher Geist erkannt wird, da muß ein moralischer Pestfleck von ihm gegogen werden. Freiheit jeder Meinung, aber auch Freiheit, jede Meinung, die dem Wohl des Volkes in der ganzen Welt gefährlich ist, rücksichtslos zu bekämpfen, zu bekämpfen mit den Mitteln einer sittlich höheren Weltanschauung, mit geistigen Waffen sie zu bekämpfen bis aufs äußerste. (Bravo!)

Aber wird dieser Kampf überhaupt erst notwendig werden? Erledigt er sich nicht ganz von selbst durch die Einführung demokratischer Einrichtungen? Wenn in Deutschland der Volkswille regiert, wird das deutsche Volk das friedlichste Volk der Welt sein. Ein tüchtiges Volk, das den Willen zur Freiheit hat, ist auch stark genug, friedlich sein zu können. (Sehr gut!) Wenn ich von Stärke spreche, so meine ich nicht die militärische, was hat denn unseren Hauptgegner in diesem Kriege — das englische Volk — so stark gemacht und was ist unsere schlimmste Schwäche? Ich will es ganz offen aussprechen: Englands größte Stärke besteht darin, daß es verstanden hat, sich in der ganzen Welt Freunde zu gewinnen. Unsere schlimmste Schwäche aber ist, daß wir es verstanden haben, in der ganzen Welt Freunde zu verlieren. (Sehr wahr!) Das soll anders werden. Wir sollen uns rüsten, mit England einen neuen Kampf aufzunehmen, aber nicht um die flandrische Küste, sondern um die Sympathie der Völker, um die Seele der Welt. (Sehr gut!) Dieser Kampf kann auch nicht geführt werden mit Minenwerfern, Tanks und U-Booten, sondern nur durch den weiseeren Fortschritt freierlicher und sozialer Einrichtungen. Sieger wird hier sein, wer mehr zu geben hat. Für diesen friedlichen Wettkampf unter den Nationen eröffnet sich, sobald sich die Kräfte des Krieges ausgetobt haben, ein unendlich weites Feld. Zahllos sind die Probleme, die sich den Völkern nach dem Friedensschluß aufdrängen werden, und sie sind überall derselben Art. Man kann sagen, daß der Krieg eine Krankheit ist, die bei allen Völkern den gleichen Verlauf nimmt, die überall die gleichen Schwachheitszustände zurückläßt und überall so ziemlich die gleichen Maßnahmen zur Wiederherstellung erfordert: Währungsprobleme, Steuerprobleme, Wirtschafts- und soziale Probleme treten in allen Ländern als Kriegsfolge gleichermaßen in Erscheinung. Wenn man in ausländischen Blättern liest, wie jetzt drüben über Ernährungsfragen, Welternung der Kriegsgewinne, den Wiederaufbau der Friedensarbeit und hundert andere uns wohlbekannte Fragen debattiert wird, so ist man versucht, ertönt auszurufen: Niemals scheinen die Völker sich so ähnlich zu sein, als wenn sie miteinander Krieg führen. Ähnlich, füge ich hinzu, im Guten wie im Bösen. Nirgends aber verdichtet sich diese Ähnlichkeit zu einer nahezu vollkommenen Gleichmäßigkeit wie dort, wo es sich um eigentliche Arbeiterfragen handelt. Ich erinnere Sie an die sozialpolitischen Friedensforderungen, die von der Gewerkschaftskonferenz der Alliierten in Leeds, von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern liierten in Leeds, von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern aufgestellt worden sind! Ueber diese Fragen gibt es gar keine Meinungsverschiedenheit nach nationalen Gesichtspunkten. Das ist ja auch der eigentliche Grund, warum sich die Engländer von Bern fernhielten, weshalb die Franzosen gewalttätig ferngehalten wurden. Es gibt Fragen von lebenswichtiger Bedeutung, in denen die Arbeiter aller Länder einig sein müssen, mögen sie national

auch noch so sehr gegeneinander verhetzt sein. (Sehr richtig!) Bei voller Beschädigung der Berner Konferenz wäre diese Tatsache vor aller Welt greifbar deutlich geworden. Darum kamen die Engländer nicht, darum durften die Franzosen nicht kommen.

Ich sage also: Für alle diese Probleme, die in allen Ländern nahezu gleich sind, wird in allen Ländern die Lösung gesucht werden müssen. Von allen Seiten wird man über die Grenzen schauen, um den anderen abzugucken, wie es gemacht werden muß. Und da bin ich — als alter Internationalist — Rationalist genug, um von ganzem Herzen zu wünschen: in Deutschland soll es am allerbesten gemacht werden. (Sehr gut!) Und wenn dann die, die heute unsere Gegner sind, nach Deutschland kommen, um unsere Einrichtungen zu studieren, dann wollen wir sie mit herzlichster Freude aufnehmen und mit stiller Genugtuung darüber, daß auch die, die kein gutes Haar bei uns finden wollten, nun doch bei uns zu Lande und an unseren Einrichtungen Gutes suchen, das sie mit nach Hause nehmen können zum Wohle ihres eigenen Volkes. In diesem Sinne bin ich nicht nur Sozialpatriot, sondern meineihalten auch Sozialchauvinist. (Heiterkeit.) Daß Deutschland nach dem Kriege in der ganzen Welt im sozialen Fortschritt voranschreiten möge, das ist unser heißester Wunsch, das wird unser aller unermüdbliches Streben sein.

Aber das alles wird nicht genügen, um uns in der Welt die Sympathien zu erwerben, die wir brauchen, ohne die wir nicht existieren können und die uns durch keine gewalttätige Eroberungen ersetzt werden können. Wir wollen ganz aufrichtig sein und uns sagen, daß wir — oder richtiger gesagt, daß ein kleiner Teil unseres Volkes und seine eigentümliche Sinnesart — nicht ganz unschuldig sind an dem Welthaß, der uns umbrändert. (Sehr richtig!) Ich wiederhole: Damit muß aufgeräumt werden. Das Deutschland nach dem Kriege muß so beschaffen sein, daß an der Freizeichlichkeit seiner Politik im Innern, der Friedlichkeit, Rechtschaffenheit, Offenheit seiner Politik nach außen kein Zweifel möglich ist. Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht. Große Zeiten und schwere Entschlüsse stehen uns noch bevor, unserer Partei und unserem ganzen Volke. Und wir könnten unter diesem Wert von Leiden und Sorgen zusammenbrechen, hielte uns nicht eines aufrecht: der Glaube an unsere große Idee, der Glaube an die unerschöpfliche Kraft des schaffenden Volkes. In diesem Sinne sage ich getrost: Großes haben wir erlebt, Größeres steht uns noch bevor. Der Krieg, der uns in allen Tiefen aufrüttelt und erschüttert, ist doch schließlich nur weltgeschichtlicher Alltagsblätter wie die Geschichte durch von den ältesten Zeiten: über die Völkerwanderungen, Kreuzzüge, Religionskriege, Franzosenkriege — wir finden kaum ein Blatt, das nicht von Blut trieft, keine Zeit, in der nicht Tausende von Menschen starben, ohne zu wissen, wofür. Der Krieg — das ist das hergebrachte Alte, die ewige Wiederkehr des Gleichen, nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert. Aber das, was wir wollen und wofür wir kämpfen, das ist das Unerhörte, das Große, das Neue! Das ist die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zur internationalen Völkergesellschaft und zum Sozialismus. So erscheint uns dieser Weltkrieg nur als das gewaltige Vorbild einer noch viel gewaltigeren Begebenheit, einer geistigen und sozialen Umwälzung, wie sie die Welt noch niemals erlebt hat.

Daß uns in diesen werdenden Ereignissen die schwerste Aufgabe zufallen wird, das wollen wir uns nicht verhehlen. Aber hat dieser Krieg nicht auch gezeigt, was ein Volk kann, wenn es muß? (Sehr wahr!) Nach dem Kriege heißt es für uns erst recht: wir müssen! Frieden — das heißt nicht, daß jeder Kampf aufhört, es heißt nur, daß wir nicht mehr wie die Bestien miteinander kämpfen, sondern wie zivilisierte Menschen. Wenn draußen

der letzte Schuß verhallt ist, dann wollen wir ausrufen: Der Krieg ist tot, es lebe der Kampf! Es lebe die Arbeit und der Kampf für ihr Recht. Wir marschieren und — wenn es sein muß — dann für men wir vorwärts! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag 33, dessen Beratung mit diesem Punkte verbunden wird, ist bereits genügend unterstützt. Die zu diesem Punkt weiter vorliegenden Anträge 34, 35, 36 werden genügend unterstützt. Die Aussprache über diesen Punkt soll in der Reihenfolge der vier Reserate stattfinden, und zwar findet zunächst die Debatte über die Demokratisierung statt.

Reus-Deffau: Es gab eine Zeit, da man versucht sein konnte, zu sagen, Sozialismus und Demokratie werde auch trotz der Sozialdemokratie kommen. Nach der Rede Scheidemanns kann man das nicht mehr sagen, denn nach dieser Rede öffnet sich ein breites Tor für begeisterte hoffnungsstrobe Arbeit. Es schwebt über diesem Parteitag ein besserer Geist als über manden Parteitag der Vergangenheit. Ich spreche es offen aus, daß mande, die diesem neuen Geist zuwider waren, heute nicht mehr hier sind und daß dies eine erfreuliche Grundlage für diese Entwicklung ist. (Sehr richtig!) Mit der Demokratie muß sich die Parlamentarisierung verbinden. Sie ist vorhanden, wenn so regiert wird, wie die Volksvertretung es will. Das kann aber nur dann geschehen, wenn sich in der Volksvertretung eine regierungsfähige Mehrheit bildet. Diese regierungsfähige Mehrheit muß nach Möglichkeit eine dauernde Mehrheit sein. Das wird nicht immer möglich sein. Wechselnde Mehrheiten sind unvermeidlich. Aber wir brauchen darum noch nicht zu glauben, daß das Beispiel anderer parlamentarisch regierter Länder für uns maßgebend sein muß. Es hängt vom Volkscharakter, von unseren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ab, wie weit sich eine feste parlamentarische Regierungsmehrheit herausstellt. Wir werden diese Mehrheit nicht schon sehr bald sein. Selbst aber wenn wir sie werden, und wir haben nicht die entsprechende wirtschaftliche Macht, dann können wir auch nicht so regieren, wie es eine solche Mehrheit möchte. Wir werden in absehbarer Zeit nur mit anderen diese Mehrheit sein und deshalb gilt es, festzustellen, daß unser Verhalten im Parlament — im Reich, im Staat und in der Gemeinde — nicht so sein kann wie unten im Volk, wo wir für unsere Grundsätze lehrend und aufklärend wirken. Wir müssen im Parlament alles tun, damit eine regierungsfähige Mehrheit da ist und selber ein Glied dieser Mehrheit sein. Auch das wird nicht immer möglich sein, es können sich selbstverständlich auch Mehrheiten gegen uns bilden, aber besser, es gibt eine regierungsfähige Mehrheit gegen uns als überhaupt keine. (Sehr richtig!) Das Ziel muß natürlich sein, daß wir bei dieser Mehrheit sind. Dann entsteht ein Mehrheitsprogramm, nach dem die Regierung, die dann dieser Mehrheit direkt oder indirekt entnommen wird, zu regieren hat. Aber dieses Programm kann, solange wir nicht selber die Mehrheit sind, natürlich nicht unser reines Parteiprogramm sein. Wir müssen schon darin einen Erfolg erblicken, wenn in diesem Mehrheitsprogramm einer Volksvertretung möglichst viel von unseren eigenen Zielen enthalten ist. Bisher war es im Reichstage nicht so, darum konnte es auch kein parlamentarisches Regieren geben. Es hat gefehlt an allen Parteien, an den bürgerlichen wie auch an uns. Das ist der Wandel der Zeit, der sich vollziehen muß, daß wir nunmehr uns so verhalten, daß wir das Glied einer Regierungsmehrheit wenigstens sein können. Unseren Parteigenossen im Lande müssen wir begeistern machen, daß, wenn wir aus taktischen Rücksichten im gegebenen Augenblick von unseren Grundsätzen abweichen müssen, wir darum unsere Grundsätze nicht aufgeben. Der Arbeiter, der als Sozialdemokrat sich von dem Unternehmer ausbeuten läßt, gibt auch darum seine Grundsätze

nicht auf, er fügt sich nur der Notwendigkeit. Man nennt uns beschimpfenderweise Regierungssozialisten. Wir sollten diesen Titel ehrenhalber annehmen und stolz darauf sein, in dem Sinne Regierungssozialisten zu werden, daß wir mitregieren wollen. Wir müssen es satt sein, immer nur zu kritisieren, draußen zu stehen, Lärm zu machen und die Fenster einzuwerfen. Unser ganzes Verhalten in den letzten Jahrzehnten hat sich ja mehr und mehr schon davon abgeben. Wenn wir Regierungssozialisten in dem Sinne sind, daß wir mit zu regieren haben, dann müssen wir Rücksichten des Augenblicks nehmen, müssen bei unseren Handlungen die Dogmatik aufgeben, wenn wir auch draußen in der Agitation dauernd unsere Grundsätze verkünden. Scheidemann hat mit Recht hervorgehoben, daß der Kapitalismus zwar auf der einen Seite als Großkapitalismus durch den Krieg gesteigert worden ist, daß aber auf der anderen Seite auch die Feinde gegen den Kapitalismus gewaltig zugenommen haben. Darum haben wir die beste Aussicht, daß das Volk uns nach diesem Kriege folgen wird, wenn wir nur geschickt vorgehen und wenn wir uns freimachen von jeder Dogmatik der Vergangenheit. Wir bleiben die Vertreter der Interessen der Arbeiter und führen als solche weiter den Klassenkampf, den Kampf für die Arbeiterklasse. Wir wollen als Arbeiterklasse im Staate die Macht erobern und in unserem Staate regieren. (Beifall.)

Pflichter-Stuttgart begründet den Antrag 34 auf Einsetzung eines Ausschusses mit dem Auftrag, ein vollständiges und in passender Sprache beschriebenes Aktionsprogramm so rasch wie möglich auszuarbeiten. Die Rede Scheidemanns und die vier Referate zeigen, daß man sich in der Parteileitung der großen Aufgaben der Zukunft in vollem Umfange bewußt ist. Etwas anderes als das, was in der Rede Scheidemanns und in den vier Referaten zum Ausdruck kommt, will der Stuttgarter Antrag eigentlich auch nicht. Er will keine Revision unseres Parteiprogramms an sich. Unser Erfurter Programm hat sich im Kriege als durchaus zutreffend erwiesen. Die Konzentration des Kapitals und damit die Vereinigung der wirtschaftlichen Macht in den Händen weniger hat in der Kriegszeit zugenommen. Breite Schichten des Mittelstandes werden zerrieben und ganz neue Gebilde geschaffen. Der Parteitag zeigt in allen Fragen den ernststen Willen, unter Aufrechterhaltung des bisherigen Charakters unserer Partei als Klassenkampfpartei auf allen Gebieten praktische Arbeit zu leisten und unseren Einfluß in die Wagschale zu werfen. Schon frühzeitig hat die Partei die Notwendigkeit der praktischen Arbeit erkannt und deshalb im zweiten Teil unseres Programmes praktische Gegenwartsforderungen aufgestellt. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß mit dem, was dort an praktischen Gegenwartsforderungen aufgestellt ist, nach dem Kriege nicht auszukommen sein wird. Der entsetzliche Krieg hat alles über den Haufen geworfen und hat ganz neue Verhältnisse geschaffen, zu denen wir Stellung nehmen müssen. Wir haben klar und deutlich auszusprechen, wie wir uns die Überwindung der furchtbaren Wirkungen des Krieges auf das Volk denken. Es ist kein Zweifel darüber, daß wir diese entsetzlichen Wirkungen in ihrem ganzen Umfange erst nach dem Kriege erkennen werden. Not und Elend werden — darüber bin ich mir durchaus nicht im unklaren — nach dem Kriege einen weit größeren Umfang annehmen als im Kriege selbst, und wenn dann Not und Elend, Arbeitslosigkeit, Lohnrückgang, teure Lebenshaltung zusammentreffen, dann wird die Folge davon in weiten Schichten Mitleidigkeit sein, wenn wir nicht imstande sind, dem Einhalt zu gebieten. Wir haben die Aufgabe, dem Volke gerade in diesem Augenblick den Weg aus diesem Elend heraus zu zeigen, so klar und deutlich, daß jeder ihn erkennen kann. Wir müssen in knappen Worten darlegen, wie wir uns die Aufgaben nach dem Kriege denken. Die Frage der Einordnung aller körperlich,

geistlich und wirtschaftlich geschädigten Existenzen in das normale Erwerbsleben ist in den Referaten bereits eingehend behandelt. Ebenso die Frage der finanziellen Gestaltung unserer Verhältnisse und die Frage der Umgruppierung der Industrie im Sinne der Bedürfnisse des Volkes und des Staatsebens, sowie auch die Frage der Beschaffung der Rohstoffe und der Handelsverträge. Es sind dann weiter von Scheidemann eine Reihe anderer Fragen bereits erörtert. Ganz besonders möchte ich die Worte Scheidemanns unterstreichen, daß bei der künftigen öffentlichen Bewirtschaftung die Möglichkeit gegeben sein muß, Kräfte, die sich als ungeeignet für die Arbeit erweisen, rechtzeitig und ohne Rücksicht zu entfernen. Die Ordnung in der Kriegszeit hätte in sehr vielen Fällen wirksamer und praktischer sein können, wenn nicht eine große Zahl von Kräften dabei tätig gewesen wäre, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen waren. Wenn wir hinausgehen und für unsere Grundsätze Propaganda entfalten, dann ist es notwendig, unser schriftliches Agitationsmaterial möglichst kurz und knapp zusammenzufassen und in solche Formen zu bringen, daß jeder uns versteht. Wir glauben, daß das ohne eine Kommission, zusammengesetzt aus Genossen aus allen Teilen des Reiches nicht geschehen kann, damit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag 34 gestellt. Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag dem Parteivorstand in dem Sinne überwiesen wird, daß dieser die Kommissionsmitglieder auswählt. Die Form ist uns Nebensache, die Hauptsache ist, daß wir bei Beendigung des Krieges gerüstet dastehen, um unseren Aufgaben in vollem Umfange gerecht werden zu können. (Bravo!)

Wilhelm Blas: Ich verteidige den Antrag Stuttgart so, daß wir nicht etwa zwei Programme nebeneinander haben sollen, das eigentliche und noch ein Aktionsprogramm daneben, sondern daß diese beiden Begriffe verschmolzen werden, daß wir ein eigentliches Aktionsprogramm bekommen, wie es ja früher auf dem Erfurter Parteitag schon angeregt worden ist, aber nicht die Billigung des Parteitages gefunden hat. Es ist vielleicht nicht unangebracht, in diesem Augenblick einen kurzen Rückblick zu werfen auf die Art und Weise, wie unsere Parteiprogramme sich verändert haben. Wir haben seit Entstehung der speziell deutschen Sozialdemokratie vier große Programme gehabt. Meine Altersgenossen und ich, wir haben unter drei verschiedenen Programmen der Partei gedient, und die Lehre, die aus diesem Programmwechsel entsteht, ist in erster Linie die, daß ein Programm nichts Unveränderliches ist, daß es den Zeitverhältnissen angepaßt werden muß. (Sehr richtig!) Ich erinnere an den schönen Ausspruch unseres verstorbenen Freundes Braide, der seinerzeit vor Gericht sagte: „Es ist unser Stolz, die geschichtliche Bewegung zu begreifen und uns ihr anzupassen.“ Die Programme unserer Partei sind alle kurzlebiger gewesen als das heutige. Das Kassaleiche Programm bestand im ganzen etwa 10 Jahre, das Eisenacher Programm von 1869 nur 8 Jahre, darauf folgte das Gothaer Programm von 1875, das 16 Jahre bestanden hat, darauf folgte das Erfurter Programm besteht schon 23 Jahre, es ist also das grösste, was wir bis jetzt gehabt haben. (Sehr gut!) Wir stehen vor einer Epoche, in der man unmöglich ein Programm bestehen lassen kann, wie es vor dieser großen Katastrophe geschaffen worden ist. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht darum, Grundsätze aufzugeben, ich will dieser banalen Einwendung schon von vornherein begegnen, sondern es handelt sich darum, im Programm zu berücksichtigen, soweit das geschehen kann, was sich in der Welt geändert hat. Dieser Weltkrieg ist ja der große Kladderadatsch gewesen und ist es noch, von dem so oft geredet worden ist. Und wenn man ihn als eine Revolution betrachtet — und man hat das Recht dazu —, so wird er in

seinen Wirkungen vielleicht die größte Revolution werden, die es jemals gegeben hat. (Sehr gut!) Eine Revolution braucht nicht immer nach dem Muster von 1793 sich zu vollziehen, denn es handelt sich dabei, um einen Ausspruch Alexander v. Humboldt's zu gebrauchen, darum, daß die Schwerpunkte sich verschieben, und das ist in dieser großen Katastrophe doch ganz gewiß der Fall gewesen. Auch diejenigen, die absolut der Meinung sind, daß bei einer solchen Umwälzung die Veränderungen in den Regierungsformen das erste sein müßten, können befriedigt sein, denn es sind ja nicht weniger als fünf Monarchien und eine kleine noch dazu gestürzt worden. (Sehr gut!) Lassalle hat uns gelehrt, daß bei einem Programm die Kürze die Würze ist. Mit anderen Worten: je kürzer ein Programm ist, desto größer wird seine Werbekraft sein. Lassalle hat ja bekanntlich in seinem Programm nur zwei Punkte gehabt, und diese Punkte haben eine solche Wirkung auf die Massen ausgeübt, daß wir später, als wir die verschiedenen Anschauungen verschmelzen mußten, genötigt waren, sie wieder in unser Programm aufzunehmen, obwohl wir ja gerade im Gegensatz dazu unser neues Programm gemacht haben. Ich erinnere daran, daß das eiserne Lohngesetz, obwohl es wissenschaftlich überwinden war, sich noch im Götthaer Programm behauptet hat. Unser jetziges Programm ist eigentlich eine ökonomische Abhandlung, die mit einigen politischen Punkten verziert ist. (Sehr richtig!) Das müßten wir anders machen. Neben dem Programm ist zu seiner Erklärung noch die Marx'sche Scholastik einhergegangen, die bekanntlich alles auf den Index gesetzt hat, was sich nicht buchstabengläubig zu allem bekannt hat, was im Programm enthalten war. Ich selber habe auf dem Erfurter Parteitag, als die Zeit verfloßen war, um das Programm noch einmal lange durchzuberaten, beantragt, es der Zeiterparnis wegen en bloc anzunehmen, da ich wußte, daß eine Veränderung nicht mehr zu erzielen war. Allein ich denke, daß wir uns heute im Programm von dieser Marx'schen Scholastik freimachen müssen, damit wir uns endlich von dem Einfluß der Leute befreien, die mit einem wahren Mönchsgeiz die Partei erfüllt haben. Es ist ja mit diesen Kautenträgern schon zum Teil aufgeräumt worden. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wir haben die Pflicht, ein neues Programm zu gestalten. Der vorgeschlagene Weg wird der richtige sein; eine solche Sache muß außerordentlich sorgfältig vorbereitet werden. Wir werden unserem Programm den Weg fördern helfen, den dieser Krieg eröffnet hat, die Demokratisierung Deutschlands und damit zusammenhängend die Befreiung unseres Volkes von der Klassenherrschaft. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Grabauer: Scheidemann hat mit Recht gesagt, daß Deutschland zu einem parlamentarischen und demokratischen Staatswesen werden wird. Die gesamte Entwicklung geht in dieser Richtung und die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, Träger dieser Entwicklung zu sein. Aber es ist wohl in diesem Saale niemand, der sich darüber täuschen wird, daß trotz der gewaltigen Ereignisse des Krieges und trotz aller neuen Ideen die damit eingezogen sind, doch die Widerstände gegen die Entwicklung, wie wir sie für notwendig halten, außerordentlich groß sind und voraussichtlich auch lange Zeit bleiben werden. Es wird ohne Zweifel eines sehr schweren Kampfes bedürfen, um den gewaltigen Widerstand, der von den konservativen Mächten gegen die Demokratisierung und Parlamentarisierung des Deutschen Reichs einsehen wird, zu überwinden. Die Konservativen und Alldeutschen wollen ja auch nicht zum wenigsten um bewahren den Sieges- und Machtfrieden, daß sie jagen können: Seht, wie haben sich unsere Staatseinrichtungen bewährt, wie Glänzendes haben wir auf Grund dieser Einrichtungen geleistet. Sie wollen durch den Eroberungsfrieden, wie sie ihn erstreben, zugleich den Gedanken der Demokratie niederzuschlagen. (Sehr

richtig!) Aber sie werden ihr Ziel nicht erreichen und der deutsche Staat wird große Umgestaltungen durchmachen müssen. Daß sich die Staatseinrichtungen Deutschlands, wie sie auf Grund der Verfassung von 1871 bestehen, nicht bewährt haben, nicht vor dem Kriege und nicht während des Krieges, das liegt vor unseren Augen. Die auswärtige Politik hat sich nicht bewährt und ich erinnere auch daran, wie schlecht sich in den Fragen des Ernährungswezens das deutsche Staatswesen bewährt hat. Der Mangel einer einheitlichen Reichsverwaltung, der Kampf der Bundesstaaten untereinander, der Kampf, den Botsck gegen Schorlemer, den Vertreter der preussischen Junkerinteressen zu führen hatte, waren Erscheinungen, die den Krieg für Deutschland ungeheuer erschwert haben und zweifellos beweisen, daß die bisherigen Staatseinrichtungen völlig unzureichend sind. Der Reichstag ist der einzige demokratische Bestandteil der deutschen Verfassung. Er ist aber bisher fast ohnmächtig geblieben, seinen Willen durchzubringen gegen die Ueberfülle der Macht, die im Bundesrat vereinigt ist und gegenüber den Klassenparlamenten in den Einzelstaaten. (Sehr richtig!) Der Kampf um den Bundesrat und der Kampf um die Klassenparlamente der Einzelstaaten, das sind die nächsten und größten Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft. (Sehr richtig!) Wenn Peus über die Erringung des parlamentarischen Systems gesprochen hat, so muß ich das, was er sagte, als Zukunftsmöglichkeit gelten lassen. Aber die Schwierigkeiten erscheinen mir auch hier noch sehr groß. Es ist im Laufe der letzten Monate wiederholt der Vorwurf erhoben, daß die Reichstagsfraktion nicht genügend für die Eroberung des parlamentarischen Systems gewirkt hat. Das ist eine falsche Auffassung. Wir sind voll überzeugt von der Notwendigkeit der Erringung des parlamentarischen Systems in Deutschland. Ueber Einzelheiten in der Ausgestaltung der Regierungsweise läßt sich reden, sie braucht nicht voll nach dem Vorbild der westlichen Staaten gemacht zu werden. Aber der Grundsatz, daß die organische Einheit zwischen Volksvertretung und Regierung hergestellt, und daß die Richtung der Politik von der Volksvertretung gegeben werden muß, der ist unzweifelhaft, er beruht auf Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. (Sehr richtig!) Da liegen die Dinge noch sehr schwierig. Ich kann nicht näher eingehen auf die jammervollen Erscheinungen, die wir seit dem letzten Wechsel in der Reichsleitung erlebt haben. Ich erinnere aber daran, daß Staatssekretär v. Kühlmann, als er über den neuen Sonderausschuß des Reichstags sprach, erklärt hat, noch nie sei wohl in einem Staate so intim zwischen Regierung und Volksvertretung eine hohe diplomatische Aufgabe gelöst worden. Er hat dabei nur vergessen, daß in demokratischen und parlamentarischen Staaten die Regierung der Vertrauensauschuß der Parlamentsmehrheit ist, so daß dort ein solch zufälliges, vereinzeltes Zusammenarbeiten gar nicht in Frage kommen kann. Die bisherigen Versuche des Reichstages, auf die Zusammensetzung der Reichsleitung und auf ihre Politik mehr Einfluß zu erlangen, sind noch wenig erfolgreich geblieben. Um zum wirklichen Parlamentarismus zu kommen, dazu bedarf es einer festen Mehrheitsbildung im Reichstag. Ich glaube mich darüber nicht zu täuschen, daß es auch damit noch allerlei Schwierigkeiten hat. Wir haben bei der Friedensresolution ein gutes Zusammenarbeiten der Mehrheitsparteien gehabt, aber bei drei wichtigen Vorlagen der letzten Zeit ist die Mehrheit nicht beieinander geblieben. Es wird eine sehr schwierige Aufgabe sein, eine Mehrheit herzustellen, auf Grund deren dann eine dauernde Regierungsarbeit möglich sein wird. Wir Sozialdemokraten können aber keine Sehnsucht danach haben, in der Regierung zu sitzen. Ich bin mit Scheidemann der Auffassung, daß wir Verantwortungen übernehmen müssen, wenn sie an uns herantreten. Aber unnützerweise und vorzeitig auf Brücken zu treten, die noch nicht ge-

nügend fest sind, das erscheint mir jedenfalls in der gegenwärtigen Situation nicht erforderlich. Die Zeiten überstürzen sich. Was vielleicht schon in Monaten kommen wird, will ich nicht vorausnehmen. Jedenfalls werden wir in diesen Dingen eine große Zurückhaltung bewahren müssen. Wenn das parlamentarische System in Deutschland angetastet wird, so dürfen wir auch nicht ver-gessen, daß das damit zugleich tief in die bundesstaatlichen Grundlagen des Reiches eingegriffen wird. Wir erhalten dann eine neue Reichsregierung, während der Bundesrat, der jetzt der eigentliche Träger der Reichsouveränität ist, aus dieser Stellung bedeutend herabgedrückt wird. Dagegen wehren sich gerade auch die süddeutschen Staaten, die doch bisher Preußen gegenüber eine demokratische Entwicklung gefördert haben. (Sehr richtig!) Die entscheidende Frage in der Richtung zur Demokratie ist die preussische Wahlrechtsfrage, ihr muß all unsere Arbeit in der nächsten Zeit gelten. Ich warne davor, zu glauben, daß wir hier schon über den Berg sind. (Sehr richtig!) Wir werden im preussischen Abgeordnetenhaus den größten Widerstand zu überwinden haben. Wir müssen alle Kräfte mobilisieren und dürfen die Regierung nicht im Zweifel lassen, daß wir auf diesem Gebiete eine Verschleppung in keiner Weise dulden werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ginter allen parlamentarischen Fragen steht aber in letzter Linie ein noch weit größeres Problem, das Problem, unser Volk aus Untertanen zu Staatsbürgern zu machen. Eine großes Erziehungswort im Volke muß einziehen, das gesamte Bildungswesen muß mit staatsbürgerlich-demokratischem Geiste durchtränkt werden. Gerade auch in der Kriegszeit ist es erst vielen zum Bewußtsein gekommen, wie wenig Kenntnisse über die einfachsten geographischen, geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Tatsachen verbreitet sind. Hier ist eine gewaltige Arbeit zu verrichten, denn noch immer und jetzt erst recht gilt das alte Wort: Wissen ist Macht. Erst wenn das ganze Volk mit Wissen durchdrungen ist, erst dann werden wir die Demokratie in vollkommener Form und in größter Leistungsfähigkeit erreichen können. In dieser furchtbar traurigen Zeit kann es für uns nur den einen Trost geben, daß wir arbeiten, um das Elend und die Wunden zu heilen und wir wollen es tun, indem wir festhalten an unserer alten Lösung: Alles für das Volk, aber auch alles durch das Volk. (Lebhafte Beifall.)

Reise-Oldenburg: Würden wir auf die Arbeit der Schule warten müssen, dann würde noch eine lange Zeit vergehen. Es ist klar, daß die Neuorientierung nicht nur eine Parlamentarisierung in sich schließt, sondern daß wir auch dafür sorgen müssen, daß es in der Verwaltung anders wird. Gerade die Verwaltungsarbeit fordert zu Mißtrauen heraus. Wir haben während des Krieges die Erfahrung gemacht, daß Rechtsanwälte und andere Leute, die in Verwaltungsstellen berufen wurden und früher ziemlich freisinnig waren, in ihrer neuen Tätigkeit genau so reaktionär waren wie alle andern. Diese ganzen reaktionären Verwaltungsmaximen sind doch nur möglich, weil noch immer so viel Arbeiter Jucht haben vor Dingen, die gar nicht existieren. Daß sich in letzter Zeit so viele kleine Leute in die Vaterlandspartei hineingeworfen lassen, ist doch ein Beweis dafür. Nicht nur die Beamten, sondern auch die Staatsarbeiter sind äußerst ängstlich. Die Gewerkschaften wissen, daß die Staatsarbeiter für die Durchführung ihrer Forderungen oft sehr wenig tun. Es ist bei den Arbeitern wenig bekannt, daß wir vor hundert Jahren dieselbe Situation hatten. Auch damals hat der Krieg gewaltige Umwälzungen hervorgerufen. Da muß man doch annehmen, daß dieser Krieg, der doch viel gewaltiger ist, noch viel größere Umwälzungen bringen muß. Schon allein aus der Geschichte heraus müßte allen Arbeitern diese Erkenntnis kommen. Noch immer gilt das Wort:

„Der Große Hochmut wird sich legen,
Wenn unsere Kriecherei sich legt.“

Die Erfahrung lehrt, daß unsere Leute in den verschiedensten Vertretungs-körperschaften den bürgerlichen Vertretungen gemach, ja sogar oft überlegen sind. Von diesem Gesichtspunkt aus brauchen wir auch bei der Uebernahme von Verantwortlichkeiten nicht so ängstlich zu sein, wie manche radikale Kreise.

Bismarck-Lübeck: Es erscheint mir unbedingt nötig, daß die Erörterung über die Parlamentarisierung Deutschlands aus dem Zustand nebelhafter Ge-bilde herausgebracht wird. Auf einen Sieg werden wir sowie die Widerstände gegen die Parlamentarisierung nicht brechen können. Landsberg hat in seinem Referat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Art, wie bisher in Preußen Deutschland Staatsmänner gemacht werden, unhaltbar ist. Aus diesem Grunde sollten wir fordern, Mitwirkung des Reichstags bei der Wahl des Reichskanzlers. Auch Heilmann hat in seinem bekannten Artikel in der „Blode“ gefordert, daß vor Berufung eines neuen Kanzlers die Parteiführer erst gehört werden sollen. Die Krone könnte ja beim Kanzlerwechsel den Ausschlag geben, aber sie müßte verpflichtet sein, den neuen Mann den Mehrheitsparteien zu ent-scheiden. Da zurzeit keine der vorhandenen Parteien die Mehrheit im Reichstag hat, müßten sich bei jedem Kanzlerwechsel die Mehrheitsparteien als solche kon-sultieren, was ein sehr interessantes neues Moment im politischen Leben ab-gibt und doch ganz aus den Erfahrungen der Gegenwart und Wirklichkeit ab-geleitet wäre. Vom demokratischen Standpunkt wäre das ja auch nur ein Kompromiß, aber man bekommt doch jetzt überhaupt so leicht nichts anderes durch als einen Kompromiß. Das demokratische Ideal bleibt natürlich das Recht, den Kanzler selbst zu stellen.

Natürlich muß auch die Entlassung des Reichskanzlers möglich sein. Aber es ist einer Demokratie unwürdig, so vorzugehen, wie gegen Bethmann Hollweg. Der Kanzlersturz muß die Folge eines Mißtrauensvotums des Reichstags sein. Die Ministerverantwortlichkeit würde andernfalls nur auf dem Papier stehen. Eine weitere wichtige Forderung, die einen Fortschritt bedeuten würde, ist das Initiativrecht des Reichstags. Weiter sollte als drittes gefordert werden: die Bundesratsitzungen dürfen nicht mehr geheim sein. Dann würde der Zu-sammenhang zwischen Einzelstaat und Reich klarer und die Wähler in den Einzelstaaten würden auf das Geschehen im Reich einen größeren Einfluß gewinnen. Ein weniger guter Ersatz dafür wäre das Zusammentreten des Bundesrats mit einem Ausschuß des Reichstags. Es dürfte gar nichts schaden, wenn die Reichstagsabgeordneten irgendwie ihre Stimmen im Bundesrat geltend machen können. Die wichtigste Forderung bleibt natürlich die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen Bundesstaaten, vor allem in Preußen. Alle Widerstände der Junter müssen gebrochen werden. Im Königreich Sachsen hat man es bereits abgelehnt, in anderen Bundesstaaten zum Teil Ausflüsse recht erklärt. Nur in Hamburg hat man sich grundsätzlich für das gleiche Wahl-recht erklärt. Wir in Lübeck fanden bei den bürgerlichen Vertretern starke Widerstände, vor allem gegen das Frauenwahlrecht. In Sachsen-Altenburg ist noch gar nichts geschehen und in den beiden Mecklenburg sind die Versuche der Großherzöge, eine Verfassungsänderung durchzuführen, noch immer von der Ritterschaft in scharfster Weise zurückgewiesen worden. Hier muß die Reichs-gegebung Wandel schaffen.

Die Erwerbung der Staatsangehörigkeit muß ebenfalls erleichtert werden. Der ununterbrochene Aufenthalt mit einer ununterbrochenen Steuerleistung von fünf Jahren, wie das heute noch in den Hansestädten für die Erlangung des Wahlrechts vorgeschrieben ist, kann nicht mehr zeitgemäß genannt werden.

Die Naturalisation der Ausländer, namentlich, wenn sie in Deutschland geboren sind, muß ebenfalls erleichtert werden. Es darf nicht wieder vorkommen, wie in diesem Kriege, daß englische Staatsangehörige, deren Väter schon in Deutschland gelebt, die niemals England gesehen haben und die englische Sprache überhaupt nicht sprechen, als Engländer behandelt und interniert werden. Ferner ist vorgekommen, daß staatenlose Abstammlinge von Stände- und deren Väter schon in Deutschland geboren wurden, Schwierigkeiten bei ihrer Naturalisation hatten, obwohl sie sich freiwillig zum Frontdienst gemeldet haben und für Deutschland ihr Leben einsetzen. Die Demokratisierung in Deutschland wird und muß kommen. (Beifall.)

Donath-Bremen: Ich bin mit Blas der Meinung, daß unser Programm einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden muß. Die Frage ist nur, ob es dazu jetzt nicht noch zu früh ist. (Sehr richtig!) Wir befinden uns noch mitten in der Umwälzung und sollten mit der Einsetzung des Ausschusses lieber warten, bis wir einen Ueberblick über die Entwicklung nach dem Kriege haben. Scheidemann hat in glänzender Weise auseinandergesetzt, daß die Demokratisierung Deutschlands eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes ist. Aber wenn wir die Demokratisierung durchsetzen wollen, dann müssen vorher die Rechte des Parlaments erweitert werden. Deshalb ist es außerordentlich bedauerlich, daß sich im letzten Augenblick ein Genosse fand, der in scharfer Weise gegen die Parlamentarisierung zu Felde zog. Ich meine den Artikel Heilmanns in der „Macke“, der im gegenwärtigen Augenblick eine grobe Taktlosigkeit und geeignet ist, die Interessen der Partei schwer zu schädigen. Heilmann hat mit diesem Artikel bei den schärfsten Gegnern der Parlamentarisierung Anlaß gefunden. In der vorigen Woche ist er von dem in der großen Mehrheit aus Bürgerlichen zusammengesetzten Werbeausschuß für die Kriegsanleihe in Bremen nach dort gerufen worden und hat dort geredet, was sein gutes Recht ist. Aber niemand von unseren Gegnern in Bremen wäre wohl auf den Gedanken gekommen, gerade ihn zu holen, wenn er nicht vorher den Artikel gegen die Parlamentarisierung geschrieben hätte. Die Reichstagsfraktion muß mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß in allen Bundesstaaten das gleiche Wahlrecht eingeführt wird. Gewiß, für Preußen ist es versprochen, aber schwere Kämpfe werden noch zu bestehen sein. Wir haben das gleiche Wahlrecht in Preußen noch nicht und wir haben es noch lange nicht in den drei Hansestädten. Eines der rüchständigen Wahlrechte besteht in Bremen und gerade die Bremer Freisinnigen weigern sich, für das Reichstagswahlrecht in Bremen einzutreten. Grundsätzlich sind sie gewiß dafür, aber sie sagen, Bremen sei ein Staathat und kein Parlament nicht nur eine gesetzgebende, sondern auch verwaltende Körperschaft, in der die Sozialdemokratie keinen zu großen Einfluß haben dürfe. Seit Monaten besteht in Bremen ein Ausschuß zur Beratung der Wahlforschfrage, der hinter verschlossenen Türen tagt und von dessen Arbeiten wir nichts mitteilen können. Aber wer die Bremer Patrizier kennt, weiß, daß sie nichts freiwillig von ihren Vorrechten aufgeben. Die Bremer Arbeiterschaft will jedoch, wie die preußische und wie die Arbeiterschaft des ganzen Reiches, das gleiche Wahlrecht und wird es sich erkämpfen. In diesem Kampfe hofft sie auf die Unterstützung der Reichstagsfraktion. Dann wird auch der beschämende Zustand ein Ende nehmen, daß beide Mecklenburg gar keine Volksvertretung haben. Wir in Bremen haben einen besonders schweren Stand, weil bei uns die Fortschrittler unter der Führung des früheren freisinnigen Abgeordneten Hormann sich der Vaterlandspartei angeschlossen haben und mit der Begründung für die Vaterlandspartei arbeiten, diese Partei habe die innere Politik aus ihrer Betätigung ausgeschlossen. Wir wissen

genau, daß die Vaterlandspartei diese Karole nur ausgegeben hat, um auch bei den Liberalen Mitglieder zu finden. (Sehr wahr!)

Heinrich Schulz: Bisher sind die nächsten Aufgaben der Partei fast nur nach ihrer gegenständlichen Seite hin behandelt worden. Nur Gradnauer hat auch schon auf die andere wichtige Seite der Angelegenheit hingedeutet. Ich will hierauf etwas näher eingehen. Die Gegenstände, um die es sich hier handelt, sind an sich sehr wichtig, aber Gegenstände werden durch Menschen bewegt; eine Demokratie ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn der Demos aus Menschen besteht, die wissen, was sie wollen. Die sozialistische Demokratie stellt an die Menschen noch größere Anforderungen. Menschen, die selber ihr Geschick im Sinne des Sozialismus bestimmen sollen, müssen die selber ihr Geschick im Sinne des Sozialismus will. Man hat Gradnauer entgegengehalten, die Schule könne dabei so schnell nicht helfen. Darauf ist zu erwidern, daß die Demokratie und der Sozialismus auch nicht Angelegenheiten von morgen und übermorgen sind. Deshalb ist es eine der wichtigsten nächsten Aufgaben der Partei, die Massen sozialistisch zu schulen. Ich verlange mit Scheidemann einen Sozialismus der Tat. Aber um tätig zu sein, muß man wissen, wie eine bestimmte große oder kleine Aufgabe vom Standpunkt des Sozialismus aus gelöst werden muß, und dieses Verständnis müssen wir in den Massen heranbilden. Wenn die zukünftige Gestaltung unserer innerpolitischen Zustände in Deutschland neue politische Aufgaben gestellt werden, dann ist vor hundert und tausende neuer praktischer Aufgaben gestellt werden, dann ist es notwendig, daß diese Hunderte und Tausende, ja vielleicht Hunderttausende es notwendig, daß diese Hunderte und Tausende, ja vielleicht Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, von Männern und Frauen im einzelnen Fall auch wissen, wie sie im Sinne des Sozialismus praktisch die Entscheidung zu treffen haben. Es wäre doch ein gar zu bescheidener Trost, wenn wir sagen würden: wem der Sozialismus ein Amt gibt, dem gibt er auch den nötigen Verstand. Nach dem Kriege ist eine planmäßige sozialistische Bildungsarbeit nötiger als je zuvor. Die Bildungsarbeit ist bisher auf dem Parteitag fast gar nicht behandelt worden. Das ist leider auch eine Kriegswirkung, denn während des Krieges ist unsere Bildungsarbeit fast ganz zusammengebrochen, weil Lehren und Hörer sich im Felde befinden. Wir können die Bildungsarbeit nach dem Kriege nicht nach dem alten Schema wieder aufnehmen, sie ist durch die Kriegserfahrungen in mannigfacher Weise beeinflusst worden. Wir müssen unsere Methoden sicherlich in vielen Beziehungen ändern; aber darüber müssen wir uns auch klar sein, daß wir eine planmäßige Schulung im Sinne des Sozialismus nach dem Kriege noch nötiger haben als früher. Die Bildungsarbeit der Erwachsenen allein tut es nicht, wir brauchen dazu auch eine solide Jugendbewegung. Unsere Jugendbewegung hat auch viel aus dem Kriege gelernt. Vor kurzem hat in Berlin eine Konferenz unserer Jugendbewegung stattgefunden, die sich mit den Kriegserfahrungen beschäftigt hat. Ihr erfreuliches Ergebnis war die einmütige Feststellung, daß unsere Jugendbewegung in Zukunft noch viel entschiedener und ungewandelter als früher eine Sache der Erziehung und nicht als eine Sache der Politik angesehen werden muß. Die Erziehung beginnt aber nicht erst mit dem 14. oder 18. Lebensjahr, da hört sie in gewissem Sinne schon auf, soweit es sich um die Einwirkung Erwachsener auf die Jugend handelt. Wir müssen tiefer zur Wurzel hinuntergehen. Von der richtigen Jugendbildung hängt viel für die zukünftige Gestaltung des Menschen ab. Wir dürfen auch für die Zukunftsaufgaben des Sozialismus die Erziehung in den ersten Kinderjahren nicht unterschätzen. Bisher haben wir darauf viel zu wenig Einfluß ausgeübt. Die Schule war sozialistenfeindlich; auf Grund von allerhöchsten Erlässen waren die Lehrer gezwungen, im sozialistenfeindlichen Sinne zu unterrichten. Das Arbeiterhaus war in den meisten

Fällen weder objektiv noch subjektiv zur Erziehung geeignet. Die ersten starken Einflüsse aber erhält das Kind im Arbeiterhause und in der Schule. Nun liegt mir nichts fern, als die Kinder zu Sozialdemokraten zu machen. Das wäre eine pädagogische Barbarei schlimmster Art. (Sehr richtig!) Aber es handelt sich hier gar nicht um die Sozialdemokratie als Kampfpartei, es handelt sich um den Sozialismus als Weltanschauung der Zukunft, als Gestalter der Zukunft unseres Volkes. Die Kinder müßten frühzeitig in die Gedankenwelt dieses Sozialismus eingeführt werden. Der Sozialismus hat im Kriege eine Bedeutung erlangt, die weit in alle Zukunft hineinreichen wird. Diese Bedeutung wird sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zeigen, und auch die Schule wird sich dem Einfluß des Sozialismus nicht entziehen können. Die Schule der Zukunft wird nicht mehr sozialistenfeindlich sein können und sie wird ihre Aufgabe nicht mehr in der Bekämpfung des Sozialismus sehen. Ferner muß das Arbeiterhaus in seiner Erziehungsfähigkeit gestärkt werden. Dazu brauchen wir die Mütter. In diesem Zusammenhange weise ich auf die durch den Krieg ungeheuer gesteigerte Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung hin. Ohne die Mütter im Hause ist eine häusliche Erziehung nicht denkbar. Wenn aber die Mütter auch nach dem Kriege in dem bisherigen Umfange in der Industrie und im Handel beschäftigt sein werden, so können sie ihren Erziehungsaufgaben im Hause nicht nachkommen. Daraus ergibt sich, daß von der Gesellschaft neue Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Kindern den Segen planmäßiger Erziehungsarbeit zuteil werden zu lassen. So erwächst der Gesellschaft eine Fülle neuer Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge. Für alle diese Aufgaben müssen wir uns den notwendigen Einfluß für die Zukunft sichern. Im einzelnen kann ich das jetzt angefaßt der engen Schranken der Redezeit nicht ausführen. Ich wollte nur die Aufmerksamkeit des Parteitag auf diese wichtige Frage lenken und die Ansprüche der Erziehung im weitesten Sinne des Wortes bei der Lösung der nächsten Aufgaben der Partei angemeldet haben.

Das Schlußwort zum Teil „Demokratisierung“ erhält

Landberg-Magdeburg: Ich brauche nicht lange zu sprechen, denn mein Referat ist von keiner Seite angefochten worden. Es wäre ja auch verwunderlich gewesen, wenn Widerspruch erfolgt wäre; denn wir sind in der Frage der Demokratisierung und auch darin einig, daß über diese Frage nicht mehr zu reden ist, sondern daß die Demokratisierung verwirklicht werden muß. (Sehr richtig!) Ich schlage vor, die Anträge 28, 32 und 33, die sich auf Aktionen der Reichstagsfraktion beziehen, dem Vorstand der Reichstagsfraktion und die Anträge 34 bis 36, die Forderungen an die Gesamtpartei erheben, dem Parteivorstand zu überweisen, wobei ich mitteilen kann, daß der Parteivorstand den im Antrag 34 geforderten Ausschuß einsetzen will.

Ich glaube nicht, daß Sie die Genugtuung, die Reus über die Abwesenheit von Männern geäußert hat, mit denen wir Jahrzehnte hindurch in Reich und Glied gekämpft haben, teilen. (Sehr richtig!) Der Beschluß, in dem Sie Ihre Sehnsucht nach der Einheit der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck gegeben haben, spricht dagegen. (Sehr richtig!) Ich habe schon in der Schule gelernt: Je gewaltiger ein Organismus ist, für desto größere Gegensätze hat er Platz. Reus kann gewiß sein, daß seine Anschauungen den Männern, von denen er spricht, genau so unsympathisch sind, als ihm die ihrigen. (Sehr richtig!) Auf dieser Grundlage müßte eine Verständigung zwischen Reus und den anderen möglich sein. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das gewaltige Gebäude der sozialdemokratischen Gedankenwelt muß Männer und Frauen aufnehmen können, deren verschiedenes Temperament, deren verschiedene persönliche Ver-

hältnisse und deren verschiedenes Urteilsvermögen, Verschiedenheiten in der Auffassung bedingen, und es kann all diese Männer und Frauen aufnehmen. Uns ist jeder willkommen, dessen Herz von der Sehnsucht nach einem freien Deutschland, nach einer Gesellschaft ohne Feind und ohne Unwissenheit, nach einem Bunde aller Völker erfüllt ist. (Sehr gut!) Wir erwarten den Sieg des Sozialismus und des Gedankens der Internationale nicht von dem Wohlwollen guter Menschen. Das politisch befreite Volk wird im friedlichen Ringen die sozialistischen Ideale der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Verbrüderung der Völker verwirklichen. Auch die politische Befreiung ist eine Aufgabe, die wir den arbeitenden Schichten des Volkes selbst zuweisen. Wir werden in diesem Kampf die Hilfe keines Bundesgenossen verschmähen, aber wir lassen auch keinen Zweifel daran, daß wir mit kleinen Zugeständnissen, mit etwas Fassade, die am Wesen des Obrigkeitstales nichts ändert, uns nicht abfinden lassen. (Sehr wahr!) Kompromisse in dem Sinne, daß wir auf das Recht, das mit uns geboren ist, verzichten, auch nur teilweise verzichten, kann es nicht geben, darf es nicht geben, denn vom völligen reiflosen Sieg der deutschen Demokratie hängt das Schicksal des deutschen Volkes ab. (Beifall.) Richtig ist, daß wir kraftvolle Widerstände werden überwinden müssen. Wir sind uns darüber einig, daß die Gründung der Vaterlandspartei nichts anderes bezweckt, als den Widerstand gegen die notwendig gewordenen Reformen zu organisieren. Man spricht vom deutschen Frieden und man meint das preußische Dreiklassenwahlrecht. (Zustimmung.) Es wäre verhängnisvoll, wenn wir uns auf die Osterbotschaft des Königs von Preußen und ihre Ergänzung verlassen wollten. (Sehr richtig!) Beide Urkunden sind wertvoll, denn sie gestehen zu, daß das Deutschland nach dem Kriege auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhen muß. Aber sie sind keine Garantie des Sieges dieses Rechtes. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird erkämpft werden müssen und gerade dieser Kampf, der mit einem Sieg enden muß, wird seinen Wert erhöhen. In der Aussprache ist mehrfach des Schicksals der kleineren Bundesstaaten gedacht worden, die unter ähnlich rückwärtlichen Verhältnissen stehen wie wir in Preußen. Den Genossen kann ich nur sagen: Fällt das preußische Dreiklassenhaus, so kann es in keinem deutschen Bundesstaat noch ein reaktionäres Wahlrecht geben. (Sehr richtig!) Ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlupfwinkel mehr für die Reaktion in Deutschland. (Sehr wahr!) Haben wir das Selbstbestimmungsrecht in Staat und Reich, so wird das deutsche Volk die großen Kulturaufgaben lösen können, die heute noch durch die Wahlrechtsfrage zurückgebrängt werden. Der Aufstieg des deutschen Volkes zur Kultur hat zur Voraussetzung die Lösung der Wahlrechtsfrage in Preußen und den anderen Bundesstaaten. (Sehr richtig!) Wir richten an die Massen des deutschen Volkes die Aufforderung: seid bereit, die Stunde ist gekommen, die Forderungen der Reaktion zu stürmen. Wir denken nicht daran, mehr Kraft an die Verwirklichung unserer Forderungen zu verwenden, als wir einsetzen müssen. Wir sind geleitet vom ökonomischen Prinzip, das uns lehrt, daß es gilt, den größtmöglichen Erfolg mit Einfluß der denkbar geringsten Kraft zu erreichen. Aber wir sind gewillt, alle Kraft aufzubieten, die nötig ist, um uns zu befreien. Wir haben gestern die herrschenden Gewalten durch Annahme der Entschädigung Löhne auf die Verantwortung hingewiesen, mit der sie sich belassen, wenn sie ihren freizeitlichen Versprechungen nicht die Taten folgen lassen. Mögen sie unsere Worte verstehen. Die Geschichte fragt nur danach, ob die Notwendigkeiten der Zeit erfüllt worden sind, nicht danach, mit welchen Mitteln sie erfüllt worden sind. (Sehr richtig!) Und den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn die Einigkeit wird eure Kraft verviel-

sachen und Ihr könnt nicht genug Kraft besitzen in den bevorstehenden Kämpfen. Und seid begeistert, denn Ihr braucht Begeisterung, um große Dinge zu vollbringen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf vertagt der Parteitag die weiteren Verhandlungen auf Freitag vormittag.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 19. Oktober 1917. — Vormittagsitzung.

Auer eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß wieder eine große Anzahl von Briefen aus der Front eingegangen sind, die dem Parteitag guten Verlauf wünschen. (Bravo!)

Zum Punkt: Wahl des Parteivorstandes erhält zu einer Erklärung das Wort:

Müller (Parteivorstand): Nach § 14 des Organisationsstatuts hat der Parteitag die Wahl des Parteivorstandes vorzunehmen. Es ist nicht meine Absicht, zur Personenfrage irgend etwas zu sagen, aber die Mitglieder des bisherigen Vorstandes halten doch einige allgemeine Bemerkungen für notwendig. Sie wissen, daß Veränderungen im Parteivorstand dadurch vor sich gegangen sind, daß Mitglieder ausgeschieden sind. Ich verweise ferner darauf, daß nach § 14 die Anzahl der besetzten Schriftführer im Parteivorstand jeweilig von jedem Parteitag festzustellen ist. Eine Vermehrung der Zahl der Schriftführer hält der Parteivorstand zurzeit nicht für notwendig. In einzelnen Momenten ist die Arbeit im Laufe des Krieges geringer geworden, aber auf der anderen Seite sind auch eine Reihe von Arbeiten hinzugekommen, so insbesondere der Verkehr mit den Behörden im Interesse der Arbeiter, der Arbeiterfrauen, der Arbeiterwitwen usw. hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Das sind ja Dinge, mit denen wir früher nichts oder sehr wenig zu tun hatten. Auch an die Agitationskraft der Mitglieder werden, besonders in der letzten Zeit, hohe Anforderungen gestellt. Aber wir sind trotzdem der Meinung, daß die bisherige Zahl der Mitglieder des Vorstandes diese Arbeiten erledigen kann, wenn Hilfsarbeiter hinzugezogen werden, die gewisse Dinge, selbstverständlich unter Verantwortung des Parteivorstandes, selbständig erledigen. Andererseits kommt in Betracht, daß nach § 14 des Statuts unter den Schriftführern sich eine Genossin befinden muß. Wir sind der Auffassung, daß diese Bestimmung natürlich aufrechterhalten werden muß, daß also auch in Zukunft wieder eine Genossin unter den Schriftführern im Parteivorstand sein muß. Es wird aber deswegen eine Vermehrung der Zahl der besetzten Schriftführer trotzdem nicht notwendig sein, weil wir leider in diesem Jahre mit dem Ausscheiden unseres Genossen Gerisch aus dem Vorstand zu rechnen haben. Gerisch ist seit längerer Zeit krank. Er hat sich bemüht, auch während des Krieges, soweit es seine Kräfte irgendwie erlaubten, an den Arbeiten des Vorstandes teilzunehmen. Aber sein Gesundheitszustand ist doch mit der Zeit derart geworden, daß er laufend im Parteivorstand nicht mehr tätig sein kann. Wenn also Gerisch ausscheidet und eine Schriftführerin gewählt wird, so kann die Zahl der besetzten Schriftführer die gleiche bleiben.

Ich möchte bei der Gelegenheit nicht veräumen, darauf hinzuweisen, welche große Verdienste sich Gerisch in seiner 27jährigen Tätigkeit im Parteivorstand um die Partei erworben hat. (Bravo!) Er ist nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 bekanntlich gemeinsam mit Paul Singer zum Vorsitzenden der Partei gewählt worden und hat dann später, als Befehl, der damals noch Kassierer war, die Kasse abgab, diese übernommen. Er hat sich als

kassierer große Verdienste um die Partei erworben, und wenn wir heute in diesem vierten Kriegsjahr mit unserer Organisation und mit unserer Parteipresse noch durchhalten können, so ist das ein Verdienst der Finanzpolitik, die in der Parteigeschichte mit dem Namen Gerisch für immer verknüpft sein wird. (Bravo!) Ich weise besonders darauf hin, wie Gerisch schon frühzeitig immer wieder darauf gedrängt hat, ein Netz von Zeitungen in Rheinlands-Westfalen, in der Zentrumsdomäne, zu schaffen, um auch in jener industriellen Gegend erfolgreich für die Ziele der Sozialdemokratie wirken zu können. Aber auch darüber hinaus, möchte ich sagen, daß wir Gerisch in dieser langjährigen Tätigkeit in bezug auf Wissen, Charakter und Gemüt als einen ganz außerordentlichen Menschen kennengelernt haben; in jeder Beziehung ist er uns stets ein treuer Kamerad in diesen langen Jahren gewesen. Ich bin überzeugt, daß Gerisch von den Parteigenossen, die ihn kannten, ebenso geübert worden ist wie von uns. (Allseitige Zustimmung.) Ich hoffe, daß es würdevoll worden ist wie von uns. (Allseitige Zustimmung.) Ich hoffe, daß es ihm vergönnt sein wird, noch Jahre zu erleben, in denen er wieder eine einmige, geschlossene, starke Partei um sich sehen wird, was immer sein Ideal gewesen ist. Ich bin überzeugt, daß die Partei ihm für das, was er ihr geleistet hat, stets dankbar sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Auer: Zu dem, was Müller über Gerisch gesagt hat, kann ich wohl die einstimmige und herzliche Zustimmung des Parteitages feststellen. (Allseitige Zustimmung.)

Von dem Genossen **Heilmann** liegt folgende Erklärung zu Protokoll vor:

Genosse **Brücker**-Berlin hat im Laufe der Debatte seinem Unwillen über Ausbruch gegeben, daß ich geschrieben hätte, das preußische Wahlrecht habe bis nach dem Kriege Zeit. Wenn er hinzugefügt hätte, daß es sich um eine Auslösung in der „Chemnitzer Volkstimme“ aus der Anfangszeit des Krieges handelte, wäre diese Bemerkung wohl viel verständlicher gewesen. Genosse **Donath**-Bremen hat von einer Kriegsanleihe-Versammlung in Bremen gesprochen, zu der ich eingeladen war. Tatsächlich habe ich diese Einladung erst angenommen, als die Bremer Parteileitung mir auf Anfrage mitteilte, daß sie gegen diesen Vortrag nicht das mindeste einzuwenden hätte, und ich habe selbst diese Gelegenheit benutzt, um die Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts stark zu betonen. Ueber diesen Sachverhalt hätte sich Genosse **Donath** bei seinen Bremer Parteigenossen und Redaktionskollegen, die an der Veranstaltung teilnahmen, mühelos unterrichten können. Der Parteitag nimmt die Erklärung zur Kenntnis.

Zur Verhandlung kommt der Punkt:

Finanzfragen.

Quackel-Darmstadt: In der Parteipresse ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß nach der politischen Liquidierung dieses Krieges dessen finanzielle Liquidierung in den Mittelpunkt des politischen Kampfes treten wird. Die nächsten Reichstagswahlen werden sich in der Hauptsache um die finanziellen Aufgaben des Deutschen Reiches drehen. Der mit anderen Worten: nachdem der Kampf der Nationen beendet sein wird, wird der Kampf der Klassen darum, wie die Lasten dieses Krieges zu verteilen sind, mit voller Gewalt entbrennen. (Sehr richtig!) Wenn wir nun von der Annahme ausgehen, daß dieser Krieg nach sechs bis acht Monaten sein Ende erreicht, so werden wir in die Friedenszeit mit einer Kriegsschuldenlast von 120 Milliarden Mark hinübergehen, zu zeit mit einer Verzinsung allein 8 Milliarden Mark erforderlich sein werden. Dazu kommen dann aber im ersten Jahrzehnt des Krieges noch mindestens drei Milliarden jährlich für die Renten der Kriegsbeschädigten, der Arbeiterwitwen und -waisen. Es ist klar, daß unsere Volkswirtschaft das Meigewicht der Mehr-

Belastung von neun Milliarden Mark jährlich nicht mit sich schleppen kann, wenn ihre produktive Kraft nicht gelähmt werden soll. Es ist daher unsere Aufgabe, nach Mitteln und Wegen zu forschen, um diese ungeheure Kriegsschuld auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Daß dazu tiefe Eingriffe in unsere Eigentumsordnung notwendig sind, hat Scheidemann in seinem Referat schon betont. Aber auch die Finanzpraktiker und -theoretiker der Bourgeoisie sind sich darüber einig, daß ohne tiefe Eingriffe in die Eigentumsordnung dieser Krieg finanziell nicht liquidiert werden kann. Es liegen bereits zwei Vorschläge vor, um die Masse der Kriegsschulden möglichst schnell und gründlich herabzusetzen. Der eine Vorschlag geht dahin, das Reich solle von allen Privatvermögen von 6000 Mk. an aufwärts ein Fünftel, d. h. 20 Proz. zur Schuldentilgung in Anspruch nehmen. Man hat diese teilweise Konfiskation der Privatvermögen als Schuldentilgungsabgabe bezeichnet, und die Steuerexperten haben berechnet, daß diese einmalige Vermögensabgabe 40 Milliarden einbringen kann. Dadurch würde also die Schuldenlast mit einem Schlag von 120 Milliarden auf 80 Milliarden Mark herabgesetzt werden. Die Finanzpraktiker der Bourgeoisie verlangen allerdings, daß das Reich auch von den ganz kleinen Vermögen von 6—10 000 Mk. ein Fünftel für die Staatskasse mit Beschlag belegen soll. Dagegen werden wir uns von unjermem sozialistischen Standpunkt aus wenden müssen. Wir werden fordern müssen, daß der Gedanke der Progression auch bei dieser Kriegsschuldentilgungsabgabe zur Geltung gelange. Die Progression gekattet, die größeren Vermögen schärfer und die kleinen möglichst milde angupakt. Der zweite Vorschlag, der bereits ziemlich gut ausgearbeitet vorliegt, geht auf eine Uenderung des Erbrechtes hinaus: in Zukunft soll das Reich, wenn ein Erblasser stirbt, der nur zwei Kinder hinterläßt, an die Stelle des fehlenden dritten Kindes als Miterbe eintreten. Hinterläßt ein Erblasser nur ein Kind, so soll das Reich für das fehlende zweite und dritte Kind als Miterbe eintreten, und handelt es sich um Vermögen nicht an die lachenden Erben fallen, sondern das Reich soll als Haupterbe eintreten. Die Finanzpraktiker der Bourgeoisie haben auf Grund von eingehenden Berechnungen festgestellt, daß dieses Erbrecht des Reiches eine Summe einbringen kann, die nicht nur ausreicht, 10 Milliarden der Kriegsschuld zu verzinsen, sondern sie auch in verhältnismäßig kurzer Zeit zu tilgen. Wenn diese beiden sozialistischen Maßnahmen Wirklichkeit werden, dann können 40 Milliarden der Kriegsschuld durch die Schuldentilgungsabgabe als bald und zehn weitere Milliarden der Kriegsschuld durch das Erbrecht des Reiches in nicht allzu ferner Zeit geligt werden. Es verbleiben mithin noch 70 Milliarden Mark, für die die Steuerzahler die Mittel zur Verginung herbeischaffen müssen. Man darf diese Aufgabe, weil außerdem noch 8 Milliarden Mark für die Renten der Kriegsbefähigten usm. zu beschaffen sind, als keine kleine ansehen, im Gegenteil, wir haben es hier mit enormen, großen und schwierigen Aufgaben zu tun. Aber sie kann gelöst werden. Aus dem alldeutschen Lager ertönen allerdings täglich Stimmen, die erklären, wenn wir nicht eine große Kriegsenttächtigung bekommen, dann gehe das Deutsche Reich seinem Ruin entgegen. Demgegenüber ist es unsere Pflicht, zu zeigen, daß dem nicht so ist, daß das Reich die 6½ Milliarden jährlichen Mehrbedarfs sehr wohl durch Steuern und Abgaben aufbringen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es allerdings notwendig sein, daß das Reich mit der Bourgeoisie, mit dem oberen Mittelstand und vor allem mit unseren steuerflüchtigen Agrariern englisch redet. Wir werden fordern müssen, daß die Besteuerung des Einkommens und Vermögens und der Erbschaften sowie des Wertwachses nach englischem Vorbild vorgenommen wird. Der britische

Parlamentarismus hat es tatsächlich fertiggebracht, noch während des Krieges Mehreinnahmen zu erzielen, die ausreichen, 120 Milliarden Kriegsschuld zu verzinsen, während die Finanzpolitik unseres deutschen Oberrichtsstaates derart erbärmlich ist, daß wir mit neuen Anleihen die Zinsen der alten bisher bezahlt haben. Die Neuordnung der Vermögens-, Einkommens-, Erbschaftssteuer und Wertwachststeuer auf reichsgesetzlicher Grundlage kann sehr wohl eine Mehreinnahme von 4 Milliarden Mark ergeben, dazu kommen dann die 1½ Milliarden, die der Reichstag bereits im Kriege an Verbrauchs- und Verbrauchsabgaben bewilligt hat. So sind bereits 5½ Milliarden zur Stelle, wenn wir dem englischen Steuervorbild folgen. Die noch fehlende Milliarde wird sich unschwer aus der Monopolisierung geeigneter Industriezweige erzielen lassen. Eine Prüfung der Finanzaufgaben des Reiches ergibt also, daß es möglich ist, eine Steuerpolitik zu betreiben, die es dem Reiche gestattet, alle Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern, gegenüber den Kriegsbefähigten, den Kriegserwitwen und -waisen zu erfüllen. Allerdings ist das nur möglich durch tiefe Eingriffe in unsere heutige Eigentumsordnung und durch eine Neuordnung der direkten Besteuerung auf reichsgesetzlicher Grundlage. Wie schon eingangs meiner Ausführungen erwähnt, werden die nächsten Reichstagswochen sich gerade um die Finanzaufgaben des Reiches drehen. Daher ist es notwendig, daß unsere Presse weit mehr als bisher sich hiermit beschäftigt. Denn je klarer und gründlicher wir unser Finanzprogramm ausarbeiten, je schärfer wir jede Steuerdogmatik ablehnen, je mehr wir unsere Steuerpolitik mit sozialistischem Geiste erfüllen, um so stärker und siegesicherer wird unsere Position in den großen sozialen Kämpfen der Zukunft sein.

Engler-Freiburg: Mit den Darlegungen Keils werden wir wohl alle einverstanden sein. Vermißt habe ich nur eine Stellungnahme teils zu den Monopolen, obwohl doch sowohl im Reich wie in den Bundesstaaten Monopole nach dem Kriege notwendig sein werden. Gewiß sind Produktionsmonopole sehr wohl nicht so leicht durchführbar, dagegen könnten Handelsmonopole sehr wohl geschaffen werden, ohne daß der Staat besonders große Mittel dafür aufzuwenden hat. Diese Handelsmonopole können dann Produktionsmonopole vorbereiten. Gätten wir z. B. einen guten Bergarbeiterschutz und ein staatliches Kohlenhandelsmonopol in der Hand einer Regierung, die auch die Kohlenproduktion in ihre Hand bekommen will, so könnten die Kohlenbarone sehr leicht dazu gezwungen werden, ihre Aktien etwas billiger abzugeben als heute. Wesentlich liegen die Verhältnisse auf anderen Gebieten. Dann werden wir uns in Zukunft auch nicht mehr gegen alle indirekten Steuern wehren können, sondern werden zu prüfen haben, ob sie für die Arbeiter oder die minderbemittelten Klassen erträglich sind oder nicht. Jeder, der sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befaßt, wird mit mir schon die große Lücke empfunden haben, die unsere Parteiliteratur auf diesem Gebiete aufweist. Auf Schippels Buch über die Zollpolitik ist zwar sehr geschimpft worden, aber es hat noch niemand etwas Besseres geschrieben. Wir sind auch heute noch auf Schippel niemand etwas Besseres geschrieben. Das wird hoffentlich anders, und auf bürgerliche Schriftsteller angewiesen. (Weiterleil.) Wir stehen vor Aufgaben, die mit der alten Schablone nicht mehr gelöst werden können. (Sehr richtig!) An die Schriftsteller unserer Partei, die Bücher besprechen, möchte ich bei dieser Gelegenheit die Bitte richten, es nicht so zu machen, wie es Stammpfer gegenüber Lenk getan hat. Die Kritiken müssen einigermaßen objektiv sein, damit sich die Parteigenossen darauf verlassen können. Stammpfer möchte sich sagen, daß auch mit seinen Anschauungen nicht alle Genossen ein-

Es ist völlig unmöglich in diesem Augenblick, ein vollkommenes spezialisiertes Programm der Lastendeckung nach dem Kriege aufzustellen. Es ist unmöglich, die Summen bis auf die Million zu berechnen, die wir brauchen, um den Anforderungen des Reiches gerecht zu werden. Das ist schon deshalb unmöglich, weil heute noch kein Mensch weiß, wie groß schließlich diese Lasten sein werden. Allmonatlich wachsen leider nicht nur 3 Milliarden, wie ich in meinem gedruckten Referat gesagt habe, sondern nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge 3½ Milliarden neue Ausgaben hinzu, und um jobielmal dreieinhalb Milliarden werden die Lasten des Krieges höher werden, als der Krieg um Monate sich verlängert. Es ist daher nur möglich, die allgemeine Richtung anzudeuten, in der sich die Finanzpolitik des Reiches in der Zukunft bewegen muß. So sind die Vorschläge und Anregungen in meinem gedruckten Referat aufzufassen. Vor allem haben wir uns der ungeheuren Tragweite der finanzpolitischen Aufgaben der Zukunft bewußt zu sein. Unser gesamtes Wirtschafts- und Kulturleben, vor allem aber die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse stehen mit der Kostendeckung und Lastenverteilung in enger Verbindung, und darum müssen wir uns rechtzeitig mit diesem Problem befassen, wir müssen uns gegen jede Ueberraschung und Ueberrumpelung schützen. Wissen wir doch, wie gern Ueberrumpelungen in der Steuerpolitik versucht werden.

Von welchen grundlegenden Gesichtspunkten haben wir nun auszugehen? Der Krieg hat eine beispiellose Vermögensverschiebung im Gefolge. Das Reich verarmt, die breiten Volksmassen verarmen, eine kleine Oberschicht aber bereichert sich in nie dagewesenem Maße. Der gesamte Wirtschaftsverkehr des Deutschen Reiches mit der Welt steht still und wird nach dem Kriege nicht sobald wieder den alten Höhegrad erreichen. Die gesamten wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands sind geschwächt, geschwächt ist vor allem die menschliche Arbeitskraft. Millionen in der Rüste der Jahre stehende leistungsfähige Volksgenossen kehren nicht wieder zurück, in die Millionen wird sich die Zahl derer belaufen, die arbeitsunfähig oder mit beschränkter Leistungsfähigkeit zurückkehren. Geschwächt wird die Leistungsfähigkeit des Volkes durch die ungenügende Ernährung, die auch auf den menschlichen Nachwuchs, der starken Wirkungen äußern wird, auf den menschlichen Nachwuchs, der überdies durch den Geburtenausfall während des Krieges und nach dem Kriege ein starke zahlenmäßige Verminderung erleidet. Soll unser Volk wieder eine größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erlangen, so ist das oberste Gebot die Schonung der menschlichen Arbeitskraft, der Urkraft unserer Volkswirtschaft. (Sehr richtig!) Ausgeschlossen muß daher bei der künftigen Lastenverteilung sein jede Belastung der notwendigen Nahrungsmittel. Unsere Wirtschaftspolitik muß eingestellt werden auf die Senkung der während des Krieges ungeheuer gestiegenen Nahrungsmittelpreise und nicht auf ihre weitere Steigerung. Das ist nicht eine Arbeiterfrage im engeren Sinne des Wortes, sondern die ganze wirtschaftliche und politische Stellung, die ganze nationale Geltung des deutschen Volkes und die Welt ist abhängig von der Lösung dieses Problems, von der Entwicklung, von der Pflege und Förderung der organischen Volkskraft.

Wir kommen mit den alten Besteuerungsmethoden bei der Deckung der ungeheuerlichen Summen natürlich nicht aus; wir können aber auf die direkte Steuererhebung selbstverständlich nicht verzichten. Verzichten müssen wir auf die Systemlosigkeit, die unserer bisherigen Steuererhebung, vor allem auch während des Krieges, angehaftet hat. Eine vollkommene Neuordnung der ganzen direkten Steuererhebung des Reichs ist geboten, eine Neuordnung, deren Grundzug die Einheitlichkeit sein muß. Die bundesstaat-

lichen Finanzminister müssen auch ihrerseits so viel aus dem Kriege lernen, daß das Reich als die oberste Organisation in unserem staatlichen Aufbau, als die Körperschaft, die den Krieg führt und für die Kosten des Krieges haftet, den ersten Anspruch auf die unter die Steuergewalten zu verteilenden Steuerquellen hat. Man hat in der Zeit des Krieges so viel von der Stärkung des Reichsgedankens gesprochen. Bis jetzt ist davon bei den bundesstaatlichen Finanzministern noch wenig zu merken. Niemand von uns denkt an eine finanzielle Erdrosselung der Bundesstaaten. Wir wissen, daß den Bundesstaaten sehr wichtige kulturpolitische Aufgaben zugewiesen sind, die sie nur lösen können, wenn ihnen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, und darum wollen auch wir den Bundesstaaten gestatten, nach wie vor nach Maßgabe ihrer Bedürfnisse aus den Steuerquellen, die ihnen bisher zur Verfügung standen, zu schöpfen. Aber unsere ganze direkte Steuererhebung muß auf eine reichsgesetzliche Grundlage gestellt werden. Zuerst muß für das Reich eine progressiv stark steigende Belastung der Einkommen, der Verdienste und der Erbschaften Platz greifen. Dabei sind natürlich die mannigfaltigsten sozialen Rücksichten zu üben, die bei der Gestaltung der Progression zur Geltung kommen können; daneben sind die dringenden Gebote der Bevölkerungspolitik zu beachten.

Die direkte Steuererhebung muß in viel höherem Grade als bisher darauf zugeschnitten sein, den Luxuskonsum der Reichen und Reichsten zu erschaffen und nicht etwa die Kapitalbildung zu unterbinden und einzuengen. Schon Marx hat uns gelehrt, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Kapitalbildung ein unerläßlicher Faktor der Produktionsentwicklung ist. Wir wollen die Produktionskraft nicht geschwächt wissen und wollen daher die Kapitalbildung nicht unterbinden, aber unsere Steuererhebung läßt sich so gestalten, daß sie der Kapitalbildung Spielraum läßt und dafür den Luxus desto stärker ersagt. Gleichzeitig ist eine große allgemeine Vermögensabgabe nicht zu umgehen, und dabei müssen selbstverständlich aus wirtschaftlichen und Gerechtigkeitsgründen die Vermögensgewinne, die während der Kriegszeit in ungeheurer Weise erzielt worden sind, eine Vorausbelastung der Reichen nicht die gesamte Schuldenlast des Reiches, die sich heute schon auf rund 100 Milliarden Mark beläuft —, sie ist erheblich größer als die Summe der aus den Kriegsanleihen gewonnenen Mittel, es kommt hinzu die schon in die Tausende von Milliarden gehende Summe, die in schwebenden kurzfristigen Anleihen aufgenommen ist —, wir können diese gewaltige Schuldenlast nicht auf Jahrzehnte hinaus mitschleppen. Das erträgt die Kreditfähigkeit des Deutschen Reiches auf die Dauer nicht, das erträgt aber auch das Rechtsempfinden der breiten Massen des Volkes nicht. Die Millionen unserer Volksgenossen, die aus dem Kriege zurückkehren oder die den Hilfsdienst verlassen, diese Millionen, die vor zerrütteten Existenzen stehen werden, werden sich dafür bedanken, etwa die Hälfte ihres künftigen Einkommens oder noch mehr zu opfern, nur um denen, die im Kriege reich geworden sind, eine mühelos erworbene Kapitalrente auf Lebenszeit zu sichern, die ihnen das Reich garantiert. Es muß also versucht werden, wenigstens einen großen Teil der Kriegsschulden alsbald nach dem Kriege zu tilgen. Aber auch wenn das gelingt, werden die dauernden Lasten immer noch groß genug sein, um uns zur Erschließung aller Einnahmequellen zu zwingen. Die Steuern allein werden dazu nicht ausreichen. Der Staat wird beteiligt werden müssen am Unternehmervorteil. Wir werden die großen Privatmonopole, die vor dem Kriege schon in der Entwicklung waren und die während des Krieges eine gewaltige Ausgestaltung erfahren haben, in Reichsmonopole verwandeln müssen. (Sehr wahr!) Wenn Engler in meinem gedruckten Referat die

Mittel, dem bei uns vorherrschenden Mittel- und Kleinbesitz die technischen Fortschritte zu vermitteln. Aber die Früchte dieser Unterstützung müssen der großen Masse wenig, so lange es nicht gelingt, die für die ganze Frage grundlegenden Forderungen, nämlich Ausschaltung der Spekulation in Grund und Boden und Ausschaltung der Spekulation in landwirtschaftlichen Produkten zur Anerkennung und Durchführung zu bringen. Auf welchem Wege das zu machen ist, kann ich hier nur kurz andeuten. Zum ersten wird erforderlich sein ein starker Eingriff in das heutige Grund- und Bodenrecht. Das absolut freie Verfügungsrecht über Grund und Boden als Ausfluß des römischen Rechts ist unvereinbar mit dem Volkswohl. Der Grund und Boden muß, soweit er dazu geeignet ist, restlos der Lebensmittelezeugung dienlich gemacht werden. Der Anteil der öffentlichen Körperschaften, vor allem der Gemeinden, an Grund und Boden muß planmäßig vermehrt, der Rest unter Kontrolle der öffentlichen Gewalt gestellt werden. Es wäre schon ein großer Fortschritt in der Durchführung dieser Grundsätze, wenn wir ein Enteignungsrecht für vernachlässigte Güter resp. Grundstücke erhielten, nur der Rückenbesitz zugelassen wäre, sowie, wenn bei allen Gütern, die veräußert werden und nicht innerhalb der Familie vererbt werden, dem Staate ein Vorkaufsrecht eingeräumt würde. Solche Erweiterungen dürften allerdings nicht auf Grund des heutigen Verkehrswertes erfolgen, sondern es müßte der Ertragswert, vielleicht auf Grund des Ertrags der letzten zehn Jahre oder auf Grund einer anderen annehmbaren Berechnungsart, zugrunde gelegt werden. Ohne diese Voraussetzungen wird auch die Ansiedlung der Kriegsbeschädigten nur sehr problematischer Natur werden. Selbst wenn es gelingen würde, eine große Zahl Kriegsbeschädigter anzufriedeln zu den heute üblichen Verkehrspreisen für Grund und Boden, so werde ein großer Teil derselben die Ansiedlung später schwer bereuen, weil sie ihren Besitz nicht würden halten können, es müßte denn eine weitere Steigerung in den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte eintreten, die zu verhindern gerade die Sozialdemokraten allen Anlaß haben.

Zum zweiten ist notwendig, daß, soweit gleichartige, haltbare Produkte in Betracht kommen, wie z. B. Getreide, der Frage der Monopolisierung durch das Reich nähergetreten wird. Ich denke z. B. an die Errichtung eines im Anschluß an die heutige Getreide- und Mehlversorgung einzurichtenden sozialen Reichsgetreidemonopols, nicht etwa ein Monopol nach fiskalischen Grundätzen, sondern ein Monopol, das geeignet ist, die Preise möglichst niedrig und gleichzeitigen andeuten, die mit der praktischen Durchführung verknüpft sind. Aber auf die Dauer werden wir um ihre Lösung nicht herumkommen. — Soweit weniger haltbare und weniger gleichartige Produkte in Betracht kommen, werden die Gemeinden eintreten müssen, deren Aufgabe es sein wird, durch langfristige Lieferungsverträge eine mehr gleichmäßige Preisbildung anzubahnen, durch direkte Verbindung mit dem Produzenten, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, den kürzesten und billigsten Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu suchen und die vertuernde Wirkung der Zwischenhandlungsstufen auszugleichen. Die Gemeinden werden der Weiterverarbeitung der Roh- und Zwischenprodukte näherzutreten müssen, eigene Verkaufsstellen errichten, Eigenproduktion in großem Maßstabe treiben müssen, um durch all diese Maßnahmen einen steigenden Einfluß auf die Versorgung und die Preisgestaltung zu bekommen. Gewiß sind diese Fragen vielfach noch sehr ungeklärt und ihre Durchführung wird den größten Widerständen und Schwierigkeiten begegnen, aber das darf uns nicht abhalten, sie in Fluß zu bringen. Die rationell betriebene Gemeindegewirtschaft ist das einzige Mittel, die Lebensmitteleversorgung auf eine gesunde Grundlage zu bringen. Der

Lösung dieser Frage näherzutreten, damit auch unsere agrarpolitische Stellung unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse und der bisherigen Entwicklung derselben aufs sorgfältigste zu untersuchen und zu präzisieren, ist nicht allein vom sozialwirtschaftlichen Standpunkte, sondern auch vom politischen Standpunkte aus von eminenter Bedeutung. In dem Maße als es gelingt, durch eine vom gesunden Sozialismus getragene Agrarpolitik, deren Ergebnisse so eine vom konsumierenden Massen in der Stadt, wie den das Land bearbeitenden Gruppen auf dem Lande, also Landarbeitern und Arbeitsbauern, zugute kommen müssen, ist es auch möglich, in die vielfach geschlossene Front der ländlichen Wählermassen Breche zu schlagen und dadurch dazu beizutragen, die politische Vorherrschaft der reaktionären Elemente, vor allem des Junkertums, zu brechen.

In inniger Verbindung damit steht die Landarbeiterfrage. Landarbeiter und Diensthöten waren von jeher minderen Rechts. An ihren Schutz hat die Gesetzgebung wenig gedacht. Der Krieg hat ihre Rechtlosigkeit noch ungeheuer verstärkt. Lange vor dem Erlaß des Mißdienstgesetzes wurde die Freizügigkeit der Landarbeiter und Diensthöten durch Verfügungen der Stellvertretenden Generalkommandos fast völlig aufgehoben. Wir in Bayern haben versucht, dagegen durch Proteste anzukämpfen, aber ohne Erfolg. Wir haben die Verfügungen zum Teil für zu weitgehend, zum Teil für nicht zweckmäßig gehalten. Was uns aber im Kriege nicht gelungen ist, muß nach dem Kriege sofort möglich sein. Und die landwirtschaftlichen Arbeiter und Diensthöten müssen nach dem Kriege nicht nur rechtlich den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt, die Arbeiterschutzbestimmungen müssen sinngemäß den besonderen Verhältnissen entsprechend auf sie ausgedehnt werden. Auch in diesen Fragen will ich nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich will nur bemerken, daß wir im bayerischen Landtage bereits einen diesbezüglichen Antrag eingebracht haben. Ich wünschte, Landtag bereits einen diesbezüglichen Antrag eingebracht haben. Ich wünschte, daß andererseits ähnlich vorgegangen wird. Ein kräftig durchgeführter Landarbeiter-schutz ist zweifellos das beste Mittel, die Landflucht bedeutend zu mildern, und ist im Interesse der Stetigkeit der zukünftigen Lebensmitteleversorgung nur erwünscht. Ich bitte Sie, diese Anregungen objektiv nachzuprüfen und diese gewiß nicht unwichtigen Probleme ihrer Lösung näherzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Adolf Braun-Münchberg: Infolge der Parteifreistellungen hat die vorjährige Reichskonferenz für die jetzt zur Verhandlung stehenden Fragen leider gar kein Interesse gezeigt.

Vor allem wird die Demobilisierung auf das allertiefste in das Leben der Arbeiterklasse, sowohl der Heimkehrenden wie der Dabeimgeliebenen, einschneiden. Sie verdient die allgrößte Aufmerksamkeit. Wir müssen besorgen, daß entweder unsere Soldaten viel zu lange unter den Waffen gehalten werden, oder daß sie lange Zeit arbeitslos sein werden. Wir müssen mit Stilllegung der Kriegsindustrie rechnen, wodurch eine Anzahl heute gut oder befriedigend entlohnter Arbeiter arbeitslos werden wird. Das Freiwerden der von Militärbewaltung beschlagnahmten Vorräte wird einen Ausgleich da nicht schaffen können. Wir müssen rechnen mit der gewaltigen Umschichtung unserer Industrie durch die vom Kriege beflügelte Entwicklung der Technik und Organisation, die eine ganze Masse von Arbeitern überflüssig machen wird. Wir müssen die fortdauernde Konkurrenz der Frauennarbeit gegen die Männerarbeit ins Auge fassen, die wir durch sozialpolitische Gesetze nicht so stark einengen können wie wir das wollen. Die Masse der in Folge des Krieges arbeitsunfähigen und der im Kriege Getöteten schafft natürlich einen ganz ungeheuren Ueberschuß an Frauen und damit verminderte Heiratensmöglichkeit, was jede gesellschaftliche Einengung der Frauennarbeit erschweren wird. Wir dürfen

freilich in der Zukunft bei der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht unbeachtet lassen, daß die Kriegsindustrie einen ungeheuerlichen Geburtenrückgang sowie große Säuglingssterblichkeit herbeigeführt hat. In einer großen Stadt Deutschlands ist vom August 1916 bis zum August 1917 die Säuglingssterblichkeit von 14,9 auf 31,2 Proz. gestiegen. (Hört! hört!) Das ist eine starke Verdoppelung! Das spricht für die Notwendigkeit der Einschränkung im Lande! (Sehr richtig!) Wir werden mit dieser Einschränkung der Frauenarbeit. Aber allen zurückkommenden Arbeitern Beschäftigung schaffen können. Wir müssen im Gegenteil mit einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit rechnen, weil unsere außerordentlich leidende Valuta die Einfuhr von Rohprodukten sehr erschweren, unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erschweren wird. Wir müssen vor allem damit rechnen, daß eine ungesunde unkluge Valutapolitik, die die Einfuhr von Luxusprodukten aus dem Ausland verbietet, die Ausfuhr unserer Glaswaren, Porzellanwaren, Spielwaren, unserer Hanauer und Pforzheimer Schmuckwaren unmöglich machen, dadurch die Arbeiter außerordentlich schädigen wird. So einfach geht es mit der Valutapolitik nicht, daß wir nur das aus dem Ausland einführen, was unbedingt notwendig ist. Die Folge wären ähnliche Maßnahmen des Auslandes. Viele von unserer Industrie veredelnde Rohstoffe könnten dann keinen Absatz finden. Wir müssen mit einer außerordentlich gefährlichen Retorsionspolitik der ausländischen Zollgebiete rechnen, die überaus bedenklich sein wird, und wir müssen etwas viel Gefährlicheres ins Auge fassen. Auch die erschwerte Einfuhr von Rohprodukten könnte unsere ganze Industrie aufs schwerste belasten. Hier hat England mit einer Reihe ihm verbündeter Staaten gewaltige Machtmittel gegen uns, die wir durch unsere Zollpolitik nach dem Kriege nicht herausfordern dürfen. Diese Fragen können im Friedensvertrag, wenn wir nur einigermaßen vernünftige Friedensunterhändler haben, gelöst werden. Nicht nur der Weltmarkt hat für unsere Arbeit ungeheure Bedeutung, sondern auch der innere Markt wird außerordentlich eingeengt werden, weil wir alle zum Sparen verpflichtet sein werden, schon wegen der gewaltig hohen Steuern. Das Wort Goethes wird nach dem Kriege gelten:

„Welch Unheil muß auch ich erfahren,
Wir sollten alle Tage sparen.
Und brauchen alle Tage mehr
Und täglich wächst mir neue Pein!“

Wir müssen wegen der Demobilisierung, wegen unserer Valutapolitik, wegen des Weltmarktes wie wegen des inneren Marktes mit einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit rechnen, die besonders stark sein wird in der Periode sofort nach Friedensschluß. Deshalb wird die allerdringendste Aufgabe sein, daß wir eine Arbeitslosenversicherung sofort mit Eintritt des Friedens erhalten. (Sehr richtig!) Es gibt, glaube ich, keine sozialpolitische Aufgabe von größerer Dringlichkeit und Bedeutung. Es ist völlig unmöglich, den Gewerkschaften diese Last aufzuerlegen. (Sehr wahr!) Die Gewerkschaften werden überreich belastet sein mit der Arbeit für die Erhaltung der jetzigen Löhne, mit dem Problem des Arbeiterschutzes, mit der Verteidigung der Rechte der gelernten Arbeiter und mit der ungeheuer schwierigen Frage, wie die Rechte der zurückkehrenden Arbeiter und der fest eingewöhnten Arbeiterinnen gewahrt werden sollen. (Sehr richtig!) Wir müssen damit rechnen, daß die Gewerkschaften einem infolge seiner Konzentration übermächtigen Kapital gegenüberüberstehen werden. Deshalb ist die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege in noch viel höherem Maße eine Notwendigkeit als bisher. Deshalb ist es aber

auch ein Verbrechen und die denkbar größte Feivolität, die Gewerkschaftsbewegung sprengen zu wollen, wie man die politische Bewegung gesprengt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Die politische Bewegung würde das noch aushalten, sie kann sich nach dem Kriege weit leichter zusammenschließen als eine einmal gespaltene Gewerkschaftsbewegung. Dies Unheil muß von den deutschen Arbeitern ferngehalten werden. Es würde die allergrößte Freude bei den Unternehmern hervorrufen. Es sieht allerdings bald so aus, als wenn unseren Gewerkschaften an manchen Orten der Kampf gegen den Genossen Regien wichtiger werden könnte als der Kampf gegen Herrn Rindorf. (Sehr wahr!) Diese Stimmung sich unter den Arbeitern weiter verbreiten zu lassen, halte ich für das denkbar größte Unglück. Mögen noch soviel Fehler gemacht worden sein, die Gewerkschaften sind nicht geschaffen, um unserer Stimmung Ausdruck zu geben, sondern um den Kampf zu führen gegen ein nur zu stark gewordenes Unternehmertum. Dazu gehört die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiete. (Sehr richtig!) Aber die Gewerkschaften müssen auch wissen, daß bei den ungeheuren Aufgaben, die ihnen nach dem Kriege entstehen, sie die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung wohl oft fühlen werden. Weit mehr noch als vor dem Kriege wird die Gewerkschaftsbewegung das Bedürfnis haben, gestärkt zu werden durch eine einheitlich in sich geschlossene sozialdemokratische Bewegung.

Die sozialdemokratische Bewegung wird eine ganze Reihe sozialpolitischer Forderungen, die die Gewerkschaften nicht erfüllen können, in den Parlamenten wie in den Gemeindevertretungen durchzusetzen haben.

Wir müssen den Mut der Arbeiter stärken. Einem übermächtig gewordenen Kapitalismus können wir nicht eine mut- und kraftlose Arbeiterschaft entgegenstellen. Die ganze Wirkung des Krieges wird vor allem nach dem Kriege, weit mehr noch als während des Krieges, ganz wesentlich die Arbeiterklasse empfinden, wobei ich durchaus nicht übersehe, wie sehr das Kleinbürgertum durch den Krieg gelitten hat. Das Wort Voltaires wird nach dem Kriege den Arbeitern sehr deutlich ins Gedächtnis kommen: „Alle vereinigten Laster aller Zeiten und Länder werden nicht dem Unheil gleich kommen, welches ein einziger Krieg verursacht.“ Wir aber wollen diesem Wort Voltaires das Schillerwort entgegenstellen: „Die Welt wird alt und wird wieder jung.“ Wir wollen sie wieder jung machen. (Lebhafte Beifall.)

Krüger-Deltow-Beeslow: Der Antrag 36 wünscht, daß der Parteivorstand eine handels- und wirtschaftspolitische Kommission einsetzen möge. Es kann kein Zweifel sein, daß die Neuregelung, der Wiederaufbau der Weltwirtschaft und des Welthandels sowie der Weltproduktion zu einer der wichtigsten Fragen gehören werden, die beim Friedensschluß zu regeln sind. Der Weltkrieg ist sehr wesentlich als Wirtschaftskrieg geführt worden und wir wissen, daß starke Kräfte in den Entente-Staaten am Werke sind, diesen Wirtschaftskrieg auch nach Beendigung des militärischen Krieges fortzusetzen. Das führte auch Cunow in seinem Referat aus. Wenn wir für einen Verständigungsfrieden eintreten, so schließt das natürlich auch die wirtschaftliche Verständigung mit allen Völkern ein. Ich weiß daher nicht, ob es richtig ist, wenn man die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gewissermaßen als eine gegebene Tatsache ansieht, und so, wie das auch in dem Referat Cunows geschieht, dann den Gedanken einer mitteleuropäischen Wirtschaftsannäherung mit der Erweiterung, daß auch neutrale Staaten und Länder wie Rußland und Rumänien dabei herangezogen werden sollen, als Abwehrmittel gegen diesen Wirtschaftskrieg betrückt. Gemiß würde eine solche mitteleuropäische Wirtschaftsannäherung als Abwehrmittel gegen einen Wirtschaftskrieg der gegnerischen Staaten die gegebene Tatsache sein, aber es kann doch dadurch, daß wir von vornherein mit dem Wirtschaftskrieg

als Last auf rechnen, Verwirrung in den Köpfen der Parteigenossen angerichtet werden, wie das tatsächlich durch die Propaganda des mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes schon geschehen ist. Wir hätten daher alle Veranlassung, zunächst alle Kraft darauf zu setzen, auch eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung beim Friedensschluß herbeizuführen. Nunmehr betont mit Recht, daß die Sozialdemokratie nach Beendigung des Krieges vor eine große Reihe neuer und ungeheurer wichtiger Aufgaben gestellt sein werde. Wir müssen, wenn wir gewissermaßen wichtiger Aufgaben gestellt sein wollen, abgeben, daß diese Fragen nicht nur für die Partei der Parteigenossen, sondern auch für eine große Reihe führender Genossen durchaus neue sind. Es müssen daher Einrichtungen geschaffen werden, damit diese Fragen eingehender behandelt werden, alle Materialien über diese Frage gesammelt und auch die Partei mit diesen Materialien versehen wird, daß ferner die Erörterung dieser Fragen in den Parteioptionen entsprechend vorbereitet wird. Wir denken uns die Sache allerdings nicht so, daß lediglich eine nebenamtliche Studienkommission eingesetzt wird, sondern halten es für dringend notwendig, daß man vielleicht ähnlich wie die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission oder, was noch zweckmäßiger wäre, gemeinsam mit den Gewerkschaften ein Bureau einsetzt, das diese Arbeiten zu erledigen hätte und zu dem als Beirat besonders sachkundige Parteigenossen hinzugezogen werden. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Ferner hätte ich gewünscht, daß der Genosse Wissell in seinem Referat etwas mehr auf die besonderen Forderungen und Interessen der Privatangestellten eingegangen wäre. Wir haben gestern einen Antrag angenommen, der verlangt, daß man sich in den Parlamenten eingehender mit den Fragen der Staats-, Reichs- und Gemeindebeamten beschäftigen solle. Was für diese gilt, gilt in noch viel erhöhterem Maße für das Millionenheer der Privatangestellten, deren Zahl gerade im Laufe der letzten Zeit ungeheurer angewachsen ist. Mit Recht hat Scheidemann in seinem einleitenden Referat betont, daß wir den Begriff der Arbeitnehmer, die wir vertreten, nicht lediglich auf die Handarbeiter beziehen, sondern auf alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung, auch die geistigen Arbeiter, die Angestellten in den Büros und Kontoren. Die Privatangestellten sind zweifellos während des Krieges ganz wesentlich radikalisiert worden. Hierbei hat auch das Hilfsdienstgesetz wesentliche Dienste geleistet. Gewiß empfinden auch die Privatangestellten die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die ihnen durch das Hilfsdienstgesetz auferlegt sind, außerordentlich schwer und unangenehm. Aber die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Angestelltenausschüsse, die Schlichtungsausschüsse, haben doch auch andererseits die Bewegung zur Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen der Angestellten auf eine ganz andere Grundlage gestellt als bisher. Die Unternehmer haben sich bisher stets geweigert, mit den Angestelltenorganisationen oder auch nur mit ihren Angestellten selbst korporativ zu verhandeln. Durch die Angestelltenausschüsse sind sie gezwungen worden, mit einer auf gesetzlicher Grundlage laufenden Vertretung der Angestellten zu verhandeln. Und ebenso müssen sie vor den Schlichtungsausschüssen mit den Vertretern der Organisationen verhandeln. Diese Einrichtungen müssen daher auch nach dem Fall des Hilfsdienstgesetzes aufrechterhalten werden. Wir haben infolgedessen zu verlangen, daß ein anderer Geist in die Angestellten, die man früher als Stehtragenproletariat bezeichnet hat, die früher das Bollwerk der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bildeten, wie ja auch jetzt noch der deutsch-nationale Handlungsgesellschaftenverband mit den Altpreussischen geht, eingezogen ist. Deshalb hätte ich gewünscht, daß man auch die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten, die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechts, die Umwandlung der Angestelltenversicherung, die sich immer mehr zu einem sozialpolitischen

Skandal auswächst, die Neuregelung der Verwaltung der Krankenkassen durch Beseitigung der Einschränkungen, die man ihrer Selbstverwaltung früher zur Beschränkung der Sozialdemokratie auferlegt hat, die Beseitigung der Einschränkungen der Rechte der Krankenkassenangeestellten, die Beseitigung der Konkurrenzklausele usw., auch in den Zeitfragen Wissells mehr Rechnung getragen hätte. Wenn wir das tun, wenn wir auch den Privatangestellten zeigen, daß sie im Parlament und bei jeder Gelegenheit auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen können, daß ihre Forderungen durchaus und ausschließlich von der Sozialdemokratie vertreten werden, dann werden auch die Privatangestellten immer mehr ihre Vertretung in der Sozialdemokratie sehen.

Frau Reiche-Hamburg: Eine außerordentliche Belastungsprobe haben unzweifelhaft während des Krieges die Frauen zu bestehen. Größer und größer wird der Kreis der erwerbstätigen Frauen, die losgelöst von der Familie den größten Teil des Tages bei der Erwerbsarbeit zubringen müssen. Zählten wir vor dem Kriege bereits 24 Millionen Arbeiterinnen, so beträgt wir heute die Zahl rund auf 15 Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen in Deutschland schätzen. Überall sehen wir, wie gerade die Frauen sich äußerst schnell in die Arbeitsmethoden hineingearbeitet haben. Auch in Berufen, zu denen früher eine lange Berufsausbildung gehörte, haben sich die Frauen jetzt in ganz kurzer Zeit eingearbeitet. Ich denke an einen besonders traurigen Fall hier in Würzburg. Eine Arbeiterin, die allerdings eine besonders gute Schulbildung gewonnen hatte, aber bisher im Kontor beschäftigt war, trat hier als Maschinenführerin ein. Sie hat eine vierwöchige Probezeit zurücklegen müssen, wobei sie einen wöchentlichen Zuschuß von 10 Mark erhielt. Darauf hat sie dann noch weitere dreizehn Wochen Lehrzeit zurücklegen müssen, hat aber während dieser Zeit bereits 21 Mark Wochenlohn bekommen. Wenn wir daran denken, daß gerade ein Maschinenführer eine vierjährige Berufsausbildung zurücklegen muß, so erkennen wir daran die große und schwere Gefahr, die die weibliche Erwerbsarbeit mit sich bringen muß, und zwar nicht nur in gesundheitlicher Beziehung, sondern auch dadurch, daß die Frauen in sehr vielen Fällen als Konkurrentinnen des Mannes auftreten. Man sagt nun: wenn wir wieder ruhige Zeiten haben, werden die Frauen zurückfluten und mehr als gerne ihre früheren häuslichen Pflichten erfüllen. Das ist leicht gesagt, aber die Durchführung wird außerordentlich schwer sein, denn gerade die wirtschaftlichen Verhältnisse im Arbeiterhaushalt sind durch den Krieg außerordentlich zerrissen. Es ist eben nichts mehr da. Ein Ertrag konnte während des Krieges nicht beschafft werden, alles, was im Arbeiterhaushalt vorhanden war, ist verbraucht, auch kleine Ersparnisse. Wo die Familie das Glück hat, daß der Mann zurückkommt und der Ernährer der Familie sein kann, wird daher bei dieser wirtschaftlichen Notlage die Frau trotzdem gezwungen sein, auch weiter Berufsarbeit zu leisten. Nun ist klar, daß die Frauen der Arbeiter unter den heutigen Umständen besonders belastet sind. Sie haben nicht nur die Erwerbsarbeit zu leisten, sondern sie müssen nebstbei in bestimmten Stunden auch Mutter und Erziehlerin ihrer Kinder sein. Es gibt gar nicht Worte genug, um diese doppelte Belastungsprobe zu würdigen. Das beste Gegengewicht würden wir schaffen, wenn wir alle die sozialen und sozialpolitischen Forderungen aufschreiben, die wir für die weibliche erwerbstätige Bevölkerung fordern, werden selbstverständlich nur ganz langsam durchgeführt werden können. Die Forderungen, die Wissell betr. den Wählerinnenzuschuß, den Säuglingszuschuß, die Kleinkinderfürsorge aufgestellt hat, werden wir nachdrücklich in Frauenfreien

vertreten müssen. Wenn unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen trotz der vermehrten Frauennarbeit im Kriege nicht den Zustrom erfahren haben, wie wir das alle wünschen, so ist ja eine Erklärung dafür die außerordentliche Belastung der Frauen, sowie die Tatsache, daß sie eben der Politik nicht das Interesse entgegenbringen, das notwendig ist. Aber ich bin überzeugt, wenn wir alle unsere Kräfte einsetzen für die Erweckung und Schulung der Frauen, so wird es dennoch gelingen, in größerem Maße die uns fernstehenden Frauen heranzuziehen. Wir müssen dabei nach dem Rezept arbeiten: doppelt genährt, hält besser, und müssen den Frauen immer wieder von vorn Nark machen und einprägen, daß es ihr eigenes Interesse bedingt, daß sie an unserer Seite kämpfen, um für sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Wir müssen unsere Aufmerksamkeit ganz besonders der Not der Kriegervitwen zuwenden. Die Renten der Witwen sind viel zu niedrig. In Hamburg erhalten die Witwen zwar Feuerungszulagen von 6 Mk. für den Monat und 3 Mk. für die Waife, aber trotz dieser Zulagen können die Witwen sich nicht einmal die rationierten Lebensmittel für sich und ihre Kinder kaufen. Die rationierten Lebensmittel sind doch aber das allernotwendigste, was eine Kriegervitwen braucht. Das Geld fehlt einfach an allem, und an Beiträge für die politische Bewegung ist unter diesen Umständen gar nicht zu denken. Wir müssen immer wieder unsere Stimme dafür erheben, daß die Renten erhöht werden. Frauen, die ohne den Ernährer mit sieben Kindern dastehen, müssen ganz Mutter sein können und nicht außerhalb des Hauses noch der Erwerbsarbeit nachzugehen brauchen. Freilich wird die Kraft unserer in der Bewegung geschulten Frauen nicht ausreichen, um bei den Frauen für das notwendige Verständnis zu sorgen, denn die Zahl der weiblichen Kräfte bei uns ist nur gering. Gewinnen wir aber die Frauen nicht, dann ist all unsere Arbeit vergeblich. Nehmen Sie daher die Entschließung 58 einstimmig an. Wir denken damit der Opfer, die die Frauen während des Krieges gebracht haben. Sorgen wir dafür, daß wir die Frauen, die nur mit dem Gefühl bei uns sind, auch mit dem Verstand zu uns herüberziehen. (Lebhafter Beifall.)

Kraul: Leider haben sich bisher die Unternehmer viel mehr mit der Monopolverfassung beschäftigt als die Arbeiter. Und das mit Unrecht. Uns Arbeiter interessiert nicht so sehr die finanzielle Seite der Monopolfrage, weil sie angesichts des ungeheuren Geldbedarfes des Reiches nur eine nebensächliche Rolle spielen kann. Wohl aber ist eine andere Seite der Monopolgesetzgebung für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Nach dem Kriege, wo so vieles neu aufgebaut werden muß und wo wir verlorene Absatzgebiete wieder und neue dazu suchen werden, wird das Bestreben der Unternehmer sein, die erhöhte Konkurrenzgefahr auf die Arbeiter abzuwälzen, und dann wird es für die Arbeiterschaft schlimme Zeiten geben, wenn wir nicht die sozialpolitische Seite unserer Gesetzgebung, die ja schließlich auch ein Stück Sozialisierung der Gesellschaft ist, fördern und dazu jedes Mittel, auch die Monopolverfassung, benutzen. In den Auseinandersetzungen der letzten Zeit über die Monopolgesetzgebung sind, wohl beeinflusst durch die finanzielle Seite der Frage, immer nur die großen Erträge erörtert worden, die die Monopole bringen sollen. Man sollte die Frage wenigstens einmal prüfen, ob Monopole nicht auch für die Feinindustrie von Bedeutung sein können. In Offenbach besteht eine derart ausgeprägte Feinindustrie wie nirgendwo sonst in Deutschland. Sie kennen alle die weltberühmten Feinleberwaren aus Offenbach, deren Industrie ausschließlich auf den Export eingestellt war. Die Einwirkung des Kriegsausbruchs auf die Offenbacher Industrie war zunächst furchtbar. Schon in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch hatten unsere Unternehmer beschlossen, mit

dem Augenblick der Mobilmachung sämtliche Betriebe stillzulegen. Am Sonnabend kam die Mobilmachung und am Montag früh rauchte in Offenbach kein Schornstein. Für die außerordentlich starke Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie war es nun bezeichnend, daß schon nach wenigen Wochen die gelerntten Portefeuller und Schärfer, Galanteriefabrikanten usw. militärische Ausrüstungsgegenstände herstellten und eine Hochkonjunktur ohne gleichen brach für die Offenbacher Industrie an. Kaum hatte sie sich den neuen Verhältnissen angepaßt, als die Konjunktur auch schon wieder nachließ, und nun kam die zweite Umstellung unserer Industrie. Die Arbeiter, die vorher in Leder gearbeitet hatten, stellten nunmehr Granaten und Zünder her. Das Beispiel zeigt die ungeheure Anpassungsfähigkeit unserer Industrie, und die Offenbacher Unternehmer haben ohne weiteres anerkannt, daß die zweimalige Umstellung ihrer Betriebe nicht möglich gewesen wäre ohne den hochentwickelten Arbeiterstand und die Leistungen der Arbeiterorganisationen. (Hört! hört!) Nun hofft Offenbach, daß nach dem Kriege seine Lederwarenindustrie wieder emporkommen wird. Wegen des harten Konkurrenzkampfes, der dann einsetzen wird, besteht nun die Befürchtung, daß die Sozialpolitik leidet und daß die Arbeiterschaft den Schaden davon hat. Das muß verhütet werden. Die Industrien, die nicht monopolisiert sind, werden in den Hintergrund gedrängt werden, und das wird bei der Feinleberindustrie der Fall werden. Die Offenbacher Industrie beruht zum großen Teil auf Heimarbeit und alle Versuche, die Arbeitsverhältnisse durch tarifliche Abmachungen zu verbessern, sind vergeblich gewesen. Wenn es nun nicht gelingen sollte, mit Hilfe der Monopole auch für die Feinindustrien etwas zu erreichen, dann werden alle Anstrengungen auf möglichst weitgehenden Ausbau des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung ausichtslos sein. Vielleicht auch wird die Frage zu prüfen sein, ob nicht der Weg beschritten werden kann, Industrien mit Kleinbetrieb als Produktionsgenossenschaften der Unternehmer staatlich zu fördern und als Bedingung für die staatliche Förderung die Verpflichtung des Unternehmers für bestimmte sozialpolitische Mindestforderungen zu fordern.

Die Frauen, die auch in der Offenbacher Industrie in großem Umfange beschäftigt werden, müssen vor allem in höherem Maße für unsere Bewegung gewonnen werden. Aber nicht nur dadurch, daß wir sie organisieren, sondern zur öffentlichen Mitarbeit erziehen. Bei der sozialen Kriegsfürsorge sind sie heute meist nur Objekte der Fürsorge, während die Fürsorge selbst von bürgerlichen Frauen ausgeübt wird. Wir müssen daher klipp und klar zum Ausdruck bringen: Sozialpolitik nach allen Seiten, aber vor allem Sozialpolitik für die Frauen und durch die Frauen. (Beifall.)

Frau Zuchacz-Berlin: Wir brauchen ein festumrissenes Programm für praktische Arbeit auf allen Gebieten der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge. Die Frauenerwerbsarbeit wird wahrscheinlich auch nach dem Kriege noch in sehr weitem Umfange bestehen bleiben. Die Kapitalisten haben es von jeher verstanden, sich die Kräfte der Frauen zum eigenen größten Vorteil nutzbar zu machen und produktiv zu verwerten, sie werden auch später nicht auf die Frauennarbeit verzichten. Wir müssen die gesellschaftlichen Konflikte, die sich aus der Teilnahme der Frauen am Produktionsprozeß ergeben, zu lösen suchen. Unsere praktische Mitarbeit wird ganz besonders in Anspruch genommen sein auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingsschutzes. Es ist ja bekannt, daß sehr viele Maßnahmen, die heute getroffen werden müssen, noch nicht auf gesetzgeberischer Basis beruhen, sondern daß es sich hier um sehr viele Vereinbarrichtungen handelt, auf die die Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen noch wenig Einfluß haben. Das gilt besonders für die Kinderfürsorge. In Kinderhorten, Krippen und ähnlichen Einrichtungen, wo die

Kinder der arbeitenden Frauen betreut werden müssen, wälten Frauen aus den bürgerlichen Kreisen. Die privaten Frauenschulen, die die Frauen für diese Arbeiten vorbereiten, wachsen wie Pilze aus der Erde, aber die Teilnehmer sind zum großen Teil bürgerliche Frauen, denen ich soziales Verständnis selbstverständlich durchaus nicht absprechen will, mit denen wir uns aber doch wiederholt bekämpft haben. Es wäre von allergrößter Wichtigkeit, wenn unsere Frauen, die Frauen der Arbeiterklasse, hier ebenfalls in Zukunft einen starken Einfluß ausüben könnten. (Sehr wahr!) Bei der Pflege, bei der Erziehung, bei der Ernährung unserer Kinder sollen und müssen die Frauen der arbeitenden Klassen selbst etwas zu sagen haben, sie müssen zu praktischer Arbeit herangezogen und herangebildet werden. Auf diese Aufgabe müssen unsere Organisationen in Zukunft ihr größtes Augenmerk richten. Wir wissen genau, daß unsere Bewegung deshalb verhindert ist, auf allen Gebieten praktische und fruchtbare Arbeit zu leisten, weil es uns zum größten Teil noch an den hierfür notwendigen Arbeitskräften fehlt, die wir für solche Zwecke stellen müssen. Darum erwächst eben für uns die Aufgabe, die Frauen hierfür heranzubilden. Es rächt sich gerade auf dem Gebiete der Fürsorge für die Familien der Arbeiter, daß wir nicht schon früher die geeigneten Gesetze bekommen haben. Die Erwerbsarbeit der Frauen war schon vor dem Kriege so groß, daß die Gesetze auf diesem Gebiete schon eine viel größere Vervollkommnung hätten erfahren müssen, als es bei Ausbruch des Krieges der Fall war. (Sehr richtig!) Gerade auf dem Gebiete der Sozialpolitik, in erster Linie auf dem des Mutter- und Säuglingschutzes, erwachten uns die größten Aufgaben. Meiner Meinung nach kann es auch in Zukunft unser Erwerbsleben ertragen, daß ein großer Prozentsatz unserer Frauen für die Zeit, wo sie dem neugeborenen Säugling am allerunverzichtbarsten sind, dem Erwerbsleben entzogen werden. Selbstverständlich schließt das ein, daß diese Frauen genügend unterstützt werden, um sich in der allerkritischsten Zeit dem Säugling widmen zu können. (Sehr wahr!) Das sind die Aufgaben, die wir mit Hilfe der Frauen in der Zukunft werden zu lösen haben. Das weist uns aber auch den Weg, den wir einzuschlagen haben in der Organisation: die Frauen heranziehen zu praktischer Mitarbeit, mit den Frauen die Fragen des Wirtschaftslebens durchsprechen, über die Erwerbsarbeit, über das Bevölkerungsproblem, über die Ernährungsfrage mit ihnen sprechen, sie veranlassen, sich auf diesen Gebieten zu betätigen. Es ist ein äußerst dornenvoller und schwieriger Weg, den wir da miteinander zurücklegen haben, aber das Ziel, das uns winkt, ist tatsächlich ein so schönes, daß wir vor dieser schwierigen Arbeit nicht zurückzuschrecken brauchen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der Kurs, der von jetzt ab eingeschlagen wird, in der Sozialdemokratie dazu führen wird, uns die Zukunftsaufgaben, die wir zu lösen verpflichtet sind, auch wirklich leicht zu machen und sie der Erfüllung entgegenzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Winnig-Hamburg: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie einen Augenblick in der Unterhaltung und der Lesüre störe. (Gelehrtheit und Sehr gut!) Ich will nur eine Bemerkung über eine Frage machen, die bisher noch nicht behandelt ist. Wir müssen uns einmal klar zu machen suchen, welcher Katastrophe der Arbeitslohn mit Abbruch des Krieges entgegengeht. Wir werden bei der Rückkehr in die Friedenswirtschaft zunächst eine gewaltige Ueberfüllung des Arbeitsmarktes bekommen. Diese Ueberfüllung kann natürlich auf die Bildung des Lohnes nicht ohne Einfluß sein. Die heutigen Kriegeslöhne gleichen einer aufgelassenen Wuppe, und sie werden in dem Augenblick zusammenbrechen, wo auf der einen Seite ein übergroßes Angebot von Arbeitskräften und auf der anderen Seite eine nur sehr geringe Nachfrage vorhanden ist. Das wird um so unerträglicher sein, weil dem

Sturz des Arbeitslohnes nicht gegenübersteht ein gleichmäßiger Sturz der Warenpreise: die Kriegslöhne werden gewaltig fallen, aber die Warenpreise werden noch auf längere Zeit hinaus ihre abnorme Höhe behalten. Dann werden wir eine Spannung zwischen dem Einkommen und den notwendigen Ausgaben haben, die zu Erschütterungen führen muß. Ich halte es deshalb für notwendig, daß wir der Frage der Bildung des neuen Reallohnes mehr Aufmerksamkeit widmen und sie zu lösen suchen. In den vorliegenden Referaten kann ich eigentlich nur sehr wenig Anläufe zu einer solchen Lösung sehen. Bissell nimmt in seinem Referat einen Standpunkt ein, den ich für sehr bedenklich halte. Er fordert, daß die Entlassung der Kriegsteilnehmer, sofern die Heeresinteressen es ermöglichen, unverzüglich erfolge und daß dabei auf die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes nicht Rücksicht genommen werden solle. (Sehr richtig!) Würde die Entlassung der Kriegsteilnehmer so unverzüglich erfolgen, so würde die Katastrophe des Arbeitslohnes mit unentweiblicher Gewißheit über die Arbeiterklasse hereinbrechen. Ich muß hier eine mangelnde Uebereinstimmung der Referenten feststellen, denn Cunow steht grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt. Er sagt: „So unangenehm das vielen sein mag“ — nämlich, daß sie nicht sofort entlassen werden —, „daß daher im eigenen Interesse der Arbeiterschaft die Entlassung der Truppen noch und noch und unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit erfolgen.“ Es ist eigentlich nicht sehr imponierend, wenn in einer so wichtigen Frage zwei ganz verschiedene Standpunkte eingenommen werden. Ich habe das deshalb zur Sprache gebracht, damit der Parteitag solche Unterschiede bemerkt und den Wunsch äußert, sie zu korrigieren. Ich gebe zu, daß es für die Leute an der Front, in den Stappen und in den Garnisonen eine sehr harte Zumutung bedeutet, wenn sie nach Friedensschluß noch längere Zeit im Dienst bleiben sollen. (Sehr richtig! — Zuruf: Eine zu harte Zumutung.) Ihre Wünsche werden sicher dahin gehen, möglichst bald entlassen zu werden; aber ihre eigenen Interessen stehen mit diesen Wünschen im Widerspruch. Es ist nun eine Frage für sich, was für uns maßgebend sein soll, die Wünsche oder die Interessen. Ich entscheide mich in diesem Falle dafür, daß die Interessen der großen Massen in erster Linie maßgebend sein müssen. Wogu stehen wir denn auf unserem Posten, wenn wir nicht weiter blicken wollen als die anderen? Im übrigen glaube ich, daß die Art der Entlassung die Bildung des neuen Reallohnes zwar stark berührt, aber nicht allein entscheidet. Vollständig gelöst werden kann diese Frage dadurch nicht. Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaften und die Partei diese Frage sehr eingehend studieren, und ich bin überzeugt, daß wir zu irgendwelchen Abmachungen kommen müssen, die für eine Uebergangszeit unter Mitwirkung der Staatsgewalt eine künstliche Stützung der Löhne durch Reglementierung herbeiführt. Sonst wird sich die Katastrophe des Reallohnes nicht aufhalten lassen, und das würde nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch politisch von äußerst gefährlichem Einfluß sein.

Frau Rines-Lettow-Beeslow: Bissell schließt sein schriftliches Referat mit den Worten: „Wohin man auch seinen Blick wendet, überall gilt es auszubauen, neuzugestalten. Daß es sich dabei um eine Arbeit handelt, die Jahre in Anspruch nimmt, ist mir klar, aber wir müssen anfangen zu bauen, je eher, desto besser.“ Zum Aufbau gehört aber vor allen Dingen die Mitarbeit unserer Frauen. Bei dieser Mitarbeit fehlt uns das Mitbestimmungsrecht. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, uns dies Recht zu erkämpfen. Wir Frauen werden, soweit es in unseren Kräften steht, die uns noch fernstehenden Frauen dazu aufrufen, aber allein werden wir diese Arbeit nicht schaffen, wir werden dazu die Mitarbeit unserer Genossen erbitten müssen. Sie müssen uns bei

diesem schweren Kampf unterstützen. Schon jetzt während der Dauer des Krieges hat es ja ein Teil von Genossinnen verstanden, durch ihre Mitarbeit in der Kriegsfürsorge sich einigen Einfluß zu verschaffen. Genossin Judasz erwähnt, daß in den meisten Fällen der Einfluß der bürgerlichen Frauen größer wäre als der der Genossinnen. Ich möchte deshalb an alle unsere Vertreter in den Gemeinde- und Stadtparlamenten die Bitte richten, die Frauen, die in der Gemeinde mitarbeiten, nicht nur zu unterstützen, sondern auch ihre Mitarbeit weiter auszubauen. Genosse Paul betonte die Notwendigkeit der Einrichtung von Kursen, damit unsere Frauen vorgebildet werden. Ich glaube aber, daß zu dieser Mitarbeit auch besonders die Mitarbeit unserer Genossen gehört, die unsere Frauen in allen Fragen unterrichten und dafür sorgen müssen, daß sie den nötigen Einfluß bekommen. Wir haben auf unserer Frauenkonferenz zu unserer Freude feststellen können, daß wir in fast allen Bezirken unseres Landes tätige Genossinnen haben, die sich schon etwas Einfluß in ihren Gemeinden durch ihre Mitarbeit in der Kriegsfürsorge verschafft haben. Aber sehr oft müssen wir von den Genossinnen die Klage hören, daß es an der nötigen Unterstützung der Genossen fehlt, und um diese Unterstützung möchte ich alle anwesenden Genossen ersuchen und sie bitten, dafür zu sorgen, daß sie sich, wenn sie nach Hause kommen, mehr für die Mitarbeit der Frauen interessieren und uns bei dieser wertvollen Arbeit unterstützen. Wie wertvoll und notwendig diese Arbeit ist, das brauche ich nicht erst klarzulegen, davon sind wir alle überzeugt. Es genügt aber nicht, daß wir davon überzeugt sind, sondern wir müssen weitergehen und dafür sorgen, daß die Männer Seite an Seite mit den Frauen kämpfen. (Sehr richtig!) Wäre ein Teil unserer Genossen sich dessen während des Krieges schon so recht bewußt gewesen, dann wäre auch der Einfluß der Frauen größer. Und wir sind ja alle überzeugt, durch diesen Einfluß leisten wir Frauen auch ein großes Stück Agitationsarbeit, wir machen die anderen Frauen auf uns aufmerksam und darauf kommt es letzten Endes mit an. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Lensch: Wir beraten jetzt gewissermaßen das Programm unserer geistigen Ubergangswirtschaft. Hier, so muß man sagen, hängt das meiste vom Ausgang des Krieges ab. Also bis zu einem gewissen Grade sind alle die Dinge, über die wir zu diesem Punkt reden, noch in suspensio zu halten. Das gilt selbstverständlich auch von der Kolonialfrage, und ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitagcs in dieser Hinsicht auf die Stellung richten, die die uns vorliegende Denkschrift einnimmt. Sie wissen, daß bereits in der Stockholmer Denkschrift gefordert wird: Rückkehr der deutschen Kolonien in den deutschen Besitz. Die Begründung in der Stockholmer Denkschrift für diese Forderung ist ja nur gegeben aus dem formalen Prinzip heraus, wenn wir keine Vergewaltigung vornehmen wollen, wollen wir auch keine Vergewaltigung leiden. Aber in der uns vorliegenden Denkschrift ist in dem von Cunow bearbeiteten Teil ein Schritt zu verzeichnen, der in der Begründung der gleichen Forderung weitergeht. Es heißt da: „Durch diese engere handelspolitische Verbindung erhält zunächst die Kolonialfrage eine ganz andere Bedeutung als bisher; denn werden von den britischen Kolonien die fremden Länder in ihrem Warenbezug und Warenabsatz gegenüber England benachteiligt, so wird es zur wichtigen Aufgabe eines jeden industriellen Großstaates, sich durch Erwerbung eigener Kolonien möglichst den ungehinderten billigen Bezug der zur Erhaltung und Ausdehnung seiner Industrie nötigen Rohstoffe zu sichern.“ Hier ist also die Forderung verallgemeinert worden, es wird für die kapitalistischen Staaten ganz im allgemeinen die Erwerbung eigener Kolonien gefordert. Es handelt sich hier um eine wirtschaftliche Notwendigkeit, es handelt sich gewissermaßen um die Durchführung des sozialdemokratischen

Kriegsziels, die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands zu sichern, und hier haben wir in Zukunft in wirtschaftlicher Hinsicht mit vollkommen anderen Verhältnissen zu rechnen, wie zu Beginn des Krieges. Der Freihandel, auf den sehr viele noch bis zu Beginn des Krieges als auf eine Zukunftsmöglichkeit rechneten, ist durch diesen Krieg höchstwahrscheinlich völlig in Scherben geschlagen, wir müssen mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Pariser Wirtschaftskonferenz nicht ein Stück Papier bleiben wird, sondern daß man von England aus versuchen wird, soviel wie möglich die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands zu brechen. Deshalb weist die Denkschrift mit Recht auf die Notwendigkeit der Erwerbung eigener Kolonien hin. Würde in diesem Kriege Deutschland unterliegen, würde es nicht imstande sein, einen Frieden ohne Annexionen zu erringen, also einen Frieden, in dem auch Deutschland nichts verliert, würde England nicht gezwungen werden können, die deutschen Kolonien herauszugeben, so wäre hier in der Tat eine sehr wesentliche Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gegeben. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß ganze Kontinente in der Gefahr stehen, von England verschlungen zu werden, daß neben Afrika auch Asien sich auf dem Wege befindet, im großen ganzen in eine englische Kolonie verwandelt zu werden. Gerade bei dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Russlands und bei den englischen Erfolgen in Vorderasien ist es von ganz außerordentlicher Wichtigkeit, dem gewaltigen Anwachsen der englischen Vormacht durch die sozialdemokratische Forderung: keine Eroberungen, in dieser Hinsicht also in der Herstellung des früheren Zustandes, zu begegnen. Gelingt es nicht, einen Frieden abzuschließen, der es ermöglicht, neben England in wirtschaftlicher Entwicklungsfreiheit dazustehen, so wäre nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle übrigen Staaten eine wirtschaftliche und gleichzeitig eine große kulturelle Gefahr vorhanden. Die Uebermacht Englands, das ist die Anglistisierung der gesamten Welt, wäre dann der Wirklichkeit nähergerückt, hätte aufgehört, lediglich ein Wunsch englischer Großkapitalisten und Kolonialisten zu sein. Deutschland ist in eine revolutionäre Rolle hineingezwungen. Bei Beginn des Krieges war es ja eine beliebte Redensart, daß dieser Krieg von deutscher Seite aus ein Freiheitskrieg in erster Linie gegen den russischen Zarenismus sei, und die erleuchteten Köpfe, die jetzt in der „Leipziger Volkszeitung“ ihr Wesen treiben, waren ja noch Ende 1915 der Meinung, man dürfe keinen Sonderfrieden mit Rußland schließen, das sei ein Verrat an dem freiheitlichen Charakter dieses Krieges. Es wurde damals in dieser Zeitung Protest erhoben gegen den Gedanken eines vorzeitigen Friedens mit Rußland, bevor der Zarenismus niedergeworfen sei. Aber der wirkliche Freiheitscharakter dieses Krieges richtet sich nicht so sehr gegen Rußland, der freiheitliche Charakter dieses Krieges, soweit er als solcher überhaupt charakterisiert werden kann, richtet sich geschichtlich und wirtschaftlich gegen England. Es wäre sehr notwendig und wünschenswert, wenn gerade dieser politische Charakter dieses Krieges schärfer herausgearbeitet worden wäre und jetzt noch würde. Das würde die Aufgaben der Partei und des Deutschen Reiches ganz außerordentlich erleichtern. In diesem Sinne also glaube ich die Stellungnahme, die Cunow mit deutlichen Worten ausdrückt, begrüßen zu dürfen, sie liegt vollkommen in der Linie der geschichtlichen Entwicklungstendenzen dieses Krieges.

Jüdel: Daß die Kolonialpolitik uns in der Ubergangswirtschaft irgend etwas helfen kann, möchte ich stark bezweifeln. Ich glaube, der Parteitag dürfte sich einig sein, daß das nicht der Fall ist. Ob wir, wie Lensch meint, später Kolonialpolitik treiben müssen und ob die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die Entwicklung seiner Industrie, abhängig ist von der Kolonialpolitik, darüber können wir uns später unterhalten. Ich möchte Ihre Auf-

merksamkeit gleichfalls wenden auf den schon von Winnig hervorgehobenen Widerspruch zwischen Bissell und Cunow. Cunow ist der Meinung, daß bei der Frage der Entlassung der Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß lediglich das volkswirtschaftliche Interesse entscheidend sein soll, daß nicht etwa die Kriegsteilnehmer unverzüglich zu entlassen sind, und daß nicht etwa die Soldaten nur zurückgehalten werden dürfen, wenn Heeresinteressen in Frage kommen. Das Urteil darüber, ob sie entlassen werden sollen, soll lediglich den militärischen Behörden überlassen bleiben. Von Arbeitslosenunterstützung sagt er kein Wort. Im Falle der Arbeitslosigkeit soll die Gemeinde sorgen. Umgekehrt sagt Bissell, daß jeder Kriegsteilnehmer sofort entlassen werden müsse, wenn das Heeresinteresse seine weitere Dienstpflicht nicht mehr rechtfertigt, und daß durch eine Arbeitslosenversicherung ein Schutz gegen Arbeitslosigkeit geschaffen wird. Ich möchte den Vortag dringend eruchen, sich Bissell anzuschließen. Sonst würde der Fall eintreten, daß die Arbeiterschichten, die schon bisher unter dem Kriege am meisten gelitten haben, auch nach dem Kriege die größten seelischen und materiellen Opfer bringen müssen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter in der Landwirtschaft, der Schifffahrt und im Transportgewerbe werden selbstverständlich sofort gebraucht. Im Textilgewerbe aber z. B. wird vielleicht für Jahre hinaus an eine geregelte Beschäftigung nicht zu denken sein. (Sehr richtig!) 300 000 Textilarbeiter stehen im Heere, die dann warten müßten, bis Arbeitsgelegenheit ihre Entlassung aus dem Heeresdienst möglich macht. Das wäre ein schreiendes Unrecht. (Sehr richtig!) Winnig meinte, daß das den Interessen der Arbeiter selbst nicht entsprechen würde. Ich muß das entschieden bestreiten. Winnig meinte weiter: das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse müssen wir dem Interesse des einzelnen Arbeiters unbedingt voranzustellen. Das volkswirtschaftliche Interesse verlangt Entlassung. Wir müssen sagen, daß der Staat, der im Kriege so viele Milliarden für die Kriegführung aufgebracht hat und so viele Kriegsgewinnler in sich birgt, nun auch die Mittel aufbringen muß, damit nach dem Kriege die Heeresangehörigen, die keine Arbeit finden können, durch eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung über Wasser gehalten werden. (Sehr richtig!) Deshalb ist die Arbeitslosenunterstützung für die Arbeiterschaft vielleicht die wichtigste Frage der Uebergangswirtschaft. Cunow verweist auf die Möglichkeit, daß die Gemeinden Notstandsarbeiten durch die entlassenen Heeresangehörigen ausführen lassen. Einmal haben die Gemeinden dafür keinerlei Vorarbeiten getroffen und dann sind die Gemeinden überschuldet. Es werden nur die unbedingt notwendigen Arbeiten ausführen lassen und Notstandsarbeiten nur in ganz geringem Umfange. Weiter sagt Cunow, daß bei der Verteilung der Rohstoffe nach dem Kriege, die natürlich nur kontingentiell hereingelassen werden, auf die Betriebe Rücksicht zu nehmen sei nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit vor dem Kriege, sondern zur Zeit des Friedensschlusses. Das wäre außerordentlich gefährlich. Ich halte es für völlig verfehlt, die Leistungsfähigkeit vor dem Kriege als ausschlaggebenden Faktor völlig auszuscheiden. Das würde eine Bevorgung der Betriebe bedeuten, die der Krieg zur höchsten Leistungsfähigkeit auf Kosten anderer Betriebszweige gebracht hat, vor allem auf Kosten der tausende stillgelegter Mittelbetriebe und der zehntausende stillgelegter Kleinbetriebe. Viele dieser Betriebe würden damit dem Untergange entgegengeführt. Das entspricht aber nicht dem Interesse der Arbeiter. Wir haben gewiß keine Veranlassung, den Niedergang kleiner Betriebe zu nützen aufzuhalten, aber wir haben erst recht keine Veranlassung, diesen Niedergang mit Staatsmitteln zu beschleunigen. Die jächstige Wirtschaften- und Stickerei-Industrie sowie das gesamte Musikinstrumentengewerbe mit zehntausenden Heimerer und mittlerer Betriebsinhaber, die im Kriege ihr

Vermögen eingebüßt haben, würden völlig ruiniert werden, wenn sie auch nach dem Kriege in der Rohstoffversorgung zurückgesetzt würden. Alle Unternehmer müssen gleichmäßig behandelt werden. (Sehr richtig!) Es könnte sogar eher unserem Interesse entsprechen, zu sagen, daß die stillgelegten Betriebe bevorzugt werden. (Sehr richtig!)

Brüll-Hannover: Die Frage der Staatsmonopole rückt immer mehr in den Bereich der Wirklichkeit. Wir werden uns nach dem Kriege mit ihr ernsthaft befassen müssen, denn wir werden mit indirekten Steuern wie bisher nicht mehr auskommen. Die Kriegslasten müssen auf eine möglichst breite Basis gelegt werden. Ausschneiden müssen aus der Monopolbildung die Industriezweige, deren Produkte in den Tages- und Massenkonsum der Arbeiter übergehen. Sonst könnte die gefährliche Folge eintreten, daß die Finanzmonopole — und um die handelt es sich in erster Linie nach dem Kriege — als indirekte Steuern progressiv nach unten wirken. So wäre zum Beispiel ein Getreidehandelsmonopol die größte Gefahr für die Arbeiterklasse, wenn es ein Finanzmonopol wäre. Um diese Schäden abzuwenden, müßte man das Getreidehandelsmonopol verbinden mit einem Produktionsmonopol, das heißt der Grund und Boden müßte Staats Eigentum werden. Die Nahrungsmittel hätten also am besten aus der Monopolbildung auszuscheiden. Weniger drückend für die arbeitende Bevölkerung würde sich die Monopolisierung der Eisenindustrie, der Bergwerke, der Elektrizitäts- und Rüstungsindustrie gestalten. Als Finanzmonopol wird sich allerdings ein Rüstungsmonopol nach dem Kriege nicht eignen, weil dann hoffentlich der Abrüstungsplan die Rüstungsindustrie von ihrer heutigen Höhe herabdrücken wird. Zweifellos wird auch die Ablösung der Rüstungsbetriebe wegen ihrer hohen Dividenden Schwierigkeiten bereiten. Gleichwohl müssen wir aus politischen Gründen für die Monopolisierung der Rüstungsindustrie eintreten, schon weil die Kriegshöhe eingedämmt würde. (Sehr richtig!) Wir müssen für dieses Monopol sein auch auf die Gefahr hin, daß für die Reichskasse Ausfälle entstehen. Diese Einnahmen müßten übrigens erst ohne Gegenleistung durch die Steuerzahler aufgebracht werden. Verschwinden insofern Rückgang der Rüstungen die Einnahmen, dann natürlich auch für die Steuerzahler die für Rüstungszwecke gemachten Ausgaben. Gewiß sind bei der Monopolfrage noch verschiedene Probleme zu lösen, aber wir müssen an dem Grundsatz festhalten, daß die Monopolbildung ein Weg zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist. Die Unternehmer werden daher den härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Wir werden stets der Monopolbildung den Vorzug geben vor den bisherigen indirekten Steuersystemen. In dem Maße, wie die Ansammlung großer Kapitalien in den Händen weniger Leute vor sich geht, werden immer größere Teile des Volkes sich unserem Verlangen nach Staatsmonopolen sympathisch gegenüberstellen. (Zustimmung.)

Bissell (Schlußwort): Im Allgemeinen sind Einwendungen gegen meine Forderungen nicht erhoben worden. Im Gegenteil, namentlich die Genossinnen haben ihnen, zumal dem Teil, der sich auf den Kinder- und Frauenschutz bezieht, ausdrücklich zugestimmt. Das ist erklärlich, denn die schwere Beeinträchtigung und Vernichtung der Volkskraft durch den Krieg stellt uns vor sozialpolitische Probleme, die nie und nirgends in dieser Art aufgetaucht sind. Nicht nur bei uns ist es der Fall. In allen kriegsführenden Ländern. Wir können die uns hier erwachenden Aufgaben auf den bisher üblichen Wegen nicht lösen. Bisher fehlte es an einem einheitlichen Vorgehen auf sozialpolitischem Gebiete. Hier wurde ein Loch gestopft und dort eine sich als notwendig herausstellende Forderung vorgenommen. Das bedingte dann das Stück- und Stückwerk, die Unübersichtlichkeit, das vielfach vorhandene Widerspruchsvolle unserer sozial-

Klassenrichtung sind durch den Krieg revolutioniert worden. Freilich geht die Umwälzung in anderen Formen vor sich, als wir bisher geglaubt haben. Zu Anfang des Krieges hieß es, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem in kurzer Zeit zusammenbrechen und aus dem Chaos dann die sozialistische Wirtschaftsweise aufsteigen würde. Diese Prophezeiung hat sich als irrig erwiesen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem steht noch immer ziemlich fest; aber es hat, um sich halten zu können, bei den sozialistischen Organisationsgedanken Anleihen machen müssen. Der Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Sieg des sozialistischen Wirtschaftsprinzips. Wie die weitere Entwicklung sich vollziehen wird, läßt sich heute jedoch noch kaum beurteilen; denn noch wissen wir nicht, wie der Krieg ausgeht und unter welchen Bedingungen Frieden geschlossen werden wird. Wir vermögen auch noch nicht zu erfahren, wie die Beziehungen der Staaten zueinander sich gestalten, ob und in welcher Zeit die Regelung der Wälua durchgeföhrt werden kann und wie sich die Wiederumfchaltung gestaltet. Wir wissen vor allem nicht, ob diesem Kriege nicht ein langer offener oder verdeckter Wirtschaftskrieg folgen wird. Wohl muß bei den Friedensverhandlungen darauf hingewirkt werden, daß der Wirtschaftskrieg aufhört. Wahrscheinlich wird zwar offiziell kein Wirtschaftskrieg von der englischen Regierung geföhrt werden, aber einen verdeckten Wirtschaftskrieg werden wir trotzdem voraussichtlich haben. Wir brauchen nur die Berichte zu betrachten, die die zur Durchföh rung der Imperial Federation eingesezte Kommission vorgelegt hat, um das zu erkennen. Sie hat unter dem Vorbehalt von Bonar Law getagt und einstimmig beschloffen, daß jeder Teil des britischen Weltreiches dem Handel der anderen Teile künftighn besondere Erleichterungen und Begünstigungen gewähren soll. Es ist ein großer Zollverband für das britische Reich geplant. Die Wareneinfuhr aus den Kolonien in das Mutterland soll wesentlich erleichtert werden, indem sie Vorzugszölle zugestanden erhalten sowie Differenzierung bei den Hafen- und Lagergebühren und besondere Frachttarife. Als Gegenleistung sollen die englischen Industriewaren besondere Zollerleichterungen beim Eingang in die Kolonien genießen und ferner gewisse Kolonialprodukte der Ausfuhr nach England vorbehalten bleiben. (Hört, hört!)

Vor einigen Wochen hat ferner die Liverpooler Schifffahrtskammer, die maßgebende Reedervereinigung Englands, etwas Wehnlisches beschloffen. Allerdings ist im Bericht nicht angegeben, mit wieviel Stimmen. Die Schifffahrt nach Deutschland soll in Zukunft möglichst eingeschränkt werden. Allerdings — so wurde erklärt — nicht deshalb, um gegen Deutschland den Wirtschaftskrieg fortzusetzen, sondern weil man die eigenen Kolonien besonders berücksichtigen und bevorzugen müsse. Die englischen Schiffe müßten künftighn vor allem nach den englischen Kolonien dirigiert werden, damit nach dem Kriege die Handelsbeziehungen Englands zu seinen Kolonien möglichst erweitert werden könnten. Das ist keine Ankündigung eines offiziellen Wirtschaftskrieges, läuft aber auf einen verdeckten Wirtschaftskrieg hinaus.

Leider sind wir, was das Wirtschaftsleben nach dem Kriege anbelangt, im ganzen noch auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen und auf Hypothesen angewiesen. Sicher muß z. B. der Tiefstand der Wälua aufgehoben werden; aber dazu ist nicht allein eine Regelung der Ein- und Ausfuhr nötig, sondern auch, daß wir einen Teil der Kriegsanleiherwerte im Ausland unterbringen, daß wir die noch in deutschen Händen befindlichen Wertpapiere abstoßen, und im Ausland Bankanleihen aufnehmen usw. Werden wir das können? Das ist die Frage. Weil wir aber noch vor etwas Unbestimmtem stehen, können auch unsere wirtschaftlichen Forderungen an die Periode nach dem Kriege jetzt noch nicht präzise sein. Wir können nur erst allgemeine Forderungen auf-

stellen, nicht präzise Eingelforderungen. Deshalb kann nach meiner Auffassung auch der Parteitag nicht die in den Referaten aufgestellten Forderungen ohne weiteres gutheißen. Ich betrachte selbst die in meinem Referat aufgestellten Forderungen als auf einer Wahrscheinlichkeitsrechnung beruhend. Der Ausfall des Krieges wird manche Forderung modifizieren, vielleicht auch heute noch ganz nebensächlich erscheinende in den Vordergrund rücken. Vorerst können wir nur Richtlinien ziehen. Deshalb empfehle ich, daß diese Referate einer Kommission überwiesen werden, die die weitere Entwicklung verfolgt, diese Referate an den Entwicklungsstatistiken nachprüft und dann ein wirtschafts- und sozialpolitisches Aktionsprogramm ausarbeitet. Einer solchen Kommission könnte auch eine Reihe anderer Forderungen und Fragen überwiesen werden, die hier gestellt sind, z. B. die Anträge 35 aus Hamburg, 36 aus Teltow-Beeskow und die agrarischen Fragen, die Genosse Guntner hier aufgeworfen hat.

Auch die Kolonialfrage besommt, wie Genosse Benck schon bemerkte, durch die englischen Maßnahmen ein anderes Gesicht. Es sind nicht nur besondere Schifffahrts-, Hafen- und Lagerermäßigungen vorgeschlagen, sondern die englische Regierung hat z. B. auch in Australien und Ostindien große Massen von Rohstoffen aufkaufen lassen, und diese Massen von Rohstoffen liegen dort, damit England sie sofort nach Schluß des Krieges einföhren und das durch den Krieg von Rohstoffen entblöhte Deutschland in Rechtteil versehen kann. Es ist ganz offen ausgesprochen worden, daß England sich diese Rohstoffe sichern muß, damit sie nicht nach dem Kriege von deutscher Seite erworben werden können. (Hört! hört!)

Gegenüber dem Einwand Sädel's in bezug auf die Rohstoffverföhrgung stelle ich fest, daß ich ausdrücklich gleichmäßige Behandlung aller Fabrikanten verlange. Nur sollen nicht Fabrikanten, die infolge des Krieges in ihrer Leistungsfähigkeit zurüdgegangen sind, deswegen besonders begünstigt werden. Eine andere Regelung mag vielleicht aus ethischen Gründen angebracht erscheinen, aber dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse entspricht das nicht. Wir werden nach dem Kriege volkswirtschaftlich einen so schweren Standpunkt haben, daß wir uns auf Gefühlspolitik nicht einlassen können. (Sehr gut!) Wir müssen gegen die auswärtige Konkurrenz bestehen. Ich bin in der Lage, auch jetzt noch in der Kriegszeit die meisten größeren englischen Blätter lesen zu können, und wenn man aus diesen erfieht, wieviele Sachkommissionen in England eingesetzt werden und in welchem Maße da an der wirtschaftlichen Erhaltung Englands gearbeitet wird, dann kann man sicher nicht den Vorschlag gutheißen, wir sollten die minderleistungsfähigen Betriebe besonders begünstigen. (Sehr richtig!) Auch kleine Betriebe sollen, wenn sie leistungsfähig sind, berücksichtigt werden, aber einen Vorzug vor den größeren sollen sie nicht genießen. Nicht das Eingelfinteresse, das volkswirtschaftliche Interesse entscheidet.

Einige Vorredner haben einen Widerspruch zwischen dem Genossen Wissell und mir zu konstruieren versucht. Einen solchen Widerspruch kann ich nicht entdecken, nur eine verschiedenartige Formulierung. Wissell hat gefordert, daß die Entlassung der Arbeiter aus dem Heere unverzüglich erfolgt, dann aber gemeint, daß sie auch einige Monate dauern könnte. Er hat auch als selbstverständlich bezeichnet, daß bei der Entlassung die Wirtschaftslage zu berücksichtigen und zu prüfen sei, ob Industrie und Handel die Entlassenen aufnehmen könnten. Dann heißt es aber weiter in seiner Forderung, auf „eine etwa befürchtete Ueberfüllung des Arbeitsmarktes“ dürfe keine Rücksicht genommen werden. Das verstehe ich nicht recht. Die Wirtschaftslage steht doch in engster Verbindung mit dem Arbeitsmarkt. Sie ist doch kein Ding für sich. (Sehr

richtig!) Der Arbeitsmarkt ist ein Teil des ganzen Wirtschaftskörpers. Ich glaube, es soll mit der Forderung etwas ganz anderes gesagt werden, etwas, mit dem ich vollständig einverstanden bin. Der Ausdruck ist wohl nur nicht ganz passend gewählt. Nach meiner Ansicht soll gesagt werden, aus Rücksicht auf den Arbeitsmarkt dürften nicht einfach die Einberufenen so lange bei der Fahne zurückgehalten werden, wie es den Behörden rätlich erscheine, indem erklärt werde: „Es ist für Euch noch keine Arbeitsgelegenheit vorhanden, der Arbeitsmarkt gestattet Eure Entlassung noch nicht, deshalb müßt Ihr noch monatelang bei der Fahne bleiben.“ Solcher Begründung soll vorgebeugt werden. Das ist durchaus berechtigt. In einer anderen Stelle hat denn auch Genosse Bissell seine Forderung wesentlich anders gefaßt. Da heißt es (Bissells Nejerat S. 109):

„Volkswirtschaftliche Gründe gebieten dringend, nach Friedensschluß die für Heereszwecke nicht mehr gebrauchte Arbeitskraft jedes einzelnen Soldaten möglichst bald wieder produktiv sich betätigen zu lassen. In erster Linie sind es jedoch die ethischen Wirkungen der baldigen Rückkehr in die Heimat, die die baldige Entlassung der Eingezogenen als dringendes zu erstrebendes Ziel erscheinen lassen. Die Rücksichtnahme auf vermeintlichen Arbeitsmangel darf nicht zur Zurückbehaltung der Kriegsteilnehmer führen. Wenn Rücksichten geübt werden müssen, so sind es solche auf die Ingangbringung unseres Wirtschaftslebens.“

Diese Stelle kann ich vollständig unterschreiben. Auch ich will durchaus nicht, daß die Soldaten so lange bei der Fahne zurückgehalten werden, bis sich der Arbeitsmarkt allmählich von selbst reguliert. Ich möchte nur nicht, daß die Entlassung „unverzüglich“, d. h. ohne weiteres, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage, erfolgt, und nun plötzlich Millionen den Arbeitsmarkt überfüllen. Die Folge würde eine ungeheure Arbeitslosigkeit sein. Ich habe deshalb den Vorschlag gemacht, es sollten sofort vom Staat und den Gemeinden besondere Staats- und Gemeindefabriken vorgenommen werden, und die Arbeiter, die kein Unterkommen in Privatbetrieben finden, vorläufig mit solchen Arbeiten, z. B. bei öffentlichen Bauten, bei Aufforstungen, Kanalanlagen usw. beschäftigt werden. Unsere Feldgrauen sollen also durchaus nicht nach Belieben der Behörde bei der Fahne festgehalten werden; sie sollen so schnell wie irgend möglich nach Friedensschluß entlassen werden; aber vorher ist für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Es ist nur allzu begreiflich, daß Soldaten, die jahrelang in den Schützengräben gelegen haben, das dringendste Verlangen haben, wieder nach Hause zu kommen, daß sie, sobald Friedensverhandlungen eingeleitet sind, jede Minute zählen werden, bis sie zur Entlassung gelangen. (Sehr wahr!) Aber das kann uns nicht dazu bestimmen, nun einfach zuzulassen, daß diese ganze Masse ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage auf den Arbeitsmarkt geworfen wird. Genosse Bissell fordert nun freilich eine allgemeine Arbeitslosenunterstützung, und Fädel hat das als Vorzug hervorgehoben. Ich verlange statt dessen Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch Staat und Gemeinde, und ich glaube, diese werden sich viel leichter dazu verstehen, sogenannte Notstandsarbeiten vorzunehmen, als einfach den Millionen Entlassenen Arbeitslosenunterstützungen, vielleicht monatelang zu gewähren.

Stellen wir uns nur vor, wie in manchen Industriezweigen sich der Uebergang zur Friedenswirtschaft vollziehen wird, z. B. in der Textilindustrie. Es fehlt da an allen Rohstoffen, auch an einem großen Teil der Maschinen, denn während des Krieges sind viele der Maschinen vollständig abgenutzt. Die Wiederaufnahme der Produktion kann daher nur allmählich erfolgen. Ferner steht uns der niedrige Stand unserer Wälua entgegen. Unsere Marx gilt ja

jetzt im Ausland kaum die Hälfte. Um so teurer müssen natürlich die Rohstoffe bezahlet werden. Schon im September 1914, als nach Kriegsausbruch die Umstellung begann, hatten wir eine bedeutende Arbeitslosigkeit, und doch ist damals die Umstellung unter sehr günstigen Bedingungen erfolgt. Bald liefen beträchtliche Heeresaufträge ein, und zudem waren außerordentlich viele Rohstoffe vorhanden. Wir hatten in den Jahren vor dem Kriege eine Prosperitätsperiode. Im Herbst 1913 setzte dann in der Eisenindustrie eine Krise ein. Es sammelten sich auch große Eisen- und Stahlvorräte auf. Das geht schon daraus hervor, daß im ersten Halbjahr 1914 ein starker Export nach England stattfand. Diese Vorratsanhäufung erleichterte natürlich die Umstellung. Ähnlich lag es in der Textilindustrie. Nach dem Kriege aber werden wir fast keine Rohstoffe mehr haben. Wir können also in manchen Industriezweigen gar nicht sofort mit der Produktion beginnen, selbst wenn wir die höchsten Preise für Rohmaterialien zahlen. Manche Industriezweige werden noch lange lahmgelegt bleiben.

Ich würde also empfehlen, eine Kommission einzusetzen, die diese ganze Materie nachprüft. Diese Kommission könnte zu gleicher Zeit die Vorarbeiten für eine Programmrevision liefern. Das Erfurter Programm war zum Teil schon angenommen wurde, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt. (Sehr richtig!) Sie drängte schon in andere Bahnen, während noch die Theorie in dem alten Schema beharrte. In einem neuen Programm, das nicht wieder eine ellenlange Auseinandersetzung, keine ökonomische Abhandlung sein darf, müssen die Forderungen entwicklungsgeologisch besser subfundiert sein. Ob allerdings jetzt schon die geeignete Zeit zu einer Programmrevision ist, das ist eine andere Frage. Wir befinden uns in einer Umwälzungsperiode, in einer Periode der theoretischen Neufundierung. Der Krieg hat eine Reihe früherer Auffassungen und Illusionen vernichtet, einen sicherer festher theoretischen Boden haben wir aber noch nicht wiedergefunden. Es muß erst eine gewisse Klärung erfolgen, ehe wir an eine Revision des Programms gehen können.

Die Entwicklung hat sich in den letzten Jahren in anderen Formen vollzogen als wir glaubten. Manches, was wir früher als sicher angenommen haben, hat sich als Täuschung herausgestellt. Aber wenn wir den Verlauf der letzten Jahre betrachten, müssen wir doch sagen, wir können heute gewisser sein als jemals, daß die Entwicklung sich in der Richtung zum Sozialismus vollzieht. Wir kommen vorwärts; die Verhältnisse arbeiten restlos für uns. (Beifall.)

Das Schlusswort über die gesamten Zukunftsaufgaben der Partei erhält **Scheidemann**: Auch ich empfehle Ihnen, die Anträge teils der Fraktion, teils dem Parteivorstand zu überweisen. Die in einem Antrag geforderte Kommission wird der Parteivorstand berufen, sie wird dann die ihr zugewiesene Arbeit übernehmen. Im übrigen hat die Debatte mir keine Veranlassung gegeben, im Schlusswort noch einmal auf die gestern und heute behandelten Gegenstände eingehender zurückzukommen. Es herrschte vollkommene Uebereinstimmung in der Forderung durchgreifender, der Zeit entsprechender Sozialpolitik. Klarheit trat zutage über die Größe unserer Aufgabe beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft. Bei der Behandlung der Steuerfragen hat der eine mehr diese, der andere mehr jene Forderung betont. Restlose Uebereinstimmung bestand darin: Schonung der Schwachen, scharfes Zugreifen da, wo etwas zu holen ist, beim Reichtum.

Uebereinstimmung bei der Frage, die die Demokratisierung betrifft, war selbstverständlich. Besonders erfreulich und erhebend ist aber gewesen die Entschlossenheit, mit der von der Demokratisierung und ihrer Durchsetzung

gesprochen worden ist. Vollkommene Klarheit besteht darin: Fort mit allen Hindernissen, die der Demokratisierung des Reiches und der Parlamentarisierung entgegenstehen! Was aber am schnellsten beseitigt werden muß, scheint mir der Reichstangler Dr. Michaelis zu sein. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Dr. Michaelis hat ohne die geringste Fühlungnahme mit der Volksvertretung, was doch in dieser schlimmen Zeit selbstverständlich gewesen wäre, einen Posten übernommen, dem er in keiner Weise gewachsen ist. (Sehr richtig!) Ich erinnere an ein Wort des früheren Reichstanglers v. Weichmann-Hollweg: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen seiner Zeit nicht versteht.“ Ich möchte denen, die ein frivolcs Spiel treiben mit der Verschleppung des Wahlrechts in Preußen, die, wie es immer offenkundiger wird, das von uns geforderte und wiederholt versprochene Wahlrecht verschleppen möchten, die sich alle Mühe geben, es zu verwässern und hinauszuziehen, die feilschen wollen mit diesem Wahlrecht, sagen: Finger weg, Ihr spielt mit dem Feuer! (Lebhafte Bravo!) Wir dulden keinen Aufschub, wir feilschen nicht mehr um das Wahlrecht, wir fordern es vollkommen gleich und fordern es sofort. (Erneute Zustimmung.) Ich nehme an, daß die Resolution, die sich auf das Wahlrecht bezieht, einstimmig angenommen wird.

Ungeheures leistet und duldet das deutsche Volk seit Jahren. (Sehr wahr!) Was unsere Brüder im Waffenrock in diesem Kriege geleistet haben, brauche ich hier nicht zu schildern, jeder einzelne von uns weiß es genau. (Sehr richtig!) Und diesen unseren Brüdern, die ich im Namen der deutschen Sozialdemokratie an allen Fronten auf das herzlichste begrüße (Bravo!), diesen Brüdern im Waffenrock, die das Deutsche Reich verteidigt, die es gerettet haben, diesen unseren Brüdern sollten länger Rechte vorenthalten werden, die jeder, der aus der Not dieser Zeit Gewinn geschlagen hat, besitzt? Das dulden wir nicht. Ein Narr, der sich einbildet, wir könnten es dulden. (Lebhafte Beifall.)

In der sogenannten Vaterlandspartei sitzen die reaktionären Drahtzieher. Unter der Vorgabe, die Interessen des Vaterlandes zu vertreten, spielen sie um das Reich va banque. Mir scheint in dieser Stunde jedes weitere Wort überflüssig zu sein. Wir wissen was wir wollen und wir werden es schaffen. Im Kampf um das gleiche Wahlrecht wird die deutsche Arbeiterschaft gemeinsam und geschlossen marschieren. Den Gegnern aber rufe ich zu: Hört uns, Ihr seid gewarnt! (Stürmischer Beifall.)

Die Abstimmung wird auf den Nachmittag vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Auer: Das Bureau hat an den Genossen Gerlach folgendes Telegramm gerichtet: „Dem alten kurnerproben Kämpfer sendet der Parteitag herzlichste Grüße.“ (Bravo!) Vom Metallarbeiterverband Leipzig ist folgender Brief eingelaufen:

Leipzig, den 18. Oktober 1917.

An den Parteitag zu Würzburg!

In der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Leipzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde gegen einige Stimmen nachstehende Resolution angenommen und beschlossen, diese dem Parteitag zu Würzburg zur Kenntnis zu bringen.

Resolution.

Kurz dem „Vorwärts“-Bericht vom 18. Oktober 1917 über den Würzburger Parteitag hat Mhlau-Leipzig auf dem Würzburger Parteitag gesagt:

„Von 20 000 Leipziger Metallarbeitern haben 47 den Austritt aus dem Kartell beschlossen.“

Mit dieser Darstellung versucht Mhlau eine Irreführung des Parteitag und damit der Öffentlichkeit. Mhlau weiß genau, daß dem Leipziger Gewerkschaftskartell niemals 20 000 Metallarbeiter angehört haben. Als Sekretär des Leipziger Gewerkschaftskartells weiß Mhlau, daß zur Zeit, als die Leipziger Metallarbeiter den Austritt aus dem Gewerkschaftskartell beschlossen, die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Leipzig mit rund 7000 Mitgliedern dem Kartell angeschlossen war. Unwahr ist auch die Behauptung, der Austritt der Metallarbeiter sei von 47 Metallarbeitern beschlossen worden. Wahr ist vielmehr, daß der Austritt in einer sehr gut besuchten, jahungsgemäß einberufenen ordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes der Verwaltungsstelle Leipzig beschlossen worden ist. Eine Auszählung der Stimmen hat in der Versammlung überhaupt nicht stattgefunden. In der heutigen Generalversammlung ist festgestellt worden, daß höchstens 30 Versammlungsbesucher gegen den Austritt gestimmt haben. In der bewußt falschen Darstellung Mhlaus erblückt die am 17. Oktober tagende Generalversammlung der Leipziger Metallarbeiter den Versuch, die Tatsache zu verschleiern, daß gerade die Tätigkeit der Sekretäre Mhlau und Lüttich wesentlich mit zum Austritt der Metallarbeiter aus dem Kartell beigetragen hat.

Mhlau-Leipzig: Der Vorwurf der bewußt unwahren Darstellung ist eines der unlauteeren Kampfmittel, an die man von einzelnen Personenkreisen in Leipzig beinahe schon gewöhnt worden ist. Sachlich stelle ich folgendes fest: Ich habe gesagt, daß gegenwärtig rund 7000 Mitglieder dem Metallarbeiterverband in Leipzig angehören, während etwa 13 000 beim Militär sind, so daß rund 20 000 Mitglieder von der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes vertreten werden. Ich habe weiter gesagt, daß der Austritt aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell mit 47 Stimmen beschlossen worden ist. Verschiedene einwandfreie Genossen haben diese Tatsache auf wiederholtes Befragen bestätigt. Ihrer wurde auch in einem Kartellbericht Erwähnung getan, den die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht hat. (Hört! hört!) Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Tatsache, daß 47 Personen den Austritt beschlossen haben, bisher unwiderprochen geblieben ist. Und da sie bereits vor mehreren Wochen veröffentlicht wurde, muß sie wohl auch den Tatsachen entsprechen. Weiter ist Tatsache, daß nach dem Austritt der Metallarbeiter aus dem Kartell am 1. April d. J. Hunderte von Metallarbeitern die Tätigkeit des Sekretariats weiter in Anspruch genommen haben. In dem mit 268 gegen 140 Stimmen gefassten Beschluß der vorgestrigen Versammlung der Ortsgruppe Leipzig des Holzarbeiterverbandes, beim Kartell zu bleiben, sehen wir ein erfreuliches Zeichen, das zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Das Wort zu einer Erklärung erhält:

Davidsohn: Genosse Gentner ist heute vormittag auf die wirkliche oder angenommene Allmacht der stellvertretenden Generalkommandos zu sprechen gekommen, soweit es sich handelt um Eingriffe in Arbeits- und Arbeiterangelegenheiten. Durch den Schlußantrag wurde es mir leider unmöglich gemacht, einiges darüber zu sagen. Unser Präsidium ist so freundlich gewesen, mir die Möglichkeit zu folgender Mitteilung zu geben:

Kurz vor dem Parteitag fand in Berlin eine Besprechung statt, an der außer Reichstagsabgeordneten aller Fraktionen und Vertretern der Reichsregierung Beauftragte der Verwaltungen des Generalgouvernements Warschau und von Oberost teilgenommen haben. Es handelte sich um die Regelung

von Angelegenheiten der zurzeit in Deutschland befindlichen polnischen und jüdischen Arbeiter russischer Staatsangehörigkeit. Das preußische Kriegsministerium erklärte sich bereit, den Wünschen und Forderungen der fremden Arbeiter und ihrer Vertretungen entgegenzukommen. Dieses Versprechen fand ichwachen Glauben, und es wurde den Herren vom preußischen Kriegsministerium entgegengesagt, daß die stellvertretenden Generalkommandos in ihren Korpsbereichen nach wie vor unumschränkt herrschen und sich um Verfügungen von oben nicht im geringsten kümmern würden. Demgegenüber wurde in einer schriftlichen Fassung von seiten des Kriegsministeriums festgestellt, daß gemäß kaiserlicher Verordnung die stellvertretenden Generalkommandos sich in den in Betracht kommenden Arbeiterangelegenheiten den Anordnungen des Kriegsministeriums bzw. des Kriegsamts zu fügen haben.

Gilt dies in Sachen der Angelegenheiten ausländischer Arbeiter, so sollte angenommen werden dürfen, daß auch der deutschen Arbeiterschaft endlich das Joch der Selbstherrlichkeit und Allmacht der stellvertretenden Generalkommandos abgenommen wird. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die Anträge, die sich auf die künftigen Aufgaben der Partei beziehen. Die Anträge 33 und 46 werden der Fraktion, die Anträge 34, 35 und 36 werden dem Parteivorstand überwiesen. Antrag 58 wird einstimmig angenommen. Angenommen werden ferner die Anträge 59, 60, 63 und 65.

Es folgt die Behandlung der

Lebensmittelfrage.

Robert Schmidt-Berlin: Ich will den Antrag 57 kurz begründen. Der starke Druck, den der Krieg auf das seelische Empfinden der Menschen ausübt, steigert sich mit der zunehmenden Sorge um das tägliche Brot. Wir sprechen viel von einer ungünstigen Stimmung in der Bevölkerung, die durch die unbefriedigende Lösung der Nahrungsmittelversorgung im wesentlichen verschuldet ist. Die Stimmung der Bevölkerung ist leider durch die große Sorge um das tägliche Brot sehr herabgedrückt, es ist eine Erbitterung in der Bevölkerung hervorgerufen, daß wir es außerordentlich bedauern, daß nicht Maßnahmen getroffen wurden, um eine bessere und gerechtere Versorgung herbeizuführen. Denn es ist schließlich nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln, nicht nur die Absperrung vom Auslandsmarkt, die uns heengen in der Versorgung, sondern es sind vor allem auch die ungeeigneten und unzweckmäßigen Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat. Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften haben bald nach Beginn des Krieges Vorschläge gemacht, wie und in welcher Weise der Not begegnet werden kann und muß und wie die Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung behoben werden können. Wenn wir heute einen Rückblick tun über die vergangene Zeit, so müssen wir sagen, daß eine große Anzahl unserer Forderungen und Wünsche zur Linderung der Not erfüllt sind, d. h. allerdings nur in ihrer grundsätzlichen Tendenz; in der Ausführung haben wir es leider mit sehr ungenügenden Maßnahmen zu tun, die die Wirkung der von uns empfohlenen Mittel nicht zur vollen Geltung bringen. Das was wir vorgeschlagen haben, ist leider viel zu spät in Angriff genommen worden und erst dann haben die Maßnahmen eingesetzt, wenn leider schon eine lange Zeit schlimmer Unzuträglichkeiten vorbei war. Wir haben leider auch in der Höchstpreisfestsetzung, um eine der wichtigsten Forderungen zu betonen, nicht herbeizuführen können, daß der Einfluß großer wirtschaftlicher Interessengruppen von der Regierung ferngehalten wurde, sondern es sind

im Gegenteil alle Maßnahmen in bezug auf die Festlegung von Höchstpreisen unter dem Druck wirtschaftlicher Interessengruppen gestellt worden. Das kapitalistische Regiment hat den stärksten Widerspruch erhoben gegen alle Tendenz des staatlichen Eingreifens in unserem Wirtschaftsbetrieb, so starken Widerspruch, daß jede Maßnahme immer wieder aufs neue in ihrer Wirkung zu einem erheblichen Teil aufgehoben wurde. Es fehlt der Regierung die Entschiedenheit in der Durchführung. Das Jagen nach Gewinn steigert sich wie der Mangel an Lebens- und Bedarfsmitteln auf dem Markt zumut. Je mehr wir Gesetze scharfen, die es möglich machen sollten, die übermäßige Preissteigerung und den Wucher zu fassen, desto mehr tritt in gewissen Kreisen die Tendenz auf, unverschämter und wüster das Treiben zu begünstigen, um schließlich zu übermäßigen Kriegsgewinnen zu kommen, und die Kriegskonjunktur rücksichtslos auszunützen. Es fehlen die Schranken in der Kriegswirtschaft, die einem solchen Treiben gesetzt werden müßten. Wir sehen bei diesem außerordentlichen Widerstand, den die kapitalistischen Tendenzen unserer ganzen Kriegswirtschaftsordnung hervorbringen, ein Verjagen wichtiger und bedeutender Mittel in unserem ganzen Verwaltungsapparat. Der Verwaltungsapparat hängt viel mehr mit den großen kapitalistischen Interessengruppen und ihren Ansprüchen zusammen als mit den Gesamtinteressen der Bevölkerung. So ist fast jede Verordnung, die erlassen wurde, sehr bald wieder durch eine neue ersetzt worden, weil immer wieder der Versuch gemacht werden mußte, aufs neue einzugreifen gegen diejenigen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Durchführung der planmäßig geordneten Verteilung unserer Lebensmittel sich zu widersetzen. In der Regierung zeigt sich das Bestreben, immer wieder die Preise aufs neue in die Höhe zu treiben. Was durch die Ausschließung der freien Konkurrenz nicht möglich war, die Preise hinaufzubringen, das wird mehr oder weniger durch die amtlichen Höchstpreise erzielt. Auch bei der diesjährigen Ernte sind wieder für einige wichtige Nahrungsmittel besondere Prämien und Zuschüsse an die Erzeuger gezahlt worden. Es ist geradezu unerhört, daß wir für unser Brotgetreide eine sogenannte Frühdruschprämie von 60 Mk. für die Tonne zahlten. Unerhört ist es auch, daß bei den hohen Kartoffelpreisen, die heute schon trotz einer so günstigen Ernte eine Höhe erreicht haben, wie noch niemals im Kriege, dennoch abermals eine besondere Prämie von 50 Pf. für den Zentner für schnelle Ablieferung und noch besondere Beförderungsprämien dem Erzeuger gezahlt werden, so daß damit zu rechnen ist, daß der Kleinverkaufspreis bis auf 9 bis 10 Mk. für den Zentner hinaufgesetzt wird. Mit Recht ist in der ganzen Bevölkerung der Unwille über diese Maßnahmen zum Ausdruck gekommen.

In Anbetracht dieser Erscheinungen haben wir gefordert, daß die Regierung zur Senkung der Preise aus Staatsmitteln Aufwendungen machen soll, um für die minderbemittelte Bevölkerung Preise für die notwendigen Lebensmittel zu erreichen, die es möglich machen, daß wenigstens die zuteilhaftesten Rationen auch erworben werden können. Wir sagen in unserer Resolution, daß wir grundsätzliche Bedenken haben, aus Staatsmitteln zur Senkung der Lebensmittelpreise Aufwendungen zu machen, denn die Folge ist natürlich die, Lebensmittelpreise Aufwendungen zu machen, hinter denen ja auch politische Interessen stehen, Staatssubventionen zur Verfügung stellen. Ich darf darauf hinweisen, daß uns die Fleischzulage im Frühjahr dieses Jahres aus Staatsmitteln eine Subvention von rund 500 Millionen Mark gekostet hat, und daß gegenwärtig die Ablösung der Frühdruschprämie und der Schnelligkeitsprämie für Kartoffeln rund abermals 400 Millionen kosten wird, die in die Taschen der landwirtschaftlichen Interessententeile fließen, die jenseitig